

# DISS

Journal

- DISScourse
- DISSagree
- DISSorder

#49

Juni 2025





### IMPRESSUM

DISS-Journal  
ISSN 2701-3081

Duisburger Institut für Sprach-  
und Sozialforschung (DISS)  
Siegstr. 15  
47051 Duisburg

Tel.: 0203/20249  
info@diss-duisburg.de

Homepage: [www.diss-duisburg.de](http://www.diss-duisburg.de)  
Blog: [www.disskursiv.de](http://www.disskursiv.de)

### REDAKTION

Guido Arnold  
Wolfgang Kastrup  
Helmut Kellershohn  
Anna-Maria Mayer  
Benno Nothardt  
Jobst Paul

### LAYOUT

Guido Arnold

### HEFT-BESTELLUNG

info@diss-duisburg.de  
Tel.: 0203/20249

Schutzgebühr: 4 EUR  
kostenfrei für Mitglieder  
des DISS-Förderkreises

# Inhalt

- 5 ELON MUSK, NEUE ELITE, PRAGMASYMBOL X**  
DISKURSANALYSE ZUR BERICHTERSTATTUNG ZU ELON MUSK ZWISCHEN DER US-WAHL UND DER AMTSEINFÜHRUNG  
*Von Kai-Erik Seiler*
- 11 BIG TECH GOES MAGA ALLGEMEINE KI ALS REAKTIONÄRE UTOPIE**  
*Von Guido Arnold*
- 18 „EIN NEUER SHERIFF IST IN DER STADT“**  
*Von Wolfgang Kastrup*
- 27 UNION UND AFD: GRENZEN DER ANNÄHERUNG?**  
*Von Helmut Kellershohn*
- 30 ZWISCHEN ISOLATION UND EINFLUSS: DIE AFD AUF DEM WEG ZUR MACHT?**  
*Von Mathias Hoose*
- 37 „ICH FRAGE MAL DIE GANZEN, DIE DA DRAUßEN RUMLAUFEN, ...“**  
FRIEDRICH MERZ AM 22. FEBRUAR 2025 IM MÜNCHNER LÖWENBRÄUKELLER  
*Eine linguistische Deutung von Jobst Paul*
- 40 FRIEDENSPOLITIK?**  
EINE GEFÄHRliche LEERSTELLE IM KOALITIONSVERTRAG  
*Von Wilfried Schollenberger*
- 41 ZWISCHEN SCHLAGSTOCK UND STADIONROMANTIK**  
ZUR MEDIALEN KONSTRUKTION DER POLIZEI IM FUßBALLKONTEXT UND DER LEGITIMATION STAATLICHER GEWALT  
*Von Lara Schauand*
- 46 GESCHLECHTERSPEZIFISCHE STRAFTATEN**  
MIT BESONDEREM HINBLICK AUF HÄUSLICHE UND SEXUALISIERTE GEWALT GEGEN FRAUEN  
*Von Beyza Tezcan*
- 48 SOZIALLEISTUNGSMISSBRAUCH?**  
MEDIALE DISKURSE IM SPANNUNGSFELD VON SOZIALPOLITIK UND MIGRATION  
*Von Max Kroppenberger, Christian Sydow & Benno Nothardt*
- 51 DER FREMDE, DER NICHT BLEIBEN KANN**  
*Von Peter Höhmann*
- 54 ZUR KRISE DER SOZIALDEMOKRATIE**  
*Von Wilfried Schollenberger*
- 62 FEINDBILDPRODUKTION DER MEDIENMACHT**  
*Eine Buchbesprechung von Wolfgang Kastrup*
- 65 WIEVIEL HEGEL STECKT IN MARX?**  
*Eine Buchbesprechung von Wolfgang Kastrup*
- 69 NEUES AUS DEM INSTITUT**  
*Kommende Veranstaltungen*  
*Veröffentlichungen*  
*Vergangene Aktivitäten*



## Vorwort

Es fällt schwer, die posierenden Machokids auf unserem Cover ernst zu nehmen. Aber das tun wir und widmen den Schwerpunkt dieses Heftes den Konzepten der neuen US-Regierung und deren Auswirkungen auf Demokratie, internationale Politik und die „nationale Internationale“ (konkret, 3/2017) rechtsautokratischer Positionen.

*Kai-Erik Seiler* erkennt in einer Kritischen Diskursanalyse, dass Springers „Welt“ halb erschrocken, halb fasziniert von Elon Musks Inszenierung einer neuen Elite ist und dafür wirbt, seine extremen politischen Ziele umzusetzen, ohne dabei selbst rechtsextrem zu sein. Die „Frankfurter Rundschau“ hingegen warnt vor der Gefahr, appelliert aber recht hilflos an den Rechtsstaat. (S. 5) Das zeigt, wie wichtig eine gründliche Analyse der vielfältigen und widersprüchlichen Positionen autoritärer Zukunftsprojekte ist, um handlungsfähig zu werden:

*Guido Arnold* erklärt, mit welchen reaktionären Utopien Tech-Feudalisten wie Elon Musk oder Peter Thiel auf die gesellschaftliche Utopiearmut reagieren. Sie verbinden technische Visionen, elitären Führungsanspruch und faschistische Ideen. Beispielsweise werden Konzepte der Eugenik wiederbelebt, von der Förderung der Geburtenrate bis hin zur Idee, „nicht produktive“ Menschen in eine virtuelle Realität zu verbannen. (S. 11)

*Wolfgang Kastrup* analysiert die Innen- und Außenpolitik unter Donald Trump. Dabei lotet er Erfolgchancen, Fallstricke und geopolitische Auswirkungen seiner imperialen Annexionsgelüste und Welthandelspolitik aus. Den Staatsumbau versucht er mit Begriffen wie „kompetitivem Autoritarismus“ und „patrimonialer Herrschaft“ präzise zu beschreiben, anstatt von einem neuen Faschismus zu sprechen. (S. 18) Trumps Plan, den Gazastreifen zu entvölkern und eine Riviera des Nahen Ostens zu errichten, kann er nur streifen. Wir erinnern aber an unser Sonderheft „Israel im Krieg“ vom September 2024 auf unserer Homepage.

Fortgesetzt wird der Schwerpunkt mit einem Blick auf die Entwicklung der AfD:

*Helmut Kellershohn* untersucht die Versuche einer Annäherung von AfD und Union und erklärt, dass die wirtschaftlichen und militärischen Eliten sich eher mit einem ‚gemäßigten‘ völkisch autoritär-liberalem Programm arrangieren könnten als mit einer Ablehnung von NATO, EU und Euro. Außerdem betrachtet er die Auswirkungen von Trumps Politik auf die Lager innerhalb der AfD. (S. 27)

Hier schließt *Matthias Hoose* an und beschreibt Entwicklungen der AfD. Umstritten ist, ob man auf eine baldige Machtoption setzen soll, wie die italienische Fratelli d'Italia, oder bis zur maximalen Machtoption abwarten, wie die FPÖ. (S. 30)

Ende Januar versuchte Friedrich März eine Annäherung an die AfD im Bundestag und diskreditierte anschließend Antifaschist\*innen mit der Unterstellung, sie hätten angeblich nicht gegen den Mord an Walter Lübcke protestiert.

*Jobst Paul* deutet diese herabsetzende Rhetorik. (S. 37)

In der zweiten Hälfte des Heftes kritisiert *Wilfried Schollenberger* die Leerstelle Friedenspolitik im Koalitionsvertrag der Bundesregierung (S. 40), analysiert *Lara Schauland* die Legitimation von Polizeigewalt im Fußballkontext (S. 41) und untersucht *Beyza Tezcan* den aktuellen Diskurs über geschlechterspezifische Straftaten (S. 46).

*Max Kroppenberg*, *Christian Sydow* und *Benno Nothardt* fassen eine DISS-Studie zu medialen Diskursen über Sozialleistungsmissbrauch und Migration zusammen (S. 48) und dazu passend untersucht *Peter Höhmann* den Zusammenhang von ökonomischen Entwicklungen und der Konstruktion eines Fremden, der nicht bleiben könne (S. 51).

*Wilfried Schollenberger* vertritt hingegen die These, dass der zunehmende Nationalismus nicht mit der sozialen Situation erklärt werden sollte, sondern mit dem Verschwinden alternativer Narrative wie dem Ziel, den Kapitalismus zu überwinden (S. 54). Das führt zurück zum Problem der Utopiearmut, welches auch Thema unseres nächsten Jahreskolloquiums zu „umkämpfter Gerechtigkeit“ sein wird (Neues aus dem Institut, S. 69).

*Wolfgang Kastrup* setzt seine Reihe mit Rezensionen wichtiger Bücher fort und bespricht „Medien. Macht. Meinung“ von Renate Dillmann (S. 62) und „Hegel in Marx“ von Andreas Arndt (S. 65).

*Benno Nothardt*



# Elon Musk, neue Elite, Pragmasymbol X

## ERGEBNISSE EINER KRITISCHEN DISKURSANALYSE ZUR BERICHTERSTATTUNG ZU ELON MUSK ZWISCHEN DER US-WAHL UND DER AMTSEINFÜHRUNG

Von Kai-Erik Seiler

Am 20. Dezember 2024 postete Elon Musk auf seiner Plattform X: „Only the AfD can save Germany“ (Musk X, 20.12.24). Dies wurde von großen Teilen der deutschen Politik und der Medien als unpassende „Einmischung“ in den deutschen Wahlkampf kritisiert. Daraufhin wurde Musk von der *Welt am Sonntag* am 28. Dezember die Möglichkeit gegeben, seine Position in einem Gastkommentar darzulegen, wodurch diese Meinung des reichsten Mannes der Welt zusätzlich legitimiert wurde. Im Januar 2025 eskalierte die Berichterstattung über Musks Angriffe auf die britische Labour-Regierung und sein öffentliches Gespräch mit Alice Weidel – bis er schließlich bei einer Rede zur Amtseinführung Donald Trumps am 20. Januar zweimal den Hitlergruß zeigte. Durch all diese Handlungen und die Position, die Musk nun als Unterstützer von Donald Trump und der globalen Rechten, als Leiter oder Verantwortlicher der rechtlich intransparenten DOGE-Behörde sowie als Technologie-Oligarch einnimmt, manifestiert sich ein Wandel in der diskursiven und gegenständlichen Realität. Er kann als eine Repräsentation der Verbindung von Technologie-Kapital, Rechtslibertarismus und sexistisch-rassistischer Geburtenpolitik mit den anderen Spielarten der extremen Rechten und des Neofaschismus angesehen werden. Daher bietet sich eine Untersuchung des Diskurses über Musk und des Sagbarkeitsfeldes in den deutschsprachigen Medien an.

Der Untersuchungszeitraum der Kritischen Diskursanalyse umfasste die Wochen der *Presidential Transition Periode* vom 04. November 2024 bis zum 26. Januar 2025. In diesem Zeitraum wurden die Wochen ausgewählt, in denen über relevante Ereignisse über Musk berichtet wurde, dazu zählen die KW 45, 51 und 52 im Jahr 2024 und die KW 01, 02 und 04 im Jahr 2025. Die anleitende Heuristik umfasste die Fragen nach dem Sagbarkeitsfeld um Elon Musk, die im Diskurs beschriebenen, handelnden und zu Wort kommenden Akteur\*innen, die Beschreibung von Elon Musk sowie Auffälligkeiten in der *Kollektivsymbolik* in Bezug auf digitale Technologie.

Für die Analyse wurden die bürgerlich-konservative Tageszeitungen *Die Welt*, einschließlich der *Welt am Sonntag*, und die links-liberale *Frankfurter Rundschau* ausgewählt. Inge-



samt wurden 42 Artikel analysiert, davon 25 von *Welt* und 17 von *FR*. In dem Dossier zeigen sich deutliche Unterschiede zwischen *Welt*, *WamS* und *FR*. Während die *Welt* und *WamS* überwiegend positiv über Musk berichten und ihn als innovatives Vorbild darstellen, lehnt die *FR* Musk als demokratiegefährdenden Oligarchen ab. Gemein ist den beiden Zeitungen die Feststellung eines tiefreichenden Antagonismus zwischen einer ‚neuen Elite‘, die sich aus dem Tech-Kapital und der extremen Rechten zusammensetzt, und der ‚alten Elite‘ aus den traditionellen Parteien, den klassischen Medien, der staatlichen Bürokratie und der (extremen) Linken.

### SAGBARKEITSFELD UND AUSSAGENSHEMA

Die Aussagen innerhalb der Sagbarkeitsfelder sind für beide Tageszeitungen weitgehend die gleichen, sie weichen aber in ihrer argumentativen Verkettung deutlich voneinander ab. Ein Grund für diese unterschiedlichen Diskursstrategien, kann in den unterschiedlichen Diskurspositionen ausgemacht werden. So misst die *Welt* der Ökonomie und der Westbindung der BRD eine ungleich höhere Bedeutung zu als die links-liberale *FR*. Für die *Welt* lässt sich feststellen, dass sie die übergeordnete Rolle der Ökonomie besonders mit einem Mandat



durch den *Volkswillen* verknüpft, um ein Argument für die Politik von Musk und der extremen Rechten zu konstruieren. Das verdeutlicht beispielsweise Harald Martenstein in der *WamS*, wenn er schreibt:

„Ihr [Musks und Trumps] Ziel heißt Wohlstand für alle, so hieß auch 1957 ein Buch des CDU-Politikers Ludwig Erhard. Dieser Trend wird im Westen deshalb weitergehen, weil bei denen, die vereinfachend die alten Eliten genannt werden, in der Regel so wenig Selbstkritik zu erkennen ist wie in den Memoiren von Angela Merkel.“ (Martenstein *WamS* 04.01.25)

Hierbei wird nicht nur die Wirtschaft und implizit der Volkswille zusammen mit der ‚neuen Elite‘ aus Musk und Trump verknüpft, sie wird auch in Opposition zur ‚alten Elite‘ gesetzt, während sie zugleich in die Traditionslinie von Ludwig Erhard verwoben wird. Allerdings ist der Versuch, die Politik von Musk und Trump in eine Traditionslinie mit Adenauer und Erhard zu stellen, argumentativ brüchig – sie dient dem Zweck, der ‚neuen Elite‘ durch eine historische Projektion Legitimität zu verleihen.

Weitere Aussagen, die als Argumente für die ‚neue Elite‘ verkettet werden, sind die bereits erwähnte Westbindung der BRD, die Migration und die multiplen Krisen. Hier wird der politische Erfolg von Musk und Trump in den USA als Vorbild für die BRD konstruiert, insofern sich unter der neuen Trump-Administration den Krisen und im Besonderen der Migration – als Last/Leid der Aufnahmebevölkerung – erfolgreich erwehrt wird.

Die *Welt* und *WamS* konstruieren ihr Verhältnis zur globalen ‚neuen Elite‘ auch nicht bruchfrei. Während sie sich positiv auf das Bündnis-Musk-Trump beziehen, ist dies bei dem Bündnis-Musk-Weidel deutlich schwieriger, obwohl es sich hier um die gleiche ‚neue Elite‘ handelt. Dies führt zu dem Versuch sich von der AfD abzugrenzen, während gleichzeitig das bürgerlich-konservative Lager von der Notwendigkeit der Politik der ‚neuen Elite‘ überzeugt werden soll. Dies belegt die Antwort von Jan Philip Burgard auf den Gastkommentar von Elon Musk, wenn er „Musks Diagnose [als] korrekt, doch sein[en] Therapieansatz, nur die AfD könne Deutschland retten, [als] fatal falsch“ (Burgard *WAS* 28.12.24, S. 9) bezeichnet. Damit ist die Hoffnung auf eine „Disruption aus der Mitte“ (Poschardt *DW* 7.11.24, S. 7) verbunden, welche die rechts-extremen politischen Ziele von Musk umsetzt, ohne dabei selbst rechtsextrem zu sein. Daher ist es auch interessant, wenn Ulf Poschardt Musks Hitlergrüße als „eine klassische Asperger-Übersprungshandlung“ (Poschardt *DW* 22.01.25, S. 1) erklärt, während er die Kritiker\*innen als „lächerliche[n] Anti-Trump-Musk-Kindergarten“ (ebd.) verunglimpft.

Ein anderes Aussagenschema findet sich in der *FR*. Hier zeigt sich keine übermäßige Bedeutung von Ökonomie oder Volkswillen, die Frage der Migration bleibt weitgehend ausgespart. Stattdessen wird die Autorität der Gerichte und des Rechtsstaats bis hin zur EU-Kommission argumentativ mit der ‚alten Elite‘ verknüpft. Diese soll eine effektive Opposition zur ‚neuen Elite‘ bilden und diese durch *Political Correctness* be-

grenzen. Dies bringt Sven Christian Schulz zusammen, wenn er schreibt:

„Musk hatte bereits mit mehr als 250 Millionen US-Dollar Donald Trumps Wahlkampf unterstützt und seine mehr als 200 Millionen Follower auf X mit Dutzenden [sic!] Beiträgen jeden Tag aufgerufen, für ihn zu stimmen. Mit ähnlichen Methoden macht Musk nun auch in Europa Stimmung und erhöht damit den Druck auf die EU-Kommission, die Wirksamkeit ihrer Digitalgesetze unter Beweis zu stellen“ (Schulz *FR* 11.01.25, S. 2)

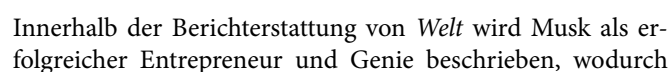
Hierbei wird nicht nur Geld- und Medienmacht verknüpft, sondern auch eine dieser gegenüberstehenden Verknüpfung von Recht, ‚alter Elite‘ und der implizierten *Political Correctness* vollzogen. Es wird in Aussicht gestellt, dass ein wirksamer Einsatz des *Digital Services Act* der EU, mit ihrem angedachten Schutz von Minderheitenrechten im Internet und die Kontrolle von *Hate Speech* sowie *Mis-* und *Desinformationen*, den Einfluss der ‚neuen Elite‘ schwächen könnte.

Eine weitere Beobachtung aus der Gegenüberstellung ist das antagonistische Verhältnis zwischen der ‚alten‘ und der ‚neuen Elite‘ und der Bezug zu Recht und Wahrheit, der sich konflikthaft an der Frage von *Political Correctness* gegen ‚echte‘ Toleranz und ‚Wahrheit‘ zeigt. An dieser Stelle befindet sich eine zentrale Konfliktlage, in der sich eine diskursive Verschiebung anschließt, da sich hier die Macht der digitalen Technologi in Form von neuen Medien und Plattformen zeigt. Während die *FR* ein kritisches Verhältnis zu den neuen Medien und Plattformen beschreibt und zu „Alternativen“ rät (vgl. von Bebenburg *FR* 3.01.25, S. 3; Hesse *FR* 9.01.25, S. 2), wird im Kontext der *Welt*, der Abgesang auf die traditionellen Medien und das Lob der Plattformen gegen die *Political Correctness* angestimmt (vgl. Martenstein *WamS* 4.01.25, S. 4; Schneider *Welt* 7.01.25, S. 7; Meyer *Welt* 20.01.25, S. 5). Eine zentrale Verwerfung in diesem Diskurs ist die Debatte um *Political Correctness* und den damit verbundenen Interessen von marginalisierten Gruppen gegen die Interessen von privilegierten Konservativen bis extrem rechten Positionen.

## DIE „NEUE“ UND DIE „ALTE“ ELITE

Innerhalb des Dossiers zeigt sich eine recht ähnliche Akteur\*innenstruktur, die sich in beiden Tageszeitungen überschneidet. Darin zeigt sich die antagonistische Gegenüberstellung der ‚neuen‘ und der ‚alten‘ Elite. Die ‚neue Elite‘ setzt sich aus Teilen bekannter Technologie-Unternehmer, allen voran Elon Musk, und aus Teilen der globalen extremen Rechten, zu der wechselnd Donald Trump, Neigel Farage und Alice Weidel gezählt werden, zusammen. Dieses Bündnis wird dabei nicht als eindeutig homogen beschrieben, aber auch nicht als heterodox. In dem Dossier gilt dies eher als eine natürliche und nicht weiter hinterfragbare politische Verbindung, über deren Handlungen und Perspektiven ausführlich berichtet wird.

Demgegenüber wird die „alte Elite“ konstruiert. Dieser gehören u. a. Kamala Harris, Olaf Scholz, Angela Merkel, Kier Starmer oder Robert Habeck an. Aber auch eher abstrakte Strukturen, wie die Bürokratie, die traditionellen, klassischen







sich der bestehende Mythos um ihn reproduziert. In der *FR* wird er hingegen durchweg negativ und als Oligarch beschrieben. In der *Welt* lässt sich die Beschreibung von Musk in vier Typen einteilen: Musk als Unternehmer, Politiker, Genie und Gefahr. In der *FR* dagegen finden sich die drei Typen: Musk als Person, Oligarch und Gefahr. In der *Welt* zeigt sich im Zeitverlauf, dass Musk als Unternehmer in den Hintergrund und Musk der Politiker mehr in den Vordergrund tritt. Sein erfolgreiches Unternehmertum, sein Status als ‚reichster Mensch der Welt‘ und seine riskanten Investitionen in die Wahl Trumps oder in die Tesla-Gigafactory in Brandenburg werden als Grundlage für sein politisches Mandat wahrgenommen (vgl. Musk *Welt* 28.12.24, S. 9; Palmer *Welt* 31.12.24, S. 7; Broder *Welt* 3.01.25, S. 7). Die an sein Unternehmertum angeschlossene Beschreibung als Politiker zeichnet sich zum einen durch die permanente Verbindung mit Trump aus, beispielsweise wenn er als einer von seinen „neuen libertären Technologie-Verbündeten“ (Dettmer & Wiegmann *Welt* 6.01.25, S. 6) bezeichnet wird. Zum anderen wird Musk als einer der „mächtigsten Männer der Welt“ (Martenstein *WamS* 04.01.25, S. 4) bezeichnet, dessen politischer Einfluss als „beispiellos“ (Meyer *Welt* 8.11.24, S. 6) gilt und der auch die Ambition hat, diesen nicht in Washington enden zu lassen (vgl. Rutkowski *Welt* 6.01.25, S. 6). Müschs politische Rolle – nicht jedoch sein Plädoyer für die AfD – rechtfertigt Burgard, indem er ihn als „das größte unternehmerische Genie unserer Zeit“ (Burgard, *Wamst*, 28.12.24, S. 9) bezeichnet, welches er selbst trotz fatalen Irrtums bleibe, so Burgard (vgl. ebd.).

Anna Schneider wendet diese Erzählung von Musk's Genie gegen die Grünen, wenn sie ihn als „die personifizierte Verhöhnung [des] intellektuellen Konformismus“ (Schneider *Welt* 7.01.25, S. 7) darstellt. Dies ist verbunden mit der Beschreibung von Musk als einer Gefahr für die Anderen, vorzugsweise die ‚alten Eliten‘. Musk ist „[f]ür die Eliten in Washington und den Rest des Landes die größte Bedrohung“ (Poschardt *Welt* 7.11.24, S. 7) und dies auch international, wenn er sich gegen die sozialdemokratischen Regierungen im Vereinigten Königreich und der Bundesrepublik wendet. Gleichzeitig wird Musk konstant als Unterstützer von Rechtspopulisten und Rechtsextremen, wie z. B. Tommy Robinson, Donald Trump, Nigel Farage und Alice Weidel, dargestellt, was in der *Welt* im Untersuchungszeitraum als tolerierbar bis akzeptabel erscheint.

Im Gegensatz zur *Welt* beschreibt die *FR* Musk als Person mit Mängeln, Fehlern und Problemen, mit einem „rücksichtslos[en]“ und gewalttätigen Charakter, der „wenig Empathie“ zeige (vgl. Hesse *FR* 23.12.24, S. 18) und dem eine „narzisstische, unberechenbare, Persönlichkeitsstruktur“ (Lotz *FR* 3.01.25, S. 24) nachgesagt wird. Ebenso wird Musk als „infantiler Beschimpfer von Scholz und Steinmeier“ (von Bebenburg *FR* 3.01.25, S. 3) bezeichnet. Dies disqualifiziert ihn teilweise für die Rolle des Genies, stattdessen wird er als „der führende Oligarch der westlichen Welt“ (Hebel *FR* 22.01.25, S. 16) porträtiert. Hierbei wird mehrfach auf die Arbeiten des Historikers Timothy Snyder und die Oligarchie in Russland verwiesen (vgl. Hesse *FR* 23.12.24, S. 18; Hesse *FR* 23.01.25 S. 19). Somit wird Musks politisches Handeln, von möglichen Parteispenden bis zur offenen Unterstützung für extrem Rechte, als illegitime bis potenziell illegale „Einmischung“ konnotiert

(vgl. Hesse *FR* 9.01.25, S. 2; Schulz *FR* 11.01.25, S. 2; Doemens *FR* 21.12.24, S. 10). Der Philosophieprofessor Christian Lotz, unterstreicht in einem Gastkommentar die oligarchische Dimension von Musk, da dessen Verhalten „nicht mehr mit der alten Klassentheorie zu begreifen“ (Lotz *FR* 3.01.25, S. 24) sei, da er sich aufgrund seiner Stellung als reichster Mensch der Welt von dieser gelöst habe. Es sind seine „reale[n] finanzielle[n] Ressourcen, die ihm beispiellose Macht verleihen“ (Hesse *FR* 23.01.24, S. 19). Damit wird Musk als eine neue Erscheinung in der Politik beschrieben, von der eine reale, allgemeine Gefahr für die Demokratie und den Rechtsstaat ausgeht. Dies wird deutlich, wenn die Patronage, welche Musk den Rechtsextremen gewährt, mit einem Zitat von Götz Kubitschek belegt wird, in dem dieser Musk als „Teil der Normalisierung der Rechten in der Öffentlichkeit“ darstellt (vgl. Sternberg *FR* 3.01.25, S. 3). Die Gefahr wird verdeutlicht, wenn Michael Hesse schreibt:

„Die zweite Amtszeit von Donald Trump und der zunehmende Einfluss von Tech-Milliardären wie Elon Musk und Peter Thiel gefährdeten [sic!] die Fundamente demokratischer Systeme“ (Hesse *FR* 23.01.24, S. 19).

Die unterschiedliche Wahrnehmung von Elon Musk in den beiden Tageszeitung, zeigt sich ebenso in der Kontroverse um Musk's Handgeste am 20. Januar. Während die *FR* zu diesem Anlass „Der Gruß der Nazis“ (Hesse *FR* 23.01.25, S. 19) titelt, handelt es sich laut *Welt* um „eine klassische Asperger-Übersprungshandlung“ (Poschardt *DW* 22.01.25, S. 1). Auf der eine Seite steht also das unternehmerische Genie und auf der anderen der demokratiegefährdende Oligarch.

## DIE PLATTFORM X ALS PRAGMASYMBOL

Bei den verwendeten *Kollektivsymbolen* von *Welt* und *FR* fallen besonders die Verbindung der *Kollektivsymbole* ‚Plattform‘, ‚(soziales) Netzwerk‘ und ‚Algorithmen‘ auf, die alle auf Twitter/X verweisen. Im Zeitverlauf hat sich Twitter/X als ein konstantes Thema erwiesen, welches stets mit Musk, seinen Handlungen und Machtpotential verknüpft wurde. Diesen Tatsachen folgend kann argumentiert werden, dass es sich bei dieser Konstellation um ein Pragmasymbol handelt. In der KDA werden Pragmasymbole in Anlehnung an Michel Foucault und Jürgen Link als „Kollektivsymbole [definiert,] die zugleich eine direkte und eine symbolische Bedeutung haben“ (Jäger et al. 2024, S. 108). Sie verweisen dabei einerseits auf eine soziale Realität und andererseits auf eine diskursive Realität, die einander repräsentieren. In diesem Fall, in welchem die Plattform und/oder das Netzwerk und/oder die Algorithmen auf den realen Gegenstand X verweisen, zeigen diese damit zugleich auf die symbolische Macht von Musk oder abstrakter des Tech-Kapitals. Da der konkrete Gegenstand X ein bedeutender Teil der globalen, digitalen Öffentlichkeit ist und zugleich Privateigentum, deutet die Rede von der Plattform und/oder dem Netzwerk und/oder den Algorithmen an sich schon auf die symbolische Bedeutung der umfassenden ökonomischen und politischen Macht des Tech-Kapitals hin. Diese Kopplung von Plattform/Netzwerk/Algorithmen mit politischer Macht, wird innerhalb des Dossiers an verschiedenen Stellen ausgesprochen, so bei Rutkowski in der *Welt*:

„Elon Musk hat auf seiner Plattform X ein politisches Erdbeben in Großbritannien losgetreten“ (Rutkowski Welt, 10.01.25, S. 6)

oder bei Hesse in der *FR*:

„Die Macht seiner [Musk's] Algorithmen soll ihnen [den Rechten] in die Regierungen verhelfen – so wie es bereits in den USA mit Trump gelungen ist“ (Hesse *FR*, 9.01.25, S. 2).

Beide Zitate zeigen hier direkt die Verkoppelung von Plattform-/Netzwerk-/Algorithmen-Besitz mit politischer Macht an. Ob sich diese Entwicklung von Plattformen/Netzwerken/Algorithmen hin zu einem Pragmasymbol langfristig durchsetzt, sollte weiter beobachtet werden, da dies ein Indikator für einen Wandel in den diskursiven Machtverhältnissen wäre.

## FAZIT UND AUSBLICK

Was sich innerhalb der KDA anhand der unterschiedlichen Aussagenschemata und Diskursstrategien gezeigt hat, ist die Bewegung des rechten, bürgerlich-konservativen Milieus, hier der *Welt*, weiter nach rechts, mit einer formalen Abgrenzung von dem historischen Nationalsozialismus sowie offen extrem rechten Positionen in der AfD. Die Annäherung an Elon Musk kompensiert im Diskurs die Ablehnung extremistischer Positionen – so tragen sein ‚Genie‘-Status und sein Tech-Kapital zur Normalisierung rechtspopulistischer, neurechter und neofaschistischer Positionen bei, was etwa von Götz Kubitschek explizit begrüßt wird. Eine schleichende, aber zunehmend hegemoniefähige „Disruption aus der Mitte“ – gerichtet gegen demokratische, soziale und feministische Errungenschaften sowie auf die Aushöhlung von Arbeiter\*innenrechten und der Rechte von Migrant\*innen und Transpersonen – scheint sich weiter zu verfestigen.

Demgegenüber zeigt sich in der links-liberalen Diskursposition, hier in der *FR*, eine Bewegung gegen diese Entwicklung, die sich aber als unpersönlich darstellt. Sie kritisiert in ihrer allgemeinen Elitenkritik sowohl die ‚alte‘ als auch die ‚neue‘ Elite. Die Kritik, die vor allem bei der ‚neuen Elite‘ vor der Gefahr des Rechts-extremismus warnt, erschöpft sich aber in der diskursiven Darstellung von oppositionellen Akteur\*innen auf ein allgemeines ‚man‘ oder auf den abstrakten Rechtsstaat. Dies heißt, dass der Diskurs in der *FR* einen diffusen Appellcharakter annimmt, der alle, aber niemanden konkret anspricht.

Diese Ergebnisse und ein Blick auf die aktuellen Oppositionsbemühungen gegen die Trump-Administration in den USA führen zu den zwei folgenden Gedanken. Erstens: Der deutlich tiefere Konflikt innerhalb des breiten rechten Lagers zeigt sich an der Frage der Ökonomie. An dieser Stelle könnte versucht werden, diskurstaktisch den Keil, den es bereits zwischen den völkisch-sozialen, den rechts-libertären, den bürgerlich-konservativen und den altgewordenen neoliberalen Bewegungen gibt, zu verstärken, vor allem in dem Moment, in dem die massenhaften Investitionen in die digitale Technologie und in die Erforschung Künstlicher Intelligenz in eine Krise geraten könnten. Zweitens: Eine Opposition und tatsächliche Alternative gegen das rechte Bündnis darf nicht gesichts- und kopflos sein und kann sich im Zweifelsfall nicht auf den abstrakten Rechtsstaat verlassen. Hier sollte der Versuch unternommen werden, Opposition mit ihren Kämpfen, Zielen und Träumen tatsächlich subjektiviert zu repräsentieren, um dem Tech-Kapital das Monopol auf die Zukunftsversprechen zu nehmen und zugleich diskursive Wirkmächtigkeit von Organisiertheit auszudrücken. Damit am Ende nicht die Kolonisierung des leblosen Mars mit der Zerstörung des Lebens auf der Erde erkauf wird.

Kai Seiler studiert Sozialwissenschaften an der Universität Augsburg und war Praktikant im DISS.

## VERLAG WESTFÄLISCHES DAMPFBOOT

Manfred Kappeler  
**Soziale Arbeit der  
Kirchen im NS-Staat**  
Zustimmung,  
Übereinstimmung,  
Mit-Täterschaft

2024 – 494 Seiten – 48,00 €  
Print-ISBN 978-3-89691-132-2  
eISBN 978-3-98634-173-2

Hartfrid Krause  
**Die Genossinnen  
in der USPD**  
USPD-Frauen in leitender  
Stellung

2025 – 197 Seiten – 25,00 €  
ISBN 978-3-89691-133-9  
eISBN 978-3-98634-174-9

„Auch linke Parteien hatten lange  
Zeit Probleme mit selbstbewussten,  
starken Frauen. (...) Hartfrid  
Krause ... widmet ... sich nun  
verdienstvoller Weise den  
Genossinnen der USPD.“  
*Karlen Vesper* in: *nd Literatur*  
vom 25.3.2025

3. Auflage

Brigitte Aulenbacher/  
Birgit Riegraf/Susanne Völker

**Feministische  
Kapitalismuskritik**  
(Einstiege, Band 23)

3. Auflage 2025 – 179 Seiten – 18,00 €  
Print-ISBN 978-3-89691-679-2  
eISBN 978-3-98634-193-0

„eine forschungsnahe, theoretisch  
informierte und epistemologisch  
komplexe Darstellung der  
bedeutendsten zeitgenössischen  
Ansätze zu Sozialkritik“  
[www.sozioparis.de](http://www.sozioparis.de)

Die Titel sind für Bibliotheken auch als  
Ebook-Campuslizenz bestellbar.

[WWW.DAMPFBOOT-VERLAG.DE](http://WWW.DAMPFBOOT-VERLAG.DE)







## LITERATUR

Jäger, Siegfried / Jäger, Margarete / Wamper, Regina / Nothardt, Benno (2024): *Kritische Diskursanalyse. Eine Einführung*. 8., vollständig überarbeitete und erweiterte Auflage. Münster: UNRAST-Verlag.

## QUELLEN

- Broder, Henryk M. (2025): Auch Milliardäre haben Meinungen. In: *Die Welt*, v. 3. Jan. 2025, S. 7.
- Burgard, Jan Philipp (2024): Warum Elon Musk sich irrt. In: *Welt am Sonntag*, v. 28. Dez. 2024, S. 9.
- Dettmer, Jamie / Wiegmann, Jens (2025): In Europa entbrennt der Kampf um Trumps Gunst. In: *Die Welt*, v. 6. Jan. 2025, S. 6.
- Hebel, Stephan (2025): Die Grenzen der Freiheit. In: *Frankfurter Rundschau*, 20. Jan. 2025, S. 16.
- Hesse, Michael (2024): Citizen Musk. In: *Frankfurter Rundschau*, v. 23. Dez. 2024, S. 18.
- Hesse, Michael (2025): Der Gruß der Nazis. In: *Frankfurter Rundschau*, 23. Jan. 2025, S. 19.
- Hesse, Michael (2025): Wo die Lüge an die Stelle der Wahrheit tritt. In: *Frankfurter Rundschau*, 9. Jan. 2025, S. 2.
- Lotz, Christian (2025): Der lange Weg zu einem Clown und einem Joker. In: *Frankfurter Rundschau*, v. 3. Jan. 2025, S. 24.
- Martenstein, Harald (2025): Wenn ein Chihuahua einen Labrador anknurrt. In: *Welt am Sonntag*, v. 4. Jan. 2025, S. 4.
- Meyer, Rainer alias Don Alphonso (2025): Superprall im Grill Royal. In: *Die Welt*, v. 20. Jan. 2025, S. 5.
- Musk, Elon (2024): Warum Elon Musk auf die AfD setzt. In: *Welt am Sonntag*, v. 28. Dez. 2024, S. 9.
- Musk, Elon (2024): on X: "Only the AfD can save Germany" / X. Online, v. 20. Dez. 2024 verfügbar unter: <https://x.com/elonmusk/status/1869986946031988780>, zuletzt geprüft am 22.04.2025.
- Otterbein, Holly / Wren, Adam / Wiegmann, Jens (2025): Musk hat den Ersten entlassen, der ihm die Show stehlen könnte. In: *Die Welt*, v. 22. Jan. 2025, S. 4.
- Palmer, Boris (2024): Eine pointierte Meinung ist noch keine Gefahr für die Demokratie. In: *Die Welt*, v. 31. Dez. 2024, S. 7.
- Poschardt, Ulf (2024): Amerikas Misstrauensantrag gegen das Establishment. In: *Die Welt*, v. 7. Nov. 2024, S. 7.
- Poschardt, Ulf (2025): Lieber Hyper-Exekutive als Status-Quo-Theater. In: *Die Welt*, v. 22. Jan. 2025, S. 1.
- Rutkowski, Mandoline (2025): Der Skandal, der die Briten erschüttert. In: *Die Welt*, v. 10. Jan. 2025, S. 6.
- Schneider, Anna (2025): Wenn die deutsche Ordnung gestört wird. In: *Die Welt*, v. 7. Jan. 2025, S. 7.
- Schulz, Sven Christian (2025): War der Live-Talk eine illegale Parteispende? In: *Frankfurter Rundschau*, 11. Jan. 2025, S. 2.
- Sternberg, Jan (2025): Musk versetzt die AfD in den siebten Himmel. In: *Frankfurter Rundschau*, v. 3. Jan. 2025, S. 3.
- Von Bebenburg, Pitt (2025): Es gibt Alternativen. In: *Frankfurter Rundschau*, v. 3. Jan. 2025, S. 3.



# Big Tech goes MAGA

## ALLGEMEINE KI ALS REAKTIONÄRE UTOPIE

## TRANSFORMATION ZUM AUTOKRATISCH-FASCHISTOIDEN ‚FORTSCHRITTSPROJEKT‘

Von Guido Arnold

*Das Zusammenwirken von rechtsextremen Autokratie-Anhängern und Faschisten mit reaktionären Tech-Feudalisten erreicht in den USA ein neues Bewegungsniveau. Die sogenannte Tech-Oligarchie stellt dabei nicht nur Technologien zur Verfügung, die insbesondere rechtsextremen Bestrebungen nützlich sind, sondern befeuert aktiv einen breit angelegten rechten Kulturkampf. Ihr radikal antidemokratisches Technologieversprechen dient dabei als visionäre Fortschrittserzählung, die angesichts einer allgemeinen Utopiearmut in der Mehrfachkrise mehr und mehr verfängt.*

*In dieser Arbeit sollen die politischen Ambitionen der ‚Tech-Oligarchie‘ untersucht werden. Dabei stoßen wir auf einen politisch gefestigten Kern, Radikalisierte und Mitläufer. Alle drei Kategorien tragen mit ihrer enormen Reichweite massiv zum Hege-monieprojekt einer (ultra-)rechten Technokratie bei. Die beiden ersten Kategorien fußen dabei auf einem stabilen (pseudo-)philosophischen Weltbild, dessen Wurzeln in der Eugenik zu finden sind. Und tatsächlich finden wir eine zunehmende Enttabuisierung der Einteilung von wertvollem und weniger wertvollem Leben – sowohl bei den Tech-Protagonisten wie z.B. Elon Musk und Peter Thiel, als auch bei dessen Polit-Zögling, dem derzeitigen US-Vizepräsidenten J.D. Vance.*



„Die fundamentale Schwäche der westlichen Zivilisation ist die Empathie.“  
(Elon Musk)<sup>1</sup>

Am späten Nachmittag des 13. Juli 2024 schreibt Elon Musk auf X: „Ich unterstütze Präsident Trump vollumfänglich und hoffe auf seine schnelle Genesung.“<sup>2</sup> – auch wenn dieser zu dem Zeitpunkt noch nicht Präsident ist. Eine halbe Stunde zuvor ist dieser bei einem Wahlkampfauftritt in Pennsylvania von einer Kugel am rechten Ohr getroffen worden. In den folgenden Monaten wird Musk mehr als 250 Mio. Dollar in Trumps Wahlkampf investieren. Die Wette geht auf – es ist ein lohnendes Investment. Noch nie hat ein (Tech-)Unternehmer so viel politischen Gestaltungsspielraum erhalten. Dabei geht es eindeutig um mehr als nur nachhaltigen Bürokratieabbau

und günstige politische Rahmenbedingungen für seine sechs Tech-Fimen. Musk ein rein ökonomisches Motiv zu unterstellen, greift zu kurz. Im Gegenteil: Musk verfolgt mittlerweile eine fanatisch rechtsextreme politische Agenda, die ihm im Fall von Tesla sogar einen deutlichen Wertverlust einbringt.

Wie wurde aus einem politisch farblosen Tech-Unternehmer aus dem Silicon Valley ein radikal rechts-libertärer Kulturkämpfer? Musk, der zuvor Barack Obama, Hillary Clinton und Joe Biden wählte, radikalisierte sich nicht erst über das Attentat auf Trump. Das Feuilleton hat Musks biografische Kränkungen und politische Entwicklungsschritte hinreichend detailliert beschrieben – hier soll es nicht um die Person Musk gehen, sondern um die ideologische Rolle der Tech-Industrie als Motor einer politischen Transformation.

### ‚AI FIRST‘ – UMBAU UND ADMINISTRATIVER ZUGRIFF

Für das von Musk geführte *Department of Government Efficiency* DOGE sind menschliche Expertise und demokratische Prozesse bei der Entscheidungsfindung und deren administrativer Umsetzung reine Störfaktoren. Der einschüchternde und überraschende Coup einer technokratischen „Übernahme“, der eine deutliche Zäsur gegenüber Trumps erster Amtszeit darstellt, bestand darin, dass der weltweit einflussreichste, nicht gewählte Unternehmer Zugang zu den sensiblen Programmen und Daten des Computersystems der US-Bundesregierung und überdies Verfügungsgewalt über die daran „angeschlossenen“ Bundesangestellten erhält. Musk baut brachial um, entlässt Zehntausende und platziert Vertraute an entscheidenden Stellen dieses Verwaltungssystems. Trotz anfänglicher Weigerung (der Behördenleiter wurde umgehend in den Ruhestand entlassen) erhält Musk zudem vollen Zugriff auf das zentrale Zahlungssystem des Bundes – das Herzstück aller Institutionen inklusive seiner Finanzströme (Gehälter, Sozialleistungen, Subventionen, ...).

Ohne jegliche Kenntnis der Arbeitsabläufe wird der Behördenapparat mit seinen 2,3 Mio. Bundesmitarbeiter:innen „gestrafft“. Zusammengestrichen ist der wohl treffendere Begriff, angesichts der völlig unzulänglichen Basis, auf der eine künstlich intelligente Workflow-Optimierung ihr Zauberwerk vollbringen soll – eine absolute Farce, wie mehrfach Whistle-

1 Elon Musk, 28.02.2025, „The Joe Rogan Experience“ #2281 podcast, <https://youtu.be/sSOxPJD-Vno?si=QE4cIibQ1mr4-vfS&t=4560>, ab Zeitstempel 1:16:00, Kontext: Empathie lasse sich als „Waffe“ nutzen und zerstöre die Gesellschaft. Zu viel Empathie sei „zivilisatorischer Selbstmord“.

2 <https://x.com/elonmusk/status/1812256998588662068?lang=en>



Rebecca Folke

»Von der Wiege bis zur Bahre«  
Kindeswohlgefährdung im völkisch-neonazistischen Spektrum, ISBN: 978-3-89771-781-7

Edition DISS 51

128 Seiten, Softcover, 16,00 €

Innerhalb der völkisch-neonazistischen Szene gilt das Prinzip »Von der Wiege bis zur Bahre«. Familienverbände erziehen über Generationen hinweg, zum Teil seit dem Nationalsozialismus, ihre Kinder nach biologistisch-rassistischen und nationalsozialistischen Prinzipien. Völkisch-nationalistische und neonazistische Jugendbünde übernehmen an der Seite der Eltern einen gewichtigen Teil der ideologischen Sozialisation und schaffen für ihre Mitglieder eine abgeschottete, ideologisch und sozial geschlossene Parallelwelt. Die Erziehung der Kinder erfolgt nach der völkischen Maxime der Unterordnung der individuellen Person unter die Bedarfe der angenommenen Volksgemeinschaft. Ein Ausstieg aus diesem spezifischen Teil der organisierten neonazistischen Szene ist extrem selten und für Kinder und Jugendliche nahezu unmöglich.

Die Heimattreue Deutsche Jugend (HDJ) wurde 2009 aufgrund ihrer Wesensverwandtschaft mit dem Nationalsozialismus verboten. Dennoch steht sie bis heute exemplarisch für diese spezifische Form institutionalisierter völkischer Erziehung. Das Buch »Von der Wiege bis zur Bahre« liefert eine systematische Untersuchung der Erziehungsprinzipien, -inhalte und -praktiken der HDJ auf Grundlage der schriftlichen Selbstdarstellungen der verbotenen Organisation mittels der qualitativen Inhaltsanalyse. Dabei wird insbesondere der Aspekt der Kindeswohlgefährdung genau beleuchtet und aufgezeigt, dass in diesem Spektrum die Grundrechte von Kindern und Jugendlichen systematisch verletzt werden. Implikationen für erziehungswissenschaftliche Forschung und Praxis werden diskutiert.

blower aus dem Inneren des DOGE-Maschinenraums berichten. Musk genügt eine innerhalb eines Wochenendes zu erteilende Selbstauskunft der Mitarbeiter:innen, um KI-gestützt herauszufiltern, wer seinen Job zunächst behalten soll. Wer diese Auskunft verweigert, muss umgehend mit der Entlassung rechnen. 260.000 Regierungsmitarbeiter:innen wurden in den ersten vier Monaten nach Trumps Amtsantritt entlassen oder haben unter diesen Bedingungen der Umstrukturierung ‚freiwillig‘ gekündigt.

*„Eine Tracht Prügel für die Bürokratie“ (Elon Musk)*

Der Hintergrund für diesen ‚Staatsstreich‘ ist mindestens auf zwei Ebenen zu suchen: „Vollen und sofortigen Zugriff auf sämtliche nicht als geheim eingestufte Unterlagen, Software- und IT-Systeme“<sup>3</sup> bedeutet eben nicht nur einen unschätzbaren Wettbewerbsvorteil für Musk. In der Doppelrolle als quasi-staatlicher Optimierer und eben auch als sechsfacher IT-Unternehmer, nutzt Musk z.B. die Daten über Auftragsvergabe staatlicher Institutionen (so auch Interna der NASA) mit Vorteil für sein Raumfahrtunternehmen SpaceX.<sup>4</sup>

Wenn wir unseren Blick jedoch über das ökonomisch Naheliegende hinaus in die Zukunft weiten, erkennen wir die Möglichkeit für Musk als radikalisierte Speerspitze einer neu-rechten, tech-libertären Bewegung mit zunehmend faschistoiden Zügen, die Verwaltung des Staates langfristig umzubauen und ihn darüber von innen anzugreifen. Hier soll sich nicht nur die (angebliche) „Dysfunktionalität“ der Behörden manifestieren, sondern gleich die Untauglichkeit der Demokratie gegenüber digitaler Technologie aufgezeigt werden.

Das Ziel der langfristigen Tech-Transformation wird weder verschwörerisch-schwurbeled noch geheim, sondern offen als „überlegen“ und unausweichlich verkündet: Deregulierung und konsequenter Demokratieabbau. Die von wenigen kontrollierten Technologien zur Kommunikation, (Des-)Information und automatisierten Entscheidungsfindung sollen tiefer in die kritische Infrastruktur und den Verwaltungsapparat platziert werden. Der von einer Tech-Oligarchie verfasste Code soll (demokratische Prozesse in der) Politik aushebeln und ersetzen.<sup>5</sup> Die auf zunächst fünf Monate begrenzte erste Schockwelle unter Musks Kommando innerhalb von DOGE muss als offensiver Startpunkt eines selbstbewussten Zerstörungsprozesses gewertet werden. Musks Engagement lediglich als strategisch loyal gegenüber Trump und rein kapitalistisch motiviert zu interpretieren, unterschätzt die politische Offensive maßlos.

In seinem Buch „Cyberlibertarianism“<sup>6</sup> bezweifelt David Golumbia den vormaligen liberalen Charakter der Tech-Gründerszene aus dem Silicon Valley und attestiert den Protagonist:innen mit ihrer „kalifornischen Ideologie“ von jeher eine nicht nur staatsfeindliche, sondern eine offen antidemokratische Gesinnung. Das gilt im Besonderen für den Mann, der 1956 den Grundstein für den Siegeszug der Computertechnologie legte.

3 <https://www.whitehouse.gov/presidential-actions/2025/01/establishing-and-implementing-the-presidents-department-of-government-efficiency/>

4 <https://www.space.com/the-universe/earth/elon-musks-doge-team-given-alar-ming-degree-of-access-to-nasa-systems-house-democrats-say>

5 Die US-Regierung durch führende Akteure der Tech-Industrie zu ersetzen, ist keine neue Idee. Bereits 2014 griffen einige irrlichternde Aktivist:innen der *Occupy Wallstreet*-Bewegung eine Idee des rechten Vordenkers und JD Vance-Mentors *Curtis Yarvin* (alias Mencius Moldbug) auf: Sie forderten die Entlassung aller Regierungsmitarbeiter:innen und ihren Ersatz durch Fachkräfte der Tech-Industrie. Obama sollte abtreten und den Weg frei machen für den neuen „CEO von Amerika“ – den damaligen Google-Chef Eric Schmidt.

6 David Golumbia, 2024, *Cyberlibertarianism: The Right-Wing Politics of Digital Technology*, University of Minnesota Press, <https://www.jstor.org/stable/10.5749/jj.14308236>



## EUGENISCHE IRRLICHTER IM SILICON VALLEY

William Shockley war maßgeblich verantwortlich für den Boom des Silicon Valleys als bedeutendster Standort für die IT-Industrie weltweit. Sein Physiknobelpreis 1956 (zusammen mit John Bardeen und Walter Brattain) für die Erfindung des Transistors war die Basis für die Hard- und Software-Entwicklung ab den 1960er Jahren. Der Professor für Ingenieurwissenschaften an der Stanford University, der sogar in den wissenschaftlichen Beraterstab des US-Präsidenten berufen wurde, widmete sich – zusätzlich und ganz ohne Qualifikation in den Bereichen Psychologie oder Genetik – der Eugenik.

Shockley suchte konkret nach einem Zusammenhang von Rasse und Intelligenz und hielt Menschen mit afroamerikanischen Wurzeln für weniger intelligent als Weiße. „Besorgt um die Zukunft der USA“ forderte er die Subvention von Sterilisationen für Menschen mit einem niedrigeren IQ als 100 und die verstärkte Fortpflanzung intelligenter Personen. Finanziert wurde er bei diesen Arbeiten vom umstrittenen *Pioneer Fund*. Shockley selbst spendete sein Sperma einer „Samenbank für Genies“ des umstrittenen Samenbankunternehmens Repository for Germinal Choice. Die Samenbank, in die neben Shockley zwei weitere Nobelpreisträger gespendet hatten, wurde 1999 geschlossen.

Wer hier frappierende Ähnlichkeiten zur aktuellen pronatalistischen Bewegung der neuen Rechten in den USA und den utopistischen Ideologien wie „Effective Altruism“, „Longtermism“ sowie des Transhumanismus sieht, liegt leider richtig. Um die Analogie genauer fassen zu können, benötigen wir eine genauere Differenzierung in der Historie moderner Eugenik:

Während die *Proto-Eugenik* in ihrer ursprünglichen Form auf den Post-Darwinisten Francis Galton (1883) zurückgeht, lässt sich die Geschichte der *Modernen Eugenik* in zwei Wellen unterscheiden. In der *Eugenik der ersten Welle* finden wir wiederum zwei verschiedene Ansätze. Die „positive“ *Eugenik* zielt auf die Verstärkung „erwünschter“ Eigenschaften z.B. durch geförderte Reproduktion in sogenannten „better baby“-Programmen der USA des frühen 20. Jahrhunderts. „Negative“ *Eugenik* bremst oder verhindert, dass bestimmte Bevölkerungsgruppen ihr Erbmaterial an die nächste Generation weiterreichen. Dazu gehören u.a. Kaliforniens Sterilisierungs-Programme (1909), die in adaptierter Form ebenfalls die Basis für die „Rassenhygiene“-Gesetze der Nazis bildeten.

Die „negative Eugenik“ der ersten Welle verschwand nicht etwa mit dem Ende des zweiten Weltkriegs und sie hatte auch nicht nur rechte Anhänger.<sup>7</sup> Die kalifornische Sterilisierungs-Kampagne wurde erst 1979 beendet, während die britische „Eugenics Society“ bis heute fortbesteht – lediglich unter anderem Namen.<sup>8</sup> Obwohl die Kritik an den rassisti-

schen, klassistischen und in der Regel sexistischen Stigmatisierungen durch die Eugenik ab den 1970er Jahren (an beiden Formen der ersten Welle) zunahm, gibt es aktuell eine Wiederbelebung. Das hat unter anderem mit einer Vermischung vermeintlich liberaler Ansätze der zweiten Welle zu tun:

Statt nur von Generation zu Generation zu ‚selektieren‘ (Eugenik erster Welle), ermöglichen gentechnische und biotechnologische Methoden (ab den 1990er Jahren) eine ‚Optimierung des Humanbestands‘ innerhalb einer Generation (Eugenik zweiter Welle). Dazu zählen gentechnische Eingriffe zur ‚gezielten‘ Veränderung menschlicher Eigenschaften, wie auch Start-Ups, die „Designer-Babies“ versprechen und dazu vorgeben, IQ-Tests bei Embryonen für In-vitro-Fertilisationen durchführen zu können. Ob diese Ansätze ernsthaft zu einer neuen, weniger diskriminierenden ‚liberalen Eugenik‘ (oftmals auch ‚Neo-Eugenik‘ genannt) zu zählen sind, muss mindestens bezweifelt werden. Doch dazu später mehr, wenn wir uns dem Transhumanismus, „Longtermism“ und „Effective Altruism“ sowie der der aktuellen Erforschung einer „Allgemeinen Künstlichen Intelligenz“ (AGI = artificial general intelligence) zuwenden.<sup>9</sup>

## DIE PRONATALISTISCHE BEWEGUNG

Trump machte in einem seiner Dekrete der ersten Wochen nach Beginn seiner Amtszeit Bidens Kategorisierung von Schwangerschaftsabbrüchen als Gesundheitsversorgung rückgängig und begnadigte mehrere „Lebensschützer:innen“, die für Blockaden von Abtreibungskliniken verurteilt worden waren. Zukünftig solle in vergleichbaren Situationen nur noch in Ausnahmefällen juristisch gegen Demonstrierende vorgegangen werden. Im Aufwind von Trumps Positionierung arbeiten mehrere US-Staaten daran, die Abtreibungsverbote weiter zu verschärfen. In einigen Fällen geht es nicht nur darum, den Zugang zu Abtreibungsmedikamenten zu erschweren, sondern die Patientinnen zu kriminalisieren und das Strafmaß für einen Schwangerschaftsabbruch mit dem Strafmaß von Mord gleichzusetzen.

Die *Pronatalismus*-Bewegung, die einen weltweiten Geburtenrückgang als die existenzielle Bedrohung ansieht, erlebt seit Trumps zweiter Amtszeit einen neuen Boom, obwohl sich durchaus politisch widersprüchliche Kräfte unter ihrem Dach vereint haben. Elon Musk sieht in der um 20 % gefallen Geburtenrate der USA (innerhalb der letzten 20 Jahre) die „bei weitem größte zivilisatorische Bedrohung“.<sup>10</sup>

„Wenn die Geburtenraten weiter sinken, wird die menschliche Zivilisation untergehen.“<sup>11</sup> (Elon Musk)

7 Malcolm Harris, 2023. Palo Alto: A history of California, capitalism, and the world. New York: Little, Brown.

8 Die Britische Eugenics Society wurde 1989 in Galton Institute und 2021 in Adelphi Genetics Forum umbenannt.

9 T. Gebru, E.P. Torres, April 2024, first monday, The TESCREAL bundle: Eugenics and the promise of utopia through artificial general intelligence, <https://doi.org/10.5210/fm.v29i4.13636>

10 <https://people.com/everything-elon-musk-has-said-about-kids-11717120>

11 Elon Musk (@elonmusk) „If birth rates continue to plummet, human civilization will end,” X, 28.04.2024, <https://x.com/elonmusk/status/1784768522645889111?lang=en>.



Die Bewegung gewann bereits während der US-Wahl 2024 an Zuspruch, als Kommentare des damaligen Vizepräsidentschaftskandidaten J.D. Vance auftauchten, der führende Demokratinnen als „kinderlose Katzenladys“ diffamierte und diese für das „katastrophale Problem“ der sinkenden Geburtenrate verantwortlich machte. Man solle darüber nachdenken, Menschen mit Kindern mehr Einfluss und Teilhabe zuzusprechen als Menschen, die keine Kinder haben.<sup>12</sup> Jetzt in Regierungsverantwortung lesen sich die Bekenntnisse verbal etwas weniger dick aufgetragen, aber sie weisen in die gleiche Richtung. Am 18. Februar unterzeichnete Trump eine Durchführungsverordnung zur Verbesserung des Zugangs zu In-Vitro-Fertilisation. Darin wurde auch die Bedeutung der Familiengründung betont und festgelegt, dass die öffentliche Ordnung der amerikanischen Nation Müttern und Vätern mit Kinderwunsch Erleichterungen bieten soll. In der öffentlichen Förderung sollen „Gemeinden mit höheren Heirats- und Geburtenraten als dem nationalen Durchschnitt“ bevorzugt werden.

Die Pronatalisten haben im März 2025 ihre zweite *Natal Conference* in Texas abgehalten. Der Organisator Kevin Dolan hat erklärt, dass Eugenik und die pronatalistische Bewegung „sehr eng miteinander verbunden sind“. Einige Teilnehmer der jüngsten Konferenz bezeichnen sich selbst als „Rassenrealisten“ und halten eine Unterscheidung der Wertigkeit von Leben für gerechtfertigt.

Viele der Pronatalisten machen keinen Hehl daraus, dass sie, wenn sie von der Rettung der Zivilisation vor dem Kollaps der Geburtenrate sprechen, eine ganz bestimmte Zivilisation im Sinn haben. Eine prominente „tradwife“ Peachy Keenan<sup>13</sup> (Pseudonym) betont, die Bewegung in den eigenen (rechten) Reihen zu halten: „Wir wollen den Natalismus nicht an progressive Feministinnen vermarkten – die Leute, die ihre Fruchtbarkeit ausreizen, sollten idealerweise Menschen sein, die ihre Kinder nicht zu geschlechtsneutralen Pelztieren erziehen, die eines Tages der Antifa beitreten wollen“, sagte sie auf der Natal Conference 2023. „Die gute Nachricht ist, dass die Angst vor dem Klimawandel die Geburtenrate liberaler Frauen für immer niedrig halten wird.“

„Die Kinderlosen sind diejenigen, die das Land zerstören.“  
(Charlie Kirk)

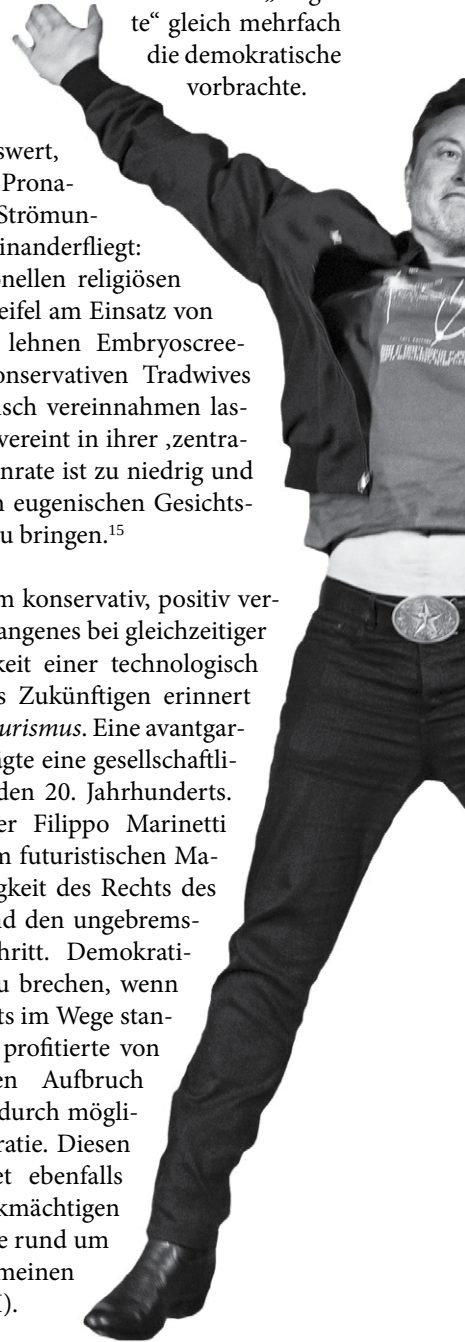
Am Eröffnungsabend der diesjährigen Konferenz sagte der Hauptredner, der rechtsextreme Trump-Anhänger und Pizzagate-Verschwörungstheoretiker Jack Posobiec: „Die westliche Zivilisation ist es nicht nur wert, bewahrt zu werden. Sie ist es wert, dafür zu kämpfen“. „Dies ist ein Krieg, und der Natalismus ist unser Schwert und Schild, und wir werden die Front-

linie nicht verlassen.“ Unsere Feinde, die Linken „wollen uns tot sehen, also nehmt sie ernst“, warnte er. „Denken Sie daran, die Luigis<sup>14</sup>, die Tesla-Terroristen, die hätten überhaupt kein Problem damit, uns loszuwerden.“

Elon Musk teilte mehrfach Posts von *Jordan Laska* (alias Cre-mieux) auf X, der als Rechtsaußen unter den Pronatalisten die neonazistische Theorie des „Great Replacement“ vertritt, nach der Weiße durch Migrant:innen „ersetzt“ würden. Ein haltloser Vorwurf, den J.D. Vance in adaptierter Form einer aktiven Wahlmanipulation durch „eingeschleuste Stimmberechtigte“ gleich mehrfach im Wahlkampf 2024 gegen die demokratische Kandidatin Kamala Harris vorbrachte.

Es ist mindestens bemerkenswert, dass die wilde Mischung der Pronatalisten als Bündnis rechter Strömungen, nicht unmittelbar auseinanderfliegt: Anhänger:innen der traditionellen religiösen Rechten hegen eigentlich Zweifel am Einsatz von In-vitro-Fertilisationen und lehnen Embryoscreenings ab. Nicht alle ultrakonservativen Tradwives wollen sich gleich neonazistisch vereinnahmen lassen. Und doch scheinen alle vereint in ihrer ‚zentralen Bedrohung‘: Die Geburtenrate ist zu niedrig und alles scheint legitim, sie nach eugenischen Gesichtspunkten ‚gezielt‘ nach oben zu bringen.<sup>15</sup>

Dieser Spagat zwischen einem konservativ, positiv erklärenden Rückgriff auf Vergangenes bei gleichzeitiger Überhöhung der Großartigkeit einer technologisch kompromisslosen Vision des Zukünftigen erinnert stark an den reaktionären *Futurismus*. Eine avantgardistische Kunstbewegung prägte eine gesellschaftliche Strömung des beginnenden 20. Jahrhunderts. Der italienische Schriftsteller Filippo Marinetti feierte und forderte in seinem futuristischen Manifest 1909 die Gewaltförmigkeit des Rechts des Stärkeren, das Patriarchat und den ungebremsen technologischen Fortschritt. Demokratische Konventionen galt es zu brechen, wenn sie dem Diktat des Fortschritts im Wege standen. Mussolinis Faschismus profitierte von diesem sozialdarwinistischen Aufbruch der Gesellschaft und dem dadurch möglichen Schub für die Technokratie. Diesen Geist des Futurismus atmet ebenfalls ein Bündel von derzeit wirkmächtigen ‚Ideologien‘ der Tech-Branche rund um die Entwicklung einer „allgemeinen künstlichen Intelligenz“ (AGI).



12 Ishaan Tharoor, „J.D. Vance’s vocal admiration for Orban’s Hungary tells its own story,” The Washington Post, July 17, 2024, [https://www.washingtonpost.com/world/2024/07/17/trump-vance-project-2025-orban-hungary/Will\\_Steakin\\_and\\_Katherine\\_Faulders\\_](https://www.washingtonpost.com/world/2024/07/17/trump-vance-project-2025-orban-hungary/Will_Steakin_and_Katherine_Faulders_) „Vance argued for higher tax rate on childless Americans in 2021 interview,” ABC News, July 26, 2024, <https://abcnews.go.com/US/vance-argued-higher-tax-rate-childless-americans-2021/story?id=112284318>.

13 Peachy Keenan, Autorin des erfolgreichen, rechten Ratgebers „Domestic Extremist: A Practical Guide to Winning the Culture War.“, möchte „zur Sicherheit ihrer Kinder“ anonym bleiben.

14 Luigi Mangione soll den Chef der US-Krankenversicherung UnitedHealthcare am 4.12.24 auf offener Straße in New York erschossen haben.

15 Gaby Del Valle, 27.03.2025, Trad Values Meets Tech – The U.S. Right’s Pronatalist Coalition, Pollitical Research Associates, [https://politicalresearch.org/2025/03/27/trad-values-meets-tech\\_edn1](https://politicalresearch.org/2025/03/27/trad-values-meets-tech_edn1)



## „TRANSHUMANISM“ – „EFFECTIVE ALTRUISM“ – „LONGTERMISM“

Der Transhumanismus will die physischen und kognitiven Limitierungen menschlichen Daseins überwinden und nutzt dafür ganz im Sinne der Eugenik zweiter Welle technologische Hilfsmittel. Das können zum einen Methoden aus Robotik und Gentechnologie sein. Das umfasst aber auch die radikale Entwicklung des Menschen hin zu einer überlegenen „posthumanen“ Spezies. Hier hoffen Transhumanisten auf die zukünftige Möglichkeit, menschliches Bewusstsein in eine herbeigesehnte Künstliche Intelligenz ‚hochladen‘ und darin Gedanken, Erfahrungen, Fähigkeiten und Wissen mehr zu können – entkoppelt von den Problemen menschlicher Sterblichkeit und beschränkter menschlicher ‚Rechenleistung‘.

Die ideologische Strömung des „Effective Altruism“ sieht die Zukunft der Menschheit ebenfalls in ihrer radikalen Weiterentwicklung, aber auch in ihrer zahlenmäßigen Vervielfältigung, um eine wenig trennscharfe Kenngröße – zivilisatorischen „Wert“ (value) anzureichern. Dazu sei es notwendig, dass die Menschheit a) wegen der Endlichkeit irdischer Ressourcen das Universum besiedelt und b) digitale, virtuelle Welten kreiert – mit derzeit noch unvorstellbar leistungsfähigen Computern, um einer ungleich größeren, digitalen, „posthumanen“ Bevölkerung ‚Raum‘ zu geben, noch deutlich mehr Wissen, Fähigkeiten, Gedanken – also „value“ zu aggregieren.

Die Fixierung auf eine astronomische Anzahl digitaler Universums-Bewohner:innen erscheint mindestens befremdlich, wird aber von einer Unterart des effektiven Altruismus, dem „Longtermism“ zu einer pseudo-ethischen, politischen Agenda weiterentwickelt: Wenn die Menschheitsmaxime die Vermehrung von Wissen und Fähigkeiten sein soll und in Zukunft (langfristig) eine um viele Größenordnungen zahlreichere Bevölkerung dazu beitragen wird, dann müssen wir alles dafür tun, dass es diese Zukunft geben kann und unsere eigenen Ansprüche an ein erfülltes Leben zugunsten dieser gesamtheitlich größeren „Wert“-Anhäufung (altruistisch) zurücknehmen. Sozio-ökologische Belange eines eingeschränkt irdischen Blicks spielen nur insofern eine Rolle, als dass ein Überleben der Menschheit bis zur Kolonisierung des Weltalls bzw. virtueller Welten gesichert werden muss. Daher ist es nur folgerichtig, die Weltraumfahrt und die Entwicklung einer „Allgemeinen künstlichen Intelligenz“ mit höchster Priorität und unter Einsatz maximaler ökonomischer Mittel gegen alle Widerstände voranzutreiben. „Existenzielle Risiken“, wie z.B. Krie-

ge und Pandemien muss die Menschheit nur zur Sicherung der viel bedeutsameren, überirdischen, fernen Zukunft in den Griff bekommen. Aus der Absicherung einer höher entwickelten Zukunft leiten Longtermisten aber auch eine „Verpflichtung zum Fortschritt“ ab. Der allgemeinen Künstlichen Intelligenz (AGI) kommt hierbei eine Schlüsselfunktion zu. Allein eine Abwägung, ob die Entwicklung von immer größeren Sprachmodellen hin zu einer noch ressourcenintensiveren, ungewissen AGI gesellschaftlich sinnvoll ist, verbietet sich.<sup>16</sup>

Das klingt ganz schön verrückt, entwickelt allerdings unter den Protagonisten der Tech-Industrie eine Leitbildfunktion, die ähnlich dem Aufbruch des reaktionären Futurismus vor 100 Jahren visionäre Bewegungenergie in einem breiten, ultrarechten Bündnis freisetzt und die Grundlage bietet für eine selbstbewusste (Re-)Popularisierung einer diskriminierenden Eugenik – nicht erst in einer unbestimmten Zukunft, sondern jetzt. Der prominenteste Longtermist ist Elon Musk. Mit seiner Reichweite von mehr als 200 Mio. Followern auf X, seiner enormen Finanzstärke und seiner strategischen Position als Effizienzberater in der Trump-Administration, ist er ein idealer Multiplikator für die Verbreitung derartiger Zukunftsideologien. Er ist nicht der einzige: Auch Sam Altman, Peter Thiel und viele weitere Tech-Milliardäre fördern finanzstark Institute zur Verbreitung dieser techno-utopistischen Visionen. Der entscheidende Punkt: es sind die gleichen Protagonisten, die nun mit Nachdruck für die Erforschung der AGI durch Weiterentwicklung großer Sprachmodelle stehen.

Die Entwicklung aktueller Sprachmodelle wie ChatGPT verbleibt trotz informatischer Probleme (Zunahme an Halluzinationen, qualitative Stagnation, massive Ressourcenverschwendung: Strom, Wasser, Seltene Erden) bei dem Ansatz (stetig wachsender) universeller KI-Sprachmodelle, obwohl der Achtungserfolg des chinesischen Sprachmodells *Deepseek* gezeigt hat, dass ein modulares Nebeneinander kontextspezifischer Einzelmodelle (ähnlich den Expertensystemen) für einzelne Anwendungslösungen deutlich effektiver zu sein scheint. Der Hintergrund für das beharrliche Weiterführen des Überbietungswettbewerbs wachsender Sprachmodelle ist die Hoffnung, über die schiere Größe der Modelle einen sprunghaften Anstieg an ‚Intelligenz‘ zu erzielen und damit der AGI einen entscheidenden Schritt näher zu kommen.

Zwischenfazit: Die aktuelle Forschung an (allgemeiner) künstlicher Intelligenz bedient sich nicht nur eugenischer Konzepte (der ersten Welle) bei der Definition, was als intelligent bewertet wird.<sup>17</sup> Sie basiert zudem auf technokratischen Zukunftsideologien der Eugenik (zweiter Welle). Ihre Protagonisten aus Tech-Industrie und Politik sind vielfach Teil einer an Bedeutung gewinnenden, ultrarechten Bewegung des Tech-Autoritarismus, die auch neofaschistischen Positionen Platz bietet: Einer der politischen Mentoren des US-Vizepräsidenten J.D. Vance, *Curtis Yarvin* (alias Mencius Moldbug), fabulierte offen über die Vorzüge einer „humanen Alternative zum Genozid“ – „nicht produktive“ Menschen könne man „virtuali-

16 Marius Turda, 2010. „Race, science, and eugenics in the twentieth century,” In: Alison Bashford and The TESCREAL bundle: Eugenics and the promise of utopia through artificial general intelligence Philippa Levine (editors). Oxford handbook of the history of eugenics. Oxford: Oxford University Press, pp. 62–79. doi: <https://doi.org/10.1093/oxfordhb/9780195373141.013.0004>

17 S. J. Gould, 1983. Der falsch vermessene Mensch. Basel, Boston, Stuttgart: Birkhäuser, S.157–212 [Orig. The Mismeasure of Man, 1981, W.W. Norton].



Elon Musk

J.D. Vance

Peter Thiel

sieren“, nämlich in permanente Isolation nehmen und ihnen mithilfe virtueller Realität ein „erfülltes Leben ermöglichen“.<sup>18</sup>

## BEWEGUNGSZENTRUM UND VERSTÄRKER

Peter Thiel ist den meisten heute bekannt als Großaktionär und Mitbegründer von *Palantir*, einem Unternehmen, das Überwachungssoftware für Polizei, Militär und Geheimdienste programmiert. Seit seinem frühen Durchbruch als erfolgreiche Gründungsfigur des Bezahlendienstes *Paypal* stand Thiel für eine rechte, solutionistische Meritokratie: Die erfolgreichsten Ideenträger und ‚Macher‘, sollen ungebremselt gesellschaftlich gestalten können – solange sie ‚Lösungen‘ abliefern. Mit seiner wachsenden Einflussphäre als Tech-Investment-Star entwickelt sich der selbsternannte „Tech-Disruptor“ zunehmend zu einem politisch entfesselten Neoreaktionär, der eine ultrarechte, (pseudo-)intellektuelle Elite organisiert, die aktiv in einen Kulturkampf gegen eine progressiv-liberale Demokratie zieht. Thiel bezog frühzeitig eine damals noch unpopuläre Position im Silicon Valley als er formulierte, Demokratie sei nur eine „Tyrannei der Mehrheit“ und „ich glaube nicht mehr, dass Freiheit und Demokratie miteinander vereinbar sind“. Sein Freund und Mitstreiter Curtis Yarvin schrieb alias Mencius Moldbug diesbezüglich, dass „Sozialismus und Faschismus eine Mischung aus minderwertigen und katastrophalen Ergebnissen hervorbringen, und zwar aus einem einfachen Grund: Beide haben ihren Ursprung in der Demokratie, einem präkanzerösen Wachstum, das immer mit einer gewissen Bösartigkeit schwanger geht.“<sup>19</sup>

Thiel und Yarvin – lange von vielen als bedeutungslose Spinner abgetan – müssen heute als ideologischer Tech-Kern einer ultrarechten, neoreaktionären Bewegung angesehen werden. Beide bauten J.D. Vance als Senator in Ohio auf – zunächst als Gegenkandidat zu Trump. Noch 2016 nannte Vance Trump einen „Idioten“, ein „moralisches Desaster“ und verglich ihn

wahlweise mit Hitler oder mit Heroin.<sup>20</sup> Jetzt ist er Vizepräsident und wird als wahrscheinlichste Trump-Nachfolge gehandelt. Und das scheint das Bemerkenswerteste dieser neuen Bewegung zu sein: Die strategische Allianz hält über massive inhaltliche Widersprüche hinweg und vermag sogar einen Rechtsruck des radikalen Flügels in Richtung einer Faszisierung auszuhalten – derzeit.

In diesem Sinne zählt J.D. Vance (neben Elon Musk) zu den einflussreichen, radikalisierten Bewegungs-Verstärkern. Seine Aufgabe ist, über seine Herkunft die Arbeiterklasse in das breite, neurechte Projekt einzubinden. Er gibt sich als neuer politischer Hardliner, beherrscht die offensive Lüge wie auch das ignorante bullshitting und gilt in den US-Medien als Trumps „Bulldogge“.

*„Ich muss ehrlich gestehen: Es interessiert mich nicht wirklich, was mit der Ukraine passiert.“<sup>21</sup>*

*J.D. Vance am 19.02.2022  
(unmittelbar vor Kriegsbeginn)  
im Interview mit Steve Bannon*

Keine stimmenträchtige Polarisierung ist ihm zu absurd: Frauen sollten – ihren Kindern zuliebe – auch in unglücklichen Ehen, ja sogar „gewalttätigen Ehen“ verbleiben. Vance eröffnete eine Spendenkampagne für die rechtsradikalen Trump-Anhänger, die im Januar 2021 nach verlorener Wahl das Kapitol stürmten und (gemäß Falschdarstellung von Vance) ‚ohne Anklage‘ in Washingtons Gefängnissen festgehalten werden. Ähnlich zündelt Vance unmittelbar nach dem Attentat auf Trump im Juli 2024, als er Biden persönlich verantwortlich für dieses Attentat machte.

Neben den radikalisierten Bewegungsverstärkern gibt es zahlreiche Mitläufer, die wie Mark Zuckerberg die Kulturkampf-Impulse von Trump bereitwillig aufgreifen, ohne bislang als Unterstützer größerer politischer Kampagnen aufgefallen zu sein: Trump ordnet in Behörden, Ministerien und dem Militär die Streichung aller Programme für Vielfalt, Gerechtigkeit und Inklusion an. Universitäten und Schulen droht er bei Nichtbeachtung, die öffentliche Förderung zu entziehen. Auf die Privatwirtschaft hat er jedoch keinen unmittelbaren Einfluss. Dennoch folgt Zuckerberg in allen Firmen des Meta-Konzerns der Aufforderung und fordert überdies mehr „maskuline Energie“ am Arbeitsplatz. Firmen sollten „die Aggression ein bisschen mehr zelebrieren“ und Gesellschaften sollten nur noch von „Alpha-Männern“ regiert werden.<sup>22</sup> Neben zahlreichen US-amerikanischen Unternehmen

18 Mencius Moldbug, 20.11.2008, Patchwork: A Political System for the 21st Century, <https://www.unqualified-reservations.org/2008/11/patchwork-2-profit-strategies-for-our/>

19 Guido Arnold, 2022, Peter Thiel – ein einflussreicher ‚Außenseiter‘, Vom rechts-libertären Tech-Investor zum nationalistischen Polit-Influencer, <https://www.diss-duisburg.de/2022/05/peter-thiel-ein-einflussreicher-aussenseiter-vom-rechts-libertaeren-tech-investor-zum-nationalistischen-polit-influencer/>

20 J.D. Vance, 04.07.2016, The Atlantic, Opioid of the Masses, „Trump is cultural heroin. He makes some feel better for a bit. But he cannot fix what ails them, and one day they’ll realize it.“, <https://www.theatlantic.com/politics/archive/2016/07/opioid-of-the-masses/489911/>

21 J.D. Vance, 19.02.2022, War Room podcast, „I think it’s ridiculous that we’re focused on this border in Ukraine. I gotta be honest with you, I don’t really care what happens to Ukraine one way or the other.“, <https://www.newsweek.com/video-trump-backed-vance-saying-he-doesnt-care-about-ukraine-resurfaces-1698442>

22 <https://www.independent.co.uk/news/world/americas/elon-musk-trump-harris-high-status-males-4chan-b2606617.html>

folgen auch mehrere deutsche Firmen wie z.B. SAP der Aufforderung, um ihr US-Geschäft nicht zu gefährden. Die Kniefälle von Mark Zuckerberg, Jeff Bezos (Amazon) oder Sam Altman (OpenAI) vor Trump deuten darauf hin, dass der Trend zum rechten Tech-Autoritarismus eher die Regel als die Ausnahme im Silicon Valley werden wird.

## KONKLUSION

Die Motivation, große Sprachmodelle in Richtung einer Allgemeinen Künstlichen Intelligenz (AGI) zu entwickeln, ist eng verknüpft mit transhumanistischen Ideologien aus dem Spektrum der Eugenik (zweiter Welle). Diese basieren wie auch die ‚Abwertung durch Selektion‘ der Eugenik (erster Welle) auf *Ungleichheit und Diskriminierung*, nutzen jedoch technologische Methoden zur ‚Aufwertung‘ spezifischer menschlicher Daseinsformen.

Die Protagonisten dieser abenteuerlichen, technokratischen Zukunftserzählung, sind treibender Kern einer breiten, neu-rechten bis faschistoiden Bewegung in den USA, zu der auch die *Pronatalisten* gehören. Sowohl die (pseudo-) intellektuellen Lenker und Vordenker (wie z.B. Peter Thiel und Curtis Yarvin) als auch deren radikalisierte Resonanzverstärker (z.B. Elon Musk und J.D. Vance) sind finanz- und reichweitenstarke Trendsetter eines rechtslibertären Kulturkampfes. Unterstützt werden sie von einflussreichen Mitläufern der Tech-Industrie wie Mark Zuckerberg, Jeff Bezos und Sam Altman.

Die technokratische Aufbruchsstimmung, die insbesondere durch den Hype um KI-Sprachmodelle wie ChatGPT und den ‚Staatsstreich‘-artigen Verwaltungsumbau der US-Administration seit Übernahme der Regierungsgeschäfte durch Trump (und Musk) entstanden ist, erinnert an den reaktionären Futurismus des frühen 20. Jahrhunderts. Ob der destruktive Angriff von innen durch die Indienstnahme neuester Technologien als Machtinstrument der Zersetzung bereits proto-faschistische Züge erkennen lässt, ist umstritten. Unstrittig hingegen ist, dass diese neu formierte, ultra-rechte Bewegung offensiv eine autoritäre Übernahme im Sinne einer ‚Diktatur der Tech-Unternehmer‘ anstrebt und sich keineswegs mit einer Rechtsdrift innerhalb des bestehenden Systems begnügen will.<sup>23</sup>

Eine feministische und antifaschistische Gegenbewegung muss dieses autoritäre Zukunftsprojekt angreifen. Eine unkritische Nutzung der vermeintlich ‚neutralen‘ Technologien als ‚bloße Werkzeuge‘ befördert hingegen deren Normalisierung und damit eine weitere Machtkonzentration der patriarchalen Rechtsaußen-Tech-Oligarchie.

„Ich bin einfach auf Krieg gepolt.“ (Elon Musk)

**Guido Arnold** ist Physiker und arbeitet am DISS zum Thema *Digitalisierte Biopolitik*.

## Entfremdung Identität Utopie



Marvin Chlada, Peter Höhmann,  
Wolfgang Kastrup & Helmut Kellershohn (Hg.)



ISBN 978-3-89771-774-9

200 Seiten, Oktober 2020

Reihe: Edition DISS Band: 45

Der Entfremdungsbegriff (bzw. ein verwandter Begriff wie Verdinglichung) hat Konjunktur. Die Debatte reflektiert zum einen das neue Interesse an der Marx-Lektüre, das seit der Jahrtausendwende Ausdruck der Krisenprozesse ist, die die kapitalistische »Welt« durchziehen und nach Erklärungsmustern suchen lassen. In diesem Zusammenhang wird auch das Verhältnis zwischen dem »frühen« Marx und dem Marx der »Kritik der Politischen Ökonomie«, zwischen Entfremdungskritik und der Kritik des Warenfetischismus erneut thematisiert. Zum anderen verweist der Entfremdungsdiskurs auf die individuellen Leidenserfahrungen, die den Alltag der Menschen bestimmen.

Korrespondierend zum Entfremdungsbegriff nimmt der Identitätsbegriff einen immer breiteren Raum ein in der Debatte um die Gestaltung von nichtentfremdeten Lebensverhältnissen. »Identität« (bzw. »kollektive Identität«) ist zur Chiffre geworden, unter der sich unterschiedliche Gruppen formen, denen es um eine Änderung vorherrschender Lebens- und Denkweisen geht, die sich unter den gegebenen gesellschaftlichen Bedingungen herausgebildet haben.

Besondere Beachtung verdienen rechtspopulistische und extrem rechte Bewegungen. Auch sie operieren identitätspolitisch, indem sie das »Deutsch-Sein« (im völkischen Sinne) und das volksgemeinschaftliche Wir zum allein bestimmenden Identitätsmerkmal erheben. Identität ist aus dieser Sicht immer national- und volksbezogen. Entfremdung dagegen bedeutet stets Verlust des Nationalen und des »Volkschaften«. Auch die Vorstellungen von einer anderen, besseren Welt haben Konjunktur.

<sup>23</sup> Rainer Mühlhoff, 09.02.2025, Trump und der neue Faschismus – Warum der Griff nach dem Verwaltungsapparat so gefährlich ist, <https://verfassungsblog.de/trump-und-der-neue-faschismus/>





# „Ein neuer Sheriff ist in der Stadt“

Von Wolfgang Kastrup

Diese Aussage von Vizepräsident J.D.Vance auf der Münchener Sicherheitskonferenz im Februar 2025 verdeutlicht die politische und militärische Zeitenwende. Angesichts schwindender US-Hegemonie wird die immer schon bestehende weltwirtschaftliche Konkurrenz schärfer und brutaler. Es geht um die Neugestaltung der globalen Machtverhältnisse. Folglich braucht es nach Vance einen neuen und starken Weltführer, um die Weltunordnung wieder in Ordnung zu bringen. Und dieser starke Mann soll der neue US-Präsident Donald Trump sein. Trumps innenpolitischer radikaler Staatsumbau und seine außen- und wirtschaftspolitische Aggressionspolitik beinhalten mehr als nur *America first*, es bedeutet vor allem, dass die amerikanische Nation von Gottes Gnaden über allem stehen soll.

Denn wie sonst soll die Antrittsrede von Donald Trump vom 20.01.2025 verstanden werden: „Das Goldene Zeitalter beginnt genau jetzt. Von diesem Tag an wird unser Land aufblühen und in der ganzen Welt wieder respektiert werden. Jede Nation wird uns beneiden, und wir werden uns nicht länger ausnutzen lassen. An jedem einzelnen Tag der Trump-Regierung werde ich ganz einfach Amerika an die erste Stelle setzen.“ (Zit. nach *berliner-zeitung.de* v. 20.01.2025) Und bezüglich des Anschlags auf ihn während einer Wahlkampfrede führt er weiter aus: „Ich wurde von Gott gerettet, um Amerika wieder groß zu machen.“ (Ebd.) Diese zur Schau getragene Frömmigkeit, gepaart mit einer naiven Religiosität und Gottseligkeit, ist ja nicht nur bei dem US-Präsidenten zu sehen, sondern bei vielen seiner Wähler\*innen. Die göttliche Vorsehung wird durch seine Person eingelöst, um Amerika wieder groß zu machen. Es gilt Macht und Stärke nach Innen und Außen zu demonstrieren, um innenpolitischen Gegnern\*innen und anderen Nationen und somit Konkurrenten überlegen zu sein. Trump zeigt mit seiner Rede den Willen zur Einlösung des Weltordnungsanspruchs, den die Biden-Regierung seiner Meinung nach sträflich vernachlässigt habe. Eingefordert wird das Recht auf die politische wie wirtschaftliche Ordnungsmacht, um den Interessen der USA gerecht zu werden.

## AMERIKANISCHER TRAUM SOLL BLÜHEN

Dieses Recht auf Überlegenheit zeigte sich auch in seiner Zollpolitik. Er zelebrierte diese als „Liberation Day“ und bezeichnete die Strafzölle gegen die Importe aus über 180 Ländern als „wirtschaftliche Unabhängigkeitserklärung“. Auf bunten Tafeln, auf denen die Ländernamen mit den jeweiligen Strafzöllen von 10 bis 50 Prozent zu sehen waren, präsentierte er im Rosengarten des Weißen Hauses vor den Augen der Weltöffentlichkeit sein Bestrafungsregime. Ein Mindestzoll von zehn Prozent wird für Einfuhren aus aller Welt in die USA erhoben, Importe aus der EU werden mit 20 Prozent besteuert, Waren aus Indien mit 26 Prozent, aus Südkorea mit 25 Prozent und Japan mit 24 Prozent. Die höchsten Einfuhrzölle erfolgen gegen China mit 34 Prozent, die nochmals auf den

Zollsatz von 20 Prozent addiert werden, sodass Waren einen Zollsatz von 54 Prozent erreichen. Nachdem China auf die Eskalation aus den USA seinerseits mit immer höheren Zöllen für Waren aus den USA reagieren, liegen die beidseitigen Zollsätze mittlerweile bei 145 Prozent bei Waren aus China und bei 125 Prozent bei Waren aus den USA. Die Länder Asiens werden, vergleichbar wie Deutschland, umso härter getroffen, da ihre Ökonomie stark exportorientiert ist. Besonders schwer treffen die Zölle einige Länder Afrikas. Für Südafrika sind es 30 Prozent, 47 Prozent für Madagaskar oder 50 Prozent für Lesotho. (Vgl. *junge Welt* v. 04.04.2025) Zölle und Handelschranken werden als Waffen eingesetzt, um die Bedingungen des Weltmarktes neu zu gestalten. Bestürzung und Fassungslosigkeit sind weltweit groß. Es ist von der Gefahr einer Rezession die Rede, von einem „Anschlag auf eine Handelsordnung, die Wohlstand überall auf dem Globus geschaffen hat“ (Bundeskanzler Scholz), von einem schweren Schlag für die Weltwirtschaft (Vgl. EU-Kommissionspräsidentin von der Leyen). Ein weltweites Börsenbeben lässt die Aktienkurse auf historische Tiefstände fallen, sodass realwirtschaftliche Konsequenzen bezüglich Investitionen und Finanzierungsbedingungen befürchtet werden.

Dann folgte die überraschende Kehrtwendung: Trump setzte die Strafzölle, mit Ausnahme von China, für alle anderen Länder für 90 Tage aus, da, wie er betonte, die Regierungschefs der betroffenen Staaten ihn anriefen, um um Deals zu betteln, und um ihm „den Arsch zu küssen“. Aber das Aussetzen der Strafzölle liegt wohl in Wirklichkeit in den massiven Marktturbulenzen begründet, die seine Handelspolitik verursachte, und wohl auch in der deutlichen Kritik von US-Unternehmen. „Nicht nur die Aktienmärkte gingen auf Talfahrt, was die Aktienbesitzer wie die Pensionsfonds – mithin die Altersvorsorge von Millionen Amerikanern – schwer getroffen hat. Auch die Anleihemärkte rutschten ab, weltweit begann eine Kapitalflucht aus dem Dollar und aus US-Staatsanleihen. Im Handumdrehen sind die Kurse von US-Treasury-Bonds mit zehnjähriger Laufzeit derart abgestürzt wie noch nie in den vergangenen 20 Jahren. Die Renditen der US-Bonds schossen in die Höhe wie die Zinsen, sodass die USA ab sofort mehr zahlen müssen, um sich weiter wie gewohnt verschulden zu können.“ (Michael Krätke: China hat noch einiges im Köcher, in: *der Freitag* v. 17.04.2025)

Der Rückzieher von Trump hat zwar die Aktienmärkte wieder etwas beruhigt, in Unruhe sind aber weiterhin die Anleihemärkte. In der Kritik steht der US-Präsident auch, da der Verdacht geäußert wird, dass er den Aktienmarkt manipuliert haben soll. Hintergrund ist ein Eintrag auf seiner Kommunikationsplattform Truth Social wenige Minuten nach Öffnung der New Yorker Börse, es sei ein „großartiger Zeitpunkt“ Aktien zu kaufen. Wenige Stunden später setzte er die Zölle aus, was zu einem Aufschwung an den Börsen führte. Die „Trump Media&Technology Group“, die Muttergesellschaft von Truth Social, an der Trump mit 53 Prozent beteiligt ist, und von

seinem Sohn Donald Trump Jr. verwaltet wird, erzielte einen Tagesgewinn von rund 415 Millionen Dollar. (Vgl. *Westdeutsche Allgemeine Zeitung* v. 11.04.2025) Dies kommt nicht nur einer Marktmanipulation gleich, sondern zeigt auch, dass der US-Präsident stets auf seinen eigenen finanziellen Vorteil bedacht ist.

Der Zollweltkrieg, der sich jetzt im Wesentlichen zwischen den USA und China abspielt, scheint noch lange nicht zu Ende zu sein, obwohl, so unberechenbar Trump ist, die USA Smartphones und Computer, weitere elektronische Geräte wie Festplatten und Prozessoren von den umstrittenen Zollerhöhungen gegenüber China plötzlich wieder ausgenommen haben. „Die Trump-Regierung reagiert damit offenbar auf Befürchtungen, die neuen Zölle könnten elektronische Geräte für US-Verbraucher deutlich teurer machen. Denn Technologiekonzerne wie der iPhone-Hersteller Apple lassen ihre Produkte meist in China produzieren und hätten damit unter den neuen Zöllen stark gelitten.“ (*Westdeutsche Allgemeine Zeitung* v. 14.04.2025) Trotz des chaotischen Hin und Her in der Zollpolitik versucht die US-Regierung den Nationen ihre wirtschaftspolitischen Maßnahmen aufzuzwingen, sie zu unterwerfen und durch einen *Handelskrieg* gefügig zu machen. Es geht für die USA um die Abwendung von negativen Handelsbilanzen, also um Vorteile vor allem für China und die EU, wobei hier besonders Deutschland zu erwähnen ist. Bei der Berechnung der Höhe der Zollsätze geht die US-Regierung so vor, dass diese das jeweilige Handelsdefizit der USA auf null brächte. „Dazu werden der Import und der Export erfasst, und es wird kalkuliert, wie sehr die Preise von und die Nachfrage nach ausländischen Waren auf höhere Zölle reagieren.“ (*Frankfurter Allgemeine Zeitung* v. 04.04.2025) Je höher das Handelsbilanzdefizit mit einem Land, desto höher also der Zollsatz. Das Handelsbilanzdefizit der USA betrug 2024 insgesamt 918 Milliarden Dollar. Das heißt, das Land importierte für knapp eine Billion Dollar mehr Waren, als es exportierte. (Vgl. *Westdeutsche Allgemeine Zeitung* v. 04.04.2025)

Was bisher galt, dass US-Verbraucher\*innen Waren aus dem Ausland kaufen konnten, die billiger und vielleicht auch besser waren, US-Unternehmen spezielle Materialien und Spezialteile und Maschinen für die eigene Produktion einfuhrten, all dies wird durch die verhängten Zölle wesentlich teurer, schwieriger oder gänzlich unmöglich gemacht. An sich müsste der US-Präsident aus seiner ersten Amtsperiode wissen, dass eine solche Zollpolitik keine gute Idee ist. Denn auch damals hatte er sich in einen Handelskrieg vor allem mit China gestürzt. Konsequenz war letztlich der Verlust von 300 000 Jobs in den USA. (Vgl. Ulrike Herrmann: Trumps Rechenfehler, in: *Le Monde diplomatique*, April 2025) Größe und Stärke soll sich durch diese Zollpolitik außenwirtschaftlich in dem US-Handelssystem deutlich machen, um den amerikanischen Traum wieder zum Blühen zu bringen: „Ich werde sofort mit der Überarbeitung unseres Handelssystems beginnen, um amerikanische Arbeitnehmer und Familien zu schützen. Anstatt unsere Bürger zu besteuern, um andere Länder zu bereichern, werden wir Zölle und Steuern auf ausländische Länder erheben, um unsere Bürger zu bereichern. [...] Es werden gewaltige Geldbeträge aus dem Ausland in unsere Staatskasse fließen. Der amerikanische Traum wird bald wieder da sein und blühen wie nie zuvor.“ (Zit. nach *berliner-zeitung.de* v. 20.01.2025). Zurecht schreibt dazu die Zeitschrift *Gegenstandspunkt*: „Die Amerikaner sind eine Gemeinschaft überlegener Konkurrenten, die sich genau dadurch als Gottes Lieblingsvolk beweisen, dass sie zwischen sich und ihrer Überlegenheit kein Hindernis gelten lassen. Das bisherige *Prozedere* hat sich dabei blamiert: als Verrat am amerikanischen Volk zugunsten über- und außeramerikanischer Werte und Instanzen.“ (*Gegenstandspunkt* 2025, S. 23) Der letzte Satz bezieht sich auf die grundsätzlich verheerende Kritik Trumps an seinem Vorgänger Joe Biden und dessen Regierung. „2024 betrug das Minus eine Billion Euro. Vordergründig profitieren die USA also weniger vom globalen Freihandel als beispielsweise die stark auf den Warenexport ausgerichteten Volkswirtschaften Chinas und Deutschlands.“ (Lene Kempe, *analyse&kritik* v. 18.02.2025) Die Zölle werden dazu führen, dass die Waren für die Verbraucher\*innen in den USA teurer werden, selbst wenn nicht alle Unternehmen den Preis eins zu eins weitergeben. Damit steigt die Inflationsrate, deren Höhe im Wahlkampf für Trump und seine Wähler\*innen eine her-

## Autoritäre Zuspitzung

Rechtsruck in Europa



Isolde Aigner | Jobst Paul | Regina Wamper (Hg.)

EDITION  
DISS

Isolde Aigner, Jobst Paul, Regina Wamper  
Autoritäre Zuspitzung  
Rechtsruck in Europa

ISBN 978-3-89771-769-5

Unrast-Verlag, 2019

Seiten: 220

Reihe: Edition DISS Band: 40

Ausstattung: Softcover

Nicht nur in Deutschland, sondern in vielen Ländern Europas haben extrem rechte Parteien und Bewegungen in den letzten Jahren massiv an Zuspruch gewonnen – nicht nur auf der Straße, sondern auch bei Wahlen. Hintergrund dieses Rechtsrucks sind vor allem die verstärkten Fluchtbewegungen nach Europa, die damit zusammenhängende administrative Krise und die islamistischen Anschläge in mehreren europäischen Städten. Doch kenntnis- und aufschlussreich wie gewohnt zeigt das Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung (DISS) in dieser Publikation, dass es ist nicht zuletzt die global durchgesetzte Liberalisierung des Marktes ist, auf die der Rechtsruck aufsetzt und die ihn letztlich weitertreibt.





ausgehobene Rolle gespielt hat. Zweck dieser Handelspolitik ist natürlich auch, dass Trump ausländische Unternehmen anlocken will, sich in den USA anzusiedeln, um dort Jobs zu schaffen, Steuern an den amerikanischen Staat zu zahlen (im internationalen Vergleich relativ gering) und so die Einfuhrzölle zu umgehen. Außerdem sollen die Verbraucher\*innen mehr US-Produkte kaufen.

## „TRUMP HAT RECHT“ (HEINER FLASSBECK)

Aller weltweiten Empörung zum Trotz hält Heiner Flassbeck, früherer Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen (1998-1999) und von 2003 bis 2012 Chef-Volkswirt bei der Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung (UNCTAD) in Genf, dagegen, indem er Trump mit den US-Zöllen Recht gibt. Das wollten nur nicht alle wahrhaben. „Nun sind alle auf den Barrikaden. [...] Er hat tatsächlich die Produkte aus der halben Welt mit Zöllen belegt, die dafür sorgen sollen, dass die Importe der USA weniger schnell steigen und das US-Leistungsbilanzdefizit sinkt. Dieses Defizit der Vereinigten Staaten hatte im vergangenen Jahr den Wert von 1000 Milliarden US-Dollar überschritten (1,13 Billionen), was fast vier Prozent des amerikanischen BIP entsprach. Wer jedoch der amerikanischen Regierung angesichts der ergriffenen Maßnahmen Merkantilismus vorwirft, ist ein Narr. Die Merkantilisten sind diejenigen, die über Jahre und Jahrzehnte Leistungsbilanzüberschüsse aufweisen und sich nun wundern, dass das wichtigste und größte Defizitland dieser Erde ihren Merkantilismus, auf den sie in der Regel noch stolz sind, nicht mehr erträgt. Besonders Deutschland steht zu Recht am Pranger und wird zu Recht von den amerikanischen Maßnahmen getroffen.“ Flassbeck bezieht sich positiv auf das „Faktenblatt“, das vom Weißen Haus veröffentlicht worden ist und zitiert daraus: „Länder wie China, Deutschland, Japan und Südkorea haben eine Politik, die den Binnenkonsum ihrer eigenen Bürger unterdrückt, um die Wettbewerbsfähigkeit ihrer Exportprodukte künstlich zu steigern. Zu dieser Politik gehören regressive Steuersysteme, niedrige oder nicht durchgesetzte Strafen für Umweltzerstörung und Maßnahmen, die darauf abzielen, die Löhne der Arbeitnehmer im Verhältnis zur Produktivität zu drücken.“ (Zit. nach Heiner Flassbeck, *Surplus. Das Wirtschaftsmagazin* v. 03.04.2025) Damit bezieht sich Flassbeck darauf, dass die deutsche Politik schon unter der Agenda-Politik der rot-grünen Bundesregierung die Lohnstückkosten massiv gedrückt hatte, um die Wettbewerbsposition der deutschen Unternehmen weltweit zu steigern. Und wie wir wissen: mit großem Erfolg.

Von dem immer schon umkämpften Weltmarkt ist bei Flassbeck allerdings keine Rede. Was er darüber hinaus unerwähnt lässt, ist, dass das Finanzsystem der USA mit dem US-Dollar weltweit als Profiteur anzusehen ist. Die Handelsbilanzdefizite können so problemlos finanziert werden. Was ebenfalls außen vor bleibt, ist, dass die Zollpolitik der USA und die Gegenzölle der anderen Länder auf den Grundlagen einer kapitalistischen Weltwirtschaft beruhen und nichts mit Fairness und gegenseitigem Vertrauen zu tun haben. Diese Grundlagen oder Regeln basieren auf der Konkurrenz der Staaten „um Aufstieg und Fall in der Hierarchie der souveränen Mächte“. [...] „Denn die ‚Regeln‘ [gemeint ist hier die ‚regelbasierte Weltordnung‘,

W.K.], um die es geht, haben gewaltsames Kräftemessen der Nationen zum Inhalt: Die konkurrieren um kapitalistischen Reichtum als Quelle ihrer Macht und um konkurrenzfähige Gewalt als unerlässliche Bedingung ihres kapitalistischen Reichtums.“ (*Gegenstandspunkt* 2025, S. 59) Denn die Rede von der „regelbasierten Weltordnung“ erweckt den schönen Schein, als würden sich die Nationen zwanglos den Normen eines solchen Regelwerks fügen und gegeneinander Wohlverhalten zeigen. Wenn Kommissionspräsidentin von der Leyen ausgerechnet China vor einer Eskalation im Zollstreit warnt und für ein Handelssystem eintritt, „das frei und fair ist und auf gleichen Wettbewerbsbedingungen beruht“ (Zit. nach *Westdeutsche Allgemeine Zeitung* v. 09.04.2025), dann erweckt sie genau diesen schönen Schein. Die hehren Ziele, nur durch freie Märkte seien Freiheit und Wohlstand zu garantieren, die von der EU und von Deutschland ständig benannt werden, verwandeln sich bei Wettbewerbsnachteilen für die eigenen Unternehmen in Zollmaßnahmen und Warenkontingente, z.B. bei Elektroautos oder im Agrarsektor. Auch hier geht es um den Schutz und die Förderung der eigenen Industrie, nur nicht so maßlos und radikal wie bei Trump.

In dem immer schon umkämpften Weltmarkt zeigen sich wiederholt Konflikte, Brüche und Störungen. Erinnerung sei in diesem Zusammenhang an die Marxsche Aussage aus den *Grundrissen* über den Weltmarkt und seine Schranken: „Die Tendenz, den Weltmarkt zu schaffen, ist unmittelbar im Begriff des Kapitals selbst gegeben. Jede Grenze erscheint als zu überwindende Schranke.“ (Marx/ Engels 2005, S. 321) Gewalt und Enteignung waren immer schon im kapitalistischen Weltmarkt präsent, wenn nötig auch Waffengewalt, um imperiale Interessen durchzusetzen. Durch Konkurrenz etabliert und verbreitet das Kapital seine spezifische Produktionsweise; es ist das zentrale Mittel, durch das das Kapital seine inneren Gesetzmäßigkeiten durchsetzt.

## DER US-DOLLAR: LEITWÄHRUNG UND DAMIT ORDNUNGSMITTEL

Das Handelssystem geht allerdings, wie gesagt, nur vordergründig zu Lasten der USA, denn der US-Finanzsektor profitiert bisher wie kein anderer von der Globalisierung. Dies geht allerdings auf Kosten der US-Exportwirtschaft, die durch den starken Dollar in ihrer Wettbewerbsposition geschwächt wird. Weil der US-Dollar internationale Leitwährung ist, halten ausländische Finanzakteure\*innen, hinter Japan vor allem China, sehr große Dollarmengen in US-Staatsanleihen, Aktien und Unternehmensanleihen. Staaten, Unternehmen und Investoren\*innen fühlen sich mit dem Dollar als Vermögenswert und Zahlungsmittel sicher, und nicht nur die USA, sondern auch jene verdienen und vermehren ihren Reichtum mit dem Dollar. Durch seine weltweiten realen Umtauschmöglichkeiten hat jede andere Währung nur im Verhältnis zum Dollar die Möglichkeit zur Geldvermehrung. Mit dem Dollar als Weltleitwährung und somit auch als finanzielles Ordnungsmittel können die USA ihre Handelsbilanzdefizite finanzieren, mehr ausgeben als sie erarbeiten, die im Ausland produzierte Ware mit der eigenen Währung bezahlen und in inflationären Zeiten die Inflation exportieren. „In vielen Ländern Lateinamerikas und Afrikas ist der Greenback faktisch eine Zweit-

währung, weil sich die Leute gegen die heimische Inflation absichern wollen. Die US-Notenbank Fed schätzt, dass etwa 950 Milliarden Dollar außerhalb der USA unterwegs sind, um vor Ort als Zahlungsmittel zu dienen. Zwei Drittel aller 100-Dollar-Scheine zirkulieren nicht in den USA.“ (Ulrike Herrmann: Trumps Rechenfehler, in: *Le Monde diplomatique*, April 2025) China, dass seine Währung Renminbi „seit Jahren an den starken US-Dollar koppelt und ihn damit künstlich abwertet – weil das die chinesischen Exporte verbilligt“, liegt damit im besonderen Fokus der US-Regierung. „Dieses System lässt sich allerdings nicht dadurch aufbrechen, dass die USA beispielsweise mehr Autos verkaufen, betont der Wirtschaftshistoriker Adam Tooze. Man müsste die Nachfrage nach dem Dollar bremsen, etwa durch Kapitalverkehrskontrollen. Dann, so meint Tooze, würde ‚die Hölle‘ an der Wall Street losbrechen.“ (Lene Kempe, *analyse&kritik* v. 18.02.2025) Allerdings kann aus diesem Handelskrieg auch ein Währungs- oder gar ein Finanzkrieg entstehen, dann nämlich, wenn China, nach Japan mit 760 Milliarden Dollar der größte Gläubiger von US-Staatsanleihen, beginnen würde, diese großflächig zu verkaufen, was wiederum andere Marktteilnehmer\*innen in die Flucht treiben könnte. Für China könnten dadurch aber auch finanzielle Einbußen entstehen, da die Volksrepublik bisher mit den Zinsen aus den Staatsanleihen viel Geld verdient hat. Bei einem Verkauf würden die Preise der Staatsanleihen sinken, sodass China große Verluste zu verkraften hätte. (Vgl. *Frankfurter Allgemeine Zeitung* v. 12.04.2025) Sollte der US-Präsident bei seinem Zollkrieg bleiben, bleibt der

US-Dollar von den Turbulenzen nicht verschont und könnte als sicherer Anker des Weltwährungssystems und damit als globale Leit- und wichtigste Reservewährung großes Vertrauen einbüßen. Dann

wären es nicht China und die BRICS-Staaten, sondern die US-Regierung selbst, die die Dollarhegemonie torpedieren würde.

## IMPERIALE ANNEXIONSGELÜSTE UND STAATSUMBAU NACH INNEN

Das Recht auf Überlegenheit, das sich Trump nimmt, wird auch in seinen imperialen Annexionsgelüsten gegenüber Kanada, Grönland, dem Panamakanal und seinen aggressiven und rassistischen Lösungsvorstellungen für den Gaza offenkundig. Am Beispiel Grönlands, das Trump auch notfalls mit militärischer Gewalt erobern will, erkennt der absolute Leugner der Klimakatastrophe indirekt jedoch die Klimakrise an, denn der seit Jahren zu sehende Rückgang der Eisdecke eröffnet neue Möglichkeiten von wichtigen Schifffahrtsrouten. Zudem wird durch das Auftauen der Permafrostböden der Abbau von Ressourcen möglich, die die USA sich sichern will. Auch der politische Druck auf Panama zeigt Wirkung, da Panama, dem Trump mit einer militärischen Invasion droht, um den Panama-Kanal zurückzugewinnen, aus dem chinesischen Projekt der „Neuen Seidenstraße“ ausgestiegen ist. Außerdem dürfen die USA jetzt wieder ihre Soldaten an dieser strategisch wichtigen Wasserstraße stationieren.

Rücksichtslos geht er seit seinem Machtantritt am 20.01.2025 gegen frühere und aktuelle Kritiker\*innen vor, schränkt die Presse- und Wissenschaftsfreiheit massiv ein, bestreitet einen radikalen Kulturkampf, um das Unamerikanische auszumerzen, lässt in seinen Augen ineffiziente staatliche Behörden schließen, um Kosten für das amerikanische Volk zu sparen. „In der staatlichen Bürokratie, also ausgerechnet in dem Instrument des Staates, die Gesellschaft seinem Zweck gemäß herzurichten, sieht Trump ein einziges Hindernis für die nationale Sache, d.h. für das ‚America first!‘- Kampfprogramm. Der Verwaltungsapparat ist dafür zu groß, zu unabhängig und eigensinnig – insofern ein Nest feindlicher, unamerikanischer Umtriebe, das es nun zu säubern gilt.“ (*Gegenstandspunkt* 2025, S. 28)

Dabei ist Trumps Vorgehen durchaus als diktatorisch zu bezeichnen, denn er will seine Überlegenheit und die der amerikanischen Nation im Kampf unter Beweis stellen. Seinen Anspruch zieht er aus der demokratischen Wahl zum US-Präsidenten, eine Ermächtigung für ihn, so zu handeln. Dass Trump selbst immer wieder mit diktatorischen Überlegungen spielt, zeigt sein Eintrag auf der Plattform X: „Wer sein Land rettet, verstößt gegen keinerlei Gesetze.“ (Zit. nach *Frankfurter Allgemeine Zeitung* v. 07.03.2025) Für Majid Sattar ist dieses Zitat, das Napoleon zugeschrieben wird, „nicht weit entfernt von Carl Schmitts Rechtfertigung von Hitlers Selbstermächtigung: ‚Der Führer schützt das Recht.‘“ (Ebd.)

Trump höhlt in den ersten 100 Tagen im Amt mit Hunderten Dekreten, „Presidential Memoranda“ und äußerst fragwürdigen Personalentscheidungen den Rechtsstaat aus, sodass die USA sich am Rande einer Verfassungskrise befinden. Selbst einen Beschluss des Obersten Gerichts-





## Ordnen und Regieren

Das Konzept ›Zivilgesellschaft‹ in der deutschen Entwicklungspolitik.  
Eine postkoloniale Diskursanalyse



Sara Madjlessi-Roudi



Sara Madjlessi-Roudi  
Ordnen und Regieren  
Eine postkoloniale Diskursanalyse des Konzepts ›Zivilgesellschaft‹ in der deutschen Entwicklungspolitik

ISBN 978-3-89771-777-0

Seiten: 476

Reihe: Edition DISS Band: 48

Sara Madjlessi-Roudi wirft einen kritischen Blick auf das Konzept der ›zivilgesellschaftlichen Beteiligung‹, das seit den 1990er Jahren den entwicklungspolitischen Diskurs im Globalen Norden bestimmt.

Unter spezifischer Bezugnahme auf Afrika und unter Rückgriff auf die Kritische Diskursanalyse (KDA) und auf postkoloniale Theorie arbeitet sie anhand von Strategiepapieren zur Entwicklungspolitik des BMZ sowie der Bundesregierung heraus, wie sich die Idee der ›Einbindung von Zivilgesellschaft‹ innerhalb von fünfzehn Jahren zu einer Regierungstechnologie entwickelt hat. Darin wird Afrika als tendenziell defizitäres Umfeld für zivilgesellschaftliche Teilhabe konstruiert und werden Differenzlinien insbesondere zu sogenannten ›Gewaltakteuren‹ und zur Bevölkerung hervorgehoben.

Sara Madjlessi-Roudi zeichnet nach, wie die deutsche Entwicklungspolitik über Jahre hinweg am Konzept ›Zivilgesellschaft‹ festhält, das auf eigenverantwortliche Subjekte verweist, von denen bestimmte Handlungen eingefordert werden können. Im Ergebnis werden so nicht nur politische und ökonomische Machtverhältnisse ausgeblendet, sondern auch koloniale Differenzsetzungen reproduziert, in denen sich das BMZ als handelnder Akteur begreift. Die diskursiven Effekte, die die Autorin ausmacht, zeigen sich entweder in Bezug auf die Legitimation des deutschen entwicklungspolitischen Handelns in Afrika oder in der Zurückweisung von Kritik an entwicklungspolitischem Paternalismus.

hofs, des Supreme Court, wurde von ihm ignoriert, einmalig in der amerikanischen Geschichte. „Eine Verfassungskrise muss nicht durch eine einzelne Entscheidung herbeigeführt werden. Es ist ein schleichender Prozess: Trump hat Vorstöße unternommen und Dekrete erlassen, die teils verfassungswidrig, teils gesetzeswidrig sind. Er hat das Recht, wonach in den Vereinigten Staaten geborene Kinder von Eltern ohne Aufenthaltstitel amerikanische Staatsbürger sind, aufgehoben, obwohl es in der Verfassung garantiert wird. Er hat Bundesbehörden vorbei am Kongress geschlossen, der sie geschaffen hat. Er hat die Ausgaben für bestimmte Bundesprogramme gestoppt, die vom Gesetzgeber bewilligt waren. Und er hat Regierungsmitarbeiter feuern lassen, die als Karrierebeamte unter Beschäftigungsschutz standen. Die Liste ließe sich fortsetzen.“ (Ebd.)

Für die Soziologieprofessorin und US-Bürgerin Karen Shire, die an der Universität Duisburg-Essen lehrt, sind die Angriffe der US-Administration auf Universitäten, die zu Genderthemen, Ungleichheiten, Klimawandel und Gesundheitsthemen wie Impfstoffen forschen, „ein Gleichschaltungsversuch, wie man es aus autoritären Systemen kennt“. (Interview mit der *Westdeutschen Allgemeinen Zeitung* v. 08.04.2025) Laut der Deutschen Industrie- und Handelskammer versucht die US-Regierung Unternehmen in Deutschland, die direkte Geschäftspartner amerikanischer Regierungsstellen sind, von ihrer Unternehmenskultur der Diversität abzubringen. (Ebd.) Trump scheint das Urteil des Obersten Gerichtshof aus dem vergangenen Jahr als Blankoscheck zu verstehen, wonach dem Präsidenten weitreichende strafrechtliche Immunität für Amtshandlungen gewährt wurde. Und so geht es Schlag auf Schlag: Vizepräsident Vance beschimpft auf der Sicherheitskonferenz in München im Februar die EU wegen angeblicher Demokratiedefizite, US-Regierungsvertreter mischen sich massiv in den deutschen Wahlkampf zugunsten der rechtsextremen AfD ein, vor den Augen der Weltöffentlichkeit wird der ukrainische Präsident Selenskyj von Trump und Vance im Weißen Haus gedemütigt und gleichzeitig genötigt, ein Rohstoffabkommen zu unterzeichnen, das den USA die Hälfte der Bodenschätze der Ukraine sichern soll. Die aggressive Zollpolitik ist ein weiteres Beispiel der 180-Grad-Wende, außen-, handels- und innenpolitisch. Es ist ein Aufbäumen gegen den hegemonialen Niedergang der USA, um wenigstens weltweit *politische* wie *wirtschaftliche Dominanz* zu beanspruchen. Die Eskalationsstufen, verbal auf seiner Plattform oder in Form von Dekreten und Vorstößen in seiner Außen-, Sicherheits- und Handelspolitik werden weitergehen. Markus Knauff, Professor für Allgemeine Psychologie und Kognitionsforschung, bezeichnet den Politikstil von Donald Trump als „disruptiv“. „Trump ist der Inbegriff von Disruption. Seine Politik folgt keinem traditionellen Muster, sondern lebt von kalkulierter Provokation, vom bewussten Bruch mit diplomatischen Gepflogenheiten und einer unberechenbaren Mischung aus Populismus, Narzissmus, Nationalismus und Pragmatismus.“ (Markus Knauff: Mit Pauken und Trompeten, in: *der Freitag* v. 10.04.2025)

## „RECHTSAUTORITÄRER NATIONALISMUS IN DEN USA“

So bezeichnet der Politologe Ingar Solty die politische Situation in den USA. „Die autoritäre Rechte wendet sich heute z.B. mit völkischen Homogenisierungsträumen gegen Migration; aber sie richtet sich nicht gegen deren wesentliche Ursachen: weder gegen den Freihandelsimperialismus, der im globalen Süden zur hundertmillionenfachen Proletarisierung von Subsistenz- und Kleinbauern, Staatszerfallsprozessen und Kriegen geführt hat, noch gegen die Klimakrise, die Klimafluchtbewegungen hervorbringt.“ (Solty, Ingar 2024, S. 51) Ist diese Aussage von Solty noch allgemein auf die grundsätzliche Position der autoritären Rechten zu verstehen, so verfolge Trump mit seiner völkischen Politik die Umsetzung der Remigration von zwölf Millionen von sich offiziell illegal in den USA aufhaltenden Personen, die vorwiegend in Dienstleistungsberufen und in der Landwirtschaft arbeiten. Solty sieht den zentralen Widerspruch für Trump zwischen der Strafzollpolitik für importierte Waren und der Lage der US-Arbeiterklasse, die für die Waren mehr Geld bezahlen muss, sodass sich deren Lage verschlechtere. „Die Trump'sche Politik wird zwangsläufig die Lage des Proletariats noch verschlechtern, obwohl heute schon etwa 60 Prozent der Bevölkerung über keine Ersparnisse verfügen, um auf



Schicksalsschläge wie Mietsteigerungen, Zinssteigerungen, Arbeitsplatzverlust, Scheidungen, Pflegebedürftigkeit oder Kindergeburten zu reagieren.“ (Ebd., S. 57) Temporär könne sein Remigrationsvorhaben als Sündenbockpolitik zwar etwas Abhilfe schaffen, da er viele Migranten\*innen als Drogenhändler\*innen beschimpfe und für die Opioid-Krise verantwortlich mache. Außerdem sehe er Chinas Ökonomie in der Verantwortung für die Deindustrialisierung in den USA, was zum Nachteil der arbeitenden Klasse führe. „Diese Exteriorisierung der inneren gesellschaftlichen Widersprüche des US-Kapitalismus trägt natürlich nicht weit. Die Gefahr von jingoistischer Politik, d.h. eine Strategie der rassistischen Ablenkung von inneren Widersprüchen durch Konflikt und Krieg nach außen, ist hierin eingelagert.“ (Ebd.)

### „KEIN FASCHISMUS“, STATTDESSEN EIN „KOMPETITIVER AUTORITARISMUS“

Für Steven Levitsky und Lucan A. Way, zwei nordamerikanische Professoren für Politikwissenschaft, wird in der zweiten Amtszeit von Donald Trump die US-Demokratie in dem Sinne zusammenbrechen, dass sie keine liberalen Züge mehr trage, d.h. „vollständiges Wahlrecht für Erwachsene, freie und faire Wahlen sowie umfassender Schutz bürgerlicher Freiheiten“. (Levitsky/ Way 2025, S. 47) Sie befürchten keine faschistische Zeit für die USA und keine Einparteiendiktatur, sondern bezeichnen das System als „kompetitiver Autoritarismus“, der das Leben in den USA grundlegend verändern wird. Damit meinen sie, dass die „formale Architektur der Demokratie bestehen“ bleibe, Oppositionskräfte seien legal und nicht im Untergrund, und sie konkurrieren ernsthaft um die Macht. Wahlen seien heftig umkämpfte Schlachten, in denen die Amtsinhaber\*innen sich verausgaben müssten. „Aber das System ist nicht demokratisch, weil die Amtsinhaber die Bedingungen der Auseinandersetzung manipulieren, indem sie die Regierungsapparate dazu benutzen, die Opposition anzugreifen und Kritiker zu kooptieren. Der politische Wettbewerb ist real, aber unfair.“ (Ebd., S. 48) Durch Machtmissbrauch würden folglich die Wettbewerbsbedingungen zulasten der Opposition verändert. Levitsky und Way sehen solche Autokratien in Peru, in Venezuela, in El Salvador, Ungarn, Indien, Tunesien und der Türkei. Den Autoren zufolge werde es für die Opposition in den USA „härter und riskanter“ werden. So könnten Geldgeber\*innen der Demokratischen Partei gezielt von der Steuerbehörde (IRS) untersucht werden, Unternehmen, die Bürgerrechtsorganisationen finanziell unterstützten, könnten verschärften steuerlichen und rechtlichen

Überprüfungen ausgesetzt sein, kritische Medien müssten sich gegen teure Diffamierungskampagnen wehren. Der erhoffte ausbleibende Widerstand könnte dann wiederum den Autoritarismus verfestigen. „Die Regierungsapparate werden politisiert und zur Waffe gemacht werden.“ (Ebd.)

Allerdings formiert sich erster Widerstand, da Hunderttausende in New York und vielen anderen Städten in den USA auf die Straße gehen, um nicht nur gegen die Zollpolitik zu demonstrieren, sondern vor allem auch gegen die Einschränkung der Bürgerrechte. Es ist zu befürchten, dass bei einer Ausweitung der Proteste Trump und seine Regierung sehr repressive Mittel einsetzen werden, und es zu bürgerkriegsähnlichen Verhältnissen kommen könnte.

### „MAFIABOSS IM WEIßEN HAUS – DIE PATRIMONIALE HERRSCHAFT DES DONALD TRUMP“

So provokativ bezeichnet der US-Journalist und Autor Jonathan Rauch in *Blätter für deutsche und internationale Politik* den Regierungsstil des US-Präsidenten. Es habe nicht nur einen Regierungswechsel gegeben, sondern einen „Regimewechsel“. Es sei kein klassischer Autoritarismus, keine Autokratie oder Oligarchie. „Trump ist dabei, das zu etablieren, was Sozialwissenschaftler Patrimonialismus nennen.“ (Rauch, Jonathan 2025, S. 91) Dabei bezieht Rauch sich auf die US-Politikwissenschaftler Stephen E. Hanson und Jeffrey S. Kopstein, die einen nahezu vergessenen Begriff des Soziologen Max Weber wieder haben aufleben lassen. „Weber nannte dieses System ‚patrimonial‘, weil die Herrscher beanspruchten, der symbolische Vater des Volkes zu sein – die Verkörperung des Staates und sein Beschützer. Genau dies steckte implizit in Trumps erschreckender Aussage: ‚Wer sein Land rettet, verletzt kein Gesetz.‘“ (Ebd. S. 92) Dieser Regierungsstil sei durch Laien- und Launenhaftigkeit gekennzeichnet; unpersönliche, formale Autoritätsbeziehungen würden durch personalisierte, informelle ersetzt. Große Bedeutung werde auf Loyalität gegenüber seiner Person gelegt, nicht jedoch gegenüber der Verfassung. Freunde würden belohnt, Feinde bestraft. Patrimonialismus zeichne sich auch dadurch aus, dass der Staat „das persönliche Eigentum des Führers oder ein familiengeführtes Unternehmen“ sei. Dieses System findet sich nach Ansicht von Jonathan Rauch nicht nur in vielen Ländern wie in Russland und seit dem 20. Januar 2025 in den USA, sondern auch „bei Stämmen, Straßengangs und kriminellen Organisationen“. (Ebd.) Trump sei für den Patrimonialismus „perfekt geeignet“, da er Unterschiede zwischen öffentlich und privat, legal und illegal, formell und informell, national und persönlich nicht kenne. Der Staat werde nicht nur geschwächt, er werde schließlich „verkrüppelt“. Letztlich würden die Wähler\*innen die „Unfähigkeit“ von





Trump und seinem Team erkennen. Eine Aussage des Autors, die jedoch recht problematisch ist, bedeutet sie doch einen Verzicht auf politischen Widerstand, der sich ja langsam in den USA zu entwickeln scheint. Außerdem sei die große Schwäche des Patrimonialismus, quasi die Achillesferse, die Korruption, weil dieses System in seiner Existenzgrundlage darin bestehe, den Staat politisch, persönlich und finanziell gewinnbringend auszubeuten. „Er liegt ständig im Krieg mit den Regeln und Institutionen, die ihn daran hindern, den Staat zu manipulieren, auszurauben und auszuhöhlen. Wir wissen, was wir von Trumps zweiter Amtszeit erwarten können.“ (Ebd. S. 96)

So nachvollziehbar manche Aussagen des US-Journalisten Jonathan Rauch auch sind und zur Erklärung beitragen, nationalistische und imperialistische Strukturen und Handlungen der US-Regierung, so z.B. Ursachen und Konsequenzen des von Trump ausgelösten Handels- und Zollkriegs, bleiben jedoch weitgehend außen vor.

### DER WELTORDNUNGSKRIEG IN DER UKRAINE BESCHLEUNIGT DIE GEOPOLITISCHEN KRÄFTEVERSCHIEBUNGEN

Innerhalb kürzester Zeit hat die US-Regierung die transatlantischen Beziehungen grundlegend verändert. Für die Ukraine ist der Krieg aller Voraussicht nach verloren, wobei sie sowie so schon mit dem Rücken zur Wand kämpft. Zwei zentralen russischen Forderungen hat Trump bereits zugestimmt: Die Ukraine wird kein NATO-Mitglied und sie hat sich darüber

hinaus den neuen territorialen Gegebenheiten zu fügen, d.h. die Krim und die vier Oblasten im Osten bleiben bei Russland. Trump will mit Russland direkt verhandeln. Er bietet Putin, zumindest verbal, „geradezu schwindelerregende Zugeständnisse an: Abrüstungsverhandlungen, die Aussicht auf Wiederaufnahme in die G7 und perspektivisch die Aufhebung der Sanktionen. Selbst wenn Trump diese Angebote noch abschwächen sollte, hat er die transatlantische Solidarität bereits weitgehend erledigt“. (Hélène Richard, *Le Monde diplomatique*, März 2025)

Mit seiner Ukraine-Politik hat Präsident Trump eine radikale Wende in der US-Politik vollzogen, einschließlich einem Ende einer geopolitischen Ära. Während die europäischen NATO-Staaten und auch Kanada mit der Regierung von Präsident Joe Biden mit der westlichen Kriegsallianz gegen Russland durch die umfassende militärische und politische Unterstützung der Ukraine gut kooperieren konnten, sieht das nun mit Trump völlig anders aus. Dessen Lösungsvorstellungen zur Beendigung des Krieges in der Ukraine kommen russischen Bedingungen sehr nahe und übergehen bewusst ukrainische wie europäische Überlegungen. Bei Friedensverhandlungen sind die Europäer erst gar nicht geladen, was natürlich deren Kritik hervorruft. Bei all den vielen Milliarden Euro an militärischen, ökonomischen und humanitären Unterstützungen für die Ukraine, bei den durch die Wirtschaftssanktionen gegen Russland selbst in den eigenen Ländern erlittenen wirtschaftlichen und finanziellen Rückschlägen, will man nicht als Vasall der USA behandelt werden, sondern selbst Ordnungsmacht beanspruchen. Dem widersetzt sich Trump sehr deutlich, sieht die europäischen NATO-Staaten als „Schmarotzer“ und Trittbrettfahrer der USA und will einen Friedensdeal mit Russland machen. Er sieht sich in der Rolle des „Peacemakers“ im Ukraine-Krieg, um sich dann ganz dem eigentlichen Feind China zu widmen, der die USA wirtschaftlich, technologisch, politisch und geostrategisch in ganz anderer Weise herausfordert. Denn die Annäherung an Russland hat auch ein strategisches Interesse, nämlich die Konkurrenz mit China, die dem hegemonialen Gebaren der USA deutliche Schranken schon gesetzt hat und weiterhin setzen wird. Ob die Isolierung Chinas durch die Annäherung der USA an Russland, um die Achse Moskau-Beijing zu stören, gelingt, scheint jedoch sehr fraglich. „Diese in den USA als ‚reverse Nixon‘ (umgekehrter Nixon) bezeichnete Strategie folgt der Vorstellung, man könne in Umkehrung des Vorgehens von US-Präsident Richard Nixon und seines Sicherheitsberaters Henry Kissinger, denen in den frühen 1970er Jahren eine spektakuläre Annäherung an Maos China und damit eine Isolierung der Sowjetunion gelang, nun umgekehrt Russland aus Chinas Armen befreien und damit letzteres isolieren.“ (Friedendorf/ Zellner 2025, S. 64) Eine solche strategische Neuaufgabe erkennt allerdings die damalige historische Situation, da zwischen der Sowjetunion und China sehr unterschiedliche Interessen bestanden und selbst kriegerische Auseinandersetzungen nicht ausgeschlossen waren.



03.05.2025 | Das Weiße Haus und US-Präsident Trump verbreiten kurz nach den Trauerfeierlichkeiten für den verstorbenen Papst Franziskus dieses KI-generierte Bild auf ihren offiziellen social media-Kanälen.



Sollte ein heutiger umfassender Deal mit Trump Putin dazu veranlassen, sich von China abzuwenden? „Die chinesische Regierung will sich gegenüber den USA behaupten, die chinesisch-russische Partnerschaft festigen und Chancen ergreifen, die sich aus einem möglichen transatlantischen Bruch ergeben können. Gleich nach Trumps öffentlicher Anbiederung an die russische Regierung telefonierte Präsident Xi Jinping mit dem russischen Kollegen Putin, um die Achse Moskau-Beijing zu stärken. Und der chinesische Außenminister Wang Yi wandte sich öffentlich gegen das Machtgehabe der Trump-Regierung und bot europäischen Ländern eine engere Zusammenarbeit an.“ (Ralf Ruckus, *analyse&kritik* v. 18. März 2025) Ob also die Strategie aufgeht, erscheint doch sehr fraglich. Erkennbar ist allerdings, dass das bisherige Verhalten der neuen US-Regierung eine Trennung zu ihren westlichen Verbündeten deutlich macht und damit alte hegemoniale Bündnisse zumindest in Frage stellt.

## CHINA BEWIRBT SICH ALS VERLÄSSLICHEN PARTNER

Diese von den USA verursachte Lücke versucht die chinesische Regierung zu nutzen, um sich als verlässlichen Partner darzustellen. In der Kombination von Markt und Staat stellt China sicherlich ein eigenes Modell dar. Jan Turowski sieht die Dialektik zwischen Plan und Staat, wie sie sich im chinesischen Experiment darstellt, folgendermaßen: „Auf der einen Seite verstärkt der Markt den Staat, auf der anderen Seite leitet und formt der Staat den Markt. Der chinesische Staat sitzt nicht schlicht auf der Spitze einer gigantischen Pyramide öffentlichen Eigentums und öffentlicher Produktionsmittel, sondern ist ein dynamischer und strategischer Akteur, der mittels mehrerer Hebel politökonomische Prozesse in Gang setzt und ausbalanciert: Mal forciert der Staat Brüche und Störungen, um Entwicklungen voranzutreiben, mal ist er bestrebt, Wandel zu entschleunigen und Stabilität wieder herzustellen.“ (Turowski, Jan 2023, S. 21) Präsident Xi Jinping traf sich im März in Beijing mit etlichen Vorstandsvorsitzenden europäischer großer Unternehmen, die seit langem in China tätig sind, so u.a. von deutscher Seite BMW, Mercedes, Siemens, DHL, Schaeffler und Thyssenkrupp. Während Trump Importe in die USA mit hohen Strafzöllen belegen will, wirbt China für sich als Schutzmacht des globalen multilateralen Handelssystems. „Transnationale Unternehmen spielen eine wichtige Rolle bei der Sicherung der Weltwirtschaftsordnung“, so Präsident Xi. Und er machte den Unternehmen weitere Avancen: „Ich möchte allen ausländischen Unternehmen, die sich an der Entwicklung Chinas beteiligt und sie unterstützt haben, meinen herzlichen Dank aussprechen. Ausländische Unternehmen tragen ein Drittel des chinesischen Imports und Exports, ein Viertel zur industriellen Wertschöpfung und ein Siebtel zu den Steuereinnahmen bei und schaffen mehr als 30 Millionen Arbeitsplätze.“ Speziell an die Adresse der deutschen Autobauer gerichtet fügte er hinzu: „Für Unternehmen wie Mercedes-Benz und BMW ist China heute der größte Markt der Welt.“ (Zit. nach *Frankfurter Allgemeine Zeitung* v. 29.03.2025) Ungeachtet der zunehmenden Konkurrenz für deutsche Unternehmen auf dem chinesischen Markt, und der Tatsache, dass nicht nur Xi, sondern auch der US-Präsident für die Ansiedelung internationaler Unternehmen in den USA wirbt, denn so könnten diese die Strafzölle umgehen, will das Verhalten der chinesischen Regierung gegenüber internationalen Unternehmen im Gegensatz zu den USA Vertrauen und Verlässlichkeit im Handel demonstrieren. Dabei nimmt China im Besonderen Europa in den Blick. So schreibt die „Global Times“, eine Zeitung der Kommunistischen Partei, Europa solle „die rationale Entscheidung treffen, sich China weiter zuzuwenden“. (Ebd.)

## EUROPÄISCHE MILITARISIERUNG

Die europäischen Staaten sehen das transatlantische Bündnis in Gefahr und fühlen sich düpiert, da Trump nach ihrer Meinung Kernfragen europäischer Sicherheit über ihre Köpfe hinweg verhandelt, sodass Vertrauen und Rücksichtnahme stark beschädigt seien. Die europäischen Staaten, nun auf sich allein gestellt, reagieren mit einem noch nie dagewesenen Aufrüstungswettlauf und einer gesellschaftlichen

PROKLA

ZEITSCHRIFT  
FÜR KRITISCHE  
SOZIALWISSENSCHAFT

BERTZ + FISCHER

**Schwerpunktt Themen**

- Nr. 214: Feministische Ökonomiekritik (1/2024)
- Nr. 215: Demokratische Planwirtschaft in Zeiten von Digitalisierung und Klimakrise (2/2024)
- Nr. 216: Widersprüche »grüner« industrieller Transformation (3/2024)
- Nr. 217: Mythos der Maschine? Künstliche Intelligenz und Gesellschaftskritik (4/2024)
- Nr. 218: Surplus Societies – Überflüssige im Gegenwarts-kapitalismus? (1/2025)
- Nr. 219: Sozial-ökologische Bewegungen im Spannungsfeld von Staat und Demokratie (2/2025)

Jetzt auch im

Digital- und Sozial-Abo\*

ab 29,- Euro im Jahr  
\* und im Förder-Abo!

Einzelheft: € 15,-

**Probeheft anfordern!**  
 Bertz + Fischer Verlag  
[prokla@bertz-fischer.de](mailto:prokla@bertz-fischer.de)  
[www.bertz-fischer.de/prokla](http://www.bertz-fischer.de/prokla)



Militarisierung, um einem prognostizierten Angriff Russlands in den nächsten Jahren Widerstand leisten zu können. Es geht um politische und militärische Mitbestimmung im Konzert der Weltmächte, um als Ordnungsmacht ernst genommen zu werden. Europa zu stärken heißt in Kriegszeiten im Wesentlichen Aufrüstung. So verkündete Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen Brüssel werde 150 Milliarden Euro für Kredite für Waffenkäufe vergeben, „und darüber hinaus Bedingungen schaffen, die es ermöglichen, 800 Milliarden Euro auf unterschiedlichste Weise für die Aufrüstung zu mobilisieren“. (Kronauer 2025, S. 25) Auch auf nationaler Ebene überbieten sich die europäischen Länder mit einem Militär-Keynesianismus in ihren Aufrüstungsplänen. Aus dem neuen Bericht des Stockholmer Friedensforschungsinstituts Sipri geht hervor, dass weltweit die Militärausgaben gegenüber dem vorigen Jahr um zehn Prozent gestiegen sind. Für Deutschland sind es sage und schreibe 28 Prozent. Für 2024 bedeutet das konkret 88,5 Milliarden Dollar (91 Milliarden Euro) und somit Platz vier hinter den weit führenden USA mit 997 Milliarden, China mit 314 Milliarden und Russland mit 149 Milliarden Dollar. (Vgl. *Westdeutsche Allgemeine Zeitung* v. 28.04.2025) Die früher von vielen europäischen NATO-Staaten anvisierten aber nicht erreichten 2 Prozent des BIP für Verteidigungsausgaben, sind nur noch Makulatur. 3,5 bis 5 Prozent ist nun die Messlatte. Die Unionsparteien und die SPD einigten sich darauf, alle Ausgaben für die Streitkräfte, die ein Prozent der Wirtschaftsleistung übersteigen, von der Schuldenbremse auszunehmen. Damit plant die neue Bundesregierung von CDU/CSU und SPD unter dem Bundeskanzler Friedrich Merz, der bisher strikt auf Haushaltsdisziplin und Schuldenbremse bestanden hat, eine bisher nicht für möglich gehaltene Verschuldung, um fast unbegrenzt in Aufrüstung zu investieren. Die neue Kriegstüchtigkeit und die Militarisierung der Gesellschaft, die ja nur von wenigen in Frage gestellt wird, verlangt von der Bevölkerung, wie auch in den anderen europäischen Ländern, finanzielle Opfer, da im sozialen Bereich zugleich kräftig gespart werden soll. Kanonen *und* Butter, das wird nicht gehen. Zudem wird über einen nuklearen Schutzschild für Europa durch Frankreich und Großbritannien diskutiert.

Bedingt durch die Politik der US-Regierung will die EU nicht nur ökonomisch, sondern jetzt auch als militärische Weltmacht aufrücken. Ob die Ambitionen gelingen, bleibt jedoch

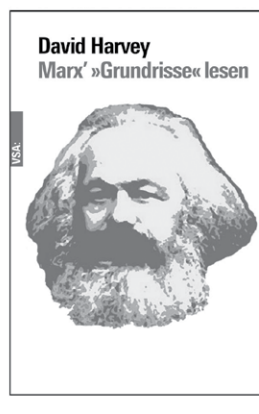
fraglich, da die Staaten immer noch untereinander in Konkurrenz stehen um den kapitalistischen Reichtum als Grundlage ihrer Macht. Daraus ergibt sich auch, wie durchsetzungsfähig sie politisch und ökonomisch sind. Trotz der Einbindung in die EU besteht diese Konkurrenz. Politisch tritt sie als gewollte Ordnungsmacht entsprechend nicht einheitlich auf, zumal unterschiedliche Einschätzungen in dem Verhältnis zu Russland, zu den USA und auch zu China, z.B. bezüglich der Wettbewerbsbedingungen, durchaus vorhanden sind.

## LITERATUR

- Friesendorf, Cornelius/ Zellner, Wolfgang 2025: Das Ende der Schutzmacht, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 4, Berlin, S. 63-72.
- Gegenstandspunkt 2025: Politische Vierteljahrszeitschrift, Heft 1, München.
- Kronauer, Jörg 2025: „Die freie Welt braucht einen neuen Anführer“, in: Konkret, Heft 4, Hamburg, S. 12-15.
- Levitsky, Steven/ Way, Lucan A. 2025: Der Staat als Waffe: Trumps kompetitiver Autoritarismus, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 3, Berlin, S. 47-58.
- Marx, Karl/ Engels, Friedrich 2005 [zuerst 1857/58]: Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie, MEW Bd. 42, Berlin.
- Solty, Ingar 2024: Rechtsautoritärer Nationalismus in den USA, in: Zeitschrift Marxistische Erneuerung, Heft 140, Frankfurt/M., S. 50-58.
- Rauch, Jonathan 2025: Mafiaboss im Weißen Haus, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 5, Berlin, S. 91-98.
- Turowski, Jan 2023: Einleitung. Wie kann man, wie muss man und wie darf man China diskutieren? In: Jie, Meng/ Turowski, Jan (Hrsg.): Immer noch tastend den Fluss überqueren. Chinas marktsozialistisches Modell verstehen, Hamburg, S. 7-34.

Wolfgang Kastrup ist Mitglied der Redaktion des DISS-Journals und im AK Kritische Gesellschaftstheorie.

## VSA: »Klassiker« lesen & wiederlesen!



Giuseppe Fiori  
**Das Leben des Antonio Gramsci**  
Herausgegeben von Christoph Nix  
304 Seiten | € 19,80  
ISBN 978-3-96488-218-9

David Harvey  
**Marx' »Grundrisse« lesen**  
Ein Begleiter für Einsteiger und Fortgeschrittene  
440 Seiten | € 29,80  
ISBN 978-3-96488-187-8

## Sozialismus.de

Monatlich Hintergründe & Analysen | täglich im Netz



In der Druckausgabe jeden Monat Hintergrund-

Jahresabonnement: € 85 (11 Hefte + Supplements); Ermäßiggt: € 65 Kennenlern-Abo (3 Hefte): € 20 [www.Sozialismus.de](http://www.Sozialismus.de)

artikel zu innen- wie außenpolitischen Anlässen sowie immer etwas Theorie. Außerdem Supplements zu Geschichte, Kultur & Politischer Ökonomie.

Täglich im Internet ohne Paywall Kurzanalysen und aktuelle Kommentare zwischen den monatlichen Printausgaben.

Weitere Informationen zum Verlagsprogramm: [www.vsa-verlag.de](http://www.vsa-verlag.de)

# Union und AfD: Grenzen der Annäherung?

Von Helmut Kellershohn

**Vorbemerkung:** Das Bundesamt für Verfassungsschutz hat die AfD als „gesichert rechtsextremistisch“ eingestuft. Das Ergebnis der langjährigen Beobachtung der AfD durch den Verfassungsschutz wurde kurz vor Toresschluss ihrer Amtszeit als geschäftsführender Bundesinnenministerin von Nancy Fraser der Öffentlichkeit mitgeteilt. Für die Unionsparteien erhält damit die Debatte über den Umgang mit der AfD, z.B. in der Frage der Wahl von Bundestagsausschuss-Vorsitzenden oder grundsätzlicher beim Thema „Brandmauer“, eine neue Dimension. Soll die Union unter diesen Bedingungen die „Normalisierung“ der AfD, wie sie anscheinend dem neuen Fraktionsvorsitzenden Spahn vorschwebt, weiter betreiben oder denjenigen folgen, die ein Verbotsverfahren vor dem Bundesverfassungsgericht anstreben, wie dies der schleswig-holsteinische Ministerpräsident Günther fordert? Hier steht viel auf dem Spiel: Langfristig gesehen geht es bei der Frage Normalisierung vs. Verbot um die Möglichkeit einer Konvergenz eines sich radikalisierten Konservatismus mit der extremen Rechten. Das wiederum wirft zwei Fragen auf: Gibt es aus der Sicht der Union eine Grenze der Übereinstimmung, die sie nicht überschreiten darf, will sie nicht ihre Existenz als staatstragende Partei aufs Spiel setzen? Und umgekehrt: Ist die AfD derzeit überhaupt in der Verfassung, die für eine Annäherung der Positionen notwendige Geschlossenheit und Kompromissbereitschaft aufzubringen?<sup>1</sup>

Die Möglichkeit der Konvergenz eines sich radikalisierten Konservatismus mit der extremen Rechten hat mit Blick auf die AfD zwei Seiten. Zum einen ist damit die Frage angesprochen, inwieweit die AfD nach den Grabenkämpfen der letzten Jahre, die nacheinander zum Ausscheiden der Parteisprecher\_innen Lucke, Petry und Meuthen geführt haben, als eine relativ geschlossene Partei betrachtet werden kann; und zum anderen, inwieweit die Partei in der Lage ist, an einer „Neubestimmung dessen, was die politische Mitte in Deutschland ist“ (Karlheinz Weißmann, JF 9/25: 1) zu arbeiten. Wenn Weißmann diese neue politische Mitte „irgendwo zwischen den Positionen von Merz und Weidel“ und nicht zwischen Wüst und Höcke verortet, will er wohl andeuten, dass die von ihm (und der JF) gewünschte Neubestimmung nicht ohne erneute Grabenkämpfe oder gar Spaltungstendenzen zu haben sein wird, und zwar nicht nur in der AfD, sondern möglicherweise auch in den Unionsparteien.

Eine gegenteilige Perspektive entwickelte Erik Lehnert vom (damaligen) Institut für Staatspolitik anlässlich des zehnjährigen Bestehens der AfD. Mit dem wachsendem Einfluss der AfD komme eine „Charakterprüfung“ auf sie zu: „ob sie nämlich der Verlockung widerstehen kann, ein gleichberechtigter Teil der Beutegemeinschaft der Parteien zu werden, und ob sie die innere Spannung bis zu dem Moment halten kann,

in dem sie in der Lage ist, den anderen die Bedingungen für eine Zusammenarbeit zu diktieren.“ (Sezession 112/2023: 19) Hier schwingt also noch das Ansinnen einer „fundamental-oppositionellen Bewegungspartei“ mit, die glaubt, man könne irgendwann einmal die Geschicke der Republik im Wesentlichen allein oder führend in einer Koalition bestimmen. Dem scheint Björn Höcke nachzuhängen, wenn er am Abend der Bundestagswahl zu Protokoll gab, dass man „nicht als Juniorpartner für die Union zur Verfügung stehe“, und so gewissermaßen einer umgekehrten „Brandmauer“ das Wort redete.

Die Äußerungen Weißmanns bzw. Lehnerts stehen hier für die ideologiepolitische Debatte in und im Vorfeld der AfD, die seit Jahren geprägt ist durch den Kampf zweier Linien. Vereinfacht kann man mit Blick auf die Vordenker sagen: Auf der einen Seite stehen die *Junge Freiheit* (JF) und mit ihr kooperierende Medien wie *eigentlich frei*, auf der anderen Seite das *Institut für Staatspolitik* (IfS) bzw. nach dessen Auflösung die Nachfolgeorganisationen und deren Umfeld. Durch die enge Abstimmung mit dem Höcke-Flügel hat das IfS rund um Götz Kubitschek, Martin Sellner und Benedikt Kaiser zweifellos die internen Machtverhältnisse in der AfD und das äußere Erscheinungsbild immer stärker geprägt. Gleichwohl dominiert auf programmatischer Ebene weiterhin, insbesondere in wirtschafts- und sozialpolitischer Hinsicht, ein neoliberaler Grundton, während sozialpatriotische bzw. nationalsoziale Positionen sich vor allem gegen AusländerInnen richten oder biopolitischen Prämissen in der Familienpolitik folgen. Zusammengehalten wird die AfD in ideologiepolitischer Hinsicht durch eine mehr oder weniger ausgeprägte weltanschauliche Rahmung, die als völkisch-nationalistisch bezeichnet werden kann und am deutlichsten in den „Remigrations“-Plänen der AfD zum Ausdruck kommt. In ihnen ist eine innerstaatliche Feinderklärung festgeschrieben, die ohne Zweifel ein protofaschistisches Element transportiert. Bei Martin Sellner, dem Propagandisten einer „Reconquista“-Strategie, kann man dann nachlesen, wie – konsequent weitergedacht – die geforderte Remigration in eine Neuauflage des Reichsbürgergesetzes von 1935 mündet.

Zu unterscheiden sind also in der AfD und in ihrem Vorfeld zwei Hegemonieprojekte: zum einen ein völkisch autoritär-liberales Hegemonieprojekt<sup>2</sup>, dessen Anfangsgründe in den Schriften der ordoliberalen Vordenker (Rüstow, Röpke) und in dem berühmt-berüchtigten Vortrag Carl Schmitts vor dem Langnam-Verein zu suchen sind; zum anderen ein völkisch nationalsoziales Hegemonieprojekt, etwa in der Tradition des Tat-Kreises oder der NS-„Linken“. Sie unterscheiden sich im Wesentlichen erstens durch unterschiedliche Strategiekonzepte zur Ordnung des Markt-Staat-Verhältnisses, zweitens durch

<sup>1</sup> Bei dem folgenden Beitrag handelt es sich um das Manuskript eines Vortrages, den ich auf einer internen Tagung der Rosa-Luxemburg-Stiftung im März gehalten habe.

<sup>2</sup> Der Begriff „autoritärer Liberalismus“ geht auf Hermann Heller und dessen Kritik an Carl Schmitts Theorie des qualitativ totalen Staates zurück. – Gerd Wiesel hat schon vor vielen Jahren die Formel vom „völkischen Neoliberalismus“ geprägt.





CDU-ZENTRALE IN BERLIN – Bildmontage Guido Arnold

den differierenden Bezug auf den Sozialstaat und drittens durch divergierende Zielgruppen-Ansprachen. In den letzten Jahren ist die AfD sichtlich bemüht, den Kampf zweier Linien zu entschärfen und beide Hegemonieprojekte miteinander zu vermitteln. In einem Strategiepapier des Bundesvorstandes zum diesjährigen Bundestagswahlkampf heißt es, der AfD sei daran gelegen, „eine Synthese aus freiheitlich-konservativen und sozialpatriotischen Ansätzen“ zu schaffen. Sie sei den „Idealen der sozialen Marktwirtschaft verpflichtet“ und wolle „zugleich wirtschaftsliberale als auch sozialdemokratisch ausgerichtete Wählerschichten“ ansprechen, „die Wohlstand durch eigener Hände Arbeit und Leistung erwerben wollen“.

Gleichwohl zeigen sich im Kontext der Kanzlerkandidatur Alice Weidels erneut Divergenzen, die Bezug nehmen auf Weidels Bemühungen um die propagandistische Unterstützung von Seiten Elon Musks und ihren Versuch, die AfD als eine libertär-konservative Partei darzustellen. Während die *Junge Freiheit* (Dieter Stein) sich das Symbol der Kettensäge zu eigen machte, ein Zurück zu den „Kernaufgaben des Staates“ und „maximale persönliche und unternehmerische Freiheit“ (JF 51/24: 1) einforderte, äußerte sich bei den Vordenkern des nationalsozialen Hegemonieprojekts ein deutliches Unbehagen. Kubitschek anerkannte, nachdem er sich jahrelang mit dem libertären Zentralorgan *eigentlich frei* und insbesondere Hans-Hermann Hoppe beharkt hatte, pragmatisch den propagandistischen Nutzen des Weidel-Musks-Auftritts („Wahlkampfhilfe“, 31.12.2024), ließ aber auf *sezession.de* Nils Wegner Musk als weltanschaulichen Taugenichts charakterisieren (09.01.2025). Lichtmesz dagegen sah durchaus ethnopluralistische Gedankengänge bei Musk, monierte zugleich aber die prozionistische Ausrichtung der neuen US-Administration (28.01.2025). Sellner bemühte sich um Ausgleich und plädierte für eine „temporäre Allianz“ zwischen Rechten und Libertären. Insgesamt also ein Bild der Unsicherheit. In der Bundestagswahlanalyse auf *sezession.de* (Daniel Fiß 24.02.2025) wurde übrigens der Kanzlerkandidatin eine „gewisse Überforderung“ im Verlauf des Wahlkampfes attestiert.

Im Weiteren gehe ich nun darauf ein, dass dieselben Parteiungen, die sich in wirtschafts- und sozialpolitischen Fragen konzeptionell gegenüberstehen, auch auf dem Feld der Außen-, Europa- und Sicherheitspolitik den Ton angeben. Die Haltung zu den supranationalen Institutionen, angefangen vom Euro über die EU hin zu NATO, ist in meinen Augen der entscheidende Punkt, an dem die AfD bei den wirtschaftlichen und militärischen Eliten auf Ablehnung stößt. Mit einem ‚gemäßigten‘ völkisch autoritär-liberalen Programm könnten sie und die Union sich unter Umständen arrangieren, nicht aber mit einem „Austritt“ aus besagten Institutionen im Sinne einer einseitig betriebenen Renationalisierungsstrategie. Die AfD

versucht zwar, das abzuschwächen, sowohl in Hinblick auf die NATO als auch die EU, spricht von „Kompetenzrückbau“ (Alice Weidel) oder einer einvernehmlichen „Auflösung“ und der Gründung einer Bundes europäischer Nationen inklusive einer – als Zielperspektive – von den USA unabhängigen europäischen Verteidigungsgemeinschaft, aber wie das gelingen soll, steht in den Sternen. Gleichzeitig wird unter Rückgriff auf Carl Schmitt – konträr zur Idee eines Bundes – die Idee eines europäischen Großraums unter deutscher Führung (Höcke, Krah, Sellner) wiederbelebt oder zumindest der Mitteleuropagedanke (Kubitschek) aus der Schublade gezogen, selbstverständlich in einem Arrangement mit der Großmacht Russland. Es ist nicht davon auszugehen, dass derartige Rückbezüge auf den deutschen Imperialismus und Faschismus bei den westeuropäischen Rechtsparteien auf Gegenliebe stoßen werden.

Demgegenüber präferiert die *Junge Freiheit* eine gegen Russland gerichtete, westlich orientierte Großraumordnung durch den Zusammenschluss europäischer Mittelmächte, der auch ein Verteidigungsbündnis beinhalten müsse. Mangels einer deutschen und europäischen Atomstreitkraft müsse aber diese Bündnis „auf absehbarer Zeit“ die USA notwendigerweise einschließen. Zur NATO gebe es folglich „keine Alternative“ (JF 9/23: 1). Die JF goutiert im Allgemeinen die transatlantische und EU-konziliante Regierung der italienischen Ministerpräsidentin Meloni, während von der neurechten Fraktion um das ehemalige IfS abschätzig die „Melonisierung“ als „Illusion der rechten Mitte“ (Benedikt Kaiser, *sezession.de* 06.09.2023) kritisiert wird. Sellner (03.10.2023) definiert „Melonisierung“ als „Regierungsübernahme von Rechtsparteien, die aber nicht in der Lage oder nicht gewillt sind, die Ersetzungsmigration wirklich zu beenden“, und zweitens „auf transatlantischer Ebene bei der westlichen Außenpolitik“ mitmischen wollen.

Meines Erachtens ist zurzeit (noch) keine Kraft im Führungspersonal der AfD zu sehen, die einen Kurs à la Meloni gegen Höcke & Co fahren könnte.<sup>3</sup> Allerdings ist deutlich geworden, dass die sog. „Friedenspolitik“ der neuen US-Administration und die öffentlichkeitswirksame Unterstützung der Kanzler-

3 Vgl. dazu auch den Artikel von Mathias Hoose in dieser Ausgabe des DISS-Journals.

kandidatur Alice Weidels durch Musk und Vance zu amerikafreundlichen Korrekturen in der außenpolitischen Positionierung der AfD geführt haben. Im Bundestagswahlprogramm stehen nun zwei Bewertungen der US-Außenpolitik *unverbunden* nebeneinander. Auf der einen Seite wird ganz im Sinne Höckes, der Russland als „Gegenentwurf zur universalistischen Hegemonie der nichteuropäischen Weltmacht USA“ lobt, auf die unterschiedlichen „geopolitischen und ökonomischen Interessen der USA“ hingewiesen (z.B. Energieversorgung, Nord-Stream 2) und empfohlen, Deutschland dürfe sich nicht „durch weichenstellende Entscheidungen der USA gegenüber anderen Mächten in Konflikte hineinziehen lassen“. Die Stationierung weitreichender US-Waffensysteme in Deutschland wird abgelehnt. In Bezug auf China möchte man nicht, ohne das direkt auszusprechen, in die amerikanisch-chinesische Konfrontation eingebunden sein, und betont die Bedeutung Chinas als „Handelspartner für Deutschland“. Auf der anderen Seite wurde infolge des ‚Techtelmechtes‘ zwischen Musk und Weidel der Leitantrag des Bundesvorstandes im endgültigen Programm-Text dahingehend ergänzt, dass die AfD „für eine Verbesserung der Beziehungen Deutschlands zu den Vereinigten Staaten“ eintrete.<sup>4</sup> Die US-Regierung, heißt es nun, sei ein „starker Partner“. Gemeint ist, dass die AfD von der Neuausrichtung der US-Administration unter Trump profitieren möchte, indem sie die gemeinsame ideologische Interessenlage („Ende der Klimaideologie und der Wokeness“) betont. Und speziell mit Blick auf Musk und dessen Interessen als social-media-Akteur wendet sich der Text gegen die Bemühungen der EU, die US-amerikanischen Internet-Plattformen zu regulieren: „In der neuen US-Regierung sehen wir auch einen starken Partner in unserem Einsatz für die Meinungsfreiheit und gegen Internet-Zensur“.

Nach der für viele überraschenden Offerte Trumps an die russische Regierung, durch weitgehende Zugeständnisse vorab diese zu Friedensvertragsverhandlungen zu bewegen, äußerte sich Alice Weidel in einem Interview mit der *Jungen Freiheit* (09/25: 3) wie folgt. Auf die Frage Dieter Steins, ob sich mit der Wahl Trumps „intern etwas in der AfD verändert“ und ob die Partei nunmehr die „‘prorussische‘ Position eines Teils der Partei“ ausbalancieren werde, wies sie – wider besseren Wissens – die Existenz einer prorussischen Fraktion empört als „übelwollende Polemik“ zurück. Die ‚friedenspolitische‘ Haltung der Partei in der Ukrainefrage (schnellstmögliche Beendigung, Entschärfung der Konfrontation mit Russland, Vermeidung einer Eskalation hin zum Atomkrieg) sei jetzt durch die Initiative der Trump-Administration bestätigt worden. Und im Sinne einer Politik der Äquidistanz heißt es dann weiter: „Unsere Auffassung ist, daß Deutschland als Land in geopolitischer Mittellage darauf angewiesen ist, gute wirtschaftliche und politische Beziehungen zu allen Mächten zu unterhalten. Dafür trete ich auch persönlich als Kanzlerkandidatin der Alternative für Deutschland ein.“ Assistiert wird Weidel, in dieser Hinsicht zumindest, durch Kubitschek, der den Begriff der Äquidistanz neuerdings für nützlich hält, um

zwischen prorussischen und prowestlichen Positionen in der AfD zu vermitteln.

Die Kehrseite einer Politik der Äquidistanz ist erstens die Gleichsetzung der Pole USA-Russland als ‚Friedenskräfte‘, die durch ihr Zusammenwirken endlich dem „Bettelpräsidenten“ (Chrupalla, Weidel) Selenskyi den Frieden diktieren, den die „Friedenspartei“ AfD doch immer schon gewollt habe. Zweitens geriert sich die AfD als Kämpferin gegen die „Phalanx der europäischen Kriegstreiber“ inklusive Union und SPD, die für einen „potenziellen Krieg gegen Rußland“ rüsteten, den sie nicht gewinnen könnten. Drittens wendet sich die AfD gegen die Schuldenaufnahme der EU, die die derzeitige Lage als „Anlass“ missbrauche, um das, was sie „ohnehin schon immer“ anstrebe, nämlich gemeinsame Schulden und die Vergemeinschaftung der Militärpolitik, durchzusetzen. Viertens stellt sie den „Wahlbetrug“ der Merz-CDU in den Mittelpunkt ihrer Propaganda, die mit der Aufnahme „gigantische[r] Sonderschulden“ gegen den „soeben durch Wahl festgestellten Willen des Volkes“ verstoße, und beklagt, auch dies sei ein „Ergebnis der Brandmauer“ (vgl. Erklärung des stellvertretenden Bundessprechers Peter Boehringer).

Ich denke, dass in nächster Zeit diese vier Punkte die Propaganda der AfD mit dem Ziel, die inneren Gegensätze in der Union zu befeuern, bestimmen werden. Für den Fall, dass sich die USA unter Trump aus der NATO zurückziehen sollte, sind allerdings neue Konflikte zwischen den Lagern in der AfD programmiert. Die von Rüdiger Lucassen und Hannes Gnauck ins Spiel gebrachte atomare Bewaffnung der Bundeswehr wird das prorussische Lager nicht erfreuen.

## FAZIT

(1.) Die AfD stellt sich heute als eine *relativ* geschlossene Partei dar, obwohl unterschwellig der Kampf zweier Linien weiterhin existent ist und immer wieder zu Formelkompromissen nötigt. Offen ausbrechen würde der Kampf, sollten der AfD als Gegenleistung für eine Koalitionszusage substanzielle Zugeständnisse abverlangt werden. Abzuwarten bleibt, ob und wie sich die trumpistische Außenpolitik auf eine Neusortierung der Lager auswirken könnte.

(2.) Solange die AfD auf dem Feld der Außen-, Europa- und Verteidigungspolitik sich nicht zu einer „Melonisierung“ ihrer Politik durchringen kann, wird sie innenpolitisch, im Verhältnis zu den Unionsparteien, weitgehend auf die Außenseiterposition des Beobachters und populistischen Kritikers verwiesen sein und ansonsten ihre Hoffnung auf ein Scheitern der anstehenden schwarz-roten Koalition setzen. Auf europäischer Bühne dürfte sie unter den (noch) gegebenen Bedingungen isoliert bleiben (Ausnahme: Orban, Kickl).

4 Einschränkung heißt es: „allerdings nur unter strikter Einhaltung von Gleichberechtigung und Fairness im Wettbewerb und unter Schutz vor Abschöpfung und Ausverkauf deutscher Technologie“.

5 Vgl. den Änderungsantrag zum Leitantrag (u.a. von Robert Lambrou, Dirk Nockermann, Sven Tritschler und Alexander Wolf), der eine „verstärkte Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten von Amerika unter dem Präsidenten Donald Trump“ für wünschenswert hält. In der Begründung ist von „Schnittmengen“ die Rede „in den Bereichen Migration, Meinungsfreiheit, Kampf gegen Woke etc.“.



# Zwischen Isolation und Einfluss: Die AfD auf dem Weg zur Macht?

Von Mathias Hoose

In den vergangenen Jahren zeichnet sich europaweit ein dramatischer Aufschwung rechter Parteien ab. Nach den Erfolgen der rechten Partei *Fratelli d'Italia* (FdI) unter Giorgia Meloni in Italien und des *Rassemblement National* unter Marine Le Pen in Frankreich (vgl. PolitPro 2025a, b) konnten auch radikalere rechte Parteien ihre Wahlergebnisse verdoppeln. Die rechtsextreme Partei *Partij voor de Vrijheid* (PVV) unter Geert Wilders stellt als stärkste Kraft sogar eine der Regierungsparteien in den Niederlanden (vgl. PolitPro 2025c). Ähnliche Erfolge erzielte auch die rechtsextreme *Freiheitliche Partei Österreichs* (FPÖ) unter Herbert Kickl. Zwar scheiterte die FPÖ an den Koalitionsverhandlungen, konnte jedoch ihre Sitze im Nationalrat nahezu verdoppeln (vgl. PolitPro 2025d).

In Deutschland verzeichnete die mittlerweile gesichert rechtsextreme *Alternative für Deutschland* (AfD) neben Erfolgen bei einigen Landtagswahlen vor allem bei der Bundestagswahl Ende Februar einen starken Stimmenzuwachs (vgl. PolitPro 2025e). Dennoch bleibt die AfD sowohl im Bund als auch in den Ländern von der Regierungsbildung ausgeschlossen. Deshalb stellt sich die Frage nach den Zukunftsperspektiven der AfD: Welche Wege könnten ihr den Zugang zur Macht eröffnen?

An dieser Stelle sind die Debatten von Interesse, die rund um die AfD – innerhalb der Partei sowie in ihren Vorfeldorganisationen – geführt werden. Zuletzt wurde unter dem Stichwort „Melonisierung der Rechten“ teils zustimmend, teils ablehnend über die Einordnung des italienischen Weges diskutiert. Im Zuge der Bundestagswahl erweiterte sich diese Debatte um das österreichische Modell der FPÖ sowie um die Frage, welche Bedeutung den *Christdemokraten* (CDU) im Umgang mit der AfD zukommt.

In diesem Artikel rekapituliere ich die Diskussionen darüber, welche Strategie die AfD aus ihrer politischen Isolation führen könnte. Zu Beginn analysiere ich die Perspektive der Neuen Rechten auf die „Melonisierung“. Anschließend stelle ich eine alternative strategische Möglichkeit „Kicklisierung“ vor, beleuchte zum Vergleich einige Eckpunkte des Modells „Meloni“ und gehe dann auf Lage und Positionierung der AfD selbst ein.

## DIE NEUE RECHTE UND GIORGIA MELONI

Nach dem Wahlsieg der rechtsnationalen *Brüder Italiens* (*Fratelli d'Italia*) unter Giorgia Meloni Ende September 2022 stellten kritische Kommentatoren bereits eine Strategie zum Machterwerb rechter Parteien in Aussicht. In einem *Spiegel*-Artikel verwendete der Journalist Sascha Lobo damals den Begriff der „Melonisierung“, um vor der Verharmlosung radikaler rechter

Regierungen in Europa zu warnen (vgl. Lobo 2022). Rechte Parteien wie die *Brüder Italiens* oder die *Schwedendemokraten* würden vor allem von gescheiterter Migrationspolitik profitieren. Seit Mitte 2023, als Melonis Politikstil zunehmend erkennbar wurde, wurde die Strategie der „Melonisierung“ innerhalb der Neuen Rechten verstärkt diskutiert. Besonders die sich als „rechtsintellektuell“ verstehende Zeitschrift *Sezession* trug in den Zirkeln der Neuen Rechten maßgeblich zur negativen Konnotation des Begriffs bei. Das Magazin attestierte dem italienischen Weg eine pragmatische Politik, die die ursprünglichen Ziele der Rechten verrate. Demnach habe sich die *Fratelli d'Italia* in ihrer Rhetorik einer Radikalität bedient, die sie in ihrer Regierungsverantwortung zugunsten der Fortführung der herrschenden Politik aufgegeben habe (vgl. Kaiser 2023a, b).

Die Kritik an der „Melonisierung“ stammt von den drei prominentesten Autoren der *Sezession*: Martin Sellner, Benedikt Kaiser und dem Chefredakteur Götz Kubitschek. Die Autoren kritisieren Meloni vor allem wegen ihrer mangelnden Durchsetzungsfähigkeit in der Migrationspolitik. Tatsächlich hatte die *Fratelli d'Italia* in ihrem Wahlkampf ein konsequentes Vorgehen gegen irreguläre Migration versprochen, musste jedoch im ersten Jahr ihrer Regierungszeit einen Anstieg von Flüchtlingen und Migrant\*innen registrieren (vgl. Statista 2025a). Laut Martin Sellner hat es Meloni versäumt, energische Maßnahmen gegen Migration zu ergreifen und damit „Souveränität zu demonstrieren“ (Sellner 2023a). Ähnlich wie dem ehemaligen Innenminister Matteo Salvini von der rechtspopulistischen Partei *Lega Nord* drohe ihr ein Rücktritt infolge ausbleibender Erfolge (vgl. Proswetow 2023).

Obwohl sich die „Melonisierung“ langfristig als erfolgreich erweisen könnte, kritisierte Benedikt Kaiser sie als eine „Illusion der rechten Mitte“ (Kaiser 2023a). Anders als die AfD erkennen die *Brüder Italiens* laut Kaiser nicht die Gefahr, den „Fallstricken des Parlamentspatriotismus“ zu erliegen (Kaiser 2023a). Ihr Streben nach Anerkennung durch die hegemonialen Kräfte in Europa – etwa durch die Übernahme der „atlantischen Vision“, die Distanzierung von radikaleren Parteien und die Suche nach gemäßigten Bündnispartnern – verleite die *Fratelli d'Italia* zu dem, was Thomas Biebricher als die „Magie der Mitte“ bezeichnet (vgl. Kaiser 2023a).

Die Autoren der *Sezession* befürchten in der „Melonisierung“ einen strategischen Irrweg, dem die *Alternative für Deutschland* nicht erliegen dürfe. Es sei der seit Jahrzehnten gehegte Traum von FPÖ und AfD, eine eigene Mehrheit ins Parlament zu bringen, aber nicht, um dann eine Regierung des geringsten Widerstands zu bilden (vgl. Sellner 2023a). Demnach müsste der Autorenkreis um Martin Sellner, nicht zuletzt wegen seiner Funktion im Vorfeld der FPÖ, die inhaltliche Kom-



promisslosigkeit der *Freiheitlichen Partei Österreichs* befürworten. Es stellt sich die Frage, ob dem Autorenkreis die strategische Weiterentwicklung Melonis im Vergleich zur FPÖ tatsächlich gegenwärtig ist – oder ob dieser Unterschied bewusst ausgeblendet wird.

## DIE KOMPROMISSLOSE ALTERNATIVE: EIN BLICK NACH ÖSTERREICH

Tatsächlich lassen sich die Entwicklungen der *Freiheitlichen Partei Österreichs* erstaunlich gut mit denen der *Alternative für Deutschland* vergleichen. Beide Parteien erzielten bei den zurückliegenden Wahlen Rekordergebnisse, wurden jedoch in keinem Fall Teil einer Regierungskoalition. Die AfD erreichte fast 21 Prozent der Stimmen, wurde aber – wie bereits nach den Landtagswahlen im Vorjahr – von Koalitionsverhandlungen ausgeschlossen. Auch ihre österreichische Schwesterpartei, die FPÖ, konnte trotz eines Wahlergebnisses von fast 29 Prozent als stärkste Kraft keine Regierungskoalition bilden.

Nach dem Scheitern der sogenannten „Zuckerl-Koalition“ aus *Österreichischer Volkspartei* (ÖVP), *Sozialdemokratischer Partei Österreichs* und den liberalen *NEOS* gelang es der FPÖ nicht, mit der ÖVP eine kompromissbereite Koalition zu schmieden. Ein zentraler Streitpunkt war die Forderung des FPÖ-Bundesparteibmanns Herbert Kickl, erneut das Innenministerium zu übernehmen. Diese Forderung rief innerhalb der ÖVP Besorgnis hervor, insbesondere im Hinblick auf eine mögliche politische Annäherung an Russland (vgl. Tóth 2025). Zudem zeigte sich Kickl kompromisslos gegenüber der proeuropäischen Haltung der ÖVP: Er war nicht bereit, die EU-Treue der Volkspartei zu übernehmen (vgl. Enskat et al. 2025).

Trotz des scheinbaren Scheiterns von Kickl betrachten Autoren des rechtsextremen österreichischen Magazins *Freilich* die Absage als mögliche Stärkung der FPÖ. Kickl habe die *Freiheitliche Partei Österreichs* durch einen radikalen Kurs zu einer Volkspartei gemacht, welche die *Österreichische Volkspartei* langfristig zu einer Koalition zwingen werde (vgl. Juritz 2024). Um jedoch langfristig erfolgreich zu sein, müsse die Partei ihre Strategie verbessern. Sie müsse provokanter auftreten, auffälliger werden und vor allem ihre Wähler dauerhaft an sich binden (vgl. Albert 2025). Ähnlich wie der Autor der *Sezession*, Daniel Fiß, es bei der AfD beobachtete (vgl. Fiß 2025), bewertet auch Christoph Albert das Potenzial der FPÖ als noch nicht vollständig ausgeschöpft (vgl. Albert 2025). Beide Parteien verdanken ihren Erfolg vor allem ihrer restriktiven Migrationspolitik, welche verstärkt kommuniziert werden müsse, um noch mehr Wähler von der konservativen Konkurrenz abzuwerben.

Der Blick nach Österreich legt nahe, dass eine „Kicklisierung“ – im Gegensatz zur aus den Reihen der *Sezession* kritisierten „Melonisierung“ – für rechte Parteien wie die AfD eine naheliegendere Strategie zum Machterwerb darstellen könnte. Dies nicht zuletzt aufgrund der strukturellen und ideologischen Parallelen zwischen der *Freiheitlichen Partei Österreichs* und der *Alternative für Deutschland*. Beide Parteien entwickelten sich nach der Abspaltung nationalliberaler Kräfte, etwa um Bernd Lucke, Frauke Petry und Jörg Meuthen in Deutschland oder des Jörg Haider-Flügels in Österreich, zu klar rechtspopulistischen bis extrem rechten Akteuren (vgl. Miklin et al. 2024). Zentral für ihren politischen Erfolg ist eine Rhetorik der Kompromisslosigkeit. Beide Parteien mobilisieren überdurchschnittlich häufig bildungsferne, globalisierungskritische und migrationsfeindliche Wählerschichten (vgl. Miklin et al. 2024). Dabei bedienen sie sich einer Sprache der Konfrontation, die als glaubwürdiger empfunden wird als der gemäßigte Kurs Melonis. Vor diesem Hintergrund erscheint der österreichische Weg – also die bewusste Abgrenzung von machtpolitischen Anpassungsprozessen zugunsten ideologischer Stringenz – für Teile der Neuen Rechten als authentischer und damit anschlussfähiger.

Während Meloni sich dem Druck internationaler Erwartungen beugt, setzt die FPÖ unter Herbert Kickl auf eine Strategie der Verweigerung und Konfrontation, etwa gegenüber der EU oder in Migrationsfragen. Einige Autoren der Neuen Rechten

Ismail Küpeli

# Graue Wölfe

Türkischer Rechtsextremismus  
in Deutschland



Ismail Küpeli

Graue Wölfe – Türkischer Rechtsextremismus in  
Deutschland

ISBN: 978-3-89771-635-3

Unrast-Verlag | Erscheinungsdatum 14. Mai 2025

136 Seiten | 14,00 €

Der türkische Rechtsextremismus, hierzulande unter dem Namen ›Graue Wölfe‹ oder als Ülkücü-Bewegung bekannt, ist mit etwa 12.000 Anhänger\*innen die zweitgrößte extrem rechte Bewegung in Deutschland. Die Ideologie des türkischen Rechtsextremismus ist zutiefst geprägt von autoritären, nationalistischen, rassistischen, antisemitischen und queerfeindlichen Elementen. Ebenso auffällig ist das Verschwörungsdenken im türkischen Rechtsextremismus, das mit zahlreichen Feindbildkonstruktionen unter anderem gegen Armenier, Juden, Kurden und allgemein gegen den Westen einhergeht. In den letzten Jahren hat insbesondere der israelbezogene Antisemitismus innerhalb des türkischen Rechtsextremismus an Relevanz und Intensität zugenommen, wie die antiisraelischen Mobilisierungen seit dem 7. Oktober 2023 zeigen.

Küpeli beleuchtet die Geschichte, Ideologie, Akteure und Netzwerke der türkischen extremen Rechten, stellt aber auch antifaschistische Gegenstrategien vor.



DISS-Journal-Sonderausgabe 7 (2023)

### Neonazismus zwischen Bürgerkrieg & Bürgernähe – Themen, Positionen und Strategien in der Zeitschrift N.S. Heute

Seit 2017 erscheint im Dortmunder Sturmzeichen Verlag das neonazistische Magazin N.S. Heute (NSH). Herausgegeben wird die NSH vom Inhaber des Verlages, Sascha Krolzig, der zeitweise einer der beiden Bundesvorsitzenden der Partei Die Rechte war. Die Autor:innenenschaft liest sich wie ein who is who der Neonaziszene. Sowohl Mitglieder der Parteien Die Rechte, NPD (jetzt Die Heimat) und Der III. Weg sind vertreten, als auch ehemalige Mitglieder zahlreicher inzwischen verbotener Parteien und Organisationen.

Das Magazin richtet sich ‚nach innen‘ – an eine aktivistische Leser:innenschaft. Die NSH erschien bisher i.d.R. zweimonatlich, laut Eigenangabe mit einer Auflage von 1000 bis 1500 Exemplaren.

Dieses Heft kann auf [www.diss-duisburg.de](http://www.diss-duisburg.de) heruntergeladen oder im DISS bestellt werden.

erkennen hierin einen strategischen Vorteil gegenüber dem „illusionären Mitte-Kurs“ der italienischen Rechten. Die „Kicklisierung“ wird entsprechend als glaubwürdigerer Weg zur Transformation des politischen Systems gewertet – nicht als dessen moderate Mitgestaltung.

## SALVINIS FEHLER, MELONIS CHANCEN

Um die Strategie Giorgia Meloni nachvollziehen zu können, lohnt sich ein Blick in die Vergangenheit der italienischen Rechten um Matteo Salvini. Wie die *Fratelli d'Italia* heute profitierte damals auch die *Lega-Partei* von hohen Umfragewerten. Dies verleitete den Innenminister Salvini dazu, durch ein Misstrauensvotum die Souveränität seiner Koalitionspartner in Frage zu stellen (vgl. Desvignes 2019). Seine Selbstüberschätzung, insbesondere in innenpolitischen Konflikten, führte zum Zerschlagen der Vorgängerkoalition der heutigen Regierungskoalition – verstärkt durch die außenpolitische Isolation infolge seiner rigorosen Migrationspolitik. Im Gegensatz zu Salvini, der Hafenblockaden und NGO-Verbote priorisierte und ungelöste Konflikte mit europäischen Partnern hinterließ, setzt Meloni auf Zusammenarbeit mit Libyen, Albanien und Tunesien. So agiert sie deutlich weniger konfrontativ auf internationaler Ebene.

Bis zur Parlamentswahl 2022 milderten die *Brüder Italiens* ihre Rhetorik zur irregulären Migration spürbar ab. Anstelle einer Rhetorik, die einen Angriff auf Kultur, Nation und Familie beschwört, kritisierte die Partei das Sterben im Mittelmeer aus vermeintlich humanitärer Perspektive (vgl. Angeli et al. 2024). Auch die Kritik an der NGO-Seerettung und an Arbeitsmigration fällt heute weniger scharf aus. Die Zunahme der irregulären Migration lässt sich vor allem auf Krisen in Tunesien und Libyen zurückführen, die starke Fluchtbewegungen auslösten. Seit der Entschärfung der Krisen, der Erneuerung des Libyen-Abkommens sind die Migrationszahlen nach Italien seit Ende 2023 wieder auf das Niveau vor ihrer Amtszeit zurückgegangen (vgl. Statista 2025a).

## MELONISIERUNG ALS STRATEGIE

Angesichts der sinkenden Migrationszahlen und der geplanten Reformvorhaben im zweiten Regierungsjahr könnte die „Melonisierung“ als gemäßigte und wohlüberlegte Strategie interpretiert werden, die aus den Fehlern früherer Regierungen gelernt hat. In diesem Kontext könnte die „Melonisierung“ als langfristige Etablierung rechter Politik verstanden werden – eine Strategie, die angesichts der kurzen Amtszeiten früherer italienischer Ministerpräsidenten pragmatisch erscheint. Seit 2006 hat es kein Ministerpräsident geschafft, die vollen fünf Jahre durchzuregieren. Die Amtszeit liegt im Median bei zwei Jahren (vgl. Statista 2024b). Bisher besteht das Kabinett Meloni seit fast drei Jahren, zeigt sich krisensicher und hält sich stabil. Auch die *Fratelli d'Italia* erfreuen sich weiterhin großer Beliebtheit in der italienischen Bevölkerung (vgl. PolitPro 2025f). Die historische Instabilität der italienischen Parlamente könnte jedoch eine Gefahr für das Kabinett Meloni werden – vor allem, wenn populäre Projekte um die Migrationsfrage an demokratischen Institutionen scheitern und Melonis Autorität ‚untergraben‘. Eben diesen Konflikt hat Meloni erkannt und versucht daher in Kooperation mit der EU ihre migrationsfeindliche Außenpolitik umzusetzen, um innenpolitisch an Zustimmung zu gewinnen. Anders als Salvini könnte sie daraus die nötige Unterstützung für eine autoritäre Innenpolitik erlangen.

Die „Melonisierung“ zeigt sich vor allem in ihrer kooperativen Außenpolitik, ihrem autoritären Regierungsstil und der geplanten Verfassungsreform. In den ersten 100 Tagen ihrer Amtszeit nutzte Meloni besonders häufig das sogenannte *voto di fiducia* (Vertrauensvotum) (vgl. Livi/Jansen 2023), um Abstimmungen im Parlament ohne ausführliche Debatten zwischen den Fraktionen zu beschleunigen. Obwohl in diesem Zeitraum nur wenige Gesetze verabschiedet wurden, deutet dieses Vorgehen auf eine autoritäre Grundhaltung hin – ähnlich wie die geplante Verfassungsreform. Die italienische Verfassung schützt eigentlich vor einer Machtkonzentration wie bei einem „Duce“ (vgl. von Beyme 2007) – die Reform beabsichtigt dies zu ändern. Unter dem Vorwand, die politische Instabilität zu verringern, droht der Abbau pluralistischer Ver-

fahren und der Gewaltenteilung. Die Reform sieht neben einem Mehrheitsbonus für die stärkste Partei – zur Vermeidung schwieriger Koalitionsverhandlungen und zur Sicherung einer Einparteien-Mehrheit – auch eine Stärkung der Macht des Ministerpräsidenten vor. Wichtige Befugnisse wie die Regierungsbildung oder die Auflösung des Parlaments sollen laut Reformvorschlag vom Staatspräsidenten auf den Ministerpräsidenten übertragen werden (vgl. Zwilling 2024).

Eine solche Reform könnte es zukünftigen Regierungen erleichtern, Maßnahmen wie die Streichung des italienischen Äquivalents zum Bürgergeld, die im Sommer 2023 zu einem Rekordhoch der Armutsquote führte (vgl. Peretti/Mandilara 2024), oder eine queerfeindliche und antifeministische Innenpolitik auch gegen parlamentarischen Widerstand durchzusetzen. Dies könnte sich etwa auf das seit 40 Jahren bestehende Recht auf Abtreibung in Italien, auf ein Verbot von Leihmutterschaft oder auf die gleichgeschlechtliche Ehe auswirken. Bereits jetzt wird das zuständige Ministerium von einer traditionalistischen Antifeministin geleitet (vgl. Ben-Ghiat 2024), die – wie Meloni – eine reaktionäre Frauenpolitik verfolgt, die ihr aufgrund ihres Geschlechts von bürgerlichen Medientendenzen eher verziehen wird als männlichen Politikern (vgl. Dietze 2023). Auch außenpolitisch trägt die Verharmlosung der rechtspopulistischen Politikerin zur „Melonisierung“ bei. Ob es um das freundschaftliche Auftreten Melonis mit Ursula von der Leyen geht oder um die Abstimmung für Sanktionen gegen Staaten, die EU-Grundsätze verletzen – die *Europäischen Konservativen und Reformer (EKR)* nutzen ihre Nähe zur christdemokratischen EVP, um außenpolitisch an Akzeptanz zu gewinnen. Das ‚schwesterliche‘ Auftreten mit EU-Kommissionspräsidentin von der Leyen, kombiniert mit pastellfarbener Kleidung und einem selbstbewussten Lächeln, vermittelt Meloni eine freundliche Außenwirkung, die jedoch eine autoritäre und reaktionäre Politik kaschiert.

## DIE „AUSGESTRECKTE HAND“ DER AfD

Die Strategie der „Melonisierung“ scheint für die Alternative für Deutschland bisher keine realistische Option zu sein. Alice Weidel betonte ausdrücklich, dass es keine „Melonisierung“ der AfD geben werde (vgl. Greiner/Beer 2024). Die anfängliche Sympathie für Meloni innerhalb der AfD (vgl. AfD 2022) ist einer tiefen Enttäuschung gewichen. Was einst als Chance gesehen wurde, die europäischen Rechte zu stärken, gilt heute innerhalb der AfD als Verrat an rechter Politik. Während sich die AfD mit Melonis autoritärem Führungsstil identifizieren kann, zeigt sich die politische Distanz vor allem in grundlegenden außenpolitischen Differenzen, etwa hinsichtlich der EU, der NATO und des Ukraine-Kriegs. Hierin folgt die AfD eher dem Beispiel ihrer österreichischen Schwesterpartei.

Eine besondere Belastung für die AfD ist ihre faktische Ausgrenzung von etablierten Rechten Parteien wie dem *Rassemblement National* im Europäischen Parlament. Nach relativierenden Aussagen ihres Spitzenkandidaten Maximilian Krah zur SS in einem Interview mit der italienischen Zeitung *La Repubblica* (vgl. Strauß 2024) hatten sich einige Parteien der Fraktion *Identität und Demokratie (ID)* von der AfD abgewandt. Folglich kam es zum Ausschluss der AfD und schließ-

lich zur Auflösung der ID-Fraktion. Untergekommen ist die Partei in der maßgeblich durch pro-Russische und rechtspopulistische Kräfte geprägte Fraktion *Europa der Souveränen Nationen (ESN)*. Die ehemalige Zusammenarbeit mit politischen Akteuren wie Marine Le Pen scheint zunächst zerrüttet. Die AfD macht hierfür nicht sich selbst verantwortlich, sondern sieht die Ursache in der „Melonisierung“ der europäischen Rechten (vgl. Schroeder 2024). Man sucht offenbar eine Art „deutschen Sonderweg“ (Schroeder), der bewusst auf Distanz zur politischen Mitte bleibt.

Im Bundestagswahlkampf erklärte Alice Weidel die CDU unter Führung Friedrich Merz ausdrücklich zum „Hauptgegner“ der AfD (Völkner 2024). Im Gegensatz zum „Kriegskanzler“ Merz würde Weidel in Kontakt mit Trump in Washington und Putin in Moskau treten, um „Frieden zu stiften“ (Reulmann 2024). Mit ihrem ‚Flirt‘-Partner Elon Musk versuchte sie die ‚amerikanische Karte‘ zu Gunsten der AfD auszuspielen. Auf einer Pressekonferenz zur Bundestagswahl kritisierte Weidel das Versagen der CDU in den Themen, welche als Kernanliegen der AfD gelten, nämlich Migration, Krieg und Wirtschaftskrise, und stellte die AfD als „einzige Alternative“ (WELT 2024) für die Wähler dar. Andererseits wurde der Union vorgeworfen, lediglich AfD-Ideen zu kopieren (vgl. Völkner 2024). Trotz der harten Angriffe wies Weidel die Schuld für die bislang ausgebliebenen Regierungsbeteiligung von der AfD ab. Laut Weidel sei die AfD politisch weder rechts noch undemokratisch. Undemokratisch sei aber die „Brandmauer gegen rechts“, welche ihrer Einschätzung nach bereits an der Basis (gemeint sind die Kommunen in denen AfD und Union zusammenarbeiten) bröckeln würde. Die politische Isolation der AfD könne daher nicht mehr lange garantiert werden (vgl. Schwarz 2024).

Worauf beruhen die Hoffnungen der AfD, nachdem sie aus den Wahlen als zweitstärkste Partei hervorgegangen ist? – In einem Interview Weidels mit Tichys Einblick (06/2025) offeriert sie folgenden Plan „für einen grundlegenden Politikwechsel in Deutschland“, der im Wesentlichen darauf setzt, dass die neue schwarz-rote Koalition „noch schneller zerbrechen wird als die Ampel“, die Union „massiv vom Wähler abgestraft“ werden und die AfD auf die „magische 30 Prozent-Hürde“ zusteuern wird. Wenn die Union dann, so Weidel, „weiterhin die Brandmauer über Deutschland stellt, wird sie mittel- bis langfristig den Weg der italienischen Democrazia Christiana gehen – also in der politischen Bedeutungslosigkeit verschwinden“. Anders ausgedrückt: Die Union soll zu Kreuze kriechen und die „ausgestreckte Hand“ der AfD, von der Weidel gönnerhaft spricht, als Rettungsanker ergreifen.

In einem ersten Schritt sieht Weidels Plan die Tolerierung einer CDU/CSU-Minderheitsregierung durch die AfD vor, vorausgesetzt, die Union verabschiedet sich „komplett“ von ihrer „Merkel-Merz-Linie“. Inhaltlich bedeutet dies: „eine echte Wende in der Migrationspolitik, ein konsequentes Bekenntnis zur inneren Sicherheit, zur Entlastung der Mittelschicht und zur Rückkehr zur wirtschaftlichen Vernunft – inklusive der Rückabwicklung der desaströsen Energiewendepolitik.“ Zudem verlangt die AfD den Abschied von ihrer „Ausgrenzung“





### Die Entwicklungspolitik der AfD

Ein Überblick über Programmatik, Praxis und Personal des Politikfeldes

DISS-Journal-Sonderausgabe 3 (2020)

Von Andrea Becker & Helmut Kellershohn

Die vorliegende Recherche untersucht die Positionierung der AfD und der parteinahen Desiderius-Erasmus-Stiftung auf den Gebieten der Entwicklungspolitik und der humanitären Hilfe. Dabei schlägt sie einen Bogen von den programmatischen Grundlagen (Policy) über die parlamentarische Praxis (Politics) und die organisatorische Verfasstheit (Polity) bis zu den handelnden Akteuren (Personal). Diese Ebenen sind inhaltlich nicht deckungsgleich, nicht alles, was programmatisch festgelegt ist, findet einen Niederschlag in der politischen Praxis.

Das gilt auch umgekehrt: Gerade auch im Zuge der beständig fortschreitenden Radikalisierung und der partei-internen Spannungslinien der AfD sind Aktivitäten und Diskurse der handelnden Akteure nicht zwingend aus den niedergeschriebenen Programmatiken ableitbar

Dieses Heft kann im DISS bestellt werden.

im Bundestag. In der Frage eines AfD-Verbots gibt sie sich optimistisch, der Verfassungsschutz gehöre im Übrigen abgeschafft.

Der zweite Schritt richtet den Blick auf die Wahlen 2029 bzw. auf eine bereits vorher mögliche schwarz-blaue Koalition. Weidel fordert (und spekuliert dabei auf das Entgegenkommen von solchen Unionspolitikern wie Carsten Linne-mann)

- in der Migrationspolitik einen „effektiven Grenzschutz“, die Abschaffung der sogenannten „Pull“-Faktoren und die „konsequente“ Abschiebung von „illegalen oder straffällig gewordenen Migranten
- in der Energiepolitik, die „klimaideologisch motivierte, künstliche Verknappung und Verteuerung von Energie“ zu beenden
- in der Wirtschafts- und Sozialpolitik die Senkung der Einkommens- und Unternehmenssteuern sowie Sozialabgaben und die Reduzierung von „Regulierungen und Verboten“, um die „Attraktivität des Wirtschaftsstandorts Deutschland“ zu erhöhen.

Was bietet die AfD? – Hier hält sich Weidel reichlich bedeckt. Zu den unklaren bis desaströsen Vorstellungen der AfD bezüglich EU, Euro, NATO und Ukrainekrieg äußert sie sich nicht, obwohl in diesen Punkten der ‚Knackpunkt‘ einer Strategie à la Meloni liegen würde. Lediglich bei der Forderung nach einer „Abwicklung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks“ kann sie sich Kompromisse vorstellen. Ansonsten versichert sie treuherzig, dass sich die AfD-Abgeordneten im Bundestag in Zukunft eines ‚gepflegteren‘ Umgangs bedienen würden. Was also bietet Weidel? – Sie mokiert sich über die „babylonische Gefangenschaft“ der Union in den Händen der linken Parteien, stattdessen bietet sie der Union den Wechsel in die babylonische Gefangenschaft unter Aufsicht der AfD, wohl wissend, dass dies über kurz oder lang für die Union genau den Sturz in die Bedeutungslosigkeit bedeuten würde, den Weidel in ihrem Interview für den umgekehrten Fall prognostiziert. Die Union käme also vom Regen in die Traufe.

## DIE AfD UND DIE POLITISCHE ISOLATION

„Raus aus der Isolation“ bedeutet für die AfD offenbar, folgt man dem Weidel-Interview, ran an die Union. Mit Blick auf einige konservative Parteigrößen sowie rechtskonservativ geprägte Ministerien scheint sich ein Teil rechtsaffiner Kräfte außerhalb der AfD ideell bereits auf dem Weg in eine Art babylonische Gefangenschaft unter Führung der extremen Rechten zu befinden. Dennoch bleibt die AfD bislang weitgehend isoliert – von einem politischen Durchbruch durch ein „Händereichen“, wie es etwa in Italien geschah, ist sie noch weit entfernt.

Die sogenannte „Brandmauer“ gegenüber der AfD richtet sich, wie es Ende Januar deutlich wurde, weniger gegen Inhalte, sondern eher aus Prinzip gegen die rechtsextreme Partei. Doch bei näherem Hinsehen bröckelt diese Brandmauer – zwischen roten Linien und dem Ruf nach „demokratischer Verantwortung“.

Während die AfD im Bundestag mit der Union um die Hegemonie als „Original“ des scheinbar unvermeidlichen Rechtsrucks ringt, kämpft sie auf europäischer und kommunaler Ebene weiterhin um politische Anerkennung. Seit dem vergangenen Jahr sind die politischen Beziehungen der AfD im Europäischen Parlament zerrüttet. Mehrere wichtige rechte Parteien verweigerten die Zusammenarbeit, insbesondere nach wiederholten Fehlritten des TikTok-Provokateurs Maximilian Krah. Damit scheitert die AfD – anders als Melonis Partei in Italien – an einem zentralen Knackpunkt auf dem Weg zur politischen Etablierung auf europäischer Ebene.

Entgegen häufigen Darstellungen bleibt die AfD auch in Landtagen und Kommunen weiterhin isoliert. Bis Mitte 2024 konnte in über 80 % der Kommunen keine Zusammenarbeit mit der Partei festgestellt werden (vgl. Schroeder et. al. 2025). Auch die deutsche Wirtschaft steht der AfD nach wie vor ablehnend gegenüber: Der Großteil der DAX-Konzerne wie auch viele mittelständische Unternehmen können nicht als Unterstützer der Partei identifiziert werden (vgl. iwd 2024).

Trotz dieser strukturellen Schwächen finden die Positionen der AfD zunehmend Anschluss – vor allem diskursiv. In manchen Leitmedien werden ihre Inhalte zunehmend unkritisch behandelt, rechte Politiker treten häufiger als legitime Gäste auf. Diese stille Normalisierung, gepaart mit den geschwächten Abwehrkräften der demokratischen Institutionen, lässt berechtigte Zweifel an der bisherigen politischen Isolation aufkommen. Die „Brandmauer“ wirkt zunehmend löchrig – in einer Gesellschaft, die sich erkennbar nach rechts verschiebt.

Das Beispiel Österreich zeigt: Auch eine Partei mit über 30 Prozent Zustimmung kann von einer Regierungsbildung ausgeschlossen bleiben. In Italien wiederum konnte eine rechte Partei wie die *Lega* trotz Regierungsbeteiligung schnell an ihrer Radikalität scheitern. Erst Giorgia Meloni gelang es, eine stabile Regierung zu führen – allerdings nur, indem sie sich an die europäischen Institutionen anpasste und an transatlantische Partner annäherte. Die AfD hingegen verweigert sich im ersten Fall bislang konsequent dieser Strategie, im zweiten Fall geht selbst Weidel in ihrem Interview auf Distanz zu Trumps Außenwirtschaftspolitik.

Trotz steigender Umfragewerte und eines allgemeinen Rechtsrucks in der Gesellschaft ist es voreilig zu glauben, die AfD werde bald Teil einer Regierungskoalition sein. Es bleibt abzuwarten, wie sich die politische Landschaft bis 2029 entwickelt – insbesondere hinsichtlich der Stabilität der aktuellen schwarz-roten Koalition. Ob die AfD mit ihrem radikalen Kurs den Sprung in eine Bundesregierung schafft, ist weiterhin ungewiss. Zwar verschieben sich Diskurse und politische Rhetorik sichtbar nach rechts, doch der Schritt von der Normalisierung zur Machtbeteiligung bleibt umkämpft. Letztlich wird sich die Zukunft der AfD nicht nur an Wahlergebnissen, sondern auch an der Standfestigkeit demokratischer Institutionen und zivilgesellschaftlicher Gegenwehr entscheiden.

**Mathias Hoose ist am DISS im Arbeitskreis Rechtsextremismus tätig und beschäftigt sich mit dem Rechtsruck.**

## QUELLEN UND LITERATUR

- AfD (2022): AfD-Bundessprecher gratulieren Giorgia Meloni und ihrer Fratelli d'Italia zum Wahlsieg, <https://www.afd.de/afd-bundessprecher-gratulieren-giorgia-meloni-und-ihrer-fratelli-ditalia-zum-wahlsieg/>.
- Albert, Christoph (2025): Nach den Wahlen: Fünf Ansätze, wie die FPÖ sich verbessern kann, in: Freilich online, <https://www.freilich-magazin.com/politik/nach-den-wahlen-fuenf-ansaeetze-wie-die-fpoe-sich-verbessern-kann>.
- Angeli, Oliviero/ Mariana S. Mendes/ Steven Schäller (2024): Die Migrationspolitik der Rechtspopulisten: Eine vergleichende Analyse der Wahlprogramme (MI-DEM-Policy Paper 2024-2), Dresden, [https://www.frnw.de/fileadmin/frnw/media/downloads/Themen\\_a-Z/EU-Fluechtlingspolitik/20240928\\_PolicyPaper\\_2024-2\\_Migrationspolitik-der-Rechtspopulisten.pdf](https://www.frnw.de/fileadmin/frnw/media/downloads/Themen_a-Z/EU-Fluechtlingspolitik/20240928_PolicyPaper_2024-2_Migrationspolitik-der-Rechtspopulisten.pdf).
- Ben-Ghiat, Ruth (2024): Im Geiste Mussolinis: Giorgia Meloni und der demokratische Niedergang Italiens, in: M. Zadoff u.a. (Hg.): Fragile Demokratien. Was freie Gesellschaften bedroht – und was sie zusammenhält, Göttingen, 53-64, <https://www.nomos-library.de/10.5771/9783835386310-53.pdf>.
- Desvignes, Basile (2019): Italien: Eine Regierung um jeden Preis?, <https://www.treffpunkteuropa.de/italien-eine-regierung-um-jeden-preis?lang=fr>.
- Dietze, Gabriele (2023): Feminität als politisches Kapital – rechtspopulistische Modelle, [https://www.transcript-open.de/pdf\\_chapter/bis%207699/9783839474303/9783839474303-011.pdf](https://www.transcript-open.de/pdf_chapter/bis%207699/9783839474303/9783839474303-011.pdf).
- Enskat, Sebastian/ Michael Stellwag & Johannes Spreitz (2025): Österreichs politische Mitte unter Druck, Wien: Konrad Adenauer Stiftung, <https://www.kas.de/de/laenderberichte/detail/-/content/die-koalition-der-letzten-chance>.
- Fiß, Daniel (2025): Erfolg und Ernüchterung – Analyse Bundestagswahl 2025, in: Sezession online, <https://sezession.de/70033/erfolg-und-ernuechterung-analyse-bundestagswahl-2025?hilite=Potenzial>.
- Greiner, Helen/ Sebastian Beer (2024): Auf rechter Richtungssuche, in: Zeit online, <https://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2024-05/afd-europawahl-parlament-partner>.
- iwd (2024): Wie Unternehmen zur AfD stehen, Institut der Deutschen Wirtschaft, <https://www.iwd.de/artikel/wie-unternehmer-zur-afd-stehen-629720>.
- Juritz, Stefan (2024): FPÖ triumphiert: Historischer Wahlsieg und neue Volkspartei, in: Freilich online, <https://www.freilich-magazin.com/politik/fpoe-triumphiert-historischer-wahlsieg-und-neue-volkspartei>.
- Kaiser, Benedikt (2023a): Die Illusion der rechten Mitte, in: Sezession 115.
- Kaiser, Benedikt (2023b): Giorgia Meloni und der italienische Faschismus, in: Sezession online, <https://sezession.de/68665/gerhard-feldbauer-giorgia-meloni-und-der-italienische-faschismus?hilite=Meloni>.
- Livi, M./ C. Jansen (2023). Giorgia Meloni und der Rechtsruck in Italien: Eine Analyse fünf Monate nach der Wahl, in: Leviathan 51(2), 169-185, [online] <https://www.nomos-elibrary.de/10.5771/0340-0425-2023-2-169.pdf>.
- Lobo, Sascha (2022): Rechtsruck in Italien: Das Land ist hoffnungsvoll verloren, in: Spiegel online, <https://www.spiegel.de/netzwelt/netzpolitik/giorgia-meloni-gewinnt-wahl-in-italien-das-land-ist-hoffnungsvoll-verloren-kolumne-a-5acddf70-7adb-4687-81c1-6e14a9412438>.
- Miklin, Eric/ Martin Dolezal & Reinhard Heinisch (2024): Nicht gleich, aber sehr ähnlich! Die Alternative für Deutschland (AfD) und die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ): Gemeinsamkeiten und Unterschiede zweier rechtspopulistischer Parteien, Wien: Konrad



- Adenauer Stiftung, <https://www.kas.de/de/einzeltitel/-/content/nicht-gleich-aber-sehr-aehnlich>.
- Peretti, Alessia/ Sofia Mandilara (2024): Italien: Armut erreicht höchstes Niveau seit einem Jahrzehnt, in: [www.euractiv.de](http://www.euractiv.de), 16.05., <https://www.euractiv.de/section/europa-kompakt/news/italien-armut-erreicht-hoechstes-niveau-seit-einem-jahrzehnt/>.
  - PolitPro (2025a): Aktuelle Wahlumfragen und Umfragegewerte im Wahlrend für Italien, in: PolitPro online, <https://politpro.eu/de/italien>.
  - PolitPro (2025b): Aktuelle Wahlumfragen und Umfragegewerte im Wahlrend für Frankreich, in: PolitPro online, <https://politpro.eu/de/frankreich>.
  - PolitPro (2025c): Aktuelle Wahlumfragen und Umfragegewerte im Wahlrend für Niederlande, in: PolitPro online, <https://politpro.eu/de/niederlande>.
  - PolitPro (2025d): Aktuelle Wahlumfragen und Umfragegewerte im Wahlrend zur Nationalratswahl in Österreich, in: PolitPro online, <https://politpro.eu/de/oesterreich>.
  - PolitPro (2025e): Aktuelle Wahlumfragen und Umfragegewerte im Wahlrend zur Bundestagswahl, in: PolitPro online, <https://politpro.eu/de/deutschland>.
  - PolitPro (2025f): Wahlen in Italien, in: PolitPro online, <https://politpro.eu/de/italien/wahlen>.
  - Proswetow, Daniil (2023): Warum es nicht richtig ist, den Begriff „Melonisierung“ negativ zu verwenden, in: Sezession online, <https://sezession.de/68363/warum-es-nicht-richtig-ist-den-begriff-melonisierung-negativ-zu-verwenden?hilitte=>.
  - Reulmann, Stefanie (2024): Weidel will mit Trump „ins Gespräch kommen“, in: Zdf-heute online, <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/deutschland/berlindirekt-weidel-kanzlerkandidatur-aussenpolitik-russland-eu-100.html>.
  - Schroeder, Wolfgang (2024): Anti-Melonisierung der AfD, in: TAZ online, <https://taz.de/AfD-nach-dem-Par-teitag-in-Essen/!6019211/>.
  - Schroder, Wolfgang/ Daniel Ziblatt & Florian Borchert (2025): Hält die Brandmauer? Eine gesamtdeutsche Analyse: Wer unterstützt die AfD in den deutschen Kreistagen (2019-2024), Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, <https://bibliothek.wzb.eu/pdf/2025/v25-501.pdf>.
  - Schwarz, Moritz (2024): AfD-Chefin Weidel: „Wer sich auf Friedrich Merz verläßt, der ist schon verlassen“, in: Junge Freiheit online, <https://jungefreiheit.de/debatte/interview/2024/afd-chefin-weidel-schluss-mit-den-eier-taenzen/>.
  - Sellner, Martin (2023a): Die Melonisierung des patriotischen Europas verhindern, in: Sezession online, <https://sezession.de/68173/die-melonisierung-des-patriotischen-europas-verhindern?hilitte=Meloni>.
  - Statista (2024b): Regierungszeiten der italienischen Ministerpräsidenten in den Jahren 1946 bis 2024, in: Statista online, <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1284734/umfrage/regierungszeiten-der-italienischen-ministerpraesidenten/>.
  - Statista (2025a): Italien: Ankünfte von Flüchtlingen und Migranten über den Seeweg im Zeitraum November 2022 bis April 2025, in: Statista online, <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/521604/umfrage/bootsfluechtlinge-in-italien/>.
  - Strauß, Simon (2024): Krah über die SS: Totenköpfe dividiert, in: FAZ online, <https://www.faz.net/aktuell/wissen/geist-soziales/maximilian-krah-ueber-die-ss-19748330.html>.
  - Tóth, Barbara (2025): Zurück auf Anfang: Nach dem Scheitern der Verhandlungen zwischen ÖVP und FPÖ geraten nun ausgerechnet die Sozialdemokraten unter Druck – auch aus den eigenen Reihen, in: Journal für internationale Politik und Gesellschaft, <https://www.ipg-journal.de/regionen/europa/artikel/zurueck-auf-anfang-8089/>.
  - Völkner, Paula (2024): AfD-Strategie: Rechtspopulisten erklären CDU vor Bundestagswahl zum „Hauptgegner“, in: Frankfurter Rundschau online, <https://www.fr.de/politik/bundestagswahl-2025-afd-cdu-gruene-weidel-merz-ampel-neuwahlen-wahlkampf-zr-93441575.html>.
  - Von Beyme, Klaus (2007): Das politische System Italiens, VS Verlag für Sozialwissenschaften eBooks, doi:10.1007/978-3-531-90252-4.
  - Weidel, Alice (2025): „Diese Regierung wird noch schneller scheitern als die Ampel“, in: Tichys Einblick 06/25, 32-35.
  - WELT (2024): NEUWAHLEN: „Jeden Tag Taktiererei!“ Alice Weidel tobt! AfD-Chefin schießt heftig gegen die Union, in: WELT-YouTube, <https://www.youtube.com/watch?v=8EPvYaoUP0A>.
  - Zwilling, Carolin (2024): Die Reformversuche der Regierung Meloni: Skepsis gegenüber Änderungen an Italiens Verfassungsarchitektur, in: Jahrbuch des Föderalismus 2024, doi.org/10.5771/9783748944614.



# „Ich frage mal die Ganzen, die da draußen rumlaufen, ...“

## FRIEDRICH MERZ AM 22. FEBRUAR 2025 IM MÜNCHNER LÖWENBRÄUKELLER

Eine linguistische Deutung von Jobst Paul

### DER KONTEXT

Am 29. Januar 2025 hatte die AfD im Bundestag einen Unions-Antrag zur Mehrheit verholten. Nach den tödlichen Anschlägen in Magdeburg und Aschaffenburg wurde darin eine massive Verschärfung der deutschen Migrationspolitik gefordert. Nur Tage später scheiterte Friedrich Merz im Bundestag trotz der Stimmen der AfD mit seinem „Zustrombegrenzungsgesetz“. Im Zeichen vieler öffentlicher Proteste gegen einen potentiellen Schwenk der CDU in Richtung AfD kam es am 22. Februar 2025 im Münchner Löwenbräukeller zur abschließenden Wahlkampfkundgebung von CSU und CDU. Zwar hatten an diesem Tag verschiedene Organisationen in München zu Demonstrationen aufgerufen, aber keineswegs alle mit Bezug zum Auftritt von Friedrich Merz.

So riefen die *Omas gegen Rechts* wie jeden Samstag auch am 22. Februar 2025 um 12:00 zum Demonstrationszug auf. Er sollte vom Sendlinger-Tor-Platz über die Sonnenstraße zum Karlsplatz/Stachus und weiter zum Odeonsplatz führen.<sup>1</sup> Unter dem Banner *Gemeinsame Verantwortung für unsere Demokratie* und dem Motto *Mit Herz und Verstand – Omas für ein gerechtes Land* suchte man das Gespräch mit Passanten über Wege, dem Rechtsruck in Deutschland zu begegnen.<sup>2</sup>

Nur einen Monat zuvor, am 16. Januar 2025 hatte Dr. Elisabeth Redler, die treibende Kraft der Ortsgruppe, das Bundesverdienstkreuz erhalten. Ausgerechnet ein bayerischer Staatsminister der Freien Wähler, Thorsten Glauber, lobte Frau Redler für ihr „Engagement für Nachhaltigkeit und Demokratie und gegen Rechtsextremismus, Rassismus sowie Antisemitismus“. Sie habe Anteil daran, „dass München dem Anspruch einer weltoffenen und toleranten Weltstadt gerecht wird“<sup>3</sup> und habe „eindrucksvoll bewiesen, dass politischer Aktivismus nicht nur jungen Menschen vorbehalten ist.“

Das hinderte die CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag allerdings nicht, den *Omas gegen Rechts* zwei Tage nach Merz' Löwenbräukeller-Rede in einer Kleinen Anfrage den Anstrich einer linken, von Steuergeldern lebenden Propagandatruppe zu geben.<sup>4</sup>

Auch eine andere Gruppe kümmerte sich nicht um Friedrich Merz: Unter dem Motto *Free Hanna! Wir sind alle Antifa!* rief eine Aktionsgruppe am 22. Februar 2025 für 14 Uhr zur Solidaritätskundgebung für Hanna S. vor dem Oberlandesgericht in München auf – sieben Kilometer vom Löwenbräukeller entfernt. Anlass war ein Prozess gegen die 30-jährige Frau, der vorgeworfen wurde, sich im Februar 2023 an Gewaltakten gegen Neo-Nazis in Budapest beteiligt zu haben.<sup>5</sup>

Lediglich das Bündnis „Gemeinsam gegen Rechts“ bezog mit ca. 200 Demonstrierenden direkt Stellung vor dem Löwenbräukeller am Stiglmaierplatz<sup>6</sup>: Ein Akteur mit Merz-Konterfei brachte eine „Brandmauer“ aus Pappe zum Einsturz, womit die Demonstration beendet war. Eine Sprecherin erläuterte, man wolle „ein klares Zeichen setzen und klarmachen, dass die AfD nicht unsere Interessen vertritt.“

Drinnen im traditionsreichen Saal wurde ein anderes Bild gezeichnet. Nach einer überwiegend gemäßigten Rede<sup>7</sup>, in der er über Schwerpunkte einer künftigen Regierungsarbeit referierte, kam es zu einer – für Merz offenbar typischen – empörungsgesättigten ‚Aufwallung‘. Statt auf die politische Kritik an seinen beängstigenden politischen Manövern einzugehen, stellte er sich und die Union als Opfer dar: „Viele Veranstaltungen von uns können nur noch unter massivem Polizeischutz stattfinden – so wie auch diese.“ Mit dem dann folgenden Satz erlaubte der kommende Kanzler dann einen tiefen Blick in sein politisches Weltbild:

„Ich frage mal die Ganzen, die da draußen rumlaufen, Antifa und gegen Rechts: Wo waren die denn, als Walter Lübcke in Kassel ermordet worden ist von einem Rechtsradikalen?“

### EINE LINGUISTISCHE DEUTUNG

Eine linguistische Deutung muss mit einer Richtigstellung zugunsten des Sprechers beginnen, die ihm zugleich ein bemerkenswertes Ausmaß an rhetorischer Nachlässigkeit attestiert: Merz klagte „Antifa und gegen Rechts“ hier nicht an, nicht ‚beim Mord‘ anwesend gewesen zu sein, sondern – nicht Teil der Protestbewegung gegen den Mord gewesen zu sein,

1 <https://www.demokrateam.org/aktionen/mit-herz-und-verstand/>.

2 <https://omasgegenrechtsmuenchen.de/events/mahnwache-auf-dem-sendlinger-tor-platz-2/>.

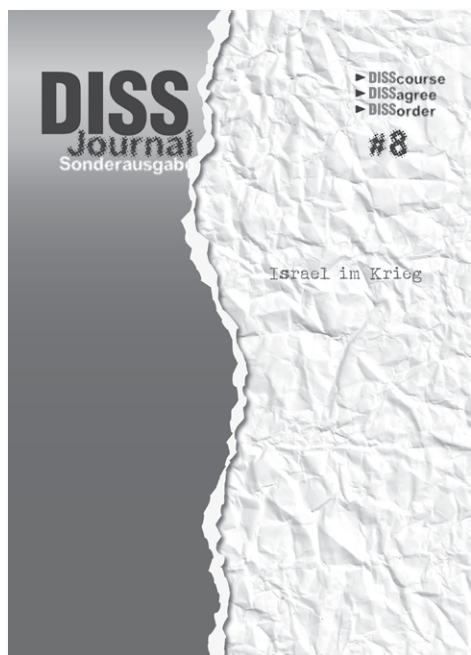
3 <https://www.stmuv.bayern.de/ministerium/auszeichnungen/bvk/detailansicht.htm?tid=22447>.

4 Deutscher Bundestag, Drucksache 20/15035. Kleine Anfrage der Fraktion der CDU/CSU: Politische Neutralität staatlich geförderter Organisationen. 24.02.2025. <https://dserv.bundestag.de/btd/20/150/2015035.pdf>.

5 <https://www.demokrateam.org/aktionen/42010/>; <https://www.br.de/nachrichten/deutschland-welt/mutmassliche-linksextremisten-stellen-sich-nach-angriffen,UaR8uyN>.

6 <https://www.br.de/nachrichten/bayern/tausende-demonstrieren-gegen-rechtsruck-auch-in-bayern,UdYqk4j>; [https://www.instagram.com/gemeinsamgegenrechts.muc/p/DGNIPWooN5A/?fbclid=IwY2xjawJCKrNleHRuA2FlbQIxMAABHVXCXRriB-WNbMo42KbBEzcyE-SoTQcBu-W2up1il6oAvwCZyBT5zJltYCA\\_aem\\_Re1O57CK-gHhi6qBvUYy3w](https://www.instagram.com/gemeinsamgegenrechts.muc/p/DGNIPWooN5A/?fbclid=IwY2xjawJCKrNleHRuA2FlbQIxMAABHVXCXRriB-WNbMo42KbBEzcyE-SoTQcBu-W2up1il6oAvwCZyBT5zJltYCA_aem_Re1O57CK-gHhi6qBvUYy3w).

7 <https://www.youtube.com/watch?v=S9GVltbO1-o> (ca. 40' 35").



**Israel im Krieg**  
Diss-Journal Sonderausgabe #8 (2024)  
Von Jobst Paul

Im Moment, da dieses Sonderheft zum Nahostkrieg mit dem Titel *Israel im Krieg* erscheint, ist das Gefälle zwischen Hoffnungen und Befürchtungen weiter angewachsen. Nach nahezu elf Monaten ohne Perspektive auf ein Kriegsende und auf eine tragfähige Friedensordnung scheint einerseits die Chance auf Frieden – in Form von Pendeldiplomatie und Waffenstillstandsverhandlungen – greifbar geworden zu sein. Auf der anderen Seite nähren bedrohliche Zuspitzungen die Furcht vor einem *all out war* mit dem Iran und seinen Stellvertretern, während das Westjordanland zum weiteren Kriegsschauplatz zu werden droht.

Unser *Journal* kann gegenüber diesem existenziellen Hintergrund nur Bericht, Beobachtung und Kommentierung sein und dies selbstverständlich ohne Anspruch auf Vollständigkeit. Aber das Heft trägt eigene Spuren dieser vergangenen Monate. Zwar diente das Dokumentieren der Nachrichtenlage als sachliches Gerüst, aber es wurde auch zur ständigen Quelle von offenen, unerwarteten Fragen, von tiefen Unsicherheiten und oft von großer Betroffenheit. All dies dennoch zu ordnen, zu bearbeiten, aufzuarbeiten und in Richtung einer Orientierung zu formen, wurde schließlich zur Aufgabe des vorliegenden Sonderhefts, die danach auch über seinen Inhalt und seinen Aufbau bestimmte.

Das gedruckte Heft (144 Seiten) ist im DISS zu bestellen. Download: <https://www.diss-duisburg.de/wp-content/uploads/2024/08/Israel-im-Krieg.pdf>

## „WIR‘ UND ‚SIE‘ - SPRECHERPOSITION

Allgemein adressiert der Sprecher eine Grenze, ein Innen und ein Außen, eine „Wir“-Gruppe drinnen, und „Antifa und gegen Rechts“ als „Sie“-Gruppe, die „da draußen“ rumlaufen. Die Formulierung „die Ganzen“ (anstelle von „alle“) ist dabei nicht ohne Bedeutung. Sie ist deutlich elliptisch gemeint, d.h. der Rest einer Auslassung: Ähnlich wie in ‚der ganze Zirkus‘ oder in ‚die ganze Bagage‘ ist gemeint: ‚samt und sonders‘, ohne Ausnahme, ‚durch und durch‘. So erscheinen jene, „die da draußen rumlaufen“, als uniformes Kollektiv, als ‚Pack‘, unterstützt durch die weiteren umgangssprachlichen, herabstufenden Wendungen wie „die da“, „mal“, „da draußen“, „rumlaufen“. Hier klingt sogar das abwertende wie alarmierende Motiv des Nomadischen an.

Der Sprecher selbst inszeniert sich („Ich frage mal die Ganzen“) als Ankläger und schafft damit einerseits die assoziative Brücke zur Vorstellung von ‚denen da draußen‘ als Tätern. Andererseits reklamiert er über die Schärfe des Tons, alle im Innern, d.h. insgesamt die „Wir“-Gruppe zu vertreten.

## SIND DIE „GEGEN RECHTS“ HEUCHLER?

Die nachfolgende Formulierung („Wo waren sie denn“) wirft nun bereits eine irritierende Frage auf: Warum hätten sich „Antifa und gegen Rechts“ vom Protest gegen den Mord, d.h. vom Protest gegen Rechts fernhalten sollen?

Hier scheint eine Sinngebung sehr schwerzufallen. Andererseits deutet die logische Irritation auf bedeutungsvolle Assoziationen des Sprechers, vor deren Hintergrund sich die Widersprüche auflösen. Die leitende Assoziation Merz‘ könnte z.B. sein, den Getöteten als CDU-Mitglied zu betrachten, d.h. als Mitglied der „Wir“-Gruppe, den ‚die da draußen‘ selbst angesichts seines Todes demonstrativ missachtet hätten.

Daraus aber folgt eine massive Verschärfung des Negativ-Portraits von denen ‚da draußen‘: Sie erscheinen nun geradezu eruptiv von Hass und ‚unkontrollierbaren‘ Antrieben erfüllt, als Gefahrenpotenzial, das angesichts eines ‚massiven Polizeischutzes‘ ja auch real zu sein scheint. Vor allem aber wird nun die angebliche Gefahr von außen (für die Versammlung) mit dem Attentat verknüpft: Die angeblich demonstrative Weigerung von „Antifa“, das Mordopfer zu ehren, weckt die Assoziation, dass Antifa den Mord an einem Amtsträger nicht ablehnte, ihn ev. sogar ‚stillschweigend‘ guthieß oder – in einer weiteren Steigerung – sogar ‚etwas‘ mit dem Anschlag zu tun gehabt haben könnte.

Vor diesem Hintergrund erhebt sich gleich noch eine andere Frage – nämlich nach dem Status des „Rechtsradikalen“ (des Täters) im Verhältnis zu „Antifa“: Denn dann hätte der Täter nur im Sinn von „Antifa“ gehandelt und – als dummer ‚Einzeltäter‘ – lediglich ‚das Geschäft der Antifa‘ erledigt. Damit aber muss das ideologische und politische Profil des Täters („von einem Rechtsradikalen“) schrumpfen: Als Instrument und ‚Kreation‘ von ‚links‘ verschwindet er als Träger einer eigenen politischen Ideologie. Aber auch ‚Links‘ („Antifa“) verliert (als das ‚Böse an sich‘) eine inhaltliche Bedeutung: ‚Antifa‘ und ‚Rechtsradikal‘ verschwimmen zu *einem* äußeren Feind.

Übersetzt man den Befund in herkömmliche Erzählmotive herabsetzender Rhetorik, so wird sichtbar, dass der Sprecher der Position „Antifa und gegen Rechts“ beide Charaktermerkmale des *Mastermind*-Portraits verleiht, einerseits eine Raubtier-Charakteristik (nomadisch und in Lauerstellung), andererseits eine hohe instrumentell-rationale Raffinesse des Spiels ‚über die Bande‘.

## MISSBRAUCH

Zusammen genommen verwendet Merz den Mord an Walter Lübcke – und den Getöteten selbst – offenbar nur als Symbol einer Bedrohungslage: Die Person Walter Lübcke ist ganz in den Hintergrund getreten. Hier ist nicht nur Missachtung im Spiel (eine Haltung, die der Sprecher eigentlich „Antifa und gegen Rechts“ unterstellt), sondern ein Missbrauch des Opfers für eine politische Aussage. Das Ausmaß des Missbrauchs wird angesichts einer weiteren Überlegung deutlich: Denn Merz' Versuch, den Widerstand gegen Rechts als Scheinideologie und Vorwand heimatloser Feinde der Gesellschaft zu diskreditieren, trifft unmittelbar die politische Position Walter Lübckes, der auf Grund seiner ‚Politik der Weltoffenheit‘ von einem Rechtsextremisten ermordet wurde.

*Nach Feststellungen des Oberlandesgerichts Frankfurt am Main beging Stephan Ernst den Mord an Walter Lübcke aus seiner „von Rassismus getragenen, völkisch-nationalen Grundhaltung“ heraus. Er habe Lübcke erschossen, „um ihn für seine Haltung in der Flüchtlingspolitik zu bestrafen und andere von einer ‚Politik der Weltoffenheit‘ abzuhalten.“<sup>8</sup>*

Stattdessen versucht Merz, Walter Lübcke für die Auffassung zu vereinnahmen, der ‚Kampf gegen Rechts‘ sei ein vorge-schobenes Schlagwort der Feinde der Gesellschaft – womit er zugleich sich selbst und die CDU vom ‚Kampf gegen Rechts‘ distanziert.

## FÄLSCHUNG ALS MITTEL DEMAGOGISCHER RHETORIK

Das Textfragment zeigt beispielhaft, wie herabsetzende Rhetorik die Realität bis zu einem Punkt ‚zubereiten‘ und fälschen muss, an dem es dann möglich wird, die aufputschende Geschichte von „Wir“ und „Sie“ zu erzählen: Es gehört große demagogische Energie dazu, als Vorsitzender einer Volkspartei die Tatsache zu fälschen, dass sich ein großes demokratisches Bündnis mit der Familie Walter Lübckes solidarisierte.

Entsprechend wies Irmgard Braun-Lübcke, die Witwe von Walter Lübcke, die Fälschung von Friedrich Merz zurück: Es seien vielmehr tausende Menschen „in Wolfhagen, Kassel und in sehr vielen weiteren Orten in Deutschland auf die Straße gegangen – ob linke, liberale oder konservative Demokraten: „Gemeinsam haben sie sich klar gegen Gewalt, Hass und Hetze sowie eindeutig für Demokratie, Freiheit und Menschlichkeit positioniert. Dies gab uns als Familie sehr viel Kraft und zeigte, wir sind nicht allein, du bist nicht allein, wir treten gemeinsam ein für den Bestand unserer Demokratie.“<sup>9</sup>

## DIE WEITERUNGEN: DAS VOLK UND DIE MEHRHEIT

Im Raum steht freilich auch eine massive populistische Dimension: Es ist Merz' indirekte Frage nach den ‚Verantwortlichen‘ und der Fingerzeig auf die Führungsebenen des Staats, die ‚Links‘ offenbar haben gewähren lassen – gegen die Interessen des ‚Volks‘, als dessen Fürsprecher sich Merz präsentiert.

Hier noch einmal der Wortlaut des Fragments im weiteren Kontext:

*„Ich frage mal die ganzen, die da draußen rumlaufen - Antifa, und Gegen Rechts: Wo waren die denn, als Walter Lübcke in Kassel ermordet worden ist von einem Rechtsradikalen? Wo waren die da? Wo war der ‚Aufstand der Anständigen‘ in Deutschland, als in diesem Lande Palästinenser-Flaggen geschwenkt wurden, ‚From the River to the Sea‘ gesungen wurde, als Fahnen des Staates Israel verbrannt worden sind? Wo waren die da, die heute auf der Straße herumlaufen? Und meinen, sie müssten hier jetzt ‚gegen Rechts‘ demonstrieren? Ich geb' den Leuten da draußen eine Antwort. Links ist vorbei! Es gibt keine linke Mehrheit und keine linke Politik mehr in Deutschland! Es ist vorbei! Es geht nicht mehr! Und jetzt werden wir, liebe Freundinnen und Freunde, wieder Politik für die Mehrheit der Bevölkerung machen! Für die Mehrheit der Menschen in diesem Lande machen! Für die Mehrheit, die gerade denken und auch noch alle Tassen im Schrank haben! Für die werden wir wieder Politik machen! Für den Mittelstand, für die Landwirtschaft! Die können sich darauf verlassen, dass wir an ihrer Seite stehen und wieder Politik für Deutschland machen, meine Damen und Herren! Und nicht für irgendwelche grünen und linken Spinner auf dieser Welt! Die sollen da draußen rumlaufen, aber die haben mit der Mehrheit der Bevölkerung gar nichts zu tun.“*

Einerseits weitet Merz die linke ‚Komplizenschaft‘ über den Mord an Walter Lübcke hinaus auf militanten Antisemitismus und ‚ Hamas-Sympathisantentum‘ aus. Andererseits erhält das Raubtier „Antifa, und Gegen Rechts“ nun doch die Konturen der ‚Ampel‘, freilich nicht ohne ein letztes verschwörungsträchtiges Crescendo – das man ironischer Weise aus antisemitischen Aussagen zu kennen meint: Es ist nicht weniger als die ganze „Welt“, auf der die „grünen und linken Spinner“ ihr Unwesen zu treiben scheinen.

Auf der anderen Seite schrumpft die „Wir“-Gruppe, als eine von Antisemitismus vermeintlich freie und rationale Wagenburg des ‚Volks‘ (mit „Tassen im Schrank“), zu Mittelstand und Landwirtschaft, die offenbar gedenken, sich künftig wieder einmal als friedvolle „Mehrheit der Bevölkerung“ auszugeben.

## POSTSKRIPT

Wie es scheint, hat die – sich selbst so bezeichnende – bürgerliche Mitte um Friedrich Merz (und künftig auch Wolfram Weimer) noch immer nicht verinnerlicht, dass die Lehren aus der NS-Erfahrung kein linkes Subversionsprojekt sind (von denen, die da „draußen rumlaufen“), sondern Verfassungsrang haben und sogar Inhalt von Amtseiden sind. Angesichts des mutigen Schritts des Verfassungsschutzes, dem rechten Extremismus der AfD Grenzen zu setzen, ist zu hoffen, dass Friedrich Merz die Reihe skandalöser Aussagen zumindest als Kanzler unterbricht und nicht – wie Helmut Kohl – in dieser Rolle erst recht zur Hochform aufläuft.

<sup>8</sup> [https://de.wikipedia.org/wiki/Walter\\_L%C3%BCbcke](https://de.wikipedia.org/wiki/Walter_L%C3%BCbcke).

<sup>9</sup> Matthias Lohr, Lübcke-Witwe kritisiert Merz scharf – Habeck sieht Skandal bei der CDU. HNA vom 27.02.2025. [<https://www.hna.de/kassel/aeusserungen-witwe-von-walter-luebcke-kritisiert-friedrich-merz-wegen-dessen-93595809.html>]





# Friedenspolitik?

## EINE GEFÄHRLICHE LEERSTELLE IM KOALITIONSVERTRAG

Von Wilfried Schollenberger

1969, wohlgemerkt ein Jahr nach dem sowjetischen Einmarsch in die CSSR und dem Ende des „Prager Frühlings“, schrieb die SPD in ihr „Regierungsprogramm“ zur Bundestagswahl: „Unsere Sicherheit ist nur dann gewährleistet, wenn die Bundesrepublik eine aktive Friedenspolitik betreibt. [...] Die von uns mitgetragene Bundesregierung hat die politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zu den Staaten Ost- und Südosteuropas verbessert. Wir werden diese Anstrengungen konsequent fortsetzen. [...] Unser nationales Interesse erlaubt uns nicht, zwischen dem Westen und dem Osten zu stehen. Unser Land braucht die Zusammenarbeit und Abstimmung mit dem Westen und die Verständigung mit dem Osten.“ Damals war aus bundesrepublikanischer Sicht weder die Westgrenze Polens noch die Existenz eines zweiten deutschen Staates anerkannt. Aber: „Wir streben umfassende Vereinbarungen an, die ein geregeltes Miteinander der beiden Teile Deutschlands, die füreinander kein Ausland sind, sichern.“

Sucht man Vergleichbares im aktuellen Koalitionsvertrag, dann sucht man vergebens. Auf 16 Seiten findet man nur diesen einen Satz: „Unser langfristiges Ziel bleibt das Bekenntnis zu Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung sowie Abrüstung.“ Ansonsten gilt der Grundsatz: „Zur Bewahrung dieses Friedens müssen wir unserer Verantwortung zur Gewährleistung der eigenen Sicherheit gerecht werden. Dabei leitet uns der Grundsatz: Wir wollen uns verteidigen können, um uns nicht verteidigen zu müssen.“ Konsequenterweise steht vor dem „langfristigen Ziel“: „Die beschriebene Bedrohungslage zwingt uns mit dem Ziel der Abschreckung zur Erhöhung unserer Verteidigungsausgaben.“

### WARUM IST DAS GEFAHRLICH?

Man kann über den Sinn von Aufrüstung und konkrete Projekte, etwa die geplante Stationierung von US-amerikanischen Mittelstreckenraketen in Deutschland, verschiedener Meinung sein. Aber das Wort „Gleichgewicht“ kommt im Koalitionsvertrag zu Recht nicht vor. Denn das wäre nur in einer bipolaren Situation, wie im „Kalten Krieg“ zwischen NATO und Warschauer Pakt, erreichbar. Sobald unabhängige Konflikte und Akteure aufkommen, wie jetzt mit Europa, Korea und die Taiwan-Frage, kann „Gleichgewicht“ nicht funktionieren: Wenn ein Akteur in der Lage sein will, gleichzeitig in mindestens zwei Konflikten unbezwingbar aufzutreten („Gleichgewicht“), dann ist er auch in der Lage, sich auf einen Konflikt zu konzentrieren, und dort den Krieg für sich erfolgreich zu führen. Es könnten sich auch zwei Akteure zusammenschließen um einen dritten zu überfallen.

Deshalb braucht es immer zusätzlich zur Rüstung, die auch 1969 eine wichtige Rolle spielte, große Anstrengungen zwischen verfeindeten (NATO/Russland) oder auch nur rivalisie-

renden (EU/China) Gegnern, um die bestehenden Feindschaften so zu „kanalisieren“, dass es nicht zum Kriegsausbruch zwischen den Beteiligten kommt. Das bekannteste Beispiel ist die Bewältigung der Kuba-Krise, die zu einem Abbau atomar bestückter Mittelstreckenraketen führte. Aber auch die Verhandlungen zwischen den USA, der NATO und der Sowjetunion in den späten 1960er und 1970er Jahren, unterstützt durch die deutsche Entspannungspolitik, die zu Rüstungskontrollverträgen führten und schließlich in der Gründung der KSZE mündeten, sind ein gutes Beispiel.

Im Koalitionsvertrag findet sich dazu überhaupt kein Ansatzpunkt. Entweder konnten sich die Parteien nicht einigen oder sie vertrauen darauf, einen Rüstungswettlauf gewinnen zu können, weil sie meinen, das hätte in den 1980er Jahren mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion schon einmal funktioniert. Aber damals gab es eine KSZE und mit ihr eine Grundlage für eine zumindest am Anfang kooperative Zusammenarbeit aller Beteiligten.

### WARUM IST DAS SCHÄDLICH?

Wer über ein Ende des Krieges in der Ukraine verhandeln oder solche Verhandlungen unterstützen will, braucht eine Vorstellung über die Zeit danach. Unter welchen Bedingungen sollen welche Sanktionen beendet werden? Und wie kann eine Zukunft danach aussehen?

Wenn Europa dazu keine eigenen Vorstellungen entwickeln kann, schließt es sich selbst aus und landet am Ende in der Isolation. Und wenn die deutsche Regierung bei der „Weiterentwicklung der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) [...] eine Führungsrolle“ übernehmen will, muss sie auch eigene Vorstellungen für die Zeit nach dem Krieg einbringen.

### HOFFNUNG?

Was bleibt ist die Hoffnung, dass innerparteiliche Initiativen doch noch zu einer Debatte über solche Vorstellungen führen werden.

In der Konflikt-Soziologie gibt es die Erkenntnis, dass Konflikte dann nicht eskalieren, wenn beide Parteien gleichzeitig durch gemeinsame Interessen verbunden sind, denen sie größere Bedeutung als dem aktuellen Streit zumessen. Solche Interessen durch Kooperationen zu entwickeln, kann für die Friedenssicherung wirksamer sein, als eine Rüstung zur Abschreckung, die immer auch mit der Gefahr des eskalierenden Wettrüstens verbunden ist.

# Zwischen Schlagstock und Stadionromantik

## ZUR MEDIALEN KONSTRUKTION DER POLIZEI IM FUßBALLKONTEXT UND DER LEGITIMATION STAATLICHER GEWALT

Von Lara Schauland

Fußball ist in Deutschland weit mehr als nur ein Sport. Er ist identitätsstiftendes Kulturphänomen, Projektionsfläche gesellschaftlicher Konflikte und ein Raum, in dem politische Aushandlungsprozesse konkret sichtbar werden. Wenn jedes Wochenende hunderttausende Menschen in Stadien strömen, dann geht es längst nicht mehr nur um das Spiel. Es geht um Gemeinschaft und Ausschluss, um Emotion und Kontrolle – und nicht zuletzt um Sicherheit. Im Zentrum dieses Sicherheitsdiskurses steht die Polizei. Ihre Präsenz bei Fußballspielen ist zur Normalität geworden.

Die Fußball-Europameisterschaft 2024 bot hierfür ein eindrucksvolles Beispiel. Mit rund 23.000 eingesetzten Polizist:innen handelte es sich um den größten Polizeieinsatz in der Geschichte der Bundesrepublik<sup>1</sup>. Die Rechtfertigung dafür lieferte ein altbekannter Topos: die Notwendigkeit von Sicherheit. Der Preis dafür – Einschränkungen von Grundrechten, massive Repressionen gegen Fans, Überwachung und martialisches Auftreten – wurde selten problematisiert.

Die Medien spielen hierbei eine zentrale Rolle, indem sie Narrative über (Un-)Sicherheit und das Handeln der Polizei konstruieren, die das Bild der Institution in der Öffentlichkeit prägen und Machtverhältnisse entweder legitimieren oder infrage stellen.

Der vorliegende Beitrag basiert auf einer kritischen Diskursanalyse, die ich zur medialen Konstruktion der Rolle der Polizei im Kontext Fußball durchgeführt habe.<sup>2</sup>

Die Bedeutung der Analyse medialer Polizeikonstruktionen zeigt sich vor dem Hintergrund breiterer Diskurse um staatliche Gewalt, demokratische Legitimität und öffentliche Sicherheit. In demokratischen Gesellschaften ist das Gewaltmonopol eine zentrale staatliche Aufgabe und die Polizei als dessen Ausführende agiert stets im Spannungsfeld zwischen Sicherheitsgarantie und dem Schutz bürgerlicher Rechte. Besonders bei Großveranstaltungen wie Fußballspielen entstehen Spannungen zwischen Polizei und Bürger:innen, und Fragen zur Verhältnismäßigkeit staatlicher Gewalt treten auf. Forschungsergebnisse von Abdul-Rahman et al.<sup>3</sup> zeigen, dass Fußballfans neben politischen Demonstrierenden zu den Gruppen gehören, die am häufigsten von Polizeigewalt betroffen sind.

Das Vertrauen der Gesamtbevölkerung in die Polizei liegt in Deutschland stabil zwischen 77 % und 84 % und gilt als ein wichtiger Indikator für die politische Stabilität eines Landes<sup>4</sup>. Ein Verlust dieses Vertrauens könnte das Vertrauen in das politische System schwächen – und dieses Vertrauen wird unter anderem durch mediale Repräsentationen der Polizei geformt. Wer über die Polizei spricht, spricht auch über das Verhältnis zwischen Staat und Gesellschaft, über Macht und ihre Grenzen, über Demokratie und Gewalt.

Die Kritische Diskursanalyse untersuchte die mediale Konstruktion der Polizei im Kontext Fußball. Im Fokus stand dabei die Untersuchung des *Sagbarkeitsfeldes* – also die Frage, welche Themen, Perspektiven und Deutungen in der medialen Öffentlichkeit Raum finden und welche ausgeblendet oder marginalisiert werden. Ziel war es, die Funktionsweise medialer Macht sichtbar zu machen: Wie wird polizeiliches Handeln normalisiert, legitimiert oder problematisiert? Wie wird Gewalt sprachlich gerahmt? Und (wie) wird staatliche Gewalt legitimiert?

### ZUR ANALYSE

Die Analyse stützt sich auf *Kommentare* aus drei überregionalen Tageszeitungen: der Frankfurter Allgemeinen Zeitung (FAZ), der Süddeutschen Zeitung (SZ) und der tageszeitung (taz). Durch den Fokus auf Kommentare finden sich keine nüchternen Nachrichtenmeldungen, sondern Deutungsange-

Raphael Molter  
Lara Schauland



### MATCHPLAN MEUTEREI

Fußballfans zwischen  
Kommerz und Widerstand

PapyRossa

Ab Juli ist dieses Buch erhältlich. 240 Seiten. 17,90 €. <https://shop.papyrossa.de/Molter-Raphael-/Schauland-Lara-Matchplan-Meuterei>.

<sup>1</sup> BMI, 2024.

<sup>2</sup> Schauland, Lara (2024). Die mediale Konstruktion der Rolle der Polizei im Kontext Fußball: Diskursanalytische Betrachtungen. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ss0ar-102249-0>

<sup>3</sup> Vgl. 2023.

<sup>4</sup> Statista, 2025.



## Der Krieg in der Ukraine

Weltordnungskrieg und »Zeitenwende«



Wolfgang Kastrup & Helmut Kellershohn (Hg.)



Der Krieg in der Ukraine  
Weltordnungskrieg und »Zeitenwende«  
ISBN: 978-3-89771-780-0  
Edition DISS 52

Helmut Kellershohn, Wolfgang Kastrup (Hg.)

Erscheinungsdatum November 2023  
196 Seiten | 19,80 €

Der Krieg in der Ukraine evoziert binäre Deutungsstrategien, die in Schwarz/Weiß- bzw. Gut/Schlecht-Zuweisungen münden. Vor allem die »westlich« orientierten Länder betrachten ihr Wertesystem als angegriffen. Auch wenn sie offiziell nicht Kriegspartei sein wollen, de facto sind sie es: Sie haben den Krieg zu ihrer Sache gemacht. Die Ziele der ehemals betriebenen Entspannungs- und Friedenspolitik lösen sich in einer weitreichenden »Zeitenwende« auf. Doch kritische Analysen zu diesem Krieg und dem diesbezüglich herrschenden Diskurs sind bisher wenig präsent und vielfach unerwünscht.

Mit dieser Problematik setzt sich der jüngste Band des Duisburger Instituts für Sprach- und Sozialforschung (DISS) kritisch auseinander: Die Beiträge unterschiedlicher Provenienz analysieren den Einmarsch Russlands in die Ukraine vor dem Hintergrund hegemonialer Weltordnungspositionen und untersuchen, inwieweit er tatsächlich als weltpolitische Zäsur gesehen werden muss. Neben der Rolle und Verantwortlichkeit der drei Kriegsparteien wird nicht zuletzt vor dem Hintergrund des eskalierenden Konkurrenzkampfes zwischen den USA und China darüber hinaus untersucht, welche Rolle China im Ukraine-Krieg einnimmt und wie sie von westlicher Politik und westlichen Medien gedeutet wird.

bote. In Kommentaren wird gewertet, eingeordnet und politisch gesprochen. Das Sagbarkeitsfeld kann hier als verdichtet betrachtet werden.

Der Untersuchungszeitraum beschränkt sich auf vier Jahre. Explizit 01.03.2020 bis 29.02.2024 – damit wird versucht, sowohl die Zeit während der Corona-Pandemie und die damit verbundenen Fanproteste und Debatten um Stadionsicherheit als auch die Zeit der Öffnungen der Stadien und der damit verbundenen Debatte um die »Entladung« von Polizei und Fans bei Ausschreitungen sichtbar zu machen. Der Zeitraum endet vor den großen Debatten um die Fußball-Europameisterschaft, da der Untersuchungsgegenstand sich auf die gewöhnlichen Einsätze der Polizei bei Ligaspielen der Männer beschränken sollte.

## ERGEBNISSE DER ANALYSE

### 1. SICHERHEITSLOGIK: STADIEN ALS AUSNAHMEZONEN

Besonders die Berichterstattung der FAZ zeichnet das Fußballstadion als Raum der Unsicherheit. In 19 von 22 Kommentaren aus der FAZ stehen Begriffe wie »Randale«, »Gewalt« oder »Pyrotechnik« im Vordergrund. Unterstützt wird dieses Bedrohungsszenario durch eine visuelle Dramatisierung in Bildern: verumummte Männer, leuchtende Fackeln, Polizeiaufgebote und ein ausgebranntes Einsatzfahrzeug (z. B. Hecker, 2023b, Otto, 2022, Heinrich, 2023b). Denormalisiert wird durch solche Sätze:

*„Das Selbstverständnis einer kleinen Gruppe einflussreicher Ultras reicht längst bis zur Verteidigung ihrer Kurve gegen Ordner und Polizei – mit Gewalt.“ (Hecker, 2023a).*

Obwohl von einer »kleinen Gruppe« die Rede ist, erzeugt die weitere Wortwahl »mit allen heranwachsenden Gewaltfreaks« eine Überwältigungsrhetorik und entpersonalisiert die Fans.

Ein anderes Beispiel beschreibt eine Eskalation mit dramatischer Konsequenz: »Die Polizei bereitete sich gewissenhaft [...] vor [...]. Damit konnte eine größere Eskalation der Gewalt verhindert werden, aber nicht jede Gewalttat.« (Heß, 2021). Selbst eine große Polizeipräsenz reicht demnach nicht aus, um das Gewaltpotenzial vollständig zu bändigen. Die Sicherheit erscheint prekär, der Polizeieinsatz unumgänglich.

Bedrohung kann auch sprachlich subtil inszeniert werden: »Auch Tausende Fans von West Ham United [...] werden Polizei und Sicherheitspersonal in Atem halten.« (Heinrich, 2022) – Fans werden so zum Risikofaktor.

Auch Pyrotechnik steht im Zentrum zahlreicher Beiträge – als visuelle Chiffre für Gewalt. »Die Radikalen auf den Rängen [...] zünden Feuerfackeln, drangsalierten andere Zuschauer, greifen Polizisten an.« (Ashelm, 2020) – so die drastische Darstellung. Der Verdacht auf Pyrotechnik dient wiederholt zur Legitimierung polizeilicher Eingriffe: »Die Polizei hatte beschlossen, genauer nachsehen zu wollen, ob Ärger und Krawall und Pyrotechnik anreisen.« (Otto, 2022).

Nur vereinzelt findet sich ein abweichendes Narrativ: In der taz wird Pyrotechnik als künstlerisches Ausdrucksmittel verteidigt: »Bei Schalke gibt es Kunst zu sehen – schöner, als es die Polizei erlaubt.« (Rüttenhauer, 2022).

Auch in der SZ wird die Polizei als notwendige Ordnungsinstanz inszeniert: »Und nach Spielende verhinderte wohl nur die Polizei ein weiteres Aufeinandertreffen der Fanlager.« (Kulesa, 2022). Die »präventive« Polizeipräsenz wird als entscheidend für die öffentliche Sicherheit dargestellt – mit »vielen Dutzend Polizeikräften für den Ernstfall« (Hürner, 2022). Gewaltprävention durch die Polizei erscheint alternativlos.



Ein zentrales Motiv ist der drohende Kontrollverlust. Fans gelten als „enthemmt“ (Penders, 2022), ziehen „eigene Gesetze“ heran (Otto, 2022) und schaffen einen „rechtsfreien Raum“ (Hecker, 2023b). Die „Fan-Power“ könnte „unbeherrschbar werden“ (Heß, 2023). Diese Beschreibungen zeichnen das Bild einer sich der Ordnung entziehenden Masse. Die daraus abgeleitete Notwendigkeit polizeilicher Kontrolle wird diskursiv gestützt.

## 2. VERHÄLTNISMÄßIGKEIT DER GEWALT: JURISTISCH GEBREMST, DISKURSIV ENTFESSELT

Die Kommentare thematisieren regelmäßig den juristischen Grundsatz der Verhältnismäßigkeit – oft jedoch mit einschränkender Relativierung. So heißt es: „Ob sie das durfte und welche Schärfe dabei angemessen ist, das werden Richter klären müssen“, gefolgt von der Abwertung kritischer Stimmen: „Dass die wichtigsten Vertreter von VfL und Werder laut aufaulen [...] ist aus sicherer Entfernung geschehen“ (Otto, 2022). Zweifel an der Angemessenheit polizeilichen Handelns werden so delegitimiert.

Unklar bleibt oft, wann Gewalt durch die Polizei gerechtfertigt ist.

*„Ob in der aufgeheizten Atmosphäre der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit gewahrt wurde, was Fans bestreiten, muss geklärt werden.“ (Heinrich, 2023a)*

Das ist eine offene Formulierung, die keine tatsächliche Bewertung vornimmt. Ein weiteres Beispiel für eine rechtliche Verschiebung: „Der Präfekt in Neapel mag nicht gesetzmäßig gehandelt haben [...], aber es stellte sich heraus, dass er Recht hatte mit seinen Sorgen“ (Heinrich, 2023b). Rechtmäßigkeit wird hier zugunsten subjektiver Risikoeinschätzung relativiert, die Legitimität des Vorgehens der Polizei wird damit nicht mehr an Recht und Gesetz gemessen.

Während polizeiliche Gewalt selten problematisiert wird, dominiert die Darstellung von Fangewalt und die Täter:innen-Opfer-Rollen sind klar verteilt: „Die Gewalt geht von den Fans aus“ (Hecker, 2023b), „sie greifen Polizisten an“ (Ashelm, 2020). Die Polizei wird hingegen als „präventiv“ agierende Instanz präsentiert, etwa durch „massive Einsatzkräfte [...] um Krawall zu unterbinden“ (Otto, 2022). Nur in der taz wird Polizeigewalt explizit thematisiert: Zwei Beamte „traktieren [einen am Boden Liegenden] mit Faustschlägen“ – eine Szene, die hier aber als „Härte“, nicht als Gewalt bezeichnet wird (Diehl, 2022).

So entsteht ein einseitiger Gewaltbegriff: Fangewalt wird skandalisiert, polizeiliches Handeln entpolitisiert und verharmlost. Verhältnismäßigkeit bleibt ein Verweisrahmen – aber selten ein normativer Maßstab.

## 3. LEGITIMITÄT UND VERTRAUEN: POLIZEI ALS FUNDAMENT DEMOKRATISCHER ORDNUNG

Die FAZ konstruiert in vielen Kommentaren ein hohes Vertrauen in die Polizei – etwa durch die unkommentierte Übernahme polizeilicher Angaben. So heißt es: „Der Polizeibericht

rund um das Europa-League-Spiel [...] führt die Vergehen und Straftaten detailgenau auf“ (Heß, 2021), oder: „Laut Polizei wurde 144 Mal Pyrotechnik gezündet“ (Penders, 2022). Aussagen wie „Die Polizei hatte die Lage im Griff“ (Hecker, 2023a) unterstreichen die Darstellung der Polizei als kompetente Ordnungsmacht.

Kritik wird meist relativiert: „Das war falsch, ändert aber nichts an der Notwendigkeit, [...] dass es keinen rechtsfreien Raum geben darf in diesem Land. Wenn es nicht anders geht, dann auch mit angemessener Gewalt“ (Heinrich, 2023a). Auch polizeiliche Verantwortung wird infrage gestellt: Es sei „kaum vorstellbar, dass die Polizei eine Konfrontation provozieren würde“ – im Gegensatz zu „Gewalttätern“, die behaupten, „ahnungslos [...] übermannt worden“ zu sein (Iskandar, 2021).

Demgegenüber äußern SZ und taz Misstrauen: Die SZ kritisiert den Generalverdacht gegenüber Fans als „Sippenhaft“ (Kulesa, 2022) und beschreibt Polizeipräsenz als einschüchternd: „viele Dutzend Polizeikräfte“ (Hürner, 2022). Die taz betont, dass „das Vorgehen der Polizei [...] Fragen aufwirft“ (Götz, 2022), und nennt das Verhalten bei Ausschreitungen in Hamburg „über die Stränge schlagend“ (Diehl, 2022).

Auch ambivalente Darstellungen finden sich: Einerseits wird die Polizei als unverzichtbar präsentiert – etwa bei der Verhinderung von Ausschreitungen (Penders, 2021/Hecker, 2023a/b) –, andererseits ihre begrenzte Wirkung betont: „Nicht die Polizei kann das Problem lösen [...] Das kann nur der Verein“ (Iskandar, 2021). Wiederholt heißt es, Gewalt sei nicht vollständig zu verhindern (Heß, 2021), die Ursache liege in der Fankultur. Damit wird die Polizei als notwendiger, aber überforderter Akteur gezeichnet, die Verantwortung jedoch stärker den Vereinen zugeschrieben.

## 4. DISKURS DER GEFAHR: DIE KONSTRUKTION DES „ANDEREN“ FANS

In vielen FAZ-Komentaren wird ein klares Feindbild konstruiert: gefährliche Fußballfans versus schützende Polizei. Fans werden als „radikale Ultras“, „Gewaltfreaks“ (Hecker, 2023b), „sogenannte Fußballfans“ (Heinrich, 2023a) oder „Kriminelle“ (Sturm, 2023) dargestellt, während die Polizei als reaktive Instanz erscheint, die „größere Eskalationen verhindert“ (Heß, 2021), sich „terrorisieren lassen“ muss (Heß, 2023) oder schlicht an „Benimmregeln erinnert“ (Otto, 2022).

In der SZ dagegen erscheint die Rolle der Fans ambivalenter: Sie sind sowohl potenzielle Täter:innen als auch Opfer staatlicher Maßnahmen. So werden 7.950 Unbeteiligte „in Sippenhaft genommen“ (Kulesa, 2022).

*Es fehlt „ein differenzierter Blick auf die organisierte Fanszene“ (ebd.).*

Zwar wird Fangewalt klar als „nicht zu tolerieren“ (ebd.) verurteilt, zugleich aber zumindest betont, dass polizeiliches Vorgehen „überzogen“ sein kann (Hürner, 2022).

Die taz wiederum fokussiert stärker auf Kritik an der Polizei. Sie bezweifelt die Notwendigkeit von Einsätzen. Martialisches



Foto mit freundlicher Genehmigung von Marcel Bostelmann

Auftreten wie „berittene Polizei“, die Kreise ziehe (ebd.), und drastische Gewalt wie „gezielte Faustschläge in die Niere“ (Diehl, 2022) prägen das Bild. Polizei erscheint hier teils als Bedrohung – und ihre Maßnahmen als legitimer Anlass für juristischen Widerspruch, der als „nachvollziehbar und wichtig“ bewertet wird (Götz, 2022).

Insgesamt zeigen sich klare Unterschiede: Während die FAZ ein klares Täter:innenbild zeichnet und die Polizei als Schutzmacht inszeniert, betonen SZ und taz Ambivalenzen und Unsicherheiten in der Bewertung staatlicher Institutionen.

## DAS UNSICHTBARE IM DISKURS

Im untersuchten Material zeigt sich: Gewalt durch Fans ist präsent, Polizeigewalt dagegen kaum. Die Unschuldsvermutung für Beschuldigte wird nicht erwähnt, polizeilich verursachte Verletzungszahlen fehlen, während Zahlen zu Fanausschreitungen medial zirkulieren.

Dass Polizei auch gefährliche Räume mitkonstruiert – etwa durch ihre Präsenz oder Vorurteile gegenüber bestimmten Gruppen –, bleibt ebenso unsagbar wie die Annahme, dass Polizeieinsätze Interessen dienen könnten: etwa der Legitimation für mehr Befugnisse oder Ressourcen. Auch die Debatte über andere Formen von Gewalt (außerhalb der Körperlichkeit) als staatliches Machtmittel findet nicht statt.

Dass Stadien eigentlich sehr sichere Orte sind, was empirisch belegbar ist<sup>5</sup>, wird nicht benannt. Politische Forderungen von

Faninitiativen, Jurist:innen oder linken Politiker:innen – z. B. nach Abschaffung der Datei „Gewalttäter Sport“ oder Kennzeichnungspflichten für Polizeibeamt:innen – werden nicht angesprochen. Radikale Perspektiven wie eine Welt ohne Polizei oder aber dystopische Entwicklungen werden ebenfalls nicht verhandelt. Was auch fehlt, ist die grundlegende Frage: Welche Gewalt dulden wir – und warum?

Die Polizei erscheint in dieser Untersuchung selten als Akteurin mit eigenen Interessen, sondern als neutrale Vollstreckerin einer objektiven Ordnung. Dass diese Ordnung selbst umkämpft ist – und dass ihre Durchsetzung nicht selten mit Gewalt geschieht –, bleibt vielfach unsichtbar. Und genau das macht das Sagbarkeitsfeld so politisch: Es strukturiert

unsere Vorstellung davon, was normal ist. Und was nicht.

Wer über Polizei spricht, spricht über Macht. Und wer über die Polizei spricht, spricht auch über das Verhältnis zwischen Staat und Gesellschaft, über Macht und ihre Grenzen, über Demokratie und Gewalt. Die Analyse zeigt deutlich: Die Polizei wird in den untersuchten Medienbeiträgen mehrheitlich nicht als konfliktträchtige, kontrollbedürftige Institution dargestellt, sondern als legitime, notwendig handelnde Ordnungsmacht. Ihre Präsenz wird vorausgesetzt, ihre Gewalt gerechtfertigt, ihre Rolle kaum grundsätzlich hinterfragt.

So wird das Stadion als unsicherer Ort dargestellt, ein Teil von Fußballfans als gefährlich und gewaltvoll charakterisiert, vor dem die Polizei andere Fans schützen müsse, Pyrotechnik als bedrohlich und risikoreich beschrieben und der Gewalt-, Verhältnismäßigkeits- und Rechtsstaatsbegriff hinsichtlich dieses Bedrohungsszenarios ausgelegt.

Im Zentrum der medialen Konstruktion steht eine Sicherheitslogik, die Fußballfans schnell zu Risikogruppen macht – und polizeiliche Eingriffe zur normalen Reaktion. Kritik an systemischen Problemen der Polizei wird nicht geübt, sondern nur Kritik von Einzelpersonen wiedergegeben und dabei heruntergespielt.

Und während die Polizei als Garant von Sicherheit und Ordnung inszeniert wird, bleibt das Misstrauen vieler Fans im Bereich des Unsichtbaren oder Unsagbaren.

Das Sagbarkeitsfeld in den untersuchten Fragmenten ist eng – gerade im Umgang mit der Polizei. Was gesagt werden darf, orientiert sich oft an institutionellen Deutungsmustern. Polizeiliche Perspektiven dominieren die Kommentierung, wäh-

5 Fußballstadien in Deutschland sind laut dem ZIS-Jahresbericht (2023) sehr sicher: Bei fast 24 Millionen Besucher:innen in der Saison 2022/23 wurden im Schnitt weniger als eine unbeteiligte Person pro Spiel verletzt – statistisch trifft es nur jeden 50.093. Fan. Auch für Polizist:innen ist das Risiko gering: Bei über 2,4 Millionen Einsatzstunden wurden 220 verletzt, was bedeutet, dass eine Beamte über 10.000 Stunden im Stadionsdienst leisten müsste, um sich rein rechnerisch zu verletzen. Diese Zahlen zeigen, dass das tatsächliche Gefahrenpotenzial für Fans und Polizei sehr gering ist.

rend kritische Stimmen entweder marginalisiert oder in eine defensive Position gedrängt werden.

### AUSBLICK: DISKURSKRITIK ALS DEMOKRATISCHE PRAXIS

Die hier vorgestellte Analyse kann kein vollständiges Bild zeichnen – wohl aber ein aufschlussreiches. Sie zeigt, wie stark Sprache dazu beiträgt, staatliche Gewalt zu legitimieren. Und sie zeigt, wie dringend notwendig eine kritische Auseinandersetzung mit medialen Diskursen ist – gerade in Zeiten, in denen autoritäre Sicherheitslogiken immer anschlussfähiger werden.

Für die zukünftige Forschung ergeben sich daraus mehrere Aufgaben: Erstens eine stärkere Untersuchung von Gegenöffentlichkeiten – etwa durch Faninitiativen, soziale Medien oder alternative Formate. Zweitens ein Fokus auf die institutionellen Strukturen, die bestimmte Deutungen begünstigen. Und drittens die konsequente Verbindung von Diskursanalyse mit einer materialistischen Perspektive: Wer profitiert von bestimmten Erzählungen? Wem nützen sie?

Denn solange Polizei fast ausschließlich als Schutzinstanz erscheint, bleiben ihre anderen Seiten – als Machtapparat, als Akteurin gesellschaftlicher Ausschlüsse – unsichtbar. Sichtbar zu machen, was nicht gesagt wird, ist daher keine rein akademische Übung. Es ist ein demokratischer Auftrag.

Lara Schauland ist Politikwissenschaftlerin und freie Autorin mit einem Schwerpunkt auf Fankultur, Diversität und der Kommerzialisierung des Fußballs. Ihre Masterarbeit widmete sie der Kritischen Diskursanalyse zur Konstruktion der Rolle der Polizei im Kontext Fußball.

Die diesem Artikel zugrundeliegende Kritische Diskursanalyse: Schauland, Lara (2024). Die mediale Konstruktion der Rolle der Polizei im Kontext Fußball: Diskursanalytische Betrachtungen.

<https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-102249-0>

### LITERATURVERZEICHNIS

- Abdul-Rahman, Laila/Hannah Espin Grau/Luise Klaus/Tobias Singelnstein (2023): *Gewalt im Amt: Übermäßige polizeiliche Gewaltanwendung und ihre Aufarbeitung*.
- BMI (2024): Bereit für den Anpfiff der Fußball-Europameisterschaft, in: *Bundesministerium des Innern und für Heimat*, 13.06.2024, [online] <https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/pressemitteilungen/DE/2024/06/em-sicherheit.html>.
- Statista (2025): Umfrage in Deutschland zum Vertrauen in die Polizei 2024, Statista, [online] <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/377233/umfrage/umfrage-in-deutschland-zum-vertrauen-in-die-polizei/>.

### DOSSIER

- Ashelm, Michael (2020): Hetze und Krawall im Stadion: Angriff auf die Fußballinvestoren, in: *FAZ.NET*, 05.03.2020.
- Diehl, Alexander (2022): Polizeigewalt vor Stadtderby: Fußball wurde auch gespielt, in: *taz.de*, 16.10.2022.
- Götz, Alina (2022): Nach Polizeikontrollen von Bremer Fans: Werder wehrt sich, in: *taz.de*, 09.08.2022.
- Hecker, Anno (2023a): Ausschluss der Eintracht-Fans: der Fehler von Italiens Innenminister, in: *FAZ.NET*, 07.03.2023.
- Hecker, Anno (2023b): Kommentar zum Fanverhalten: Raus mit den Radikalen, in: *FAZ.NET*, 13.12.2023.
- Heinrich, Marc (2023a): Bis zu 100 Verletzte nach Randalen vor Eintracht-Frankfurt-Spiel, in: *FAZ.NET*, 26.11.2023.
- Heinrich, Marc (2023b): Eintracht Frankfurt gegen SSC Neapel: Fan-Randalen als Schande, in: *FAZ.NET*, 16.03.2023.
- Heinrich, Marc (2022): Eintracht Frankfurt in der Europa League: Hingabe im Wettbewerb, in: *FAZ.NET*, 05.05.2022.
- Heß, Peter (2023): DFB-Pokal: Warum die Eintracht-Fans im Finale verstörten, in: *FAZ.NET*, 04.06.2023.
- Heß, Peter (2021): Europa-League: Fan-Randalen bei Eintracht gegen Antwerpen, in: *FAZ.NET*, 26.11.2021.
- Hürner, Thomas (2022): Werder-Fans in Wolfsburg: Grimmiges Empfangskomitee, in: *Süddeutsche.de*, 08.08.2022.
- Iskandar, Katharina (2021): Videoüberwachung in Frankfurt: Überfälliges Signal, in: *FAZ.NET*, 24.08.2021.
- Krauss, Martin (2022): Platzstürme in der Fußball-Bundesliga: Platz da!, in: *taz.de*, 11.05.2022.
- Kulesa, David (2022): Gewalt von Fußballfans: Oppositionelle hinterm Tor, in: *Süddeutsche.de*, 27.09.2022.
- Otto, Christian (2022): Bundesliga: schwieriges Verhältnis von Polizei und Fußballklubs, in: *FAZ.NET*, 13.08.2022.
- Penders, Peter (2021): Fußball und Fans: Probleme während der Pandemie nicht losgeworden, in: *FAZ.NET*, 26.04.2021.
- Penders, Peter (2022): Platzsturm bei Eintracht, Köln und Schalke: Verletzte in Gelsenkirchen, in: *FAZ.NET*, 08.05.2022.
- Rüttenauer, Andreas (2022): Kreative Fußballfans: Kunst und Verbrechen, in: *taz.de*, 02.11.2022.
- Sturm, Peter (2023): Gewalttätige Fußballfans: Auch „Ultras“ stehen nicht über dem Gesetz, in: *FAZ.NET*, 26.11.2023.





# Geschlechterspezifische Straftaten

## MIT BESONDEREM HINBLICK AUF HÄUSLICHE UND SEXUALISIERTE GEWALT GEGEN FRAUEN

Eine Diskursanalyse von Beyza Tezcan

Am 19.11.2024 veröffentlicht das Bundeskriminalamt ein Lagebild unter der Schlagzeile „Straftaten gegen Frauen und Mädchen steigen in allen Bereichen – Fast jeden Tag ein Femizid in Deutschland“, in dem geschlechterspezifisch gegen Frauen gerichtete Straftaten im Jahr 2023 mit dem Vorjahr verglichen wurden. Im selben Zeitrahmen war das Gewalthilfegesetz ein großes Thema im Bundestag und der internationale Tag „Gewalt gegen Frauen“ stand an. Die Wahrnehmung dieses Dreiecks in den Medien ist Gegenstand der folgenden Diskursanalyse. Dazu wurde eine Strukturanalyse aller Nachrichten verfasst, die der *Spiegel* in der Rubrik „Schlagzeilen“ auf seiner Homepage zwischen dem 11.09.2024 und dem 02.12.2024 veröffentlichte.

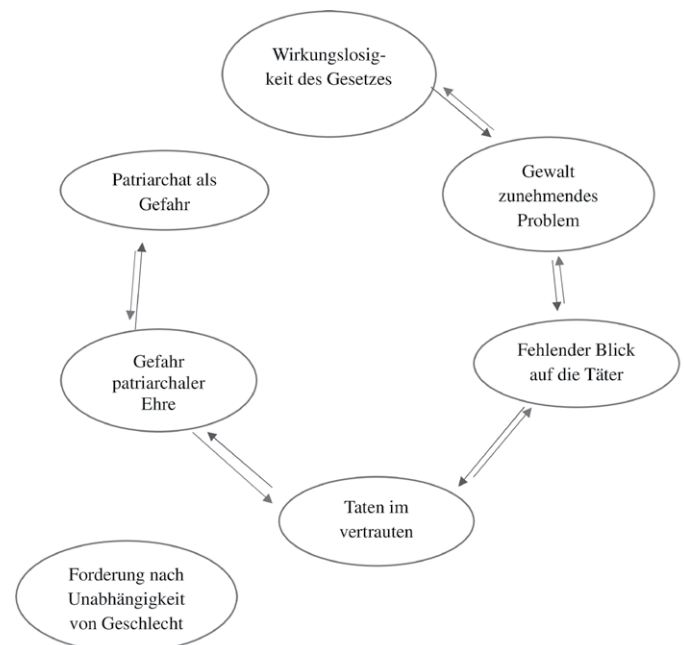
### AKTEURE UND THEMEN

In den Artikeln werden viele politische Akteure erwähnt, aber auch Psychologen, Journalisten sowie eine Reihe von Menschen aus der #MeToo-Bewegung. Das Thema Gewalt gegen Frauen wird in nahezu allen Artikeln mit Rechtsvorschriften in Verbindung gebracht. Dabei wird oft darauf hingewiesen, dass die rechtliche Lage allgemein akzeptiert wird, es aber dennoch als ein politisch zu lösendes Problem betrachtet wird. Andererseits werden rechtliche Konsequenzen für Täter häufig kritisiert und als noch nicht ausreichend bewertet. In diesem Zusammenhang wird der Gesetzentwurf von Lisa Paus (Bündnis 90/Die Grünen) zum verstärkten Schutz vor Gewalt gegen Frauen als eine hoffnungsvolle Maßnahme hervorgehoben.

Am stärksten problematisiert wird *partnerschaftliche Gewalt*. Ausnahmslos in allen Artikeln wird sie betont und die Gefahr, Gewalt zu erleben, wird fast ausschließlich im vertrauten Umfeld der Frauen gesehen. Weitere zentrale Themen sind *Sexualstraftaten*, *Nötigung*, *Menschenhandel*, *digitale Gewalt* und *Victim Blaming*. Die moralische Dimension wird hierbei vor allem von Psychologen thematisiert. Die gesellschaftliche Behandlung dieser Debatte sowie die Einstellung gegenüber den Opfern, die Gewalt und Sexualität erfahren haben, werden an einigen Stellen auch kritisiert. Psychologen greifen dabei auch den alltäglichen Sexismus auf, um die Breite des Diskurses zu verbildlichen.

### AUSSAGEN

Es gibt nahezu zwischen allen Aussagen intensive Beziehungen, während die Aussage *Forderung nach Unabhängigkeit von Geschlecht* in dieser Debatte ein Einzelgänger zu sein scheint. Die Aussage, dass Gewalt ein zunehmendes Problem ist, wird oft mit der „Wirkungslosigkeit des Gesetzes“ in Zusammenhang gebracht. Darunter verbirgt sich die Annahme, dass die

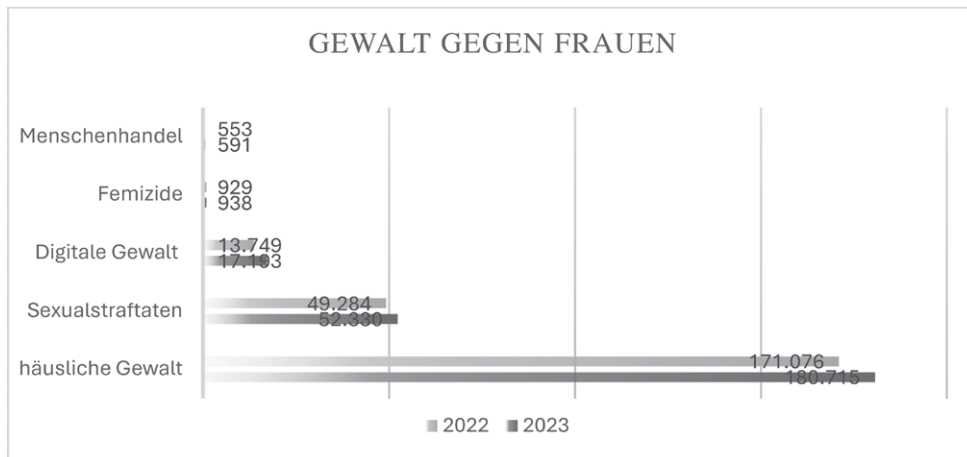


Die Abbildung zeigt zum einen die zentralen Aussagen und zum anderen, dass diese in gegenseitiger Verbindung oder Wechselwirkung miteinander stehen.

Strafen zu mild seien für die Schwere der Taten. Potenzielle Wiederholungstäter würden davon nicht abgeschreckt werden.

Gleichzeitig wird die Gesellschaft kritisiert. Es wird problematisiert, dass Männer als unsichtbare Täter in den Schatten gerückt werden und Opfern Vorwürfe gemacht und Ratschläge gegeben werden, was sie hätten anders tun können. Kritisiert wird, dass in den Medien sowie in der öffentlichen Diskussion der Fokus oft nur auf den Opfern liegt. Die Berichte würden sich vor allem um die traumatischen Erfahrungen der Betroffenen drehen, wo oder zu welcher Uhrzeit die Tat stattgefunden hat und die Notwendigkeit, dass Frauen sich schützen müssen. Folglich würden sich die Opfer schämen für das, was ihnen angetan wurde, und sie würden zu Beschuldigten. Als gute Entwicklung wird deshalb die Bewegung gesehen, die durch Gisèle Pelicot ausgelöst wurde, die Ende 2024 den Slogan „Die Scham muss die Seiten wechseln!“ aus #MeToo berühmt gemacht hat.

Angesprochen wird in den Artikeln auch dass, wenn der Blick auf die Täter fällt, in den meisten Fällen festgestellt wird, dass es sich um vertraute Personen aus dem eigenen Umfeld handelt. Die Aussage *Taten im vertrauten Umfeld* wird kollektiv-symbolisch auf den Punkt gebracht, indem angeführt wird, dass nicht nur die gefürchteten *dunklen Gassen* einen Raum für sexuelle Belästigung darstellen, sondern *die eigenen vier Wände* für eine Frau am gefährlichsten sein können.



### Eigene Darstellung

In diesem Teufelskreis wird die „patriarchale Ehre“ als ein Konzept beschrieben, welches problematische Dynamiken auslösen kann. Die Gefahren der patriarchalen Ehre werden darin gesehen, dass sie Normen und Machtstrukturen reproduziert und damit die soziale Ungleichheit zwischen den Geschlechtern verstärkt wird. Dadurch, dass diese Strukturen noch immer an einigen Stellen vertreten seien, werde eine verharmlosende Einstellung sichtbar, vor allem in Bezug auf partnerschaftliche Gewalt.

Angesprochen wird auch, dass die steigenden Zahlen in der Statistik keinen Beweis dafür darstellen, dass Maßnahmen gegen sexualisierte Gewalt keine Wirkungen zeigen oder dass immer mehr Gewalt erlebt wird, sondern dass die Gesellschaft eine Sensibilität für dieses Thema entwickelt hat und damit auch Opfer ermutigt werden und dadurch die Bereitschaft, eine Anzeige zu erstatten, gestiegen sei.

der Täter mindert, und zum anderen wird der Konsum oder die Anhängigkeit nicht kritisiert.

Im Großen und Ganzen wird der Diskurs über „Gewalt gegen Frauen“ als eine Art Aufruf zur Mitverantwortlichkeit geführt. Es ist eine etwas oberflächliche Ausrichtung, die keine Gruppen gezielt angreift oder für schuldig erklärt. Statt das Thema Gewalt gegen Frauen unter der Überschrift Feminismus zu thematisieren und die Bewältigung dieses Problems als eine Frauenaufgabe zu erklären, wird das Thema als ein Problem von *allen* geschildert.

### NICHT-GESAGTES

Im analysierten Dossier werden bestimmte Themen nicht behandelt. So werden Gewalt als Mittel zum Schutz einer patriarchal definierten Ehre von Töchtern oder Ehefrauen, Ehrenmorde sowie Zwangsehen ausgeklammert. Überhaupt wird nur in Einzelfällen über konkrete Fälle sexualisierter Gewalt berichtet sowie über die Auswirkungen, die ein Opfer erleiden muss. Auf langfristige Auswirkungen wird gar nicht eingegangen. Auch die Abhängigkeit der Opfer von den Tätern, speziell wenn es um das Thema partnerschaftliche Gewalt geht, wird nicht angesprochen. Dabei wäre ein wichtiger Aspekt, dass Kontrolle durch Isolation aufrechterhalten wird. Dass Täter oft unter Einfluss von Alkohol und Drogen stehen, wird in den Berichten zwar erwähnt, es wird aber zum einen nicht geschrieben, dass diese Tatsache nicht die Verantwortung

unabhängig - widerständig - solidarisch

## Linker Feminismus im Abo



4 Ausgaben  
ab 16 Euro



[www.wirfrauen.de](http://www.wirfrauen.de)

@wir-frauen.bsky.social

WirFrauenfemBlatt

**WIR FRAUEN**  
DAS FEMINISTISCHE BLATT



# Sozialleistungsmissbrauch?

## MEDIALE DISKURSE IM SPANNUNGSFELD VON SOZIALPOLITIK UND MIGRATION

Von Max Kroppenberg, Christian Sydow & Benno Nothardt

Im September 2022 erklärte Friedrich Merz als Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion im Format BILD TV: „Wir erleben mittlerweile einen Sozialtourismus dieser Flüchtlinge: nach Deutschland, zurück in die Ukraine, nach Deutschland, zurück in die Ukraine“ (zit. nach Jörg Blanke, SZ, 27.9.2022). Merz erntete dafür heftige Kritik, ruderte zurück und entschuldigte sich öffentlich. Die Aussage, Geflüchtete würden Leistungen missbrauchen, hatte er mit dem Stigmawort ‚Sozialtourismus‘ dennoch aktualisiert.

Hier wird eine Verschränkung der Diskurse zu Sozialstaat und Migration deutlich, die auch in den folgenden Wochen und Monaten die Struktur des mediopolitischen Diskurses prägte. Nicht zuletzt in der Debatte um das Bürgergeld wurden sozialstaatliche Leistungen in Hinblick auf Migration problematisiert. So hieß es etwa bei Bild online: „Fast jeder zweite Bürgergeld-Bezieher ist mittlerweile Ausländer. Kommen die Einwanderer in die Sozialsysteme oder in den Arbeitsmarkt?“ (Fabian Philip und Filip Piatov, Bild.de, 27.9.2024) Es wurde vehement über den Missbrauch von Sozialleistungen diskutiert. Dabei wurde in der öffentlichen Debatte bereits der Gebrauch von Leistungen als Missbrauch gedeutet oder zumindest der Verdacht nahegelegt.

Die mit diesem Artikel gleichnamige Expertise erstellten Max Kroppenberg und Christian Sydow für das DISS im Auftrag des Deutschen Instituts für Interdisziplinäre Sozialforschung (DIFIS). Unterstützt wurden sie von den Praktikant\*innen Elvira Domracev und Paul Kleinschmidt sowie von Benno Nothardt, der die Analyse der Bild beisteuerte. Die Expertise will einen Überblick über die diskursive Entwicklung der Verschränkung der Diskurse zu Sozialstaat und Migration nachzeichnen. Dazu wurden die aktuellen Debatten zum Bürgergeld, zur Bezahlkarte für Geflüchtete sowie zu Sozialleistungsmissbrauch bzw. Scheinvaterschaften diskursanalytisch untersucht und zwar sowohl auf der parlamentarischen Diskursebene anhand von Debatten im Deutschen Bundestag als auch auf der Diskursebene der Medien anhand von mehreren Tageszeitungen. Im Folgenden werden wichtige Ergebnisse der Studie dargestellt, wie sie sich ähnlich in deren Fazit finden.

### PARLAMENTARISCHER DISKURS

Der parlamentarische Diskurs wurde anhand der Protokolle von vier Bundestagsdebatten vom 21.3., 15.5., 12.6. und 13.6.2024 zu den Themen Bürgergeld, Leistungsmissbrauch, Vaterschaftsbetrug und Bezahlkarte untersucht und ergab Folgendes:

Das Bürgergeld wird als eine Art ‚Leistungsmissbrauch von oben‘ beschrieben: Bei den Kritiker\*innen dominiert das Bild einer sozialen Schieflage, einer Entgrenzung des legitimen Empfänger\*innenkreises und die Vorstellung eines durch die Hintertür eingeführten bedingungslosen Grundeinkommens: Ein zu geringer Lohnabstand bei zu hohen Bürgergeldleistungen verleite zu einem Ausruhen in der ‚sozialen Hängematte‘.

Dagegen gilt das Bürgergeld bei den Befürworter\*innen als progressive Anpassung an eine veränderte Arbeitsmarktsituation. Ebenfalls mit Verweis auf den Fachkräftemangel erscheint das Bürgergeld als ein Instrument, mit dem die Qualifizierung von Arbeitslosen fokussiert werde. Der Forderung nach Kürzungen im Bereich der Sozialleistungen wird widersprochen. Wird der Lohnabstand adressiert, erscheint der Mindestlohn als passende Stellschraube, um ‚Gerechtigkeit‘ zu schaffen.

Beim Thema Sozialleistungsmissbrauch werden die Diskursstränge Migration und Sozialstaat strategisch verschränkt. Dabei werden mit Äußerungen über einen ‚massenhaften‘ Missbrauch oder ‚Sozialtourismus‘ gezielt Vorstellungen von Kontrollverlust und Entgrenzung aufgerufen. Migrant\*innen werden dabei unter Generalverdacht gestellt.

Es ist auffällig, wie vor allem die AfD migrationspolitische Themen auf die Agenda setzt und strategisch mit dem Thema Leistungsmissbrauch verknüpft. In diesem Zusammenhang wird eine exzessive Kontrolle gefordert. Diesen Darstellungen wird von allen anderen Parteien mit demonstrativer Abgrenzung als ‚populistisch‘ begegnet – wie überhaupt im parlamentarischen Diskurs die AfD abgelehnt wird. Ihr wird mit dem Verweis auf nützliche Migration widersprochen. Im Falle ukrainischer Geflüchteter wird auf die Legitimität von Fluchtursachen hingewiesen. Dennoch gibt es immer wieder Anschlussstellen in den Aussagen der AfD, an die insbesondere die Union als damalige Opposition anschließt. Die AfD nutzt solche Anschlüsse strategisch, um das Feld des Sagbaren in Richtung ihrer eigenen Positionen zu erweitern beziehungsweise zu verschieben. Teils werden denormalisierende Darstellungen von ‚ausländischem‘ Sozialleistungsmissbrauch von anderen Parteien aufgegriffen und eine (Neu-)Justierung von Kontrollmechanismen gefordert.

Beispielsweise kritisiert Susanne Hierl (CSU) den Populismus von Stephan Brandner (AfD), nimmt die Problematisierung in der Sache aber dennoch auf und versucht, ihren Vorredner sogar zu übertreffen: „Der Entwurf der AfD kratzt nur an der Oberfläche; er thematisiert allein die missbräuchliche Anerkennung der Vaterschaft. Das Problem geht aber tiefer: Mütter



werden bald ebenfalls zum Schein Kinder anerkennen können“ (Deutscher Bundestag, Plenarprotokoll vom 10.4.2024, S. 20832).

Hierl verbindet dies mit einer Kritik an der damaligen Ampelregierung, die durch Untätigkeit „der AfD überhaupt die Angriffsfläche für so einen populistischen Antrag“ (ebd.) biete. Damit rekurriert sie auf die im Migrationsdiskurs seit Jahrzehnten verbreitete Aussage, eine offene Gesellschaft und migrationsfreundliche Politik wären die Ursachen für das Erstarken von Rassismus und der extremen Rechten. Diese ermöglicht das Paradoxon, als Mittel gegen die extreme Rechte deren Forderungen erfüllen zu wollen.

In der Debatte um die Bezahlkarte für Geflüchtete wird deutlich, wie eine Abwehr von Fluchtmigration diskursiv als Notwendigkeit hergestellt wird. Die Bezahlkarte erscheint als Instrument, um dem diagnostizierten ‚Kontrollverlust‘ mit sozialpolitischen Mitteln etwas entgegenzusetzen. In diesem Kontext findet wiederholt eine Verschränkung mit dem Kriminalitätsdiskurs statt: Abschottung gegen Geflüchtete erhält als Kampf gegen ‚Schleuserkriminalität‘ mehr Legitimität. Nur wenige Stimmen weisen in der Debatte auf mögliche diskriminierende Effekte der Bezahlkarte für Geflüchtete hin.

## MEDIALER DISKURS

Die synoptische Analyse von ca. 80 Kommentaren aus FAZ, SZ und taz sowie eine Sichtung von ca. 250 Artikeln der Bild förderte Folgendes zutage:

Im medialen Diskurs erscheint die Verschränkung von Sozialstaat und Migration stärker als in den untersuchten parlamentarischen Debatten. Insbesondere beim Thema Bürgergeld werden Migrant\*innen als (Haupt-)Belastung für den Sozialstaat markiert. Migration erscheint hierbei in erster Linie als Belastung für den Sozialstaat. Beispielsweise beschreibt Jan Bielicki in der SZ Migration als Phänomen, „das viele Deutsche völlig zu Recht für eine der wichtigsten Herausforderungen halten, vor denen ihr Land steht“ (SZ, 9.2.2024, S. 4).

Der Sozialstaat erscheint in der FAZ als doppelt entgrenzt: Sowohl im Innen im Hinblick auf den Empfänger\*innenkreis und die Höhe der Leistungen als auch nach außen im Hinblick auf Migration. Sozialleistungen werden als Pull-Faktor gewertet. Dies gilt allerdings nicht für dringend benötigte ausländische Fachkräfte, die durch ein hohes Abgabenniveau abgeschreckt würden. In Bezug auf das Bürgergeld wird in der FAZ insbesondere der Bürgergeldbezug geflüchteter Ukrainer\*innen kritisiert. Besonders die ‚Alimentierung‘ wehrfähiger ukrainischer Männer wird als Beihilfe zur Fahnenflucht angesehen. In der SZ und der taz hingegen finden sich weder eine Darstellung des Sozialstaats als Pull-Faktor noch eine Kritik am Bürgergeldbezug von ukrainischen Geflüchteten.

Die ‚Zeitenwende‘ wird als zuspitzender Faktor gesellschaftlicher Entwicklung beschrieben: Dabei reicht das Spektrum der Kommentare von der Forderung nach einer Verschlankung des Sozialstaats angesichts eines drohenden Notstands bis zu Kritik an ‚unsozialer‘ Prioritätensetzung im durch die ‚Zeitenwende‘ geleiteten Haushalt. Die Bezahlkarte für Geflüchtete wird sowohl in der FAZ als auch in der SZ befürwortet: Sie gilt als legitimes und verträgliches Instrument zu einer als notwendig beschriebenen Steuerung von Migration und wird zugleich als Mittel gegen den Erfolg der AfD diskutiert. Auch hier zeigt sich die Strategie, die extreme Rechte durch Erfüllung ihrer Forderungen bekämpfen zu wollen. In der taz erscheint die Bezahlkarte dagegen als diskriminierend und als Integrationshindernis.

In der Bild kommen keine nennenswerten Aussagen dazu, vielmehr werden die Aussagen aus den anderen untersuchten Medien zugespitzt und teils kampagnenartig vermittelt. Bild beschreibt den Sozialstaat in erster Linie als Belastung. Dabei werden Beispiele für Leistungsmissbrauch mit denormalisierender Wirkung stärker individuell hervorgehoben. Das zeigt sich beispielsweise an der reißerischen Berichterstattung Ende Februar 2024 zu einem Fall von Vaterschaftsbetrug durch Jonathan A.,

### Deutsche Rettung?

Eine Kritische Diskursanalyse des  
Fluchtdiskurses um Carola Rackete und Moria



Judith Friede | Louis Kalchschmidt | Fabian Marx | Anna-Maria Mayer | Benno Nothardt | Milan Slat | Christian Sydow



Unrast-Verlag, 2022

Edition DISS Band 47

310 Seiten, 24 €

Als im Juni 2019 Carola Rackete dem Verbot trotzte, mit dem Seenotrettungsboot »Sea-Watch 3« im Hafen von Lampedusa anzulegen, jubelten die Medien und sprachen das vorher verdrängte Leid von Geflüchteten wieder an. Im September 2020 brannte dann das Geflüchtetenlager Moria und die Abschottungspolitik der EU geriet ins mediale Scheinwerferlicht: Die katastrophalen Zustände seien von Griechenland gewollt, dienten zur Abschreckung und würden von den anderen EU-Staaten insgeheim gebilligt.

Wo bieten diese Debatten Anschlussstellen für humane Positionen? Wo lauern Gefahren? Werden Seenotretter\*innen als deutsche Held\*innen konstruiert und so die deutsche Mitschuld am Sterben im Mittelmeer verdeckt?

Die Kritische Diskursanalyse untersucht Gesagtes und Nicht-Sagbares, diskursive Strategien und Kollektivsymbolik sowie die Konstruktion ungeschminkter Held\*innen. Dabei sind die Analysen verschiedener Zeitungen auch einzeln gut lesbar.



den Bild „Mr. Cash Money“ nennt. In den Darstellungen der Bild wird stärker auf ‚missbrauchende‘ Subjekte gezielt. Diese werden mit einer Häufung von abwertenden Begriffen belegt, wie „faule Arbeitslose“, „Bürgergeld-Betrüger“, „Arbeitsverweigerer“, „Dauer-Faulenzer“, „Arbeitsunwillige“, „renitente Arbeitsverweigerer“ oder Menschen, die „lieber die Hand aufhalten, statt mit anzupacken“.

In Hinblick auf die Verschränkung Sozialstaat und Migration problematisiert Bild vor allem die Anzahl von Migrant\*innen, die Bürgergeld beziehen. Die Bezahlkarte für Geflüchtete wird in der Bild als eine Art Wundermittel gegen Migration beworben.

## DISKURSTRANGVERSCHRÄNKUNG SOZIALSTAAT UND MIGRATION

Sowohl im parlamentarischen als auch im medialen Diskurs sind die Diskursstränge zu Sozialstaat und Migration verschränkt. Bei der Betrachtung des Diskursverlaufes wurde eine zunehmende Polarisierung im diskursiven Sagbarkeitsfeld festgestellt. Es werden zwei gegensätzliche Bilder von Migration entworfen:

Fluchtmigration gilt in erster Linie als Belastung für den Sozialstaat. In Anschluss an die Denormalisierungsvorstellung von ‚Kontrollverlust‘ und Entgrenzung im Fluchtdiskurs nach 2015 gilt Fluchtmigration als Bedrohung für das ‚soziale Gleichgewicht‘. Aus konservativen und rechtsextremen Diskurspositionen wird dabei der deutsche Sozialstaat als Pull-Faktor angesehen.

Von progressiveren Diskurspositionen wird diese Darstellung zurückgewiesen und werden Fluchtursachen wie Krieg und Verfolgung hervorgehoben.

Dagegen gilt Fachkräftemigration angesichts der demographischen Entwicklung und des existierenden Fachkräftemangels als dringend notwendig. Dieses Argument und die Solidarität mit ukrainischen Geflüchteten sind im untersuchten Material die einzigen Gründe, um sich positiv auf Migration zu beziehen. So sagt etwa Ottilie Klein (CDU) im Bundestag: „Dabei geht es um Menschen, die vor Putins Bomben fliehen, um Familien, die vor Gewalt und Zerstörung bei uns Schutz

gefunden haben. [...] Ganz klar, in dieser Notsituation helfen wir, und wir tun dies mit offenem Herzen.“ (Deutscher Bundestag, Plenarprotokoll vom 12.6.2024, S. 22526). Diese Anerkennung wird jedoch nicht auf Geflüchtete aus anderen Ländern übertragen. Sie gründet unter anderem darin, dass Ukrainer\*innen als Teil eines ‚westlichen Wir‘ wahrgenommen werden, das durch ein russisches ‚Außen‘ bedroht wird.

Deutschland wird im Kontext von Fachkräftemigration als Einwanderungsland beschrieben, eine ‚migrationsfeindliche Stimmung‘ gilt dagegen als kontraproduktiv. Hierbei wird nicht problematisiert, wieso privilegierte Menschen sich das Recht herausnehmen, anderen vorzuschreiben, wo sie leben müssen.

*Es wird weder die Legitimität von Migrationskontrolle durch Nationalstaaten hinterfragt noch die tatsächliche Fähigkeit, diese vollständig kontrollieren zu können.*

Festzustellen ist, dass sowohl im parlamentarischen als auch im medialen Diskurs der Sozialstaat auch ohne das Motiv des Missbrauchs kritisiert wird. Dadurch betrifft die diskursive Auseinandersetzung um Migration und Sozialpolitik auch die institutionalisierten Funktionsweisen allgemeiner sozialer Sicherungssysteme. Das Bürgergeld dient dabei als Projektionsfläche, um bereits im Innen, besonders aber mit Blick auf Migration, Entgrenzungsmotive aufzurufen. In dieser Perspektive werden normalisierende Maßnahmen als notwendig angesehen: Migration soll unterbunden oder mindestens besser gesteuert werden. Vor diesem Hintergrund wird über den Bürgergeldbezug von Migrant\*innen, die Bezahlkarte für Geflüchtete und Maßnahmen gegen Vaterschaftsbetrug diskutiert. In der Verschränkung der Diskurse zu Sozialstaat und Migration werden denormalisierenden Darstellungen von Migration hauptsächlich Nützlichkeitsabwägungen – etwa die Notwendigkeit von Migration angesichts des Fachkräftemangels – entgegengehalten. Letztlich steigt damit jedoch nur der Druck auf Migrant\*innen. Wenn Migrant\*innen, etwa Geflüchtete, nicht dem Bild von Verwertbarkeit entsprechen, landen sie auf der falschen Waagschale des ‚sozialen Gleichgewichts‘ – für sie gibt es mit diesem Argumentationsgang keinen Platz. Die Strategie, Menschen nach Nützlichkeit zu hierarchisieren und davon das Recht auf Sozialleistungen und ein Leben in Würde abhängig zu machen, droht auch auf andere Bevölkerungsgruppen übertragen zu werden und so einen allgemeinen Sozialabbau voranzutreiben.

Die Autoren sind Mitarbeiter des DISS. Die Studie wird bald durch das DIFIS veröffentlicht und dann auch auf der Homepage des DISS verlinkt. Ein Aufsatz zu Bild ist bei der Rosa-Luxemburg-Stiftung veröffentlicht:

<https://www.rosalux.de/news/id/52902/strafen-und-abschieben>.



Stromkasten Duisburg, September 2020

# Der Fremde, der nicht bleiben kann

Von Peter Höhmann

## VORBEMERKUNG

Der Beitrag befasst sich mit Perspektiven auf die Zuwanderungen in die Bundesrepublik. Im Blick steht dabei zunächst die Reaktion um eine Gestaltung jeweils aktueller Rahmenbedingungen mit den zähen und dauerhaften Bemühungen, die Migration zu regulieren, dabei aber auch einzelne Zuwanderungsgruppen auszuschließen. Die hierbei immer wieder getroffenen Entscheidungen werden einem Anspruch nach systematischer Problemlösung offenbar nicht gerecht. Als sichtbare Konsequenz ist das Vertrauen in die Steuerungskompetenz öffentlicher Institutionen berührt: Die staatliche Öffentlichkeit verliert an Legitimität und personalisierte Autoritätsbeziehungen mit eigenen Mustern von Loyalität und Abhängigkeit nehmen zu.<sup>1</sup> Vor diesem Hintergrund will ich in einem anschließenden Abschnitt auf Unterschiede sowie Veränderungen in der politischen Einstellung verschiedener Bevölkerungsgruppen eingehen, dies auch angesichts einer markanten Zunahme extremistischer Positionierungen.

## RAHMENBEDINGUNGEN

Der aktuelle Fokus auf die Zuwanderung verweist auf unterliegende Wandlungen gesellschaftlicher Verhältnisse. Unmittelbar gilt dies für den strukturell fortschreitenden Prozess der Globalisierung. Dieser ist besonders durch seine kontinuierlich verstärkte Entterritorialisierung wirtschaftlicher Produktion sichtbar. Er wirkt aber zugleich mit weitreichenden Folgen als freigesetzte Mobilität von Personen unter Bedingungen massiver Ungleichheit und Diskriminierung zwischen wie innerhalb der verschiedenen Staaten. Dadurch folgt die globalisierte Produktion einer autonomen Bewegung von Waren in der Welt mit einer zugleich hochgradig selektiven Inklusion und Exklusion von Personen. Etienne Balibar hat diese Globalisierungsfolgen unter drei Themen zusammengefasst. Er beschreibt sie zunächst als Auflösung der Vorstellung, als Nationalstaat über den kommerziellen Austausch einen kulturellen und intellektuellen Fortschritt zu erreichen. Diese Einschränkung ist vor allem auf die Autonomie der weltweiten Produktion zurückzuführen, die über die nationale Wirtschaftspolitik gerade nicht zu steuern ist. Ein zweites Thema bezieht sich auf offensichtliche Folgen dieser Entwicklung durch weltweit auftretende Krisen, die darauf hinwirken, „sesshafte und nomadische“ Bevölkerungsteile voneinander zu trennen. Der Fremde ist nicht mehr, wie bei Georg Simmel charakterisiert, ein Mensch, der gekommen ist und bleibt. Die differenzierte Lebenssituation innerhalb der Nationalstaaten wird Auslöser, „den unerwünschten Fremden als sozialen, kulturellen, möglicherweise politischen Feind zu konstruieren“ (Balibar 2009, 585) und damit als einen Fremden, „mit dem man keinen Frieden mehr schließen kann.“ (Ebd. 585) Ein Friede ist nicht

herzustellen, sondern wird über die weltweiten wirtschaftlichen Verhältnisse in unterschiedlichen Formen immer neu unterlaufen. Die dabei ausgelösten krisenhaften Wanderungsbewegungen bilden dann als drittes Thema eine kontinuierliche Grundlage unterschiedlicher Bewertungen, an die sich in der Bevölkerung bewusste Vergleichs- und Abgrenzungsprozesse anschließen. Zuwanderer werden hierbei als ‚ein Anderer‘ gesehen, mit dem ich mich vergleiche und der mich zwingt, „meine Grenzen zu entdecken, die mich von ihm und meine Welt von der seinigen trennen.“ (Schütz 1971, 166).

## REGULIERUNG

Staatliche und europäische Politikentscheidungen bilden den Ausgangspunkt sowie die formelle Grundlage für eine solche Urteilsbildung. Zuwanderungen waren nicht nur in den letzten Jahren von Seiten des Staates wie der EU Anlass, schärfere Zugangsregeln zu formulieren und in den sodann einsetzenden Debatten zu vertreten. Kernpunkt aller Regulierungsversuche bleibt jedoch der immer wieder erneute Versuch, eine kurzfristig nützliche von einer nicht nützlichen Zuwanderung für den Nationalstaat zu trennen. Angesichts der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen ist hierbei jedoch kaum von einer dauerhaften Lösung auszugehen. Allerdings haben die staatlichen Regelungen Folgen, die die Bevölkerung in unterschiedlichen Richtungen binden.

Mit Blick auf die bestehenden Regulierungen nimmt die Asylreform des Jahres 1993 durch die Formulierung des Grundgesetzartikels 16a einen besonderen Stellenwert ein, der für das Asylrecht zuvor bestehende Regelungen massiv einschränkt. Auf das Recht auf Asyl kann sich danach nicht berufen, „wer aus einem Mitgliedstaat der Europäischen Gemeinschaften oder aus einem anderen Drittstaat einreist, in dem die Anwendung des Abkommens über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten sichergestellt ist.“ (Artikel 16a GG). Hierauf bezogen stehen im europäischen Rahmen kontinuierlich weiter diskutierte und beschlossene Regeln und Empfehlungen. Dies gilt nicht nur für die Verabschiedung einer europäischen Migrationsagenda durch die europäische Kommission im Mai 2015 oder eines Migrations- und Asylpakets durch den Rat der EU im Mai 2024. Ebenfalls von hoher Bedeutung sind sodann detaillierte Umsetzungsregeln, so wie sie sich etwa im Aufenthaltsrecht wiederfinden. Als Konsequenz solcher Festlegungen werden Zuwanderungen nicht nur über die so geschaffenen Regeln in einen staatlich definierten Zusammenhang gestellt, sondern zugleich als sekundärer Auslöser und Verstärker für kontroverse Interpretationen und Zuweisungen wirksam.<sup>2</sup> Dies gilt sichtbar für Folgen, die im Sommer 2000 unter dem Slogan „Kinder statt Inder“ gegen die geplante

<sup>1</sup> Vgl. hierzu, auch als Übergang zu modernen Formen patrimonialer Herrschaft, Popitz 1986, besonders 11ff.

<sup>2</sup> Eine zusammenfassende Debatte zu diesem Thema findet sich in den Sammelbänden von Klaus Lüderssen und Fritz Sack.





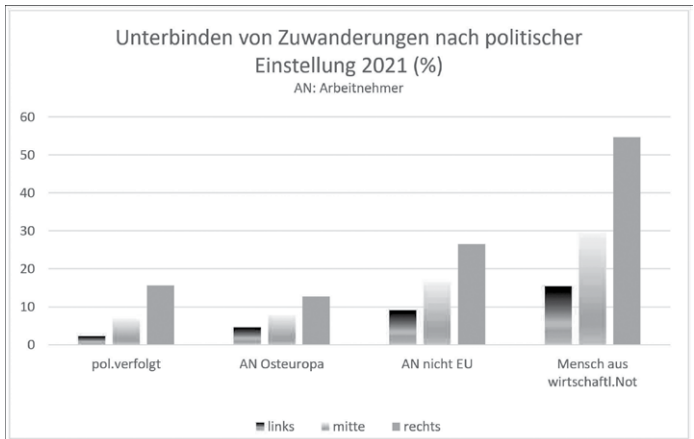
Einführung einer Green Card durch die Regierung Schröder gerichtet waren oder zuvor anlässlich der Wahlen in Hessen gegen eine Bundesvorlage zur doppelten Staatsbürgerschaft. Ohne das unterliegende Problem immer wieder neu auftretender destruktiver Folgen für die Bevölkerung in unterschiedlichen Teilen einer wirtschaftlich vernetzten Welt lösen zu können, werden systematisch Regelungen aktualisiert oder neu produziert, so wie dies als aktuelles Dauerproblem zuletzt im Koalitionsvertrag zwischen der CDU, CSU und SPD vorgesehen ist. (Koalitionsvertrag 2025, 92-97).

## EINSTELLUNGEN IN DER BEVÖLKERUNG

Die angesprochene Situation wirkt jedoch auf die Einstellungen der Bevölkerung zu den Zuwanderungen, auf die der folgende Abschnitt näher eingeht. Grundlage für diese Beschreibung sind die regelmäßig erhobenen Umfragen der allgemeinen Bevölkerungsstudie der Sozialwissenschaften (Allbus).<sup>3</sup> Die Daten geben dabei ganz durchgehend merkbare Unterschiede unter den Befragten wieder. Hierbei sind die jeweils vertretenen Positionierungen in hohem Maße auf die eigene Lebenslage bezogen. Diese wird der der Zuwanderer gegenübergestellt und kann je nach den bestehenden Handlungsspielräumen Grundlage für eine zugewandte oder ablehnende Haltung werden.<sup>4</sup> Nicht nur vor dem Hintergrund der aktuellen Situation ist davon auszugehen, dass Personen, die sich in der Gesellschaft wirtschaftlich schlechter gestellt oder benachteiligt sehen, ihre Situation auch als einen grundlegenden Konflikt mit der ausländischen Bevölkerung adressieren.

Allgemein sind in diesem Zusammenhang zwei Feststellungen zu treffen: Einerseits wird die Beziehung zwischen deutscher und ausländischer Bevölkerung für verschiedene Zuwanderungsgruppen zu einem deutlich auseinanderfallenden Maße akzeptiert. Zum anderen wird jede Migration eher von Personen abgelehnt, die sich als rechts oder eher rechts bezeichnen.<sup>5</sup> So wollen eher politisch links stehende Befragte zu 2,3% die Zuwanderung von politisch verfolgten Menschen unterbinden, bei politisch rechts stehenden sind dies 15,7%. Noch ausgeprägter sind die Differenzen im Fall von Zuwanderungen „aus wirtschaftlicher Not“. Hier variiert die Ablehnung zwischen 15,4% und 54,7%.

Die in der Tabelle aufgezeigten und kontinuierlich in die gleiche Richtung zielenden Differenzen zwischen den jeweiligen politischen Einstellungen sind nicht selbstverständlich, sondern ein Resultat verschiedener Entwicklungen. Zunächst haben die bestehenden ökonomischen Differenzen eine unterschiedliche Bedeutung für die Person. Sie wirken so in ver-



schiedener Weise als identitätspolitische Thema in der Auseinandersetzung mit den eigenen Verhältnissen. An den Staat gerichtete Erwartungen, die persönliche Lage zu verbessern, werden hierbei regelmäßig auch über den Vergleich mit Personen in anderen Lebenslagen gerechtfertigt. Für den Fall, dass dieser Vergleich negativ ausfällt, reagiert die Person typischerweise mit verschiedenen Formen „ritueller Distanzierung“<sup>6</sup>.

Für ein genaueres Bild vergleiche ich hierzu Befragungsergebnisse der Jahre 2010 und 2021. Zu beiden Zeitpunkten gehen Personen, die ihre wirtschaftliche Situation als schlecht einstufen, von einem schärferen Konflikt zwischen deutschen und ausländischen Bevölkerungsgruppen aus als dies aus den Antworten der Befragten hervorgeht, die ihre Lage besser beurteilen.<sup>7</sup> Zwar werden aus der Erhebung des Jahres 2010 ebenfalls unterschiedliche Bewertungen zwischen Befragten in besser und schlechter gestellten wirtschaftlichen Lagen sichtbar. Zugleich sind aber die Differenzen zwischen den Bevölkerungsgruppen jedoch größer geworden. In einer privilegierten Lebenssituation wird der Konflikt zwischen beiden Bevölkerungsgruppen im Zeitvergleich nach wie vor ähnlich eingeschätzt. So beurteilten im Jahr 2010 14,3% dieser Gruppe diesen Konflikt als sehr stark, im Jahr 2021 lag dieser Anteil bei 15,2%. Anders fallen die Antworten unter den Befragten aus, die ihre wirtschaftliche Lage als schlecht beurteilen. Hier sind die Vergleichswerte zu den beiden Zeitpunkten deutlich von 21,5% auf 31,3% angestiegen, so dass hier auch von einer größeren Distanz gegenüber Zuwanderungen auszugehen ist.

3 Grundlage sind die zusammengefassten Datensätze dieser Studien bis zum Jahr 2018 sowie neu bis zum Jahr 2021. Einstellungsänderungen zum Thema der Zuwanderungen konnten darüber auch für die letzten Jahre verfolgt werden.

4 Robert K. Merton hat diese Variationsmöglichkeit in den Handlungsspielräumen unter dem Begriff „band of institutionalized evasion“ beschrieben. Dazu: Merton 1957, 342ff.

5 Befragte wurden für das Interview gebeten, sich auf einer Skala mit sieben Ausprägungen als politisch links bzw. rechts einzustufen.

6 Goffman 1956 spricht von ritueller Distanzierung und ritueller Präsentation, wenn er die konformen und abweichenden Reaktionen ausarbeitet, die in diesen Beziehungsmustern auftreten. Hans Peter Dreitzel 1968 hat die unterschiedlichen Muster unter dem Begriff Distanzierungsstörungen behandelt.

7 Die Befragten wurden gebeten, die Stärke eines Konflikts zwischen deutscher und Ausländern anzugeben. Die Einschätzung der wirtschaftlichen Lage basiert auf der aktuellen persönlichen Einschätzung sowie auf der Auffassung wirtschaftlich benachteiligt zu sein. Für Befragte, die sich nicht benachteiligt fühlen und ihre wirtschaftliche Situation nicht negativ beurteilten, wurde die Lage als gut bezeichnet. Im umgekehrten Fall als schlecht.

**Konfliktwahrnehmung zwischen deutscher und ausländischer Bevölkerung nach der wirtschaftlichen Lage 2010 und 2021 (%)**

	wirtschaftliche Lage					
	2010			2021		
Konfliktwahrnehmung	gut	mittel	schlecht	gut	mittel	schlecht
gering	36,6	37,9	32,3	31,6	29,1	21,0
mittel	49,1	45,2	46,1	53,2	49,8	47,7
stark	14,3	16,9	21,5	15,2	21,1	31,3
%	100,0	100,0	99,9	100,0	100,0	100,0
N	756	354	1110	961	299	1178
Phi	0,09			0,19		

Der Hinweis auf die weiter auseinanderfallenden Reaktionen zwischen den Befragten in verschiedenen Lebenslagen lässt erwarten, dass sich darüber auch die kontroversen Auseinandersetzungen in der Öffentlichkeit verstärken. Einfallstor für eine solche Debatte in der Öffentlichkeit ist ein sichtbarer Vertrauensverlust gegenüber staatlichen Organisationen. Diese kommen dabei offensichtlich den ihnen zugeschriebenen Erwartungen nicht nach, die persönlichen Lebensbedingungen zu verbessern. Die Aussage, dass sich die meisten Politiker in Wirklichkeit gar nicht für die Probleme der einfachen Leute interessieren, findet zwar als Stereotyp durchgängig eine hohe Zustimmung. Befragte, die ihre wirtschaftliche Lage als schlecht einschätzen, weisen jedoch in der aktuellen Befragung mit einem Zustimmungswert von 86,5% eine besonders hohe Distanz gegenüber politischen Institutionen auf. Der vergleichbare Wert für Personen in einer guten wirtschaftlichen Lage, liegt dieser Umfrage nach bei 61,7%. Bemerkenswert ist im Zeitvergleich aber auch, dass sich die unterschiedlichen Einstellungen gegenüber Politikern je nach der wirtschaftlichen Lage der Befragten, markant auseinanderentwickelt haben.<sup>8</sup>

Dieses Auseinanderdriften innerhalb der Gesellschaft wird in den Angaben von Personen deutlich sichtbar, die sich selbst als rechts oder links beschreiben: Für die Teilgruppe der Befragten mit einer hohen Distanz gegenüber politischen Entscheidungen gibt die folgende Tabelle dazu einen sehr ausgeprägten und steigenden Anteil von Personen an, die sich in einem rechten politischen Spektrum verorten. Je nach Einschätzung des Konflikts zwischen deutscher und ausländischer Bevölkerung liegen die Werte 2021 zwischen 12,3% und 26,3%. Gegenüber den Angaben des Jahres 2010 ist der Anteil dort massiv angestiegen, wo dieser Konflikt als sehr stark beurteilt wird. Ein ergänzender Vergleich mit den Angaben der Befragten, die eine nur geringe Distanz gegen-

über politischen Entscheidungen angeben, weist für das Jahr 2021 eine erkennbar andere politische Orientierung aus. Hier ist die Selbsteinstufung als politisch rechts deutlich geringer und variiert unter den Befragten innerhalb dieser Gruppe lediglich zwischen 12,2% und 9,9%.

Auffällig ist darüber hinaus, daß die politischen Unterschiede zwischen einzelnen Bevölkerungsteilen deutlich gewachsen sind. Verständigungsvorgänge über politische Entscheidungen und eine Integration der ausländischen Zuwanderungen werden über die in den Befragungen sichtbaren Differenzen erkennbar erschwert.

**Politische Einstellung und Konfliktwahrnehmung zwischen deutscher und ausländischer Bevölkerung 2010 und 2021 (%)  
(Befragte mit hoher Distanz gegenüber politischen Institutionen)**

	Konfliktwahrnehmung zwischen deutscher und ausländischer Bevölkerung					
	2010			2021		
politische Einstellung	gering	mittel	stark	gering	mittel	stark
links	32,7	30,2	22,5	47,1	35,3	25,7
Mitte	52,5	51,9	58,6	40,6	47,4	48,0
rechts	14,8	18,8	18,9	12,3	17,3	26,3
%	100,0	99,9	100,0	100,0	100,0	100,0
N	751	988	386	620	1117	548
Phi	0,08			0,18		

**FAZIT**

Insgesamt vertritt der Beitrag die These, dass es weder im nationalen, noch im europäischen Rahmen gelingt, krisenhafte Folgen der weltweiten wirtschaftlichen Verflechtungen zu lösen, die in den kontinuierlich wiederkehrenden Wanderungsbewegungen sichtbar werden. Gleichwohl sind die Einzelstaaten wie die Europäische Union beide in die ökonomischen Zusammenhänge eingebunden und gezwungen, durch die immer wieder erneut auftretenden Konflikte ihre Regeln zu verändern und neu durchzusetzen. Diese Notwendigkeit ist folgenreich und verstärkt den Verlust an Legitimität, der über die Einstellung zu den Zuwanderungen ausgetragen wird. Als Resultat werden im Alltag Brüche in der Gesellschaft an der Koppelung von Distanzierung und politischer Einstellung sichtbar. Der Fremde, mit dem kein Friede zu schließen ist, fungiert dabei als Repräsentant für die Kontinuität und Unausweichlichkeit der wirtschaftlichen Prozesse mit ihren darüber ausgelösten Konsequenzen.

<sup>8</sup> Der Korrelationswert Phi lag für die Daten des Jahres 2000 bei Phi=0,12, für die Daten des Jahres 2010 bei Phi=0,18 und für das Jahr 2021 bei Phi=0,25. Damit sind die Einstellungsunterschiede zwischen den Befragtengruppen deutlich angestiegen.



## LITERATUR

- Balibar, Etienne 2009: Diaspora-Weltbürgerschaft, in: Das Argument 282, 574-595.
- Goffman, Erving 1956: The Nature of Deference and Demeanor, in: American Anthropologist, Band 63, 473-502.
- Dreitzel, Hans Peter 1968: Die gesellschaftlichen Leiden und das Leiden an der Gesellschaft, Stuttgart.
- Lüderssen, Klaus/ Sack, Fritz (Hg.): Seminar abweichenden Verhaltens I: Die selektiven Normen der Gesellschaft, Frankfurt 1975.
- Dies. (Hg.): Seminar abweichenden Verhaltens III: Die gesellschaftliche Reaktion auf Kriminalität 2, Frankfurt 1977.
- Popitz, Heinrich 1986: Phänomene der Macht, Tübingen.
- Schütz, Alfred 1971: Wissenschaftliche Interpretation und Alltagsverständnis menschlichen
- Handels, in: Ders. (Hg.): Gesammelte Aufsätze, Bd. 1, Den Haag, 3-54.
- Simmel, Georg 1958: Soziologie. Exkurs über den Fremden, Berlin, 509-512.

Peter Höhmann, promovierter Sozialwissenschaftler, Oberkirchenrat i.R. ist Mitglied im AK Gesellschaftstheorie des DISS.

# Zur Krise der Sozialdemokratie

## SOZIALISTISCHER REFORMISMUS VS. LIBERALISMUS<sup>1</sup>

Von Wilfried Schollenberger

### ANLASS

Vereinzelte temporäre Erfolge, zuletzt die Wahlerfolge der Partei „Die Linke“ bei der Bundestagswahl und in Hamburg, können nicht darüber hinweg täuschen, dass sich die Linke, wie immer man sie auch abgrenzen will, in allen entwickelten kapitalistischen Industrieländern in der Defensive und tendenziell auf dem Rückzug befindet. Auch in der BRD gab es in den letzten beiden Wahlen eine Verschiebung nach rechts (außen). Die (zugegeben steile) These, dass „die Linke“ selbst verantwortlich ist, weil sie ihr gesellschaftspolitisches Ziel aus den Augen verloren hat, stützt sich auf drei Wurzeln:

1. Auf die Idee, dass Liberalismus und Nationalismus zusammenhängen, hat mich John J. Mearsheimer mit seinem Buch über Liberale Hegemonie gebracht.
2. Die Idee, dass Wahrnehmung und Erkenntnis vom Standpunkt des Betrachters abhängig sind, stammt von Karl Mannheim.
3. Dazu kommen eigene Beobachtungen zur sozialen Zusammensetzung linker Gruppierungen, Organisationen und Parteien.

Natürlich ist „die Linke“ kein homogener Block, den man über einen Kamm scheren kann, und auch die Sozialdemokratie ist in den verschiedenen Ländern vielfältig. Aber ich vermute, dass die Kritik, die ich hier an der SPD entwickle, zumindest in abgeschwächter Form auf sehr große Teile der sich als links

verstehenden Organisationen und Bewegungen zutrifft: Bei der „technischen“ Lösung von erkannten Problemen und Krisen, werden die Menschen, die diese Politik unterstützen sollten systematisch vernachlässigt. Deshalb versuche ich hier in Abgrenzung zu einem liberalistischen Gesellschaftsverständnis Grundzüge und Probleme eines „sozialistischen Reformismus“ zu rekonstruieren.

### PROGRESSIVER LIBERALISMUS

Nach John J. Mearsheimer<sup>2</sup> ist der politische Liberalismus durch drei Elemente gekennzeichnet:

1. unveräußerliche individuelle (Natur-)Rechte, wie Freiheit, Recht auf Eigentum, körperliche und seelische Unversehrtheit,
2. Toleranz gegenüber verschiedenen Lebensentwürfen (u.a. Religionsfreiheit und sexuelle Orientierung),
3. ein Nachtwächterstaat, der diese Rechte schützt.

Beim progressiven Liberalismus kommen zu diesen negativen Rechten, der Mensch wird nicht gehindert ..., positive Rechte hinzu, die nur der Staat als Rechte für alle bereitstellen kann: Bildung, Gesundheitsversorgung, Chancengleichheit usw. Strittig ist dabei nicht ob, sondern welche Rechte der Staat garantieren kann und soll. In diesem Sinn sind alle liberalen Demokratien heute mehr oder weniger progressiv<sup>3</sup>.

<sup>1</sup> Dies ist die Kurzfassung aus <https://magentacloud.de/s/gtdYQHfTZb39zRc>

<sup>2</sup> Vgl. Mearsheimer, S. 45ff. Der Wirtschaftsliberalismus bleibt hier außen vor, weil es dabei im Kern um eine wissenschaftliche Debatte geht, ob und wie der Staat in wirtschaftliche Prozesse eingreifen kann bzw. muss. Hier geht es aber viel tiefer um die Grundlagen politischer Vorstellungen.

<sup>3</sup> Ausnahme das aktuelle Argentinien?



Ideologisch ist nach Mearsheimer am Liberalismus die Fokussierung auf das freie Individuum, weil jeder Mensch in konkrete Gemeinschaften wie Familie, soziale Gruppe/Klasse, Dorf und Staat hineingeboren wird und ohne diese Gemeinschaften nicht überleben könnte. Die Folge ist, dass dieses Weltbild normativ das freie Individuum überbetont und für den gesellschaftlichen Zusammenhalt ein zusätzliches Konstrukt, den Nationalstaat, braucht. Erst ein „wir US-Amerikaner“, „wir Kanadier“, das im Zweifel auch über ethnische und Sprachgrenzen verbindet, ermöglicht eine Gesellschaftspolitik, bei Mearsheimer „social engineering“, welche ein Auseinanderfallen in ein „alle gegen alle“ verhindert. Wenn ein „wir Belgier“ oder „wir Libanesen“ nicht funktioniert, hat das gravierende Folgen für den demokratischen Staat.

M.E. lässt sich mit dem Verschwinden alternativer Narrative, insbesondere „Klassengesellschaft“, der zunehmende Nationalismus besser erklären, als mit der sozialen Situation der Wählenden. Der Nationalismus bleibt als letztes wirksam verbindendes Narrativ übrig. Migration mag zu Problemen führen, aber ich halte diese Probleme eher für einen Anlass, an ein nationales Kollektiv zu appellieren, als für die Ursache. Und wenn Nationalismus eine Gesellschaft verbinden soll, kommt es auf die Inhalte im Detail nicht mehr so genau an.

Für linke Diskurse, sozialistische, kommunistische, reformistische und revolutionäre, hat dieses Gesellschaftsbild zur Folge, dass ein gesellschaftliches Subjekt als Träger gesellschaftlicher Entwicklung verloren geht, und eine Vorstellung von allgemeingültiger Gerechtigkeit die Legitimität von Klasseninteressen, allgemein: die Legitimität gesellschaftlicher „Partikularinteressen“, negiert. Vorstellungen, die sich nicht als individuelle Rechte, z.B. Chancengleichheit, oder Mittel für gemeinsame staatliche Ziele, z.B. Wirtschaftswachstum oder Umweltschutz, formulieren lassen, verkommen zu Appellen an die „Solidarität“ in der Form von Mitmenschlichkeit. Politische Entscheidungen und Ergebnisse erscheinen als Ergebnis von Debatten, Verhandlungen und Abstimmungen unter „Gleichen“ vor dem Hintergrund gemeinsamer Grundsätze und Werte – der „Gemeinsamkeit der Demokraten“, auf die sich alle beziehen.

Jetzt soll hier nicht in Frage gestellt werden, dass individuelle, „bürgerliche“, Freiheiten und Demokratie große und wichtige zivilisatorische Errungenschaften sind. Im Gegenteil: Man könnte kritisieren, dass es die Arbeiterbewegung mit „bürgerlichen Freiheiten“ und Demokratie oft nicht so genau nahm. Aber wie kann man erfolgreich kritisieren, dass in diesem Weltbild Herrschaft und Macht praktisch verschwinden und beispielsweise nur noch Verteilungsfragen als solche, unabhängig vom konkreten Eigentum und den Einkommensquellen, thematisiert werden? Aktuelle Hypes: „unverdientes Vermögen“ – Erben, „Übervermögen“ – Milliardäre. Vor Kurzem noch: Bedingungsloses Grundeinkommen zur Lösung aller sozialen Probleme. Dagegen scheint es kein Thema zu sein, dass z.B. bei Audi sieben Vorstandsmitglieder über den Abbau von 7.500 Arbeitsplätzen entscheiden und nur ein starker Betriebsrat mit einer kampfbereiten Belegschaft im Rücken das Schlimmste verhindern kann. Auch die dafür ursächlichen Überkapazitäten werden eher als Management-Fehler abgetan, denn als wiederkehrendes Phänomen, das Antworten auf gesellschaftlicher Ebene erfordert. Und beim Wie und Wo von Investitionsentscheidungen lassen sich Vorstände ohnehin nichts vorschreiben – bestenfalls durch Angebote locken.<sup>4</sup>

Und: Warum gibt es dieses Phänomen und das Aufkommen nationalistischer Strömungen in praktisch allen entwickelten kapitalistischen Industriegesellschaften?

## REFORMISMUS

M.E. muss Kapitalismuskritik an grundsätzlichen Fragen ansetzen: Warum ist in dieser konkreten Gesellschaft nicht selbstverständlich, was rein materiell am nahelie-

<sup>4</sup> Dabei sei jetzt dahingestellt, ob eine wie auch immer aufgebaute Planwirtschaft insgesamt besser wäre, ob solche Entwicklungen durch andere wirksame Einflussmöglichkeiten für Belegschaft und Region besser gesteuert werden könnten, oder ob und wie notwendige Anpassungen sozial abgefedert werden können und sollten.

## Hier möglich Literatur Plakate Wissenschaft

Bücher, Musik, Postkarten,  
Filme, Überraschungen.

Greifen Sie hinein!

Wir besorgen jedes  
lieferbare Buch, wir  
liefern jedes Buch an  
jeden Ort.

## Buchhandlung Weltbühne, eine gute Angewohnheit

Buchladen,  
Antiquariat,  
Versandbuchhandlung,  
antiquarischer  
Suchdienst.

## Buchhandlung Weltbühne

47057 Duisburg  
Gneisenaustraße 226  
Tel. 0203-375121

bestellungen@  
buchhandlung-  
weltbuehne.de

[www.buchhandlung-weltbuehne.de](http://www.buchhandlung-weltbuehne.de)

## geht doch!



**Wer Bücher  
woanders kauft ist  
nicht gescheit.**



## BREXITANNIA

Robert Tonks, Zakaria Rahmani

Unrast-Verlag, Edition DISS Band 49

ISBN: 978-3-89771-778-7

Preis 19,80

1973 trat Großbritannien der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) bei. In einem Referendum zwei Jahre später stimmten 68% der Brit\*innen für den Verbleib in der EWG. Am 31. Januar 2020 trat Großbritannien schließlich aus der Europäischen Union (EU) aus. Was war in der Zwischenzeit passiert?

Um die britische Sicht der Dinge zu verstehen, reisten die Autoren – der deutsch-britische Politikwissenschaftler Robert Tonks und der Medienproduzent Zakaria Rahmani – im Sommer 2020 quer über die Insel. Aus ihren Recherchen entstand der WDR-Podcast *Brexitannia*, der inzwischen sogar im Schulunterricht verwendet wird. Tonks und Rahmani sprachen mit zahlreichen Menschen aus unterschiedlichsten Lebensbereichen, Schichten und Berufen und mit dem Professor, der als ›Erfinder des Brexit‹ gilt.

Warum traf der rote Bus der Brexit-Kampagne mit dem Versprechen, die EU-Millionen direkt in den nationalen Gesundheitsdienst NHS zu investieren, den Nerv so vieler Brit\*innen? Warum hatten so viele ehemalige Bergarbeiter für den Brexit gestimmt? Der Brexit habe sich in den abgehängten und armen Gebieten des Landes entschieden, hieß es 2016. Doch stellte sich heraus, dass die Befürwortenden auch woanders saßen: in Middle England. Das Problem nur: Dieser Ort ist auf keiner Karte zu finden. »Die Briten wollten eigentlich nie wirklich Mitglied der EU sein!«, hört man oft. Was ist dran, an dieser Aussage? Was bedeutet der Brexit für die Zukunft der Insel?

gendsten wäre?<sup>5</sup> Warum akzeptieren „wir“, dass Rationalisierung und Automatisierung vor allem mit Arbeitsplatzverlust und Existenzgefährdung assoziiert werden und nicht mit Schritten auf dem Weg ins Schlaraffenland? Warum konkurrieren Kommunen mit Steuergeldern und ökologisch fragwürdigen Zugeständnissen um die Ansiedlung von Unternehmen? Wie entstehen asymmetrische Machtverhältnisse außerhalb legitimer demokratischer Prozesse? Und: Wie können diese Missstände beseitigt werden?

Vor allem aber muss auch die Frage beantwortet werden, wer, welche gesellschaftlichen Gruppierungen, die jeweiligen Vorhaben unterstützen und zum Erfolg führen können. Während progressiv liberalistische Vorstellungen daran orientiert sind, das handelnde Individuum zu befähigen, etwas zu tun oder zu erreichen, hängen sozialistische (und kommunistische) Vorstellungen davon ab, dass Menschen kollektiv gesellschaftlich wirksam handeln, die Welt verändern.

Neben revolutionären Vorstellungen, auf die ich weiter unten eingehen werde, beanspruchen reformistische Vorstellungen, einen schrittweisen, gewaltfreien Weg zur Überwindung des Kapitalismus aufzuzeigen, mit zwei grundsätzlich verschiedenen Aspekten: Zum einen geht es um den Aufbau gesellschaftlicher (Gegen-)Macht in der kapitalistischen Gesellschaft zur Gestaltung des Alltags – z.B. durch Streiks und Tarifverhandlungen. Ein Beispiel ist der Kampf um die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall für Arbeiter, der in der BRD 1956 mit einem 16-wöchigen Streik der IG Metall begann<sup>6</sup>, erst 1969 zur faktischen Gleichstellung der Arbeiter und Angestellten führte und auch danach immer wieder verteidigt werden musste<sup>7</sup>. Auf der politisch-ökonomischen Ebene geht es aber auch um die schrittweise strukturelle Umgestaltung der Gesellschaft, die durchaus langwierig sein kann. Der Ausbau der Mitbestimmung durch Betriebsräte und Arbeitnehmervertreter in Aufsichtsräten ist ein Beispiel. Auch die Konzentrierte Aktion von 1967 bis 1977 kann trotz ihres Scheiterns als Versuch, gesellschaftliche Kontrolle über wirtschaftliche Entwicklungen zu entwickeln, verstanden werden<sup>8</sup>.

Beide Aspekte fußen auf der Einsicht, dass sich abhängig Beschäftigte, von einzelnen Ausnahmen („Aufsteiger“) abgesehen, in einer kapitalistischen Gesellschaft nur behaupten können, wenn sie sich zusammenschließen und vereint kämpfen. Natürlich muss diese kämpfende Gemeinschaft aktiv hergestellt werden, was zur Folge hat, dass in der Realität immer soziale Gruppen (z.B. Gewerkschaften, Parteien, Parteiflügel) mit ihren „Partikularinteressen“ erscheinen und praktisch nie eine „vereinte Klasse“. Viel wichtiger ist aber, dass diese „Partikularinteressen“ als Teile des gemeinsamen Klasseninteresses erkannt und legitimiert sind – und gerade nicht als Teil universeller Werte, auch wenn sie manchmal so kaschiert werden.

## FRÜHER WAR NICHTS BESSER

Um einem Missverständnis vorzubeugen: Kommunistische und sozialistische Vorstellungen von konkreten Akteuren wurden immer und, zumindest rückblickend, auch zu recht kritisiert. In keiner entwickelten Industriegesellschaft hat sich, wie im „Kommunistischen Manifest“ prognostiziert, ein „Proletariat“ herausgebildet, das den Kapitalismus revolutionär überwinden könnte. Gewerkschaften und Sozialdemokraten wurde immer wieder vorgeworfen, dass sie ihre Ziele verraten.

Es gibt keine reformistische Tradition, die irgendwann abgestorben oder vom Liberalismus verdrängt worden wäre. Aber es gab eine kapitalismuskritische Orien-

5 In Ansätzen findet sich das in der Einleitung zum Bundestags-Wahlprogramm 2025 der Partei „Die Linke“.

6 Vgl. Pirker, S. 212ff

7 Vgl. Wikipedia: Geschichte der Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall in Deutschland

8 Vgl. BPB <https://www.bpb.de/kurz-knapp/lexika/handwoerterbuch-politisches-system/202138/stabilitaetsgesetz-konzertierte-aktion-buendnis-fuer-arbeit-ausbildung-und-wettbewerbsfaehigkeit/> und Uwe Andersen <https://www.bpb.de/kurz-knapp/lexika/handwoerterbuch-politisches-system/202138/stabilitaetsgesetz-konzertierte-aktion-buendnis-fuer-arbeit-ausbildung-und-wettbewerbsfaehigkeit/>

tierung, mit der konkrete Ziele und Forderungen begründet wurden, und es gibt immer wieder Kritik, die sich auf Klassen bezieht, und bedeutsame gesellschaftliche Veränderungen, etwa zuletzt die Einführung des Mindestlohns und seine EU-weite Anhebung auf 60% des Median-Einkommens, die ohne gesellschaftliche Akteure (ihre Reste) nicht vorstellbar sind. Deshalb halte ich es für sinnvoll, die soziale Entstehung dieser Akteure und ihre ideologische Ausstattung genauer zu betrachten.

Einen weiteren einschränkenden Hinweis halte ich für wichtig: Wenn ich hier den Fokus auf Kapitalismus und Klassen lege, muss betont werden, dass viele relevante gesellschaftliche Konflikte gerade keine Klassenkonflikte sind<sup>9</sup>. Nicht einmal alle Konflikte, die sich m.E. zurecht in einem rechts-links-Spektrum verorten lassen, sind „Klassenkonflikte“. Dabei gilt es auch, sich von der alten Diskussion über Haupt- und Neben-Widersprüche frei zu machen. Nicht alles, was nicht zur Überwindung des Kapitalismus beiträgt, ist deshalb weniger relevant. Müssen, um zwei Beispiele zu nennen, Rassismus und Patriarchat mit dem kapitalistischen Ausbeutungsverhältnis in einen kausalen Zusammenhang gebracht werden, um als dem Klassenwiderspruch gleichwertige Konflikte anerkannt zu werden?

## AM BEISPIEL SPD

Exemplarisch zeigt sich die Desorientierung sozialistischer Reformisten an den Grundsatzprogrammen der SPD. Das Heidelberger Programm von 1925 enthielt noch ein (modifiziertes) Verständnis von Klassenkampf. „Mit der Entwicklung der Technik und der Monopolisierung der Produktionsmittel wächst riesenhaft die Produktivität der menschlichen Arbeit. Aber Großkapital und Großgrundbesitz suchen die Ergebnisse des gesellschaftlichen Arbeitsprozesses für sich zu monopolisieren.“

Mit dem Godesberger Programm wurde dann eine Ideologie von zu verhandelndem Klassenkompromiss und Globalsteuerung durchgesetzt. Nachdem die Idee einer konsensuell verhandelten Globalsteuerung („Konzertierte Aktion“ 1969-1976) bzw. „Bündnis für Arbeit“ 2000 – 2003) zweimal gescheitert war, schaffte die SPD in der „rot-grünen“ Regierung mit einem „Umbau“ der sozialen Sicherungssysteme bewusst wieder einen Niedriglohnsektor, um 2007 im Hamburger Programm vor den nicht aufgelösten sozialen Gegensätzen vollends zu kapitulieren: „Wir arbeiten für nachhaltigen Fortschritt, der wirtschaftliche Dynamik, soziale Gerechtigkeit

und ökologische Vernunft vereint. *Durch qualitatives Wachstum wollen wir Armut und Ausbeutung überwinden*, Wohlstand und gute Arbeit für alle ermöglichen und dem bedrohlichen Klimawandel begegnen.“

Nach der Abkehr vom Klassenkampf im Godesberger Programm war das Scheitern von „Klassenkompromiss und Globalsteuerung“ für die SPD schon 1982 eine dramatische Erfahrung, die sich mit der Schröder-Regierung wiederholte. Aber dieses Scheitern führte nicht zu einer Revision der Mittel, mit der die sozialdemokratischen Ziele zu erreichen sind, sondern zu einer Revision der Ziele. Obwohl die Gesellschaft verglichen mit 1959 insgesamt viel „reicher“ wurde, meint man nicht mehr, diesen Reichtum „in den Dienst von Freiheit und Gerechtigkeit für alle stellen“ zu können, sondern verweist auf ein noch zu erarbeitendes „qualitatives Wachstum“, das zur „Überwindung von Armut und Ausbeutung“ notwendig sei. Hier wird die marxistische These, dass die Entwicklung der Produktivkräfte (im 19. Jahrhundert!) den Kommunismus ermöglicht umgedreht in die These, dass relative(!) Armut und Ausbeutung nur durch (ständiges) Wachstum überwunden werden könnte.

Um die Frage von oben zu wiederholen: Warum akzeptieren „wir“, dass Rationalisierung und Automatisierung vor allem mit Arbeitsplatzverlust und Existenzgefährdung assoziiert werden und nicht mit dem Weg ins Schlaraffenland?

Marxisten müssen sich fragen lassen, warum sie sich mehr mit dem genauen Verständnis der Marx'schen Analyse kapitalistischer Gesellschaften und ihren Begriffen beschäftigen als mit gesellschaftlichen Akteuren, die diese Verhältnisse verändern könnten.<sup>10</sup>

## WISSENSSOZIOLOGIE

Hier kommt die Wissenssoziologie ins Spiel, wie sie von Karl Mannheim in seinem 1929 erschienen Buch „Ideologie und Utopie“ entwickelt wurde. Haben sich die Bedingungen gesellschaftlicher Selbstwahrnehmung verändert? Und wenn ja, wie und warum?

Im Mainstream ist Wissenssoziologie zur Lehre von der Suche nach Wahrheit geworden. Im Gegensatz dazu führt Mannheim in seinem, auch zeitgenössisch umstrittenen, Buch m.E. erfolgreich den Nachweis, „dass Erkennen selbst politisch und sozial gebunden ist“<sup>11</sup>. Für Mannheim wird dieses Erkennen dadurch weder irrelevant noch falsch, sobald der Standpunkt, von dem aus es erfolgt, erkannt, thematisiert und berücksich-

9 1985 hat die Prokla-Redaktion diesem Thema ein ganzes Heft gewidmet und kommt zu dem Schluss: „Vorerst, soviel lässt sich aus den vorliegenden, hier leider nur in einer schmalen Auswahl vorstellbaren Beiträgen zum Thema entnehmen, ist wohl davon auszugehen, dass: 1.) mit sozialen Formationen und Identitäten gerechnet werden muss, die sowohl unterhalb von ökonomisch beschreibbaren Klassenlagen positioniert sind als diese auch durchkreuzen können; 2.) systembedrohende Konflikte denkbar geworden sind, die nicht allein in der Polarität von Kapital und Lohnarbeit verankert sind; 3.) eindeutige Zuordnungen von sozialen Klasseninteressen und bestimmten Typen politischer Optionen der möglichst präzisen Analyse ökonomischer Klassenlagen nicht mehr erwartet werden dürfen.“ (Prokla 58, S. 3)

10 So kritisiert Johan Friedrich Anders die „Neue Marxlektüre“ m.E. treffend: „Der grundlegende Irrtum der Neuen Marx-Lektüre-Forscher liegt im fehlenden Zweckbezug – „adäquat“ wofür? Sie versäumen oder vergessen, sich von der Frage leiten zu lassen: Welche Erkenntnisse von Marx über den Kapitalismus sind in welcher Präzision zur Überwindung des Kapitalismus erforderlich, „adäquat“? Was ist zu wissen und zu tun nötig, um „die ganze alte Scheiße“ zu überwinden?“ (Anders, S. 174)

11 Mannheim, S. 102





tigt wird. Nach Mannheim duldet der „bürgerliche Intellektualismus“ kein „emotional gebundenes, wertendes Denken“<sup>12</sup>.

Folgt man Mannheim, ist sozialwissenschaftliche Erkenntnis unvermeidbar an den Standpunkt des Erkennenden gebunden. Je nach Standpunkt erscheint derselbe Sachverhalt verschieden, manchmal grundverschieden, aber deshalb nicht notwendigerweise „falsch“<sup>13</sup>.

Für eine Kritik kapitalistischer Gesellschaften bedeutet das:

Vom liberalen Standpunkt aus erscheint Wirtschaften in der Marktwirtschaft als freie Betätigung von Individuen, die Waren verkaufen und kaufen. Je nach Situation und individuellen Ressourcen tun sie das unter konkreten Bedingungen, und man kann es als eine Aufgabe des Staates sehen, sie dabei zu unterstützen.

Vom Standpunkt des Proletariats, das unter diesem Prozess leidet und ihn überwinden will, ist die kapitalistische Wirtschaft nur eine konkrete Form gesellschaftlicher Produktion, die sich historisch entwickelt hat und weiter entwickeln, bzw. abgelöst werden wird. Im Zentrum steht hier die Erkenntnis, dass der Mensch noch nie als einzelnes Individuum bzw. als Paar und einzelne Familie überleben konnte und schon immer auf gemeinsames Handeln, z.B. beim Jagen, angewiesen war. Dieses gemeinsame, arbeitsteilige Handeln, gesellschaftliche Produktion, war historisch sehr verschieden organisiert und wird sich weiter entwickeln. Nach Marx ist dabei aktuell, in einer kapitalistischen Gesellschaft, „das Proletariat“ die treibende Kraft.

Damit wird die („liberale“) Einsicht nicht obsolet, dass immer konkrete Menschen aus konkreten Motiven oder unter konkreten Zwängen einen konkreten Beitrag zur gesellschaftlichen Produktion leisten. Aber eine irgendwie marxistisch inspirierte Gesellschaftspolitik kann es aber nur geben, wenn ein gesellschaftliches Subjekt, eine „Klasse“, als treibende Kraft der angestrebten Veränderungen erkennbar ist. Vor allem wird mit dieser Einsicht die Frage möglich, ob die Entwicklung von Erkenntnis und damit Politik mit einer Veränderung des Standpunkts verbunden ist. Konkret: Hat sich der Standpunkt „linker“ Politiker und marxistischer Wissenschaft verändert? Wenn ja, warum und mit welchen Folgen?

## INTELLEKTUELLE UND KLASSEN

Wenn Mannheim von „bürgerlichem Intellektualismus“ schreibt, stellt sich die Frage, was unter einem „nicht-bürgerlichen Intellektualismus“ zu verstehen wäre. Nur aus großer Distanz und mit „Mannheims Brille“ kann auffallen, das linke „Intellektuelle“, d.h. Autoren, im 19. und frühen 20. Jahrhundert, mit dem Proletariat, an das sie ihre Schriften richteten,

wenig gemein hatten: Es waren Privilegierte, die viele Schriften studieren konnten und gleichzeitig nicht selbst, aus ihrer gesellschaftlichen Situation heraus, die gesellschaftlichen Veränderungen bewirken konnten, von denen sie schrieben. Ihre Schriften richteten sie an das Proletariat als gesellschaftliches Subjekt aus einer davon sehr verschiedenen sozialen Position. Mannheim sieht im Bildungsbürger eine spezifische Existenzform: „Das moderne Bürgertum hatte von Anfang an eine zweifache soziale Wurzel: es bildete sich einerseits aus Trägern des Kapitals und aus Individuen, deren einziges Kapital ihre Bildung war. Man sprach daher von der Klasse des Besitzes und der Bildung, wobei sich die Bildungsschicht nicht ohne weiteres mit dem Besitz ideologisch in Deckung befand.“<sup>14</sup> Aus dieser „relativ frei schwebenden Schicht“<sup>15</sup> stammten auch die meisten sozialistischen Intellektuellen – Ausnahme: August Bebel.

Im letzten Drittel des vergangenen Jahrhunderts löst sich diese soziale Distanz zwischen „sozialistischen Intellektuellen“ und „Proletariat“ auf, man steht mittendrin und sieht „plötzlich“ eine große Vielfalt. Beispiel Thomas Sablowski<sup>16</sup>:

1. Kapitalistenklasse
2. Mittlere Bourgeoisie
3. Kleinbürgertum
4. Lohnabhängige Mittelklasse
5. Arbeiterklasse.

Auch diese einzelnen Klassen bilden jeweils keinen homogenen Block, sondern sind durch verschiedene Fraktionen und durch Spaltungen nach Geschlecht, Hautfarbe und nationaler Herkunft unterteilt<sup>17</sup>.

Aus dem Blick von außen, genauer: von oben, auf „das Proletariat“, wird ein Blick auf die eigene Klasse in Vielfalt, und wenn man jetzt an der Figur des verelendenden Proletariats, dem die Revolution quasi aufgezwungen wird, festhält, löst sich dieses „revolutionäre Subjekt“ in den entwickelten kapitalistischen Industriegesellschaften quasi von selbst auf. Übrig bleiben benachteiligte „Opfer“, die selbst keine ausreichende gesellschaftspolitisch wirksame Macht entwickeln können.

## KAPITALISMUS ÜBERWINDEN

Wenn man aber „dogmatisch“ an der Überwindung der Klassengesellschaft festhält, stellt sich dieselbe empirische Beobachtung vollkommen anders dar. Im „Manifest der kommunistischen Partei“ sehen die Verfasser eine Entwicklung zu einer antagonistischen Zwei-Klassen-Gesellschaft:

„Unsere Epoche, die Epoche der Bourgeoisie, zeichnet sich jedoch dadurch aus, dass sie die Klassengegensätze vereinfacht hat. Die ganze Gesellschaft spaltet sich mehr und mehr in zwei

12 Mannheim, S. 107

13 Dabei korrespondiert die „Seinsverbundenheit des Wissens“ bei Mannheim (S. 229ff) mit Marx' „Das Sein regiert das Bewusstsein“. Wobei es nach Mannheim zwar Irrtümer und „falsches Bewusstsein“ gibt, aber Erkennen von Wahrheit nicht unabhängig von der Position des Erkennenden möglich ist (S. 65ff).

14 Mannheim, S. 136f

15 Mannheim, S. 138

16 Zitiert nach Kastrup

17 Vgl. Sablowski 2020, S. 520-522

große feindliche Lager, in zwei große, einander direkt gegenüberstehende Klassen: Bourgeoisie und Proletariat.“<sup>18</sup> Während bisher eine von vielen unterdrückten Klassen dominierend wurde und die Herrschaft übernahm, nehmen die Verfasser an, dass die noch existierenden „Zwischen-Klassen“ verschwinden werden. „Die Bourgeoisie [...] hat den Arzt, den Juristen, den Pfaffen, den Poeten, den Mann der Wissenschaft in ihre bezahlten Lohnarbeiter verwandelt“<sup>19</sup>.

Diese Entwicklung ist eine notwendige(!) Voraussetzung für die Entwicklung der kommunistischen Perspektive, dass nach der Vernichtung der Bourgeoisie als Klasse nur noch eine Klasse übrig bleibt, die Gesellschaft klassenlos wird. Die Prognose war offensichtlich falsch. Es hat sich gerade kein homogenes „Proletariat“ entwickelt, dessen einzige Option die revolutionäre Beseitigung der Kapitalisten, des Kapitalismus wäre. Aber „homogen“ war schon das Proletariat am Ende des 19. Jahrhunderts nicht mehr.

Wenn man nicht auf das Einkommen oder die Stellung im gesellschaftlichen Produktionsprozess, sondern auf das Produktionsverhältnis, das es zu überwinden gilt, schaut, bleiben lediglich drei Klassen übrig:

1. Käufer der Ware Arbeitskraft
2. Verkäufer der Ware Arbeitskraft
3. Selbständige, die ihre Produktionsmittel selbst besitzen

Diese drei Klassen sind in sich nicht homogen. Aber Homogenität ist für die Entwicklung gemeinsamer Interessen und Orientierungen auch nicht notwendig. Die (problematische) Frage ist vielmehr: Warum und wie sollten die Verkäufer der Ware Arbeitskraft auf die Idee kommen, dieses Verhältnis (auch noch schrittweise) überwinden zu wollen? Und im Anschluss: Wie kann eine kritische Masse zusammenfinden, die genügend gesellschaftliche Macht und die Fähigkeit zur erfolgreichen praktischen Umsetzung entwickelt.

Negativ formuliert: Als Gleicher unter Gleichen erlebt der Intellektuelle heute seinen Erfolg, publizieren zu können oder ein politisches Amt zu erreichen, als Ergebnis seiner individuellen Leistung „im System“. Damit verschwinden gleichzeitig der distanzierte Intellektuelle, der eine praktisch wirksame Systemkritik formulieren könnte, wie auch sein Adressat, eine gesellschaftliche Gruppierung, die diese Kritik erfolgreich umsetzen könnte.

Wer trotzdem an einem sozialistischen Reformismus festhält, befindet sich somit ganz am Anfang: Es gibt kein Programm, an dem man sich orientieren könnte, keinen Aufgabenkatalog, den man abarbeiten könnte. Aber schon Karl Mannheim betont die utopische Komponente sozialistischer und kommunistischer Ideologien: Die Möglichkeit der Revolution ist an Bedingungen der Entwicklung der Produktivkräfte und des proletarischen Klassenbewusstseins gebunden<sup>20</sup>. Dabei beobachtet er ein Verhältnis von Theorie und Praxis, das man so nur im Leninismus findet, Realdialektik: „Sie besagt, dass man nicht a priori berechnen kann, wie etwas sein soll und sein wird. Nur die Richtung des Werdens liegt in uns. Das stets konkrete Problem kann nur der *nächste Schritt* sein. Das politische Denken hat hier nicht die Aufgabe, ein absolutes Richtigkeitsbild aufzustellen und dann unhistorisch die Wirklichkeit anzurennen. Die Theorie, auch die kommunistische Theorie, ist Funktion des Werdens. Das dialektische Verhältnis zwischen Theorie und Praxis besteht darin, dass zunächst die Theorie – aus einem sozialen Willensimpuls erwachsend – die Situation klärt. Und indem man in diese so geklärte Situation hinein handelt, verändert sich bereits die Wirklichkeit; wir bekommen damit eine andere Lage in ihr, aus der dann eine neue Theorie entspringt“<sup>21</sup>.

Wirksame reformistische Politik, die sich auf eine breite Basis stützt und dadurch erfolgreich wird, braucht also nicht unbedingt eine ausformulierte, entwickelte Vorstellung vom Endziel Utopie. Es reichen ein gemeinsames Problemverständnis und eine

## Vielfachkrise

Kapitalistische Krisendynamiken  
und geopolitische Umbrüche



Wolfgang Kastrop & Helmut Kellershohn (Hg.)

EDITION  
DISS

Edition DISS 53

erschienen am 10. Oktober 2024

ISBN: 978-3-89771-782-4

272 Seiten 19,80 €

### Vielfachkrise

Kapitalistische Krisendynamiken und geopolitische Umbrüche

Begriffe wie Vielfachkrise, multiple Krise, Polykrise tragen dem Umstand Rechnung, dass sich Krisen nicht mehr nur auf einzelne Bereiche beschränken. Soziale, ökonomische, politische, ökologische und geopolitische Krisen – »all diese Phänomene laufen zusammen und verschärfen sich gegenseitig« und betreffen dadurch die »gesamte gesellschaftliche Ordnung« (Nancy Fraser). Die in diesem Buch versammelten Beiträge untersuchen einzelne Krisenphänomene mit Blick auf ihre nationale und internationale Bedeutung sowie ihren Beitrag zu dem, was sich mit Gramsci als »organische Krise« bezeichnen lässt.

18 Marx, Engels, S. 463

19 Marx, Engels, S. 464

20 Mannheim, S. 207ff

21 Mannheim, S. 110



gemeinsame Vorstellung von den nächsten Schritten, um diese Probleme langfristig zu lösen. Dabei halte ich es für hilfreich, an die Grundzüge marxistischer Kapitalismuskritik zu erinnern: Im Zentrum steht die gesellschaftliche Produktion als Warenproduktion, die Warenform der Arbeitskraft und daraus folgend ihre Ausbeutung. Reformistische Projekte müssen noch eine Ebene tiefer ansetzen:

1. die Anarchie der Märkte, ihre Regulierung und Beherrschung,
2. das Lohnarbeitsverhältnis und seine Gestaltung durch die Entwicklung von kollektiver Gegenmacht,
3. die Lohnabhängigkeit – Dekommodifizierung: die Abkopplung sozialer Sicherheit vom Arbeitsmarkt, bzw. die Verringerung der Marktabhängigkeit der Anbieter von Arbeitskraft,
4. das Was, Wie und Wo gesellschaftlicher Produktion, die Begrenzung der Freiheit unternehmerischer Entscheidungen, Auflagen für Ökologie und Umweltschutz, öffentliche Investitionen und Aktivitäten, usw.
5. Demokratisierung: die Entwicklung wirksamer Methoden öffentlicher Gestaltung und Beteiligung.

Natürlich gehört zu sozialdemokratischer Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik viel mehr, was nicht unbedingt mit „Kapitalismus“ zusammenhängt und im Einzelfall auch wichtiger und kurzfristig drängender ist. Z.B. können z.B. weder die Wohnungsnot noch der Pflegenotstand als „rein kapitalistisches Problem“ behandelt werden. Ökologische Fragen sind auch unabhängig von kapitalistischen Interessen umstritten. Aber gesellschaftliches Bewusstsein und wahrgenommenes Sein hängen zusammen, und m.E. sind die oben genannten fünf Themenbereiche geeignet, auch die Wahrnehmung der eigenen Existenz als Subjekt in der Gesellschaft zu verändern und neue gesellschaftliche Subjekte, gesellschaftlich handelnde Kollektive hervorzubringen. Die spannende Frage ist m.E. ob dabei Themen entstehen, die genügend Menschen zusammenbringen, dass sie sich gegen Kapitalinteressen durchsetzen und einen weiteren Schritt zur menschengerechten Gestaltung der Gesellschaft schaffen.

## PROBLEME REFORMISTISCHER POLITIK-DISKURSE

Bei der hier entwickelten Fokussierung auf das gesellschaftliche Subjekt, die Klasse, als Träger reformistischer Praxis darf nicht übersehen werden, dass der hier entwickelte Reformismus auch vor ganz anderen Herausforderungen steht, die ich zumindest kurz andeuten möchte<sup>22</sup>.

## REFORMISMUS IN EINEM LAND

Die ideologische Entwicklung der Sozialdemokratie, in der BRD nach dem Verlust der Bundesregierung in den 80er Jahren, ist durch die Kapitulation vor der Globalisierung<sup>23</sup> gekennzeichnet. Der Kanzlerkandidat von 1990, Oskar Lafontaine, schrieb 1988: „Seit längerer Zeit liegt auch den wirtschaftlichen Transaktionen die steigende Tendenz zugrunde,

nicht nur die jeweiligen nationalstaatlichen Rahmen zu sprengen, sondern sich der Kontrolle durch die nationale Politik schlechthin zu entziehen und somit die wirtschaftliche Souveränität der Nationalstaaten zu untergraben“<sup>24</sup>. Und weiter: „Was die Multis im Binnenraum einiger Länder durch Arbeitskämpfe oder Interventionen des Sozialstaats an unternehmerischer Verfügungssouveränität eingebüßt haben, gewinnen sie transnational wieder zurück. Durch ihren weltweiten Zugriff auf die jeweils günstigsten Produktionsvoraussetzungen wird jede Binnensteuerung der Wirtschaft von den technologischen und organisatorischen Interventionen des transnationalen Sektors abhängig, werden alle Instrumente nationaler Wirtschaftspolitik untauglich für seine Kontrolle“<sup>25</sup>.

Was auf den ersten Blick einleuchtend erscheint und seither sozialdemokratische Politik, insbesondere die Schröder-Regierung und die großen Koalitionen geprägt hat, ist sicher nicht ganz falsch. Aber schon eine erste oberflächliche kritische Betrachtung liefert grundsätzliche Fragen:

1. Wie kann es dann sein, dass die (verbliebenen) international verlagerbaren (Produktions-)Tätigkeiten auch im weltweiten Vergleich deutlich besser bezahlt und oft auch besser mitbestimmt sind als lokal gebundene Tätigkeiten, wie Lieferdienste Einzelhandel und Baugewerbe?
2. Sind wirklich nur die billigen Arbeitskräfte der Grund, dass Unternehmen die oft als unfair empfundenen Auflagen bei ihren Investitionen in China in Kauf nehmen?
3. Wie lässt sich ein Standortwettbewerb in den Metropolen begründen, wenn gleichzeitig Milliarden als Entwicklungshilfe transferiert werden, um in den Peripherien eine nachholende Entwicklung zu fördern?

Natürlich ist die Thematik „komplex“. Aber die Vermutung liegt nahe, dass eine differenzierte Analyse der Weltwirtschaft deutlich mehr nationale und regionale (EU) Spielräume für eine reformistische Politik aufzeigen wird, als gemeinhin von Politik, Wirtschaft und der aktuellen Wissenschaft zugegeben wird.

## DEMOKRATISIERUNG UND MITBESTIMMUNG IN DER PRAXIS

In der Antike war (in demokratischen Phasen) die Teilnahme an demokratischen Prozessen die Pflicht des freien (Städte-) Bürgers – nicht der vielen arbeitenden Sklaven. Wenn heute enthusiastisch von „Demokratisierung“ gesprochen wird, erscheint schnell das Bild von einer gleichberechtigten Beteiligung aller, oder zumindest aller Interessierten, wovon es viele geben sollte.

In der Praxis sind demokratische Prozesse aber immer mit Delegation verbunden. Im Kleinen, wenn Entscheidungen vorbereitet werden. Im Großen, wenn Repräsentanten, Delegierte und Ausführende oder Vorstände gewählt werden. Gesellschaftspolitisch erweisen sich basisdemokratische Vorstellungen auch schnell als illusionär, weil die Meisten weder

22 In der Langfassung gehe ich auch noch auf die Themen bezahlbarer Wohnraum, Verteilungsfragen und Planwirtschaft als Politikfelder und auf die Themen Lebensstile, Ungleichheit und „solidarische Ökonomie“ als gesellschaftliche Phänomene ein.

23 Damals nannte man es noch nicht so.

24 Lafontaine, S. 162

25 Lafontaine, S. 165



genügend Interesse noch Zeit mitbringen, um sich an langwierigen Entscheidungsprozessen zu beteiligen.

Der „Typ“ des Politikers ist deshalb unvermeidbar. Und der letzte große Versuch, die Entstehung von Berufspolitikern durch Rotation zu verhindern, wurde von der Partei „Die Grünen“ in den 80er Jahren schnell aufgegeben. Sozialistische Vorstellungen von einer klassenlosen Gesellschaft sind aber existenziell darauf angewiesen, dass sich „Politik“ nicht als politische Herrschaft verselbständigt. Wer die aktuelle politische Willensbildung in den Parteien und Parlamenten der BRD als Blaupause für eine sozialistische Wirtschaftslenkung propagieren würde, wäre sehr schnell sehr einsam.

Es kommt also darauf an, demokratische Partizipationsprozesse und eine Partizipationskultur zu entwickeln, die zur Akzeptanz (und nicht nur Hinnahme) von Entscheidungen in der Breite führen. Entscheidend wird dabei die Frage sein, wie Berufspolitiker im weiteren Sinn, z.B. auch Betriebsräte und Vertreter in Aufsichtsräten, trotz ihrer Position und eigenen Status-Interessen an eine demokratische Willensbildung gebunden bleiben. Dieses Problem halte ich aktuell in doppelter Hinsicht für ungelöst. Ein besonders extremes Beispiel sind Genossenschaftsbanken, wo die gewählten Vertreter weder in der Lage noch Willens sind, den Vorstand zu kontrollieren.

## FAZIT

Wenn „Sozialisten“ keine potentiell mächtigen gesellschaftliche Gruppierungen erkennen, vereinigen und mobilisieren können, sind die Zeiten für eine sozialistische Entwicklung in den kapitalistischen Industriegesellschaften schlecht. Angesichts eines ausgesprochen heterogenen „Proletariats“ ist nicht zu erkennen, dass materielle Not zum verbindenden Auslöser eines antikapitalistischen Aufstands oder Reformprojekts werden könnte. Deshalb ist es m.E. gerade für die Sozialdemokratie und sozialistische Parteien in den entwickelten kapitalistischen Industrieländern entscheidend, ob sie trotz ihrer aktuellen inhaltlichen und politischen Schwäche einen intellektuellen Führungsanspruch entwickeln, der die verschiedenen Themen als Debatten in der Klasse mit dem Ziel Verständigung und als Auseinandersetzung zwischen Klassen mit dem Ziel Gestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse organisiert.

Andererseits: Aktuell ist die „Klimabewegung“ vor allem durch Schüler und Studenten geprägt und richtet sich appellativ an „Herrschende“. Offen ist, wie sie sich entwickeln wird, wenn ihre Träger in den Unternehmen als Beschäftigte ankommen. Dann kann eine Wissenschaft wirksam werden, Adressaten finden, die konkrete Schritte und Strategien zur Durchsetzung ihrer Ziele entwickelt.

Oder es kommt ganz anders. Aber ohne Menschen, die kapitalistische Zwänge als gesellschaftlich gemacht und damit überwindbar erkennen und in großer Zahl gemeinsam überwinden wollen, wird es nicht gehen. Es sei denn, man akzeptiert eine mit viel Autorität ausgestattete „Führung“ und ihr Eigenleben.

Eine ganz andere Frage ist, ob und wann linke Parteien erkennen, dass sie ein liberalistisches Weltbild pflegen, und dass dieses Weltbild mit ursächlich für ihre Misserfolge bei Wahlen und den Aufstieg nationalistischer Orientierungen ist. Demokratische Gesellschaften bringen die Parteien und Politiker hervor, die sie „verdienen“ – nicht umgekehrt. Aber Parteien sind die Orte, wo gesellschaftlich wirksame Orientierungen entstehen und entwickelt, d.h. ausformuliert, werden.

## LITERATUR

- Kastrup, Wolfgang 2022: Klasse und Klassenkampf – längst überholte Begriffe? DISS-Journal, Duisburg. <http://www.diss-duisburg.de/2022/01/klasse-und-klassenkampf-laengst-ueberholte-begriffe/>
- Lafontaine, Oskar 1988: Die Gesellschaft der Zukunft, Reformpolitik in einer veränderten Welt, Hamburg: Hoffman und Campe.
- Mannheim, Karl 1929: Ideologie und Utopie, Frankfurt am Main, Klostermann Verlag, 9. Auflage 2015.
- Marx, Karl / Engels, Friedrich 1948: Manifest der Kommunistischen Partei in: Marx-Engels-Werke Band 4, Berlin: Dietz Verlag 1980.
- Mearsheimer, John J. 2018: The Great Delusion – Liberal Dreams and International Realities, Yale University Press.
- PROKLA 58 1985, Zeitschrift für Kritische Sozialwissenschaft, Editorial. <https://doi.org/10.32387/prokla.v15i58.1152>
- SPD: Alle Programme können im Archiv der Friedrich-Ebert-Stiftung abgerufen werden: <https://www.fes.de/bibliothek/grundsatz-regierungs-und-wahlprogramme-der-spd-nach-1945>

Die Langfassung mit weiteren Erläuterungen, Belegen und Beispielen ist veröffentlicht auf

<https://magentacloud.de/s/gtdYQHhTZb39zRc>

**Wilfried Schollenberger, Diplom-Soziologe, lebt in Heidelberg und ist dort seit 24 Jahren in der SPD aktiv. Von Anfang an ist er Fördermitglied im DISS.**



# Feindbildproduktion der Medienmacht

Eine Buchbesprechung von Wolfgang Kastrup

Das Buch *Medien. Macht. Meinung. Auf dem Weg in die Kriegstüchtigkeit* von Renate Dillmann, freie Journalistin und Lehrbeauftragte an der Evangelischen Hochschule Bochum, ist 2024 im PapyRossa Verlag erschienen. Sie analysiert ideologiekritisch die Methoden und Mechanismen der politischen Berichterstattung, den Meinungs- und Herrschaftsanspruch der Medien und die praktizierte Feindbildanalyse in den Leitmedien anhand von drei Fallbeispielen. In ihrer prägnanten Vorbemerkung kommt ihr Kritikerspruch klar zum Ausdruck:

„Die Bombardierung von Krankenhäusern ist in den Nachrichten der deutschen Leitmedien mal Kriegsverbrechen, mal unvermeidlicher Kollateralschaden und mal legitimes Kriegsmittel. Es gibt ‚brutale völkerrechtswidrige Angriffskriege‘, über die intensiv und mit medialer Empörung berichtet wird; es gibt aber auch mit Beifall begleitete ‚Missionen‘, ‚Einsätze‘ und ‚humanitäre Interventionen‘. Und es gibt ‚vergessene Kriege‘. Manchmal geht ‚Staatswohl vor Aufklärung‘. Tote sind nicht gleich Tote und Flüchtende nicht gleich Flüchtende – es kommt darauf an, wer wo stirbt und wer woher flüchtet. In einem Fall ist von Evakuierung die Rede, in einem anderen von Entführungen. Ein Putsch gegen eine demokratisch gewählte Regierung kann auf Verständnis in der Presse stoßen, aber auch eine abzulehnende Gewalttat oder ein terroristischer Akt sein. Undsoweiterundsofort.“ (S.9)

Mal heißt es „Informationen der Medien“, mal „Propaganda“, wobei klar ist, dass das was von russischer politischer und medialer Seite kommt, nur Propaganda sein kann. (S.29) „Oligarchen“ gibt es im Wesentlichen in Russland, wie z.B. Abramowitsch, während der rechtsnationalistische Elon Musk als „Vorzeigeunternehmer“ bezeichnet wird, der sich emporgearbeitet hat und neuerdings von dem FDP-Chef Lindner angepriesen wird. „Kollateralschaden“, von der NATO im Krieg gegen Jugoslawien als Begriff geprägt, um deutlich zu machen, dass tote Zivilisten auf der Seite des Feindes letztlich kein Einwand gegen einen Krieg ausmachen können. (S.31f.) Solche „Sprachregelungen“, die die Leitmedien an ihr Publikum weitergeben, entsprechen den „aktuellen ökonomischen, politischen, nationalen Ideologien und Feindbildvorstellungen“. (S. 33) Dies betrifft auch die vielfach in den Medien aufgeworfene Frage: „Wie viel Sozialstaat können wir uns noch leisten?“ Das „Wir“ suggeriert, dass die gesamte Gesellschaft darüber zu befinden hat, und nicht die Politiker\*innen mit ihren Entscheidungen über vorzunehmende Anpassungen des Sozialstaats. „Offensichtlich wird hier die Meinung der politisch-ökonomischen Elite als die eines ‚Gesamt-Wirs‘ ausgegeben und zum Allgemeinwohl erhoben.“ (S. 39f.) Bedeutender, so Dillmann, ist aber, dass in der besagten Fragestellung über den Sozialstaat eine Gefahr thematisiert wird, die „uns“ überfordert und den Staat in den Abgrund reißt. Dieses „allgemeine Wohl“ wird in eins gesetzt mit dem ökonomischen und politischen Erfolg derjenigen, die für das notwendige Wirtschaftswachstum und

einer Durchsetzung staatlicher Interessen nach innen und außen Verantwortung tragen. (Vgl. S. 40) Die Interessen der Herrschenden werden so als Allgemeinwohl ausgegeben.

Ein weiteres wichtiges Mittel der Leitmedien ist die „De-Kontextualisierung“, was im besonderen Maße im Fall des Ukraine-Kriegs offenkundig wurde. Es steht außer Frage, dass der russische Krieg mit dem Völkerrecht nicht zu vereinbaren ist und Russland den Krieg begonnen hat, wie Dillmann betont. Allerdings wurde und wird er aus dem Kontext gerissen, indem die seit langen vorhandenen Auseinandersetzungen und gegensätzlichen Interessen zwischen den USA und der NATO auf der einen Seite und Russland auf der anderen Seite ausklammert werden (hier u.a. die NATO-Osterweiterung trotz gegensätzlicher Bekundungen und die vehemente Weigerung, russische Sicherheitsinteressen zu berücksichtigen), die Einmischung und Unterstützung westlicher Staaten bei den militanten Euromaidan-Protesten mit dem anschließenden Putsch gegen den ukrainischen Präsidenten Janukowitsch, die Gründung der „Volksrepubliken“ als Protest gegen den Putsch, und der Krieg der Regierung der Ukraine gegen diese Volksrepubliken mit tausenden Toten. Auch die massive Aufrüstung der Ukraine als eigentlicher Zweck des Minsker Abkommens, was von der damaligen Bundeskanzlerin Angela Merkel bestätigt wurde, wird aus dem Zusammenhang gerissen. Und diese Auflistung der De-Kontextualisierung, der langen Vorgeschichte des Krieges, ließe sich noch fortsetzen. Es ging und geht nicht darum, diesen Krieg zu begreifen, sondern Partei zu ergreifen. „Das Ziel der deutschen Leitmedien war nicht, sachlich zu informieren, sondern die Berichterstattung sollte mit der Verurteilung Russlands enden.“ (S. 55)

Renate Dillmann widmet sich in ihrem informativen wie ideologiekritischen Buch u.a. auch der beliebten Vorgehensweise der Medien, „Institute“ bzw. „Studien“ für Expertenmeinungen anzuführen, so wie z.B. die *Stiftung Politik und Wissenschaft*. Dass diese „Stiftung“ der Politikberatung der Bundesregierung und des Bundestags dient, direkt vom Haushalt des



Renate Dillmann: *Medien. Macht. Meinung. Auf dem Weg in die Kriegstüchtigkeit*, Köln: Verlag PapyRossa 2024, 239 Seiten, 17,90 Euro, ISBN 978-3-89438-834-8

Bundeskanzleramt bezahlt wird und vom Bundesnachrichtendienst auf Anregung der USA als deutscher Think-Tank gegründet wurde, folglich abhängig ist und nationale Interessen zu bedienen hat, wird nicht thematisiert. Als Stiftung vermittelt sie aber in ihren Einschätzungen und Expertisen den Eindruck, politik-unabhängig und nur der Wissenschaft verpflichtet zu sein. (Vgl. S. 61) Auch auf die *Experten-Netzwerke* wird gerne zurückgegriffen, obwohl, wie die Fernsehsendung *Die Anstalt* herausgefunden hat, verdeckte Kommunikationsstrukturen zur NATO bestehen. Einer Klage von zwei *Zeit*-Journalisten, Josef Joffe und Jochen Bittner, gegen das ZDF wurde vom BGH nicht entsprochen, da solche Verbindungen bestünden. (Ebd.)

Mit Emotionalisierungen und Personalisierungen werden Gefühle angesprochen, Mitleid, Empörung und Solidarität mobilisiert, um hohe Auflagen und entsprechende Einschaltquoten zu erzeugen. Dies dient, Dillmann zufolge, „der nationalen Identitätsbildung“. „Skandale“ aufzudecken, ist in den allermeisten Fällen eine überaus staatsaffirmative Übung, wenn und weil gleichzeitig behauptet wird, dass es das Skandalöse nicht geben darf oder muss.“ (S. 83)

Die grundgesetzlich garantierte Meinungs-, Presse- und Versammlungsfreiheit, immer wieder als Unterscheidungsmerkmal zu anderen Staaten angepriesen, trägt dem „Konstruktionsprinzip einer Gesellschaft“ Rechnung, die von konkurrierenden, antagonistischen und voneinander abhängigen Interessen bestimmt werden. Protest gegen das Regierungshandeln ist erlaubt und wird zu-

gelassen. Die staatliche Gewalt behält sich aber das Recht vor, die Grenzen der Meinungsfreiheit zu bestimmen, d.h. was kann geduldet werden, was nicht. (Vgl. S. 100) Die abweichende inhaltliche Position der Autorin gegenüber der herrschenden Meinung kommt in der Antwort auf die Fragestellung zum Ausdruck, was charakterisiert den Staat in dieser Gesellschaft. „Er ist die herrschaftliche Gewalt einer Gesellschaft der Konkurrenz um Eigentum, die auf den Prinzipien *Freiheit* der Personen, *Gleichheit* vor dem Gesetz und anerkannter Kampf um die Vermehrung des *Eigentums* beruht und deren Konsequenz die kapitalistische Klassengesellschaft mit ihren antagonistischen Gegensätzen ist.“ (S. 155)

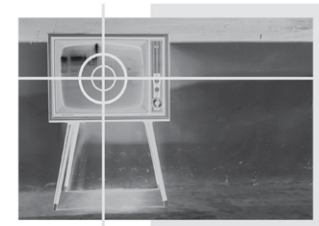
Den Abschluss ihres Buches widmet Renate Dillmann der Feindbildanalyse, wobei sie drei Fallbeispiele anführt: Ukraine-Krieg: Staatswohl vor Aufklärung, Gaza-Krieg und China. Ich möchte mich hier auf den letzteren Fall beschränken.

Chinas Aufstieg in den letzten Jahrzehnten zu einer ökonomischen und politischen Weltmacht ist sicherlich ein herausragendes weltpolitisches Thema, wenn nicht das überhaupt. Ökonomischer Erfolg und Machtzugewinn werden jedoch nicht nur bewundert, sondern von internationalen Konkurrenten – hier vor allem von den USA und den anderen westlich orientierten Staaten – als Bedrohung und Herausforderung bewertet, da China als kapitalistisches Land „den Nutznießern dieser Weltordnung auf Augenhöhe gegenübertritt“. (S. 193) Eigene ökonomische Erfolge in der Staatenkonkurrenz werden auf-

grund des Produktivitätsfortschritts Chinas immer schwieriger, sodass aus der Sorge eine latent feindselige Haltung erwächst. Dies führt zu Vorwürfen, dass der Weltmarkterfolg dieses Landes nicht mit rechten Dingen zustande gekommen ist: Ausbeutung von Menschen und der Natur, kopierte und gefälschte Waren und Spionage durch deren High-Tech-Produkte. „Dass die ausländischen Konzerne einem Technologietransfer zu einem beachtlichen Teil vertraglich zugestimmt haben, um einen Fuß ins für sie extrem lukrative China-Geschäft zu bekommen, wird da ebenso außer Acht gelassen wie der Umstand, dass die

## Das deutsche Fernsehen und der Fall *Rassismus*

Mediale Inszenierungen von Sinti und Roma im Tatort und in politischen Talkshows



Katharina Peters

EDITION  
DISS

Das deutsche Fernsehen und der Fall ›Rassismus‹  
Mediale Inszenierungen von Sinti und Roma im  
Tatort und in politischen Talkshows

ISBN 978-3-89771-775-6

Unrast-Verlag, 2021

Seiten: 164

Reihe: Edition DISS Band: 46

Ausstattung: Softcover

Das vermeintliche Wissen, das über Sinti\*ze und Rom\*nija kursiert, ist geprägt von negativen Stereotypen bei kaum vorhandenen Kontaktfahrungen mit Angehörigen der Minderheit. Die dominierenden Bilder werden durch die Medien verbreitet und als Wahrheiten ausgegeben und rezipiert. Sie beschränken sich außerdem nicht auf Mitglieder der Minderheit, sondern werden ohne Widerspruch auf Menschen aus Bulgarien und Rumänien übertragen. Neben der emanzipatorischen Arbeit einer zunehmenden Zahl an Selbstorganisationen, ist es ein Anliegen dieser Arbeit, die medialen Inszenierungen, deren Schauplätze und Akteur\*innen, sowie die dahintersteckenden Wirkmechanismen und Strukturen aufzudecken.

Katharina Peters untersucht am Beispiel der medialen Inszenierung von ›Sinti und Roma‹ im deutschen Fernsehen, wie Rassismen adaptiert und verbreitet werden. Die mit dem Augsburger Wissenschaftspreis für interkulturelle Studien ausgezeichnete Analyse entlarvt die als Realitäten ausgegebenen Bilder in ihrer Konstruiertheit und schafft so Raum für andere Wirklichkeitsentwürfe, die ein vielfältigeres Bild zulassen und Stereotype negieren. Der diskurs- und medienwissenschaftliche Ansatz leistet einen Beitrag, Erscheinungsformen des Rassismus in Zeiten eines weltweit erstarkenden Nationalismus am Beispiel von Antiziganismus im deutschen Fernsehen detailliert zu beschreiben. Mit dem Ziel, die Sensibilität für eine diskriminierungsfreie mediale Darstellung zu schärfen und das Bewusstsein für die Realität Deutschlands als eine Einwanderungsgesellschaft zu stärken.





VR China inzwischen das Ranking der internationalen Forschungsleistung anführt und seit 2019 an erster Stelle der Patentanmeldungen (vor den USA) steht.“

Häufig ist zudem der Vorwurf zu hören, dass China die „regelbasierte Weltordnung“ bedroht, indem sein Verhalten als aggressiv bewertet wird, da Überkapazitäten zu Dumpingpreisen aufgrund von Staatsinterventionen auf dem Weltmarkt angeboten werden. Während Dillmann zufolge die exportierten Waren und Dienstleistungen in China im Jahr 2022 einen Anteil am BSP von 20 Prozent hatten, waren es in Deutschland 50 Prozent. Für westliche Staaten und ihre Medien galt bisher der Anspruch als ganz selbstverständlich, dass der Nutzen der beschworenen „regelbasierten Weltordnung“ ihnen zusteht. „Wenn das nicht eintritt und sich die Ergebnisse der ‚freien Konkurrenz‘ einmal gegen die westlichen ‚Player‘ wenden, dann muss – so der Rückschluss – ‚unfair‘ gespielt worden sein. Und es sind harte Konsequenzen fällig.“ (S. 196)

Ein weiterer fundamentaler Kritikpunkt ist, dass China aufgrund westlicher Maßstäbe als „autoritäres Staatswesen“ bzw. als ein „Regime“ bezeichnet wird, und durch die alleinige Führung der Kommunistischen Partei im Grunde eine Diktatur ist. Wahlen und Parteien wie in westlichen Demokratien kennt China nicht, Meinungsbildungsprozesse erfolgen, so Dillmann, innerhalb der KP durch Verbände und Organisationen wie den Bauern, Gewerkschaften, Unternehmer, Frauen, was einige Sinologen als „konsultative Demokratie“ bezeichnen. Konstruktive Kritik ist innerhalb der KP erlaubt, Vorschläge für ein alternatives politisches System sind verboten. Allerdings hätte Renate Dillmann hier m.E. kritischer auf innergesellschaftliche Verhältnisse eingehen müssen. Daniel Fuchs zufolge hat seit Mitte der 2010er Jahre eine „neue Phase der Arbeitskämpfe begonnen“, die sich von den Küstenregionen ins Landesinnere verschoben haben. Hintergrund ist, dass viele Wanderarbeiter\*innen nicht mehr bereit gewesen sind, weit entfernt von ihren Herkunftsgebieten zu arbeiten. „Ermöglicht wurde dies durch die Verlagerung von Produktionsstandorten ins Landesinnere, begleitet von massiven staatlichen Investitionen.“ (Daniel Fuchs im Interview mit *analyse & kritik* v. 12.12.2023) Die Arbeitskämpfe, vor allem wegen Lohnrückständen, richteten sich weniger gegen die Partei- und Staatsführung, sondern gegen lokale Missstände, die von der zentralen Staatsführung, so die Forderung, behoben werden sollten. „In der Vergangenheit waren es vor allem NGOs, in denen sich Arbeiter\*innen verständigen und Erfahrungen

geteilt werden konnten, doch auch diese Orte des Austauschs und der Beratung sind seit Mitte der 2010er Jahre massiv von Repression betroffen. Seit der Machtübernahme von Xi Jinping agiert die Partei- und Staatsführung deutlich restriktiver gegenüber zivilgesellschaftlichen Organisationen, so dass ein großer Teil der früheren Organisationen nicht mehr existiert; es gab auch viele Verhaftungswellen.“ (Ebd.) Zu der autoritären Herrschaft gehört auch die Zentralisierung der Macht auf den chinesischen Präsidenten Xi, die Aufhebung der Beschränkung seiner Amtszeit, die umfassende digitale Überwachung der chinesischen Bevölkerung und die deutlichen Einschränkungen von Wissenschaftlern\*innen, Medien- und Kulturschaffenden. Auch die hohe Jugendarbeitslosigkeit verbunden mit einer Perspektivlosigkeit hätte von Dillmann erwähnt werden können.

Zuzustimmen ist der Autorin allerdings, wie in vielen Ausführungen ihrer Analyse, zu dem, was sie über den westlichen Vorwurf des Genozids an den Uiguren schreibt, über Hongkong und Taiwan. Hier argumentiert sie pointiert und deckt den Umgang mit selektiven Informationen, die Anwendung doppelter Standards in der Beurteilung, die Skandalisierung sowie die kampagnenartige Wiederholung von Vorwürfen auf. „Neben der bewährten Menschenrechtswaffe (der Klage über mangelnde Pressefreiheit und schlechte Behandlung der Oppositionellen) kommen vor allem die bereits latent bestehenden Separatismusprobleme in Xinjiang und Tibet, in Hongkong und Taiwan aufs Tableau. Gerade diese Fragen eignen sich hervorragend, weil sie China in einem Kern treffen – der souveränen Verfügung über Land und Leute als Instrument seines ökonomischen Aufstiegs. [...] Das Auswärtige Amt kann sich darauf verlassen, dass man in den Redaktionen der Leitmedien das Feindbild China hegt und pflegt: stets konstruktiv und besorgt um die Probleme der deutschen Nation mitdenkend und im Streiten für ‚unsere Werte‘ stets verlässlich.“ (221f.)

Renate Dillmanns Analyse über die Methoden der Berichterstattung in deutschen Leitmedien zeigen, dass diese bereits seit einiger Zeit im Sinne der neuen Forderung einer Kriegsermächtigung wirken. Dies deutlich zu machen ist das Verdienst der Autorin und macht das Buch auf jeden Fall lesenswert. Es ist zudem lesefreundlich verfasst, da Dillmann immer wieder Zwischenergebnisse ihrer Analyse einbaut.

# Wieviel Hegel steckt in Marx?

Eine Buchbesprechung von Wolfgang Kastrup

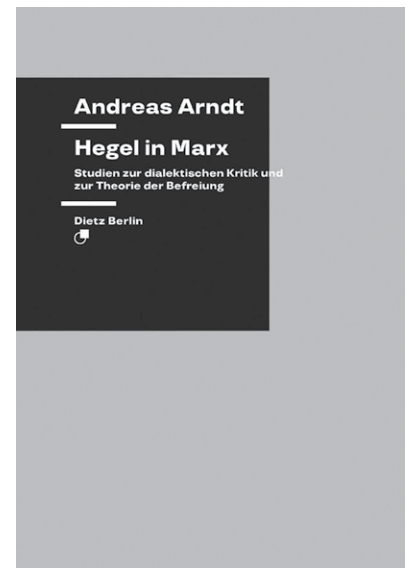
Das Buch *Hegel in Marx. Studien zur dialektischen Kritik und zur Theorie der Befreiung* von Andreas Arndt, zuletzt Professor für Philosophie an der Theologischen Fakultät der Humboldt-Universität zu Berlin, ist 2023 im Karl Dietz Verlag erschienen. Der Hegel- und Marxexperte wendet sich der Erforschung und der Diskussion des Verhältnisses zwischen Georg Wilhelm Friedrich Hegel (1770-1831) und Karl Marx (1818-1883) zu, um die Bedeutung Hegels für Marx herauszustellen. Damit begibt sich Arndt auf ein Feld, das seit vielen Jahren für kontroverse Diskussionen sorgt. Aber genau dies ist für ihn immer wieder Ansporn, mit falschen Überlegungen und Analysen zu diesem Verhältnis aufzuräumen. Die in dem Buch versammelten 17 Aufsätze darunter zwei bisher unveröffentlichte (*Das Problem der Dialektik* und *Das Reich der Freiheit bei Marx*), stammen aus früheren Veröffentlichungen des Autors und wurden gegenüber den Erstdrucken überarbeitet. Sie sind das Resultat langjähriger Analysen über die klassische deutsche Philosophie, über den Junghegelianismus, über Marx und den Marxismus.

Marx war nach eigenem Bekunden Schüler und Kritiker Hegels zugleich. Die Kritik von Marx an Hegel beruht nach Andreas Arndt jedoch auf einem Missverständnis über den Status der Hegelschen „Logik“. „Zahlreiche Bemerkungen von Marx, wie zum Beispiel die zu den ‚Grenzen der Dialektik‘, legen nahe, dass er der Auffassung war, Hegel wolle die logischen Bestimmungen unmittelbar auf die Realität applizieren. Mir scheint dies der Kern des marxischen Missverständnisses in Bezug auf Hegels Philosophie zu sein.“ (S. 10) Dies ist die zentrale These des Autors. Er bezweifelt aufgrund der Quellenlage, dass Marx eine philosophische Alternative zu Hegel, eine materialistische Dialektik, entwickelt hat. Für Arndt ist stattdessen die Frage entscheidend, „wie viel Hegel in Marx eigentlich steckt“. (S. 11) Es geht ihm dabei um zwei Problem-bereiche, nämlich das Verfahren der dialektischen Kritik und das Freiheitsverständnis, in denen er auf die Kontinuität von Hegel zu Marx verweist.

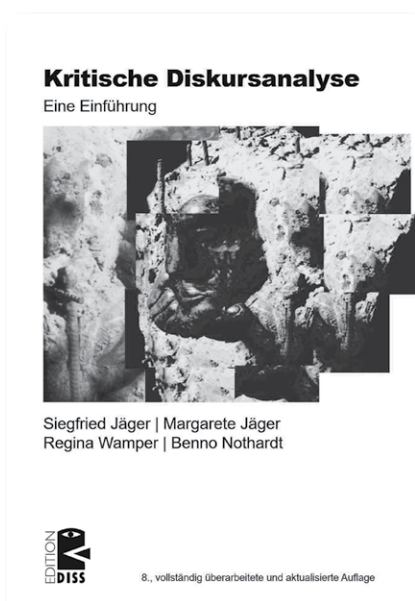
Wie hält es nun Marx mit der Hegelschen Dialektik? Obwohl Marx mit Friedrich Engels spätestens seit der *Deutschen Ideologie* (1845) der Ansicht waren, mit philosophischen Begründungsverfahren für immer abgeschlossen zu haben, kommt Marx Arndt zufolge in seinem Hauptwerk der *Kritik der politischen Ökonomie* „zunehmend affirmativ auf Hegel zurück und bedient sich gerade dort, wo seiner Auffassung nach der Mystizismus Hegels seinen stärksten Ausdruck findet: bei Hegels Konzeption der absoluten Idee in der ‚Wissenschaft der Logik‘, welche als absolute Methode nichts anderes ist als die dialektische Methode, die Marx beerben will“. (S. 71) Dieser affirmative Bezug im *Kapital* von Marx auf Hegel erfolgt auf der Basis eines streng wissenschaftlichen und empirischen Verfahrens und keiner spekulativen Begrifflichkeit. Der von Marx gegen Hegel erhobene Vorwurf des Idealismus und Mystizismus spielt hier nach Ansicht des Autors „keine Rolle und wird dem Wissenschaftsprinzip untergeordnet“. (Ebd.)

Andreas Arndt akzentuiert also die Rolle der Hegelschen Dialektik im Marx ökonomischen Hauptwerk und macht deutlich, dass Marx keineswegs die Hegelsche Dialektik in ihr Gegenteil verwandelt hat. Und er geht noch weiter und stellt sich damit in einen Gegensatz zu vielen anderen Marx-Interpreten, indem er behauptet, dass Marx der Dialektik Hegels keine materialistische Grundlage gegeben hat und keine „alternative logische Konzeption“ zu Hegel vorliegt (u.a. S. 142). Aufgrund des Missverständnisses von Marx über den Charakter von Hegels „Wissenschaft der Logik“ ist für den Autor „das Projekt einer sogenannten ‚materialistischen Dialektik‘ hinfällig“. (S. 104) Damit will er eine der Säulen des Marxismus einreißen und den Widerspruch zu seiner Position geradezu herausfordern. Hegels Dialektik wird Arndt zufolge im *Kapital* und auch in den anderen ökonomischen Werken von Marx vielmehr nur adaptiert. „In seiner Adaption der dialektischen Methode folgt Marx in der ‚Kritik der politischen Ökonomie‘ weitgehend diesem Verfahren der hegelschen Dialektik; Fluchtpunkt des totalisierenden Verfahrens ist hier freilich nicht das wahrhafte Unendliche oder Absolute, wie in der ‚Wissenschaft der Logik‘, sondern das Ganze der gesellschaftlichen Verhältnisse im Kapitalismus. Dieser Unterschied kommt daher, dass Marx sich hier auf einer realphilosophischen Theorieebene im Bereich des Endlichen bewegt, und begründet keinen prinzipiellen Gegensatz.“ (S. 76) Die Positionen der beiden herausragenden Denker beruhen nach Arndt auf gleichen Voraussetzungen. Das *Kapital* ist nach Marx als Verhältnis anzusehen, was mit Hegels Auffassung übereinstimmt, „das Ganze sei ein Konkretum, eine in sich unterschiedene Totalität von Momenten, die, weil sie ihr Bestehen nur in dem ganzen haben, nur als Verhältnis zu begreifen sind und nicht als isolierte, selbstständige Entitäten“. (Ebd.)

Nach dem ersten Problem-bereich der dialektischen Kritik im 2. Kapitel, kommt Arndt zum zweiten Problem-bereich, dem in Kapitel 3 analysierten Freiheitsverständnis. Das Freiheitsverständnis von Marx hat ihm zufolge bisher wenig Aufmerksamkeit gefunden. Bezüge von Marx hierbei auf Hegel sind kaum vorhanden, wenngleich hinsichtlich der Freiheitsgeschichte einer Entwicklung zu immer größeren individuellen Freiheiten auch hier Marx Hegel folgt. Die Beschränkung der



Andreas Arndt: *Hegel in Marx. Studien zur dialektischen Kritik und zur Theorie der Befreiung*, Berlin: Karl Dietz Verlag 2023, 270 Seiten, 25,00 Euro, ISBN 978-3-320-02407-9



Edition DISS 42

erschienen im September 2024

8., vollständig überarbeitete und

aktualisierte Auflage

420 Seiten, 29,80€

ISBN: 978-3-89771-771-8

Die Kritische Diskursanalyse (KDA) versteht sich als ein Analyseverfahren, das sich an der Diskurstheorie von Michel Foucault orientiert. Sie stellt eine Methode qualitativer Sozial- und Kulturforschung dar, die in zahlreichen Disziplinen angewendet wird. Sowohl Sozial-, Sprach- und Literaturwissenschaftler\*innen als auch Medien- und Kommunikationswissenschaftler\*innen, Pädagog\*innen und Psycholog\*innen haben inzwischen mit den Vorschlägen der KDA erfolgreich Diskurse analysiert und interpretiert. Das kritische Potential, das dieses Verfahren enthält, macht es besonders geeignet, gesellschaftlich brisante Themen zu analysieren, ihre Formen und Inhalte zu problematisieren, ungerechtfertigte Wahrheitsansprüche offenzulegen, Widersprüche aufzudecken und die suggestiven Mittel diskursiver Ansprache aufzuzeigen.

Die 8. Auflage ist die erste nach dem Tod ihres Begründers Siegfried Jäger, dessen Werk in Progress wir hiermit fortsetzen. Sie fußt weiterhin auf der Normalismustheorie von Jürgen Link sowie auf seinen Ausführungen zur Kollektivsymbolik. Doch wir haben die »Werkzeugkiste« erweitert um neue Kapitel zur Analyse von Bildern, Online-Diskursen, TV, Spezialdiskursen, Literatur und herabsetzender Rede. Weiter verbessert haben wir die praktischen Anleitungen und Beispiele zur Anfertigung eigener Analysen.

individuellen Freiheiten durch die Unterdrückung im Kapitalismus hat Marx dann zum Maßstab seiner Kritik gemacht. Andreas Arndt weist Deutungen zurück, die Hegel zum Gegner individueller Freiheitsrechte bezeichnen; man muss stattdessen begreifen, dass für den Philosophen „Individualität als Prinzip der Moderne“ bedeutet und wie Freiheitsrechte allgemeinverbindlich, d.h. rechtsförmig gesichert und durchgesetzt werden können, „ohne das Gemeinwesen als Garanten ihrer Allgemeinverbindlichkeit zu beschädigen“. (S. 147) Die Menschenrechte werden von Hegel als selbstverständlich anerkannt, und dies gilt auch für sein Werk *Grundlinien der Philosophie des Rechts*. In diesem darf nach Hegel, und dieser Vorbehalt ist wichtig, der Staat nicht mit der bürgerlichen Gesellschaft verwechselt werden. Hier bezieht sich Arndt auf Karl Löwith: „Da der Bürger als *bourgeois* nicht unmittelbar auch Bürger als *citoyen* sei, müsse – um das sittliche Ganze nicht den Egoismen der Privateigentümer auszuliefern – das Individuelle durch das Allgemeine begrenzt und in dieses eingebunden werden, was durch die Proklamation abstrakter Menschenrechte gegenüber dem Staat gerade nicht möglich sei; vielmehr komme es darauf an, Privatinteressen und Interessen der Gemeinschaft in der wahrhaften Individualität absoluter Sittlichkeit als organische Einheit zusammenzubringen.“ (S. 146) Arndt zitiert hier Hegels berühmten Satz aus den *Grundlinien der Philosophie des Rechts*, nämlich §209: „Der Mensch gilt so, weil er Mensch ist, nicht weil er Jude, Katholik, Protestant, Deutscher, Italiener usf. ist [...]“. Ein Satz, der gerade auch heute in Zeiten von Rassismus und Nationalismus eine universale Gültigkeit haben müsste.

Für den Autor ist das Gemeinsame für Hegel wie Marx, dass die Freiheit nicht als Voraussetzung gesellschaftlicher Verhältnisse gesehen wird, „sondern als Resultat einer Institutionalisierung durch bestimmte gesellschaftliche Verhältnisse“. (S. 182) In der kapitalistischen Gesellschaft zeigt sich für Marx der immanente Widerspruch zwischen der Form, hier die individuelle Freiheit und Gleichheit der Personen, und dem Inhalt, der sachlichen Abhängigkeit und damit der Unfreiheit. Formale Freiheit und Gleichheit erweisen sich inhaltlich als Ungleichheit und Unfreiheit. Der Schein der Freiheit verschleiert so das sachliche Abhängigkeitsverhältnis. „Marx' Kritik ist deshalb fundamental, weil sie allgemein gilt – für alle gesellschaftlichen Individuen (einschließlich der Kapitalisten).“ (S. 181)

Im 3. Kapitel, überschrieben mit „Hegel-Marxismus“, setzt sich Andreas Arndt mit dem Dialektik Verständnis von Friedrich Engels gegenüber Hegel auseinander, mit der wichtigen Bedeutung von Lenin für die Herausbildung des Hegel-Marxismus, mit der Rechtstheorie von Eugen Paschukanis im Anschluss an das Marxsche *Kapital* und abschließend mit Theodor Adornos Vorlesungen zu Fragen der Dialektik.

Friedrich Engels (1820-1895) Bezug auf Hegel im *Anti-Dühring* wird von Arndt deutlich kritisiert. Er wirft ihm vor, eine „systematische Reflexion darauf, was Dialektik ist“, nicht zu leisten. „Faustformeln“, wie der Umschlag von Quantität in Qualität und umgekehrt, die Negation der Negation und die Durchdringung der Gegensätze (Widerspruch), werden aus Hegels Werk „mehr oder weniger“ herausgebrochen, „ohne über deren philosophischen Begründungszusammenhang nachzudenken“. (S. 219f.)

Auch Eugen Paschukanis (1891-1937) bekanntes Werk *Allgemeine Rechtslehre und Marxismus* erfährt Kritik. Dessen Grundthese fasst Arndt folgendermaßen zusammen: „Die Warenform bestimmt die Rechtsform und weil das so ist, können die gesellschaftlichen Verhältnisse der Warenbesitzer auch rechtsförmig geregelt werden.“ (S. 236) Die hier vorgestellte Analogie von Warenform und Rechtsform hält er für falsch, denn die Warenansammlung, die den Reichtum kapitalistischer Gesellschaften ausdrückt, „ist ja zunächst ein bloßes Agglomerat und damit etwas ganz anderes als eine Kette von Verhältnissen oder ein strukturiertes Gewebe“. (S. 236f.) Er wirft Paschukanis vor, dass dieser neben dem Tauschwert der Ware deren Gebrauchswert nicht beachtet. Dies geschieht



Arndt zufolge deshalb, weil dessen „Begriff des Rechts reduktionistisch ist“ und er neben der Form und Funktion des Rechts als *bürgerliches Recht* nicht die Funktion des Rechts als wesentlicher Bestandteil individueller Freiräume sieht, „die der Begriff des Rechtssubjekts als Person impliziert“. (S. 237) Das Rechtssubjekt ist dann nichts anderes als der Warenbesitzer. Dass das Menschsein erst in der Moderne zur Rechtsbestimmung wird, wird von Paschukanis als schlechte Abstraktion angesehen. Dabei übersieht er Arndt zufolge allerdings, auch in Bezug auf Hegels „Rechtsphilosophie“, dass die Abstraktion nicht nur negativ zu deuten ist, sondern Freiräume gewährt, in denen die unterschiedlichen Eigenschaften der Individuen eingebracht werden können. (Vgl. S. 240)

Gegenüber der Kritik des Autors an Engels und Paschukanis wird Lenin (1870-1924) dahingehend gewürdigt, dass dieser das Erbe Hegels in der Theorie von Marx wiederentdeckt hat. Erst durch den russischen Revolutionär, so Arndt, ist Hegel für die Auseinandersetzung mit dem Werk von Marx überhaupt ernst genommen worden. „Lenins Hegel-Lektüre ist [...] – und das gilt auch für Lenins eigene intellektuelle Biografie – so etwas wie die Wiederentdeckung des hegelschen Erbes in der Theorie von Karl Marx.“ Lenin ist, so die These von Arndt, „Teil der Wirkungsgeschichte Hegels im 20. Jahrhundert“. (S. 222f.) Aus Lenins Analysen zu Hegels „Wissenschaft der Logik“ zitiert Arndt zustimmend, dass Lenin die absolute Idee als den eigentlichen Kern herausstellt und sich dadurch dessen Sichtweise auf die Philosophie im Ganzen verändert hat: „Bemerkenswert, daß im ganzen Kapitel über die ‚absolute Idee‘ fast mit keinem Wort Gott erwähnt ist [...], und außerdem [...] hat das Kapitel fast gar nicht spezifisch den *Idealismus* zum Inhalt, sondern sein Hauptgegenstand ist die *dialektische Methode*. Fazit und Resümee, das letzte Wort und der Kern der Hegelschen Logik ist die *dialektische Methode* [...]. Und noch eins: In diesem *idealistischen* Werk Hegels ist *am wenigsten* Idealismus, *am meisten* Materialismus. ‚Widersprechend‘, aber Tatsache!“ (S. 227; das Zitat ist dem Bd. 38 der Lenin Werke, S. 226, entnommen) Für Lenin hat dann Marx im *Kapital* die Hegelsche Dialektik auf die politische Ökonomie *angewendet*. Arndt bezieht sich dann auf die berühmte Aussage von Lenin: „Man kann das ‚Kapital‘ von Marx und besonders das 1. Kapitel nicht vollständig begreifen, ohne die *ganze* Logik von Hegel durchstudiert und begriffen zu haben. Folglich hat nach einem halben Jahrhundert nicht ein Marxist Marx begriffen.“ (Ebenfalls im Bd. 38, S. 170) Arndt folgert daraus zutreffend, dass das nicht bedeuten kann, dass die Kritik der politischen Ökonomie von Marx nur mit dem Studium der Hegelschen Logik zu begreifen ist, „wohl aber ist gemeint, dass ein vollständiges Begreifen der marxischen Theorie einschließlich ihrer wissenschaftstheoretischen Grundlagen ohne Hegel nicht möglich ist“. Er bezeichnet Lenins Aphorismus als das „Gründungsdokument des Hegelmarxismus“, wie er dann im „westlichen Marxismus“ zum Ausdruck kam. (S. 230) Hier möchte ich allerdings noch ergänzend darauf hinweisen, dass auch Georg Lukács in seinem bekannten Werk *Geschichte und Klassenbewußtsein* darauf hingewiesen hat, dass im Marxschen *Kapital* „eine ganze Reihe der stets angewendeten entscheidenden Kategorien der Methode direkt aus der Logik Hegels stammt“. Und weiter formuliert er, dass „die Kenntnis der Schriften Hegels unerlässlich ist“, um deutlich zu machen, dass „die noch höchst aktuellen Tendenzen seines Denkens

wieder wirksam und lebendig werden können“. (Lukács, Georg 1968 [zuerst 1923]: *Geschichte und Klassenbewußtsein*, Neuwied/Berlin, S. 53ff.) Also nicht nur Lenin, sondern auch Lukács hat einen Anteil daran, dass die Rezeption des Marxschen Hauptwerkes *Das Kapital* auch in den späten 1960er und 1970er Jahren stark hegelianisch beeinflusst wurde, hier u.a. durch Alfred Schmidt, Helmut Reichelt und Hans-Jürgen Krahel. Das heißt, das Verstehen der Marxschen Ökonomiekritik ist wesentlich nur durch Hegels Philosophie, hier wesentlich der „Wissenschaft der Logik“, zu erklären.

Der abschließende Artikel des Buches befasst sich mit Theodor W. Adornos Hegel-Kritik in *Fragen der Dialektik* aus dem Wintersemester 1963/64. Arndt macht hier deutlich, dass Adorno der Auffassung ist, dass Dialektik das widersprechende Moment zur Geltung bringt und immer auch das, was ihr selbst als Methode widerspricht, nämlich die Sache selbst. (Vgl. S. 244) In der Dialektik geht es darum, der These nicht einfach etwas entgegenzusetzen, „sondern durch ihre Selbstreflexion deren innere Widersprüchlichkeit aus der These selbst heraus zu entwickeln“. (S. 246) Es geht für Arndt bei Adorno um ein Begreifen, in dem sich der zu identifizierende Begriff selbst verleugnet. (Vgl. S. 245) Er stimmt Adorno dahingehend zu, dass dieser bei Hegel eine „Grundkategorie“ der Dialektik erkennt, das „einander widersprechende, Nicht-in-einander-Aufgehende, das Nichtidentische“. (S. 246) Das in den Vorlesungen angedachte Programm einer negativen Dialektik bezeichnet der Autor als eine „Radikalisierung“ der Hegelschen Dialektik. (Ebd.) Adorno wirft Hegel allerdings vor, dass dieser das Verhältnis von statischer „Kategorienlehre“ und „Entwicklungstheorem“ nicht wirklich durchreflektiert hat. Weiter kritisiert er, dass Hegel eine idealistische Reduktion auf das Subjekt bzw. den Geist vorgenommen hat. Auch Marx wird von Adorno in seinen Vorlesungen, Arndt zufolge, deutlich kritisiert, da Marx die Dialektik „nicht durchreflektiert“ hat und auf eine rational organisierte Gesellschaft als Alternative hinarbeitet, die auf Naturbeherrschung, Zentralismus, d.h. Identitätszwang hinausläuft. (Vgl. S. 244 u. 249) Während Arndt der Kritik Adornos an Marx weitgehend zustimmt, wird die Kritik des Frankfurter Philosophen an Hegel, was nicht überrascht, zurückgewiesen. Er attestiert Adorno ein „grundlegende[s] Missverständnis“, da er, wie auch Marx, „die fundamentale Unterscheidung von Logik und Realphilosophie in Hegels Philosophie durchgehend ignoriert“. (S. 251) Dieses Argument bzw. der Vorwurf gegenüber Marx taucht in den verschiedenen Artikeln von Andreas Arndt immer wieder auf. Er macht deutlich, dass für Hegel wirklich und somit vernünftig nicht die Realität schlechthin ist, sondern nur das, was dem Begriff entspricht, also letztlich der logischen Idee. „Wirklichkeit ist das Sein der Vernunft. Daneben gibt es Zufälliges, bloß Existierendes, eine Realität, die nicht der Vernunft entspricht.“ (Ebd.) Wenn die Logik von der Realphilosophie nicht fundamental unterschieden wird, kommt man zu dem alten Stereotype, dass Hegel die Weltgeschichte im preußischen Staat kulminieren lassen wollte. Dies hält aber, Arndt zufolge, einer näheren Prüfung nicht stand.

Ergänzen möchte ich in diesem Zusammenhang, dass auch Klaus Vieweg in seiner monumentalen Biographie über Georg Wilhelm Friedrich Hegel mit dem Titel *Hegel. Der Philosoph der Freiheit* zu diesem Ergebnis kommt, wenngleich er dabei



etwas anders als Arndt argumentiert. Der berühmte Doppelsatz der Vorrede von Hegels Buch *Grundlinien der Philosophie des Rechts* (1820): „Was vernünftig ist, das ist wirklich; und was wirklich ist, das ist vernünftig.“ (S. 467, nachzulesen in der Theorie Werkausgabe von Hegel Bd. 7, S. 24) war in der Vergangenheit immer wieder Anlass für Kritik. Vieweg zufolge gehört dieser Doppelsatz „bis heute zu den am meisten missverstandenen Stellen der gesamten Philosophiegeschichte.“ (Ebd.) Für die Kritiker hat Hegel mit dieser Formulierung die „preußische Polizeiwilkkür“ als vernünftig erklärt, die „preußische Ordnung“ erhält „vom Weltgeist ihren Segen“. (Ebd.) Hegel, der die Spitzel der Geheimpolizei fürchtete, hat die Zensoren, so Vieweg, mit diesem Doppelsatz „hinter Licht geführt“. Denn schon die ersten Paragraphen der „Rechtsphilosophie“ erklären das Missverständnis. „Nicht das Gegebene, das Vorgefundene – wie der preußische Staat – sondern die Vernunft ist der Maßstab [...], vor dem das ‚Recht‘ sich rechtfertigen muss.“ Zudem heißt es in einer Vorlesungsnachschrift: „Was wirklich ist, ist vernünftig. Aber nicht alles ist wirklich, was existiert.“ (S. 469) Vieweg legt sehr viel Wert darauf, dass nicht durch eine falsche Auslegung bzw. durch ein Missverständnis die „Rechtsphilosophie“ „als serviles Machwerk“ diskreditiert wird. (Ebd.) Für ihn gibt es seit 200 Jahren „keine vergleichbare Konzeption von Freiheit“, die mit dieser „intellektuellen Kraft“ deutlich wird. Die philosophischen Grundlagen des freien Handelns in der modernen Welt werden ebenso deutlich wie Überlegungen zur Gerechtigkeit. (Vieweg, Klaus 2019: Hegel. Der Philosoph der Freiheit, München)

Auch Pirmin Stekeler spricht von „Unkenntnis von Text und Inhalt, wenn man Hegel in eine Reihe von philosophischen Feinden einer *Offenen Gesellschaft* zu setzen beliebt“, womit er deutliche Kritik an Karl Popper übt, der in seinem Buch *Die Offene Gesellschaft und ihre Feinde* Hegel in eine solche Position rückt und damit, so Stekeler, nur seine „Unkenntnis“ über Hegel zu erkennen gibt, weshalb dessen Kritik nicht ernst zu nehmen ist. (Stekeler, Pirmin 2021: Hegels Grundlinien der Philosophie des Rechts. Ein dialogischer Kommentar, Hamburg, S. 93)

Das Buch von Andreas Arndt *Hegel in Marx* kann uneingeschränkt empfohlen werden, da er ungemein kompetent und sprachlich versiert eine inhaltlich schwierige Materie bearbeitet und analysiert. Dass Arndt ein exzellenter Hegel- und Marx-Kenner ist, ist schon länger bekannt und er unterstreicht dies noch einmal mit seinem neuen Buch. Es muss jedoch deutlich erwähnt werden, dass die Beiträge des Buches ein weitgehendes Verständnis der Argumentation von Hegel

und Marx voraussetzen, um es mit Gewinn zu lesen, was dann zweifellos der Fall ist. Arndt steht mit der Rehabilitation Hegels in einer Tradition u.a. von Herbert Marcuse (*Vernunft und Revolution*) und Ernst Bloch (*Subjekt-Objekt*) und erarbeitet mit seinem Buch einen systematischen und kritischen Hegelmarxismus. Arndt interpretiert Hegel und Marx sehr zutreffend als herausragende dialektische Denker, deren Verständnis von Freiheit auch für eine heutige kritische Theorie Wesentliches bereithält. Arndt kritisiert bisherige Interpretationen über das Verhältnis von Marx zu Hegel; er will mit seinem Buch eine „Revision der marxischen Hegel-Kritik“ (S. 12) leisten und die Philosophie von Hegel „neu“ lesen, wobei er sich vor allem mit dem systematischen Verhältnis der „Wissenschaft der Logik“ zur Realphilosophie befasst. Dieses Thema kommt in etlichen seiner Beiträge wiederholt zum Ausdruck, und es wird kritisch gegen Marx und Adorno gewendet, die dieses Verhältnis ihm zufolge missverstanden haben. Damit stellen sich natürlich auch solche Fragen wie: Haben Karl Marx, die Junghegelianer und ebenfalls Adorno alle die Hegelsche Philosophie missverstanden? Ist die neue Lesart von Arndt Hegel gegenüber die einzig zutreffende? Immunisiert er den Philosophen gegen jedwede Kritik? Marx ging es in seinem Verständnis der Hegelschen Philosophie nicht um eine philologische Auslegung, sondern als Bezugspunkt für eine eigene Theoriebildung, das ökonomische Bewegungsgesetz der kapitalistischen Gesellschaft in ihrem idealen Durchschnitt zu erkennen. Michael Heinrich wendet sich gegen das Argument des „Hegelmarxismus“, dass Marx Hegelsche Kategorien „übertragen“ haben soll. Er gibt zu bedenken, dass eine Übertragung der Hegelschen Kategorien voraussetzt, „daß sich die Argumentationsfiguren der Hegelschen *Logik* überhaupt von ihrem spekulativen Inhalt abtrennen lassen“. Es geht bei der Marxschen Kritik der politischen Ökonomie seiner Ansicht nach „weniger um die Übernahme bestimmter Argumentationsfiguren als vielmehr um einen bestimmten Stand der Problemstellung, der aber allererst einmal aus der Hegelschen Philosophie zu gewinnen wäre“. (Heinrich, Michael 2017: Die Wissenschaft vom Wert, 7. erweiterte Auflage, Münster, S. 169f.) Heinrich macht den Unterschied zwischen Marx und Hegel dahingehend deutlich, dass die „dialektische Darstellung“ bei Marx „gerade nicht zu dem in sich ruhenden, abgeschlossenen Unternehmen werden“ kann, „als das sie für Hegel erst wahre Wissenschaft ist“. (S. 177) Eine Argumentation, der der Autor Andreas Arndt anhand der vorgelegten Analyse über die Hegelsche Dialektik natürlich deutlich widersprechen würde.

# Neues aus dem Institut

## VERANSTALTUNGEN (KOMMEND)

### JAHRESKOLLOQUIUM 2025

Sa. 22.11. + So. 23.11.2025

Jugendherberge Sportpark Duisburg

Kruppstr. 9 | 47055 Duisburg

#### Umkämpfte Gerechtigkeit

#### Emanzipatorische Aufbrüche und linke Utopien in der Krise

Wir konstatieren eine Dominanz neu-rechter, autoritärer, rechtsextremer bis offen faschistoider Gesellschaftsentwürfe, die eine Demokratie zersetzende Energie entfesseln. In den USA können wir beobachten, wie christlich-fundamentalistische Weltbilder trotz offensichtlicher Widersprüche zusammenlaufen mit einem mittlerweile rechts verankerten technokratischen ‚Solutionismus‘, der eine rein technologische Lösung ökologisch-sozialer Probleme durch eine über jede gesellschaftliche Kontrolle und Regulation erhabene Inovationseleite propagiert und ‚rücksichtslos-kreativ‘ gesellschaftliche Zerstörung praktiziert.

Das Zusammenspiel von rechtsextremen Autokratieanhängern und Faschisten mit Tech-Feudalisten die entweder selbst offen reaktionären und rechtslibertären Gesellschaftskonzepten anhängen oder die Zerstörung von Demokratie und Rechtsstaat zumindest billigend in Kauf nehmen erreicht mit der Trump-II.-Administration ein neues Bewegungsniveau. Die sogenannte Tech-Oligarchie stellt dabei nicht nur Kommunikations- und Desinformations-Technologien zur Verfügung, die insbesondere rechten Bestrebungen nützlich sind, sondern befeuert aktiv einen breit angelegten rechten Kulturkampf. Die Synthese radikaler Technologieversprechen mit radikalem Individualismus und dem Glauben eine neue Elite innovativer ‚Übermenschen‘ könne die Welt nur retten wenn sie sich allen gesellschaftlichen Regeln entzieht, dient dabei als visionäre Fortschrittserzählung, die angesichts einer allgemeinen Utopiearmut in der Mehrfachkrise auch in traditionell eher linksliberalen progressiven Milieus mehr und mehr verfängt.

Je mehr eine Gesellschaft derartige Zukunftsvisionen verinnerlicht, desto eher betrachtet sie andere Menschen als Pro-



blem und die Technologie als Lösung, um diese anderen zu kontrollieren. Eine Sichtweise, die uns tiefer in Rückzug und Isolationismus führt.

Mit unserer Konferenz wollen wir Selbstbewusstsein und widerständige Zuversicht tanken – für das Einfordern von und das Entstehen für Gerechtigkeit: Der Gegner solidarischer Utopien ist weniger die rechte Dystopie, sondern vielmehr die Apathie einer vermeintlichen Alternativlosigkeit gegenüber dem ‚Zeitgeist‘, die wir gesellschaftlich breit eingeübt haben.

Wir wollen – beginnend mit einer historischen Entwicklung des Utopiebegriffs – u.a. von jüdischen Gerechtigkeitsvorstellungen lernen, der rückwärts gewandten Menschenverachtung Ansätze der Geschlechtergerechtigkeit entgegensetzen und diese mit solidarischen Prinzipien einer wiedererstarken Gewerkschaftsbewegung verknüpfen. Von den Ansätzen einer aufsuchenden politischen Bildung erhoffen wir uns breitere Partizipation und inklusive Impulse gegen eine Konkurrenzgesellschaft.

*Das detaillierte Programm veröffentlichen wir im August auf unserer Webseite*

### WORKSHOPS ZUR EINFÜHRUNG IN DIE KRITISCHE DISKURSANALYSE

Der Workshop zur Einführung in die Kritische Diskursanalyse richtet sich an Wissenschaftlerinnen, Studenten und Doktorandinnen sozial- und geisteswissenschaftlicher Disziplinen, die diskursanalytisch arbeiten oder arbeiten wollen. Darüber hinaus wendet er sich an Personen, die sich beruflich mit diskursiven Phänomenen befassen – also z. B. an Journalisten, Lehrerinnen oder Bildungsarbeiter.



Nächste Termine: 28.+29.6. sowie 22.+23.7.2025.

Siehe [www.diss-duisburg.de](http://www.diss-duisburg.de)





## VERÖFFENTLICHUNGEN

### RUHRPODCAST

Iris Tonks und Margret Jäger vom DISS  
im Gespräch mit Zepp Oberpichler.

<https://ruhrpodcast.de/2024/11/07/ruhrpodcast-das-duisburger-institut-fur-sprach-und-sozialforschung>

### CHRISTLICHER FUNDAMENTALISMUS IN DEUTSCHLAND – ANTILIBERAL UND VERNETZT

Einer der Gesprächspartner\*innen von SWR-Kultur am  
18.4.2025 ist Jobst Paul (DISS)

[www.swr.de/swrkultur/wissen/christlicher-fundamentalismus-in-deutschland-antiliberal-und-vernetzt-das-wissen-2025-04-19-102.html](http://www.swr.de/swrkultur/wissen/christlicher-fundamentalismus-in-deutschland-antiliberal-und-vernetzt-das-wissen-2025-04-19-102.html)

### GRAUZONE POTT

Der Podcast beleuchtet die bisher unbeachtete Geschichte von  
migrantischem Widerstand und neonazistischer Gewalt im  
Ruhrgebiet der 1980er und 1990er Jahre. Einer der Interview-  
partner\*innen ist Martin Dietzsch (DISS).

[www.grauzone-pott.de](http://www.grauzone-pott.de)

### STRAFEN UND ABSCHIEBEN

Benno Nothardt in einem Hintergrund der Rosa-Luxem-  
burg-Stiftung vom 20.12.2024 darüber, wie die Bild-Zeitung  
den Notstand im Migrationsdiskurs herbeischrieb.

[www.rosalux.de/news/id/52902/strafen-und-abschieben](http://www.rosalux.de/news/id/52902/strafen-und-abschieben)

## AKTIVITÄTEN (VERGANGEN)

### JAHRESKOLLOQUIUM 2024 „KONFLIKTKONSTELLATIONEN IN DER SOZIAL-ÖKOLOGISCHEN UMGESTALTUNG DER GESELLSCHAFT“

Das letzte Jahreskolloquium fand am 2. November 2024 in  
der Jugendherberge Duisburg Sportpark statt. Mit 30 Teilneh-  
mer\*innen, Vorträgen von Guido Arnold, Sebastian Friedrich,  
Ingar Solty, Tino Heim, Ursula Kreft und Hans Uske, vielen  
Diskussionen und Unterstützung der Rosa-Luxemburg-Stif-  
tung NRW.

Die Beiträge und weitere Texte werden im kommenden Herbst  
in der Edition DISS beim Unrast Verlag als Buch erscheinen.

### KOLLOQUIUM ZU ANTIMUSLIMISCHEM RASSISMUS

Im Rahmen des laufenden Forschungsprojektes des DISS ver-  
anstalteten wir am Freitag, 31. Januar 2025 ein Kolloquium,  
auf dem erste Ergebnisse mit Expert\*innen diskutiert wurden.

### WEBINAR DES AK GEGEN BEWAFFNETE DROHNEN

Unter dem Titel „Targeted Killing oder das Versprechen,  
die Richtigen zu treffen“ veranstalteten die Internationalen  
Ärzt\*innen für die Verhütung des Atomkriegs – Ärzt\*innen in  
sozialer Verantwortung (ippnw) ein Webinar am 22.11.2024.  
Jobst Paul (DISS) war einer der Referent\*innen.

### BÜCHERSTÄNDE

Mit Bücherständen waren wir am 22.11.2024 im Stein-  
bart-Gymnasium bei einer Lesung von Marcus Bensmann  
von Correctiv, am internationalen Tag der Menschenrechte,



Bücherstand am internationalen Tag der Menschenrechte

dem 14.12., mit einem Bücherstand in der Kulturkirche Lieb-  
frauen, am 21.3.2025 bei den Internationalen Wochen gegen  
Rassismus im Internationalen Zentrum (IZ) und am 8.5. zum  
Tag der Befreiung vom Nationalsozialismus in der Duisburger  
Innenstadt.

### WEBSITE

Unsere Homepage wird gerade neugestaltet. Freut euch auf  
ein frisches Design für alte und kommende Inhalte.



## DIE ANDERE [KULTURREVOLUTIONÄRE] SICHT AUF DIE »ZEITENWENDE«

Von »**Kollektivsymbolik**« ist inzwischen bis in die Medien die Rede. Dieses Konzept wurde von und in der **kultuRRevolution – Zeitschrift für angewandte Diskurstheorie** entwickelt und bildet den Schwerpunkt des aktuellen (Doppel)Heftes. Anhand von zahlreichem sowohl massenmedialem wie klassisch-literarischem Beispielsmaterial werden Struktur und Funktion dieses diskursiven Kern-Dispositivs resümiert und aktualisiert dargestellt.

Es wird gezeigt, wie das »**Netz der Kollektivsymbole**« unsere gesamte Kultur ›rastert‹. Zwischen Bildzeitung und Goethe, zwischen Moschee-Symbol und anderen Turm-Symbolen, Körper-Symbol und dem Komplex der linearen Fortschritts-Symbole sowie ihrem Gegensatz der ›grünen‹ Querschnitt-Symbole wird deutlich, wie modern-okzidentale Wir-Subjektivität funktioniert.

Außerdem: Der aktuelle Unterschwerpunkt »**In Erwartung eines Notstandsregimes**« ebenso wie »**Kämpfe um den Werkzeugkasten**« (Neues von Foucault). Im »**Lexikon der Schlag- und Reizwörter**« diesmal: »**Zumutung**«, »**Schwurpler**«, »**Kipp-Punkt**«, »**Verantwortung**« u.a.

Mehr erfahren auf der Website:  
[www.zeitschrift-kulturrevolution.de](http://www.zeitschrift-kulturrevolution.de)



